

Enzymes ISSN 1867-3317 www.enzymes.at © by Dr. A. Poleev

Inhaltsverzeichnis • *Оглавление*



Enzymes book
cover illustration: The Rose Cross Lamen by Fuzzypeg

Enzymes ISSN 1867-3317 www.enzymes.at

Klageschrift an das Internationale Strafgericht/ICC, № OTP-CR-4428/08.

International Criminal Court
Office of the Prosecutor
Post Office Box 19519
NL-2500 CM The Hague

30.11.2008

Klage

Dr. rer. nat. (RUS) Andrej Poleev – Kläger–

gegen die Europäische Kommission, B-1049 Bruxelles – Beklagten –
das Europaparlament, Strassbourg (genaue Adresse war nicht aufzufinden)
den Europarat, Avenue de l'Europe 67075 Strasbourg Cedex,
die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Deutschen Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin,

wegen Belohnung und Billigung von Straftaten, Untreue, Unterlassen der Diensthandlung, Rechtsbeugung, Mordversuche und Anstiftung zum Mord u.a.

Ich erhebe Klage und beantrage mündliche Verhandlung, um folgendes zu erwirken:
1. Eine strafrechtliche Untersuchung einzuleiten und die geforderten Maßnahmen zu ergreifen, um die nazistische Hetze, die gegen mich in der Bundesrepublik Deutschland und in der EU geführt wird, zu unterbinden und die Personen, die in meiner Klage genannt sind, zu verhaften und anzuklagen.
2. Die Maßnahmen ergreifen, um meine vollständige politische, berufliche, soziale und gesundheitliche Rehabilitierung zu erwirken.
3. Eine juristische Verfügung zu erlassen, demnach Immobilien und/oder Bankguthaben im Wert von 10 Millionen EUR, die aktuell Deutschem Staat, Deutschen Organisationen, Bürgern deutscher Nationalität oder Personen deutschen Ursprungs gehören, ohne Anspruch auf Entschädigung einzuziehen und auf meinen Namen zu überschreiben, um mich zu entschädigen.

Begründung:
Hiermit fordere ich das ICC auf, die Haftbefehle gegen folgende Personen zu erlassen:

1. Steuerberater Schulze Wenning, Uhrwerkstr. 49, 59387 Ascheberg bzw. Weselerstr. 111-113, 48151 Münster;
2. Notar Peter Frommhold, Drubbel 17/18, 48143 Münster;
3. Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann, Klemensstraße 10, 48127 Münster;
4. Hans Jochen Wagner, Leitender Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Münster, Gerichtsstraße 6, 48149 Münster;
5. Norbert Schöppner, Direktor des Amtsgerichts Münster, Gerichtsstraße 2, 48149 Münster;
6. Klaus Schelp, Präsident des Landgerichts Münster, Am Stadtgraben 10, 48143 Münster;
7. Präsident des Europäischen Parlaments Hans-Gert Hermann Pöttering, Sophienstr. 8, 49186 Bad Iburg

(privat) oder Abgeordnetenbüro in Brüssel, Rue Wiertz 60, PHS 11B11, B-1047 Brüssel, oder Europabüro von Hans-Gert Pöttering, Niedersachsenstraße 16, 49134 Wallenhorst;

8. Dr. Monika Harms, Generalbundesanwältin beim Bundesgerichtshof, Brauerstraße 30, 76137 Karlsruhe;
9. Bundeskriminalamt-Präsidenten Jörg Ziercke, Bundeskriminalamt, Thaerstraße 11, 65173 Wiesbaden;
10. Justizministerin Brigitte Zypries, Bundesministerium der Justiz, Mohrenstraße 37, 10117 Berlin;
11. Justizministerin Müller-Piepenkötter, Justizministerium NRW, Martin-Luther-Pl. 40, 40212 Düsseldorf;
12. Innenminister Dr. Ingo Wolf, Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf;
13. Die Richter des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Dres. h.c. Papier, Dr. Hohmann-Dennhardt, Prof. Dr. Bryde, Prof. Dr. Gaier, Prof. Dr. Eichberger, Schluckebier, Prof. Dr. Kirchhof, Prof. Dr. Masing, Prof. Dr. Voßkuhle, Prof. Dr. Broß, Prof. Dr. Osterloh, Dr. Dr. Di Fabio, Prof. Dr. h.c. Mellinghoff, Prof. Dr. Lübbe-Wolff, Dr. Gerhardt, Prof. Landau, Schloßbezirk 3, 76131 Karlsruhe;
14. Präsidenten des Amtsgerichts Essen Müller, Zweigertstr. 52, 45130 Essen;
15. Rektor der Universität Essen Ullrich Radtke, Universitätsstr. 2, 45141 Essen;
16. Oberbürgermeister der Stadt Essen Reiniger, Rathaus, Porscheplatz 1, 45121 Essen;
17. Gerichtsvollzieherin Nadja Stratmann, In der Hagenbeck 50, 45143 Essen;
18. Gerichtsvollzieher Osthus, Amtsgericht Essen, Zweigertstr. 52, 45130 Essen.

Ich beschuldige diese Personen, folgenden Straftaten und Verbrechen gemeinschaftlich gefördert, geplant und begangen zu haben (Paragraphen entsprechen dem deutschen Strafrecht):

§ 63 Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (illegale Versuche, Psychiatrie für politische Zwecke zu mißbrauchen);
§ 66 Unterbringung in der Sicherungsverwahrung (versuchte Straftat im Sinne des §23 StGB);
§ 70 Anordnung des Berufsverbots (widerrechtliche Ausübung einer strafrechtlichen Maßnahme);
§ 88 Verfassungsfeindliche Sabotage betreffend §1-3, 5, 11-14, 18-19, 103-104 GG BRD;
§123 Hausfriedensbruch;
§ 129 Bildung krimineller Vereinigungen;
§ 130a Anleitung zu Straftaten;
§ 132 Amtsanmaßung;
§ 140 Belohnung und Billigung von Straftaten;
§ 164 Falsche Verdächtigung;
§ 185 Beleidigung;
§ 186 Üble Nachrede;
§ 187 Verleumdung;
§ 211 Mord, Anstiftung zum Mord (versuchte Straftat im Sinne des §23 StGB);
§ 222 Fahrlässige Tötung (versuchte Straftat im Sinne des §23 StGB);
§ 223 Körperverletzung;
§ 233 Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft;
§ 238 Nachstellung:
§ 239 Freiheitsberaubung;
§ 240 Nötigung;
§ 241 Bedrohung;

§ 242 Diebstahl;
§ 253 Erpressung;
§ 257 Begünstigung;
§ 258a Strafvereitelung im Amt;
§ 259 Hehlerei;
§ 263 Betrug;
§ 266 Untreue;
§ 266a Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt;
§ 277 Fälschung von Gesundheitszeugnissen;
§ 278 Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse;
§ 279 Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse;
§ 303 Sachbeschädigung;
§ 303a Datenveränderung;
§ 323c Unterlassene Hilfeleistung;
§ 336 Unterlassen der Diensthandlung;
§ 339 Rechtsbeugung;
§ 340 Körperverletzung im Amt;
§ 343 Aussageerpressung;
§ 344 Verfolgung Unschuldiger;
§ 345 Vollstreckung gegen Unschuldige;
§ 348 Falschbeurkundung im Amt;
§ 352 Gebührenüberhebung,

Die folgenden Grundrechte wurden verletzt: Folterverbot (StPO §136a, Art. 5 der UN-Menschenrechtskonvention, Art. 3 der EU-Menschenrechtskonvention), Art. 2, 4-10, 13, 14, 17, Zusatzprotokoll 1, Art. 1, 2; Zusatzprotokoll 4, Art. 1 der EU-Menschenrechtskonvention. Zu den Foltermethoden, denen ich seit Jahren ausgesetzt bin, zähle ich Isolation, Schlafentzug, Lärmfolter, Androhung der Strafe, ununterbrochene nazistische Hetze, unterlassene medizinische Hilfe.

Präsidenten des Europäischen Parlaments beschuldige ich zusätzlich, jegliche juristische Arbeit, um die genannten Verbrechen zu unterbinden und zu verurteilen, national und in der EU behindert zu haben: Meine Klagen beim ECHR wurden grundlos zurückgewiesen, meine Beschwerden, u.a. beim Europäischen Bürgerbeauftragten, beim Kommissar für Menschenrechte und bei der Agentur der EU für Grundrechte, wurden ignoriert, meine Klagen bei den deutschen Gerichten abgewiesen, meine Internet-Präsenzen zensiert, meine persönlichen Freiheiten und Rechte gröblich verletzt und keine Verurteilung der Täter jemals stattgefunden.

Nachdem die genannten Personen in die Untersuchungshaft gebracht werden, sollen sie von den Justizbeamten über die Ereignisse der letzten 7 Jahre befragt werden. Um die Schuld dieser Personen zu beweisen und sie vor einem ordentlichen Strafgericht zu stellen, sollen Durchsuchungen, Beschlagnahme von Dokumenten und Zeugenaussagen notwendige Beweismittel erbringen.

Trotz zahlreiche Hinweise auf Unregelmäßigkeiten, Strafanzeigen, Klagen und Beschwerden unterließ die Deutsche Justiz, meinen Forderungen nachzugehen und die geforderten Maßnahmen zu treffen. Im

Gegenteil, sie unternahm alles, um die Straftaten ihrer Landsleute zu vertuschen und mich von meinen Absichten, sie vor dem Gericht zu stellen, abzubringen. Nachfolgend fasse ich die Ereignisse zusammen, um einen Überblick zu verschaffen.

Ereignisse in Münster

Die Gründung der Firma M.B. Enzymes GmbH im Jahr 2000 erfolgte auf eine Betrügerische Weise infolge eines Komplotts zwischen Steuerberater Schulze Wenning und einem korrupten Beamten der IHK zu Münster Höing. Über das Ausmaß der Korruptionsaffäre bei der Gründung und bei der nachfolgenden "Abwicklung" dieser Firma wurden keine Untersuchungen durchgeführt. Nachträglich stellte ich fest, daß in Münster eine mafiöse Bande agiert, die alle juristischen, wirtschaftlichen und politischen Ämter erfasst und sich durch äußerste Amoralität, Profitgier und national-sozialistische Gesinnung auszeichnet.

Steuerberater Schulze Wenning unter Mitwirkung von bereits genannten Banditen nutzte meine Lage schamlos aus, um ein GmbH-Unternehmen zu gründen, dessen Vertrag, Entstehungsumstände und Ziele kriminell und von Anfang an ungültig waren. Das hinderte Notar Frommhold und das Amtsgericht Münster nicht daran, dieses Unternehmen zu legalisieren.

Bis heute ist nicht geklärt, zu welchem Zweck dieses Unternehmen gegründet wurde. Da Steuerberater Schulze Wenning in dieses Unternehmen nicht investierte, meine Arbeit die ganze Zeit behinderte, und im Juli 2002 diese Firma zerstörte, gehe ich davon aus, daß dieser Mann verrückt ist. Weil aber meine Forderung, die ich danach stellte, ihn in die Psychiatrische Klinik oder in einen Maßregelvollzug unterzubringen sowie ihn und die Mitglieder seiner Familie zu entwaffnen, keine Erfüllung fanden, gehe ich davon aus, daß die Absichten von Steuerberater Schulze Wenning und seiner mafiöser Umgebung nicht bloß Taten eines Verrückten waren (sie waren es), sonder noch bestimmte andere Ziele verfolgten.

Steuerberater Schulze Wenning versuchte nämlich, ein Unternehmen zu organisieren, das auf sklavische und ausbeuterische Grundlage existieren sollte, wo ich mit Null Geld für ihn und für seine zahlreiche Familie einen wesentlichen Ertrag erbringen sollte. In dem Zeitraum, während diese Firma formal existierte, mußte ich Sozialhilfe (ALGI) beziehen, weswegen ich mich von Schulze Wenning und vom Arbeitsamt unter doppelter Erpressung befand, trotz zahlreichen propagandistischen Ausrufen zur Förderung der Firmenneugründungen und insbesondere im wissenschaftlich-technischen Bereich. Gleich nach der Firmengründung nahm ich eine Stelle an der Uni an, die aber von Dr. Michael Frühwald ein halbes Jahr später gekündigt wurde, weil er gleichfalls wie Schulze Wenning der Meinung war, ich müsse ihm wie ein Leibeigener treu bleiben (andere Gründe für die Kündigung existierten nicht). Ich spreche hier nicht von der Mentalität der Sklaventreiber, in der die Deutschen befangen sind, weil die Mentalität das Vorhandensein eines Denkorgans voraussetzt, das beiden Herren fehlt.

Vor und nach der Gründung der Firma führte ich umfangreiche Arbeiten durch, wie z.B. Katalogherstellung, Bestellung von Produktionsmittel, Korrespondenz mit Firmen und akademischen Instituten, Entwicklung der Internetpräsenz und Marktforschung. Im Ergebnis und trotz Behinderungen seitens Schulze Wenning wurde eine kleine funktionierende Firma mit Stammkunden und -Lieferanten etabliert, die in einem Wettbewerb für die Teilnahme an einem Europäische Forschungsprojekt nominiert wurde (European INTAS research group INTAS 011-0250, Novel hydrolases from hyperthermophilic procaryotes, 2002-2005). Nach diesem Ereignis,

am 27.Juni 2002 jagte Schulze Wenning mich aus dem Büro und begann, meine Arbeit kaputt zu machen, Sachbeschädigungen zu veranstalten, mir zu drohen und mich zu erpressen.

Seit dieser Zeit nutzte Schulze Wenning die Rechtsorgane, um eine regelrechte nazistische Hetze gegen mich zu organisieren. Die Folgen dieser Offensive waren vollständige Zerstörung meiner Vorhaben (inklusive meiner Kunstgalerie) und meiner bürgerlichen Existenz, Wohnungslosigkeit, Berufsverbot, Armut, Verlust der Gesundheit. Im Zeitraum einer systematisch organisierten und durchgeführten Hetzkampagne wurden von den Behörden und Beamten zahlreichen Straftaten begangen. So z.B. versuchten die Beamten der Stadt Münster im Auftrag der Oberbürgermeister, mich für psychisch krank zu erklären, und bewirkten meine Wohnungslosigkeit. Die Gerichte sabotieren meine Klagen, die Medien und die Behörden behindern Berichterstattung, keine Entschuldigung oder Entschädigung bis heute erfolgten.

Mehr noch: Die Justiz rechtfertigte die Außerkraftsetzung meiner Rechte und beteiligte sich an der nazistischen Hetzkampagne, was in einem krassen Gegensatz zu ihren Aufgaben steht. So z.B. das LG Münster drohte mir mit der Erhebung von Ordnungsgeld in Höhe von 50.000 und 250.000 EUR in seinen Versäumnisurteile vom 19.08.2003 Az. 4 O 340/03 und vom 19.06.2007 Az. 4 O 209/07, was verfassungswidrig ist und gegen Art. 5 und 18 des GG verstoßt. In einem gegen mich fabrizierten Strafverfahren beim AG Münster Az. 37Ds 41 Js 779/03-252/03 wurden 500 EUR von mir erpresst, die ich für einen Strafverteidiger ausgeben musste. Am 28.01.2004 verurteilte mich gleiches Gericht in einem Verfahren mit dem Az. 4 C 4774/03 wegen angeblicher Verschuldung bei Schulze Wenning zu weiteren Zahlungen. Weitere Droh- und Erpressungsverfahren folgten. Die widerrechtliche juristische Verfolgung wurde in Essen in den nachfolgenden Jahren 2005-2008 fortgesetzt.

Die Oberbürgermeister der Städte Essen und Münster gehören der CDU an, genauso wie das Bundesland, in dem zu zahlreichen Straftaten gegen mich und zur Herabsetzung meiner Rechte gekommen ist, von der CDU regiert wird. Die Fortsetzung der Mißhandlungen in Essen und die Anwendung gleicher Methoden, um mich einzuschüchtern und zu repressieren, beweisen eindeutig eine koordinierte Aktion bürokratischer Verwaltungsapparate, deren amts- und grenzüberschreitende Handlungsstruktur mit solchen, die für die kriminellen Vereinigungen charakteristisch sind, übereinstimmt.

Ereignisse in Essen

Meine begründeten und berechtigten Strafanzeigen, die ich beim Polizei und Staatsanwaltschaft Essen am 28.02.2006, 17.03.2006, 12.04.2006, 26.12.2006, 22.02.2007, 13.06.2007, 13.07.2007, 25.07.2007, 7.11.2007 stellte, wurden ignoriert, keine Ermittlungsverfahren eingeleitet, keine Anklage erhoben, obwohl es um sehr schwere Vorgehen handelte: Körperverletzung, Betrug, versuchte Mord. Meine begründeten und berechtigten Klagen wurden ignoriert, abgeschoben, nicht zur Verhandlung zugelassen. Im Gegensatz dazu, stellte Justiz gegen mich die Haft- und Strafbefehle aus (28 M 2329/05, 47 Cs 553/05, 81 Js 993/05 V, 56 Cs-29 Js 831/08-623/08), und führte gegen mich Strafverfahren und Gerichtsverfahren (81 Js 993/05 V, 12 C 42/06, 31 M 2121/06, „Betreuungsakte“ des AG Essen 79 XVII PQ 47, 56 Ds 29 Js 1447/05 - 117/07), um mich zu kriminalisieren. Meine Bewerbungen, u.a. beim Universität Essen, wurden ignoriert, mein Recht, die öffentlichen Einrichtungen der Universität zu nutzen (Bibliothek, Computerraum, Internet) wurde entzogen. Daraufhin richtete ich meine Klage an das VG Gelsenkirchen 4 K 2976/07, in dem ich die Aufhebung rechtwidriger Anordnungen forderte. Als Antwort auf meine Klage wurde mir das Hausverbot erteilt. VG

Gelsenkirchen unterließ es, meine beide Klagen zu verhandeln und meine Forderungen für rechtens zu erklären. Stattdessen stellte Dr. der Pseudowissenschaften und Lügenrichter Müller am 25.09.2008 einen Strafbefehl 56 Cs-29 Js 831/08-623/08 aus, und „verurteilte" mich ohne Gerichtsverhandlung und ohne Rechtsanwalt zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen je 10 EUR aufgrund von Hausverbot, das diese nazistische Mafia selbst organisierte, um mich zu kriminalisieren und ihre Rechthaberei zu begründen. Da es bei diesem, genauso wie bei anderen Vorgehen, um einen schwerwiegenden Rechtsbruch handelt, verfasste ich dem BKA-Präsident Jörg Ziercke am 15.10.2008 einen Schreiben, in dem ich die Eröffnung der Ermittlungsverfahren gegen Richter Müller und Oberstaatsanwältin Hampel beantragte, und forderte, sie mit sofortiger Wirkung aus dem Dienst zu entlassen und zu inhaftieren. Weiterhin beantragte ich, die nazistische Bande der SS-Angehörigen, die sich als Hochschullehrer, Justiz- und Verwaltungsbeamte tarnen, zu zerschlagen. Mein Schreiben blieb unbeantwortet und ohne Konsequenzen für Straftäter. Gleichfalls ignorierten Justizministerin NRW Müller-Piepenkötter mein Beschwerdebrief vom 20.02.2006. Auf gleiche Weise „reagierte" Innenminister NRW Ingo Wolf.

Berufsverbot und die Folgen.

Im Jahre 1997 bewarb ich mich am Max-Planck-Institut für Neurobiologie, Am Klopferspitz 18a, 82152 Martinsried, als wissenschaftlicher Assistent, und von August 1997 bis August 1999 war ich an diesem Institut in der Arbeitsgruppe Stamm tätig. Als Ergebnis meiner Arbeit wurde auch das Manuskript „A trans-acting factor, isolated by the three-hybrid system, that influences alternative splicing of the amyloid precursor protein minigene" veröffentlicht.

Allerdings mußte ich meinen Aufenthalt am Institut frühzeitig beenden, da ich an einer Depression erkrankte. Nicht zuletzt war diese Erkrankung dadurch verursacht, daß ich im letzten Dienstjahr zunehmender Hetze, Mobbing und Ignoranz betreffend meiner Arbeit ausgesetzt wurde. Die Methode, die ich als einziger an diesem Institut etablierte, schien niemandem zu interessieren. Meine Vorschläge zur Verbesserung der Organisation, falls sie angenommen wurden, wurden mir später zur Last gelegt und Grund für Schikanen. Technische Unterstützung für meine Arbeit gab es so gut wie keine. Meine Bitte, mir einen Sprachkurs zu bewilligen, um meine Englisch-Kenntnisse zu bessern, wurde ohne Argumente abgelehnt. Während ich an der Zusammenfassung meiner Ergebnisse arbeitete, und trotz ständiger Betonung über die Wichtigkeit jeder Veröffentlichung, waren mir ständige und unbegründete Vorwürfe gemacht. Am Ende meines Aufenthalts fühlte ich mich fehl am Platz, wie Landvermesser K. in dem Roman von F. Kafka „Das Schloß". Weit weg von meinem Zuhause in Münster, mußte ich über eine lange Zeit fern bleiben, für ein Unternehmen, das überhaupt keinen Sinn machte und so absurd wie alle anderen marktwirtschaftlichen Produktionsweisen war.

Bei der Ankunft in München hatte ich nicht einmal Geld, um mir eine Wohnung zu mieten, und mußte dann dieses Geld bei MPG leihen, und danach 1 Jahr lang Rückzahlungen leisten. Die Max-Planck-Gesellschaft, diese schwachsinnige und aufgeblasene raSSistische Institution, interessierte meine persönliche Situation gar nicht. Genauso wie in allen anderen „Forschungseinrichtungen", die ich in Deutschland erlebte, war ich da nur als Mißhandlungsobjekt blöder und gewalttätiger wissenschaftlicher Nazisten wie z. B. Dr. Stamm, Prof. Jürgen Horst, Prof. G. Ryffel, Dr. Michael Frühwald u.a.

Die traditionsreiche Geschichte deutscher „Wissenschaft" mußte ich an eigener Haut erleben. Infolgedessen bin ich krank geworden, obwohl ich mich bemühte mit regelmäßigen körperlichen Übungen fit zu halten, und

auch sonst eine gesunde Lebensweise praktizierte. 1999 erlebte ich eine Reihe mysteriöser Krankheiten, und anschließend war ich in Behandlung bei verschiedenen Ärzten wegen Depressionen. 1 Jahr dauerte es noch, bis die fröhliche Wissenschaft, die ich am MPI für Neurobiologie erlebte, und die Beleidigungen an diesem Institut, durch andere Ereignisse meines Lebens verdrängt wurden (ich wurde dadurch keineswegs geheilt, worüber auch die Max-Planck- Gesellschaft genaueste Bescheid weiß).

Im Jahr 2002 geschah, diesmal in Münster, noch ein weiteres Verbrechen gegen meine Person, die mich erneut in eine lebensgefährliche Situation stürzte. Es war unmöglich, meine Pläne zur Gründung einer Firma zu realisieren, weil die nationalsozialistische deutsche Mafia alles unternahm, um meine Pläne zu zerstören (darüber berichtete ich in meinen Klagen vom 6. und 9.Mai 2008).

Seit dem Jahr 2002 besteht für mich de facto das Berufsverbot, das in einem krassen Widerspruch zu meiner wissenschaftlichen Qualifikation steht. Seit Jahren werden meine Bewerbungsschreiben ignoriert oder grundlos zurückgewiesen. Akademische Mafia verweigert weiterhin, meine fundierten Manuskripte zu veröffentlichen. Die einzige Möglichkeit, sie für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, bestand darin, sie im Internet zu publizieren. Aus der Zugriffstatistik kann ich entnehmen, daß meine Manuskripte in vielen Ländern gelesen wurden. Im Februar 2007 wurde diese Internet-Präsenz unbegründet und widerrechtlich gesperrt und versucht, meine Rechte an Domain-Name enzymes.de zu verletzen.

Während ich mich noch bis April 2007 die Möglichkeit hatte, einen Computer für meine widerrechtlich eingeschränkte wissenschaftliche und schriftstellerische Tätigkeit zu nutzen, besteht diese Möglichkeit bereits seit dieser Zeit nicht mehr, so daß ich zum Nichtstun verurteilt wurde, was ich als Deprivationsfolter bewerte. Seit 1991 nutze ich Computer mit dem Betriebssystem Macintosh der Firma Apple für meine wissenschaftliche und schriftstellerische Tätigkeit. Diese Tätigkeit ist kontinuierlich, nicht an einen Arbeitsvertrag gebunden, und wird durch die im Grundgesetz und in den internationalen Konventionen garantierten Rechte auf die Selbstbestimmung und Freiheit der Wissenschaft legitimiert. Allerdings werden meine Rechte auf Bildung und auf eine selbstbestimmte wissenschaftliche Arbeit sowie meine andere Rechte (auf freie Meinungsäußerung, auf Gesundheit, auf rechtlichen Beistand u.a.) auf eine grobe und unzulässige Weise eingeschränkt. Seit 2005 werde ich in Essen beengt, beleidigt, erpresst und genötigt.

Im Laufe der Zeit sind die Beschränkungen für meine berufliche Tätigkeit immer schärfere und unzulässige Formen angenommen, wie z.B. Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, faktische Wohnungslosigkeit, Publikationsverbot, Verbot der Nutzung universitärer Einrichtungen (Internet, Bibliothek, Labor), erzwungene Arbeitslosigkeit und schließlich widerrechtliche Verweisung an das Sozialamt, sowie illegale Versuche, Psychiatrie für politische Zwecke zu missbrauchen.

Seit einem Jahr beteiligt sich auch die Deutsche Akademie der Wissenschaften "Leopoldina" an der nazistischen Hetze, indem Repräsentant dieser Akademie, Ulrich Radtke, in der Funktion des Rektors der Universität Essen mir den Zugang zum Internet und Computer widerrechtlich verweigert. Gerichtsverfahren in dieser Angelegenheit beim VG Gelsenkirchen Az. 4 K 2976/07 wird sabotiert.

Berufsverbot und erwähnte Strafmaßnahmen bewirkten dramatische Verschlechterung meines gesundheitlichen Zustandes, was aber die deutschen Verwaltungs- und Justizsadisten keineswegs dazu veranlasst hat, die nazistische Hetze zu beenden (VG Köln 7 K 2405/08).

Verletzung der Eigentumsrechte und widerrechtliche Zensurausübung.

In den Gerichtsverfahren beim AG Berlin-Charlottenburg Az. 220 C 135/07, VG Köln Az. 6 K 5882/07 und 6 K 2128/08, VG Frankfurt am Main Az. 5 K 920/08, VG Gelsenkirchen Az. 12 K 3527/07 (genannt sind die Gerichte der 1. Instanz) klage ich wegen unzulässige und rechtswidrige Versuche, den Domain-Name enzymes.de zu enteignen, sowie wegen unzulässige Zensur meiner Internet-Präsenz.

Bereits im Jahr 2000 reservierte ich den Domain-Namen enzymes.de, um ihn gewerblich und privat zu nutzen. Nachdem die Firma M.B. Enzymes GmbH, an der ich kurzfristig beteiligt war, von Steuerberater Schulze Wenning zerstört wurde, weswegen mir ein nicht unwesentlicher finanzieller und moralischer Schaden entstanden ist, hat Schulze Wenning diese Scheinfirma dazu benutzt, gegen mich eine Hetzkampagne zu organisieren und mit tätiger Unterstützung der „Justiz" seines Staates den Fremdenhaß zu schüren. Meine Zahlungsaufforderung wegen entstandenen Schaden wurde sowohl von Schulze Wenning als auch von den Gerichten ignoriert (LG Münster 12 O 94/07). Meine Aufforderung, Schulze Wenning einer psychiatrischen Prüfung zu unterziehen, die ich an den Leiter der Klinik für Psychiatrie an der Universität Münster bei Prof. Dr. med. Volker Arolt richtete, wurde ignoriert.

Obwohl ich Schulze Wenning nichts schulde, hat er durch die Angabe unwahrer Tatsachen und mit Hilfe seiner Rechtsanwälte RA Schunck pp, Neubrückenstr. 50-52, 48143 Münster und seiner übrigen Volksgenossen, den Vollstreckungsbescheid beim AG Hagen Az. 05-1906808-0-9 erwirkt, und ihn dazu benutz, mich jahrelang zu terrorisieren. Die beamteten Personen griffen die Gelegenheit auf, gegen einen russischen Wissenschaftler, der dazu noch schwul und ohne jeglichen finanziellen und sozialen Schutz lebt, brutal vorzugehen, und begingen aufgrund dieser juristischen Falschheit zahlreiche Straftaten (wie z.B. Nachstellung, Nötigung, Beleidigung, Verfolgung Unschuldiger u.v.a.), die sie in absoluter Straffreiheit für sie tätigten. So z.B. erließ das AG Essen am 3.1.2006 im Auftrag von Schulze Wenning, seiner Rechtsanwälte Schunck pp. und der Gerichtsvollzieherin Sandra Büker einen Haftbefehl Az. 28 M 2329/05, und überließ mich einer blöden Kuh, die versuchte, in die Wohnung von Herr Hanke, der mich wegen meiner Wohnungslosigkeit aufgenommen hat, einzudringen, sowie drohte mir damit, mich zu inhaftieren. Ein anderer Zwangsvollstreckungsbeamte, H.-B. Osthus tat dasselbe, hat mich erpresst und mir gedroht.

Die Willkür erreichte einen neuen Höhepunkt im Mai 2007. Seit dieser Zeit versuchen die deutschen Behörden, den mir gehörenden Domain-Namen willkürlich zu enteignen. Für diese Handlungen bestehen gleichfalls keine rechtlichen Grundlagen. Obwohl es dabei um versuchten DIEBSTAHL handelt, ignoriert die deutsche Justiz meine Strafanzeigen und Klagen (so z.B. das Oberlandesgericht Hamm 3 Ws 493/07 vom 12.09.2007, die Staatsanwaltschaft Essen 25 Js 96/07 vom 25.07.2007 u.a.), so daß ich bis heute gezwungen bin, meine Rechte, die gröblich verletzt wurden, ohne rechtlichen Beistand zu verteidigen, bis jetzt ergebnislos. Die Justizbeamten sind bereit, über die Leichen zu gehen, um die kriminellen Handlungen ihrer Volksgenossen zu vertuschen, die Spuren begangener Verbrechen zu vernichten, und die Zeugen zum Schweigen zu bringen.

Außer Straftaten, die gegen mich in dem dargestellten Zusammenhang begangen wurden, handelt es sich um die verfassungsfeindliche Sabotage betreffend §2-5, 14, 18-19, 103 GG BRD. Die geschilderte Vorgehensweise verletzt sowohl das Recht auf die freie Meinungsäußerung als auch das Recht der

Unverletzlichkeit des Privateigentums und der Privatsphäre. Zusätzlich nutzt die deutsche Justiz die Rechtssprechung, um gegen Opposition vorzugehen, also für eine politisch motivierte Unterdrückung, was gleichfalls illegal ist. Da es sich dabei um die grobe Verletzung internationaler Rechtsnormen und der Grundrechte handelt, und weil ich keine andere Möglichkeiten sehe, gegen Willkür der deutschen Staates vorzugehen, informierte ich bereits ICANN und Internet Society (ISOC), damit sie mich bei dieser Angelegenheit unterstützen und mir helfen, meine gröblich verletzte Rechte zu verteidigen. Beide Organisationen ignorierten meine Beschwerden, obwohl ich nur einen bescheidenen Wunsch äußerte, die beschriebene Vorgehensweise öffentlich anzuprangern und zu verurteilen.

Seit Jahren besteht für mich das Berufsverbot, die Möglichkeiten, meine wissenschaftliche Arbeit fortzuführen, sind nicht vorhanden. Alle meine bisherigen Vorhaben wurden absichtlich und offensichtlich nur aus Lust am Zerstören vernichtet, meine Tätigkeit als Herausgeber eines analytischen Journals (ISSN 1867-3317) wird behindert, seine Inhalte widerrechtlich zensiert. Die Deutschen verschwenden mein Leben und mein Talent, als ob ich ihr Eigentum wäre.

Rassistische und homophobe Hetze.

Nicht zuletzt, weil ich für die Reduktion des Bevölkerungswachstums und für die Legalisierung der Homosexualität eintrete, werde ich in Deutschland politisch verfolgt. Obwohl in Deutschland Homosexualität legalisiert ist, ist die Bevölkerung äußerst homophob. Zudem befindet sich dieses Land in einer permanenten demographischen Katastrophe. Der Deutsche Staat fördert die Überbevölkerung mit steuerlichen Begünstigungen und mit Direktzahlungen wie z.B. Kinder- und Elterngeld. Diese Subvention ist auch rassistisch, weil die Homosexuellen nicht nur finanziell benachteiligt werden, sondern auch in ihren beruflichen, sozialen und politischen Chancen. Es geht aber nicht darum, für Homosexuelle die gleichen Vorteile und die Rechte wie bei anderen Bevölkerungsgruppen zu verlangen, sondern um die Abschaffung und Aussetzung unrechtmäßigen Privilegien, womit die heterosexuelle Lebensweise belohnt wird. Es kann nicht weiterhin geduldet werden, daß die Kinder ausgenutzt werden, um die Gesellschaft zu erpressen und verschiedene Perversionen auszuüben. Kinderkriegen ist eine private Angelegenheit, Erziehungsarbeit und die Versorgung kann von der Gesellschaft nur in einem notwendigen und begrenzten Ausmaß unterstützt werden, sie sind ein Hauptanliegen der Eltern. Wenn man nicht fähig ist, die Verantwortung für die nächsten 16-18 Jahre nach der Geburt zu übernehmen, darf man auch die Beziehungen nicht fördern, die zur Vermehrung der Verantwortungslosen und Verantwortungslosigkeit führen.

Zudem sind Ehen, Familien und Nationen aus natur-historischen Gründen rassistische Institutionen, sie müssen zum Altruismus und zur Einsicht erzogen werden, um ihre egozentrischen Einstellungen aus ihrer eigenen Initiative korrigieren zu können. Die Versuche, die Homoehen einzuführen, sind antiemanzipatorisch und antiliberal, weil man damit die Menschen an den Staat bindet, abhängig macht, und sie in ihrer Entscheidungsfreiheit beschränkt. Der Deutsche Staat ist kein gewöhnlicher Staat wie England oder Costa Rica: Dieser Staat ist Staat der Barbaren, die versuchen, alle andere Völker zu ihren Sklaven zu machen. Nicht zufällig werden die Menschen in diesem Staat entmündigt, einer stetigen Hirnwäsche unterzogen und in Abhängigkeit gehalten. Diese feudalische Abhängigkeit manifestiert sich in erzwungener Armut, Arbeitsverträgen, Instituten der Ehe, Parteistrukturen, Verteilungssystemen wie Krankenkassen, Banken und Vergünstigungen.

Im Gegensatz zu den heterosexuellen Beziehungen, schützt der deutsche Staat die homosexuellen Beziehungen keineswegs, als ob die Homosexuelle keine Menschen sind, und ihre Beziehungen ein Absurdum darstellen. Es wird alles unternommen, um diese Beziehungen zu behindern und zu zerstören. Mit sadistischen Methoden (mobbing, Drohungen, Berufsverbot u.a.), die nur aus den Zeiten des national-sozialistischen Terrors 1933-1945 bekannt sind, hat man meine Beziehung in den Jahren 2002-2005 zerstört. 2005 ging ich in eine neue Beziehung ein, die allerdings an dem ständigen rassistischen Terror des deutschen Staates und des deutschen Volkes sehr leidet und sich nur mit viel Mühe aufrechterhalten lässt. Ich lebe seit Jahren in erzwungener Sklaverei, meine elementarsten Rechte: auf selbstbestimmtes Leben, auf Berufsausübung, auf Weiterbildung, auf Meinungsäußerung, auf Gesundheit, meine Eigentumsrechte, wurden willkürlich ausgesetzt. Eine kompetente medizinische Betreuung ist nicht gewährleistet. Wegen des willkürlich verhängten Berufsverbot sind mir auch keine Möglichkeiten gegeben, Eigenhilfe zu leisten, ich kann weder notwendige diagnostische Arbeit durchführen noch von einer Therapie gebrauch machen. Ich bin gezwungen, in dem Essener Slum zu leben, wo ich an untragbaren "Wohn"bedingungen sehr leide. Zu den weiteren Foltermethoden, denen ich seit Jahren ausgesetzt bin, zähle ich Isolation, Schlafentzug, Lärmfolter und Androhung der Strafe.

Die Zeiten, in denen Homosexuelle, Intellektuelle, Nicht-Deutsche, Arbeitslose, Arme und viele Anderen, verfolgt und vernichtet wurden, d.h. die Zeiten des totalen Terror, sind in Deutschland wieder zur Realität geworden. Die Mordversuche und die zahlreichen Straftaten, die gegen mich in den letzten Jahren ausgeführt wurden, ohne daß jemand dafür zur Verantwortung gezogen wurde, bestätigen meine These. In dieser neuen und doch so bekannten Realität zählen nur die Reproduktionsbereitschaft und Fruchtbarkeit der Arbeitssklaven, für alle Anderen sind nur die Repressalien und der Hass vorgesehen.

Natürlich genießen die Homosexuelle deutscher Nationalität und solche, die sich konform verhalten, eine verhältnismäßig gute Behandlung. Diese Konformität ist aber teuer gekauft; der Preis dafür ist, nur als Konsumenten und Produzenten akzeptiert zu werden sowie die Entsolidarisierung gegenüber mehrfachen Minderheiten (Homosexuell, Intellektuell, Nicht-Deutsch u.ä). Die german gay community verhält sich gegenüber mehrfachen Minderheiten, letztendlich gegenüber erzwungener Unangepasstheit, auf die gleiche Weise wie die übrige Bevölkerung: Man verdrängt sie, stoßt sie ab, schließt sie aus, überlässt sie Mißhandlungen und Verfolgungen. Solche Unangepassten und Minderheiten werden absichtlich konstruiert und spielen in dem deutschen national-sozialistischen System eine sehr nützliche Rolle: Man konsolidiert sich, indem man die Aggressivität auf die Sündenböcke auslässt. Hätte man die Rechte der Minderheiten verteidigt, könnte das eine Gefahr für die Einheit des deutschen Volkes darstellen. Zudem wäre es nicht möglich, die rassistische gesellschaftliche Struktur weiterhin zu erhalten, hätte man die Minderheiten gleichgestellt. Und davon haben alle Deutschen Angst: Vor Verlust ihrer Privilegien, ob sie noch so klein und unbedeutend wären. Niemand protestiert auch aus einem anderen Grund: Weil man die Repressionen, die in Deutschland alltäglich und ubiquitär sind, sehr fürchtet. Meine Schreiben an die deutschen Lesben- und Schwulenvereine (u.a. Lesben- und Schwulenverband in Deutschland, LSVD; Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule Juristen, BASJ; Bund Lesbischer und Schwuler JournalistInnen, BLSJ), in denen ich um die Hilfe bat und den rechtlichen Beistand forderte, blieben wirkungslos.

Verletzung der Grundrechte.

Es reicht nicht, die Grundrechte zu proklamieren und bekannt zu machen, sie müssen verteidigt werden,

falls sie verletzt werden. Für die Verteidigung der Grundrechte gibt es aber keine Instrumente, um die verletzte Rechte wiederherzustellen. Das fängt schon mit der Verfassung der BRD, wo die Grundrechte proklamiert sind, allerdings nur für die deutschen Bürger, womit die Deutschen eine rassistische Separationspolitik betreiben, um die Minderheiten auszugrenzen und zu benachteiligen. Die staatliche Apartheid erzeugt erst die Minderheiten, die Benachteiligung. Die Entscheidungen des ECHR sind für den deutschen Staat nicht verpflichtend, so daß es überhaupt keinen Sinn macht, beim ECHR zu klagen. Ich habe trotzdem geklagt, meine Klagen wurden unbegründet abgewiesen. Die deutschen Institutionen, die angeblich zum Schutz der Menschenrechte existieren, wie z.B. Institut für Menschenrechte in Berlin oder auch die Menschenrechtsvereine, haben meine Beschwerden ignoriert. Das gleiche passierte mit meinen Beschwerden bei den europäischen Einrichtungen.

Das deutsche Rechtssystem beschäftigt sich mit allem möglichen Kram außer Grundrechte, die in diesem Rechtssystem nicht vorgesehen sind. Die Verfassungsgerichte verhandeln nur die Angelegenheiten, die das Grundgesetz betreffen, was allerdings nur mit dem deutschen Staat zu tun hat. Die Rechte des Individuums sind nach wie vor nicht existent, nicht anklagbar und nicht vorgesehen, was ich bereits durch meine Klagen bei den Verfassungsgerichten feststellte. Es wäre aber sinnvoll, die Grundrechte zu garantieren und zu verteidigen, statt sich mit der Klagen zu beschäftigen, die erst wegen Nicht-Verteidigung der Grundrechte die deutschen Gerichte überschwemmen. Da aber Vernunft im deutschen Rechtssystem sowieso nicht aufzufinden ist, weist man die Grundrechte ab und lässt die sinnlose Phantombewältigung zu.

Da die BRD zur EU gehört, die die Menschenrechte garantiert, können die Menschenrechtsverletzungen, die in Deutschland stattfinden, nicht von der EU gebilligt werden. Diese Unlogik ist aber Gegenstand meiner Klage.

Die Gründe für die massive Verletzung meiner Rechte in Deutschland, und logischerweise in der EU, sind offensichtlich und folgendermaßen zu erklären:

1. In der Bundesrepublik Deutschland, im Gegensatz dazu, was die offizielle Propaganda behauptet, funktioniert gar nichts: Straftaten werden nicht geahndet, Klagen nicht verhandelt und die Justiz ist keinesfalls verpflichtet, zur Wiederherstellung des Rechts beizutragen. Präventivarbeit wird nicht geleistet (dafür sind die Deutschen zu beschäftigt und nicht fähig).

2. Die Deutschen sind gesetzlosen Heiden geblieben, sie haben kein Verständnis für die Gesetze. Der rechtsstaatliche Wirrwarr: Die Überfülle der Gesetze, die sich selbst widersprechende Rechtssprechung, die Absurdität der juristischen Sprache u.d.g., soll diese Tatsache verschleiern. Schuld daran ist die mangelnde Bildung dieses Volkes: An den juristischen Fakultäten wird Unsinn unterrichtet, die Absolventen werden einfach in das bestehende Unrechtssystem integriert und zu Komplizen ihres Staates. Die Auswahl zur Oberschicht findet nach einem unsinnigen und rassistischen Prinzip statt. Was das Niveau der übrigen Bevölkerung angeht, ist es als schrecklich zu bezeichnen: Der Aberglaube und Irrsinn der selbsternannten Eliten breitet sich in den Massen wie die Seuche aus. Während Freud noch von der Pathologie der Normalität sprach, kann ich die Normalität der Pathologie feststellen.

3. Deutschland ist, real gesehen, eine Feudaldespotie, Diktatur der Massen, das Recht der Stärkeren (oder auch der Dümmeren). Man hat alle gesellschaftlichen Instituten zur Aufrecherhaltung der Vernunft,

zerbrochen und vernichtet: Es findet keine Aufklärung statt, herrscht Zensur und Selbstzensur, die Bevölkerung wird belogen, indoktriniert und verängstigt, Dissidenten Mund zugehalten. Deutschland wie Europa insgesamt befinden sich im ständigen Ausnahmezustand, um ein perfides gesellschaftliches Modell zu erhalten. Die Massen sind zum Konsumwahn verführt, kennen überhaupt keine Grenzen, es findet eine permanente Überbevölkerungskatastrophe statt, infolge dessen Export überflüssiger Bevölkerung ins Ausland stattfindet, was zu weiteren unlösbaren Konflikten führt.

4. Präventivarbeit zur Vermeidung der Konflikte im In- und Ausland wird nicht betrieben, statt dessen die Sündenböcke und Feindbilder produziert, um den Dampf abzulassen, die Aggressivität zu kanalisieren und die untauglichen bürokratischen Apparate zu erhalten.

Diese und andere "Besonderheiten" des Deutschen Volkes und ihres Staates haben die EU geprägt. Statt die Barbaren zu zivilisieren, wird die EU barbarisiert. Eine der Gründe, warum ich beim EU-Gerichtshof klage, besteht darin, die Kursänderung zu bewirken. Indem meine Rechte wiederhergestellt werden, was ich hiermit verlange, werden auch die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, um die Grundrechte effektiv, situationsbedingt und ordentlich zu verteidigen, ohne dafür Sondergerichte wie ECHR und weitere bürokratische Auswüchse zu errichten, womit man versucht, den grundsätzlichen Mangel zu beheben bzw. die Menschen zu täuschen.

"O Herr, zeige uns den richtigen Weg!": Das ist Prinzip, nach dem die meisten Menschen leben, um die Unfähigkeit, eigenen Verstand zu gebrauchen, zu rechtfertigen und sich aus der Verantwortung zu ziehen. Die Schuld-Frage wurde viel diskutiert, u.a. hat Karl Jaspers eine Abhandlung darüber verfasst, obwohl die Schuldunfähigkeit des Deutschen Volkes spätestens seit dem 2.Weltkrieg bewiesen ist. Die Schuldfähigkeit diesem Volk, jedem Einzelnen, zu geben: Darin besteht meine und gleichfalls Ihre Aufgabe. Die 10 Millionen EUR, die ich als Entschädigung verlange, haben eine symbolische Bedeutung, die sicherlich keine zusätzliche Erklärung bedarf.

Gerichtsverfahren

Wegen Verletzung meiner Rechte durch die staatliche Gewalten richtete ich in den letzten 5 Jahre meine Klagen in Übereinstimmung mit dem Artikel 19 Abs. 4 Satz 1 GG bei den ordentlichen Gerichten ein, so z.B. beim LG Duisburg Az. 3 O 339/06 gegen Warenhandelsgesellschaft mbH PLUS; beim OLG Hamm Az. 28 W 38/06 und 3Ws 493/07 wegen widerrechtlicher Anwendung des Strafrechts; beim LG München I Az. 35 O 15813/06 und 6 O 23354/07 gegen MPG bzw. Münchener Anwaltsverein; beim LG Münster Az. 12 O 94/07 wegen Zahlungsaufforderung an Steuerberater Schulze Wenning; beim LG Berlin Az. 30 O 252/07 und Charlottenburg Az. 51 T 80/07 gegen Strato AG bzw. AG Charlottenburg wegen widerrechtlicher Zensurausübung; beim AG Charlottenburg Az. 220 C 135/07 gleichfalls gegen Strato AG; beim LG Düsseldorf Az. 2b O 119/07 wegen Schadenersatzzahlung u.a.

In diese Zeit stellte ich fest, daß die Gerichte die Bearbeitung meiner Klagen und die Erfüllung meiner berechtigten Forderungen behindern. Schon in der ersten Instanz bei den Amtsgerichten, Arbeitsgerichten, Sozialgerichten und Verwaltungsgerichten wurden sie, im Widerspruch zu den Klagetexten und darin enthaltener Begründung, ohne Ausnahme für unzulässig und unbegründet erklärt. Bei den Landgerichten und Verwaltungsgerichten der zweiten Instanz wurden sie von den Gerichten aufgrund von Anwaltszwang,

Gebührenvorauszahlung abgewiesen. Meine begründeten und formgerechten Prozesskostenhilfeanträge wurden entgegen gesetzlichen Bestimmungen nicht zugelassen. Weder einzelne Rechtsanwälte noch die Rechtsanwaltsvereine sind meinen Aufforderungen, mich bei den Anwaltsprozessen zu vertreten, entgegengekommen, was ohne jegliche Begründung erfolgte, oder damit "begründet" wurde, daß sie entweder ausgelastet sind oder daß sie ohne Vorschusszahlung das Mandat nicht annehmen werden, oder weil sie zur Mandatsübernahme nicht verpflichtet sind.

Alle diese "Begründungsgrunde" der Rechtsanwälte und Richter widersprechen den verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen. Obwohl die Tätigkeit der Rechtsanwälte der Verwirklichung des Rechtsstaats dient (Berufsordnung Erster Teil, §1 Abs. 2), genießen sie die Freiheit der Mandatsübernahme und Mandatsausübung, was mit dem Anwaltszwang bei den Landgerichten und in den Revisionsverfahren nicht zu vereinbaren ist, weil die Kläger dabei der vollständigen Willkür der Richter ausgesetzt sind, die eigensinnig über die Zulässigkeit der Klagen und Anträge entscheiden. Wegen rechtsanwaltlicher Unterlassung bei allen Verfahren beantragte ich, die deutschen Rechtsanwaltsvereine aufzulösen (in meinen Klagen beim AG Köln Az. VR 4781 und AG Berlin-Mitte Az. 5 C 153/08). Meine Forderungen bleiben unerfüllt.

Weiterhin ist erwähnungswert, daß die VwGO keine Urteile zulässt, bei denen "einem Beteiligten das rechtliche Gehör versagt war" (§138 Abs. 5; ähnliche Bestimmungen sind auch in anderen Gesetzestexten enthalten). Das rechtliche Gehör kann aber nicht verwirklicht werden, solange vorgeschrieben ist, daß die Revisionsverfahren von einem Rechtsanwalt oder ihm Gleichgestellten eingereicht werden dürfen, was sich in Realität als eine Unmöglichkeit erweist.

Gleichfalls erscheint als verfassungswidrig, daß die Gesetze und die Prozessordnungen die Teilnahme des Volkes an der Rechtssprechung faktisch nur in der Rolle der Zuschauer zulassen. Wegen zahlreichen Hindernissen bei der Klageerhebung und in Revisionsverfahren, die fast ausschließlich einen Prozessbevollmächtigen erfordern, hat die Stimme des Volkes und der Betroffenen kaum Möglichkeit, erhört zu werden. Die widersprüchlichen Bestimmungen der Gesetze führen dazu, daß die Rechtsanwälte die Teilhabe des Bürgers am Recht nicht gewährleisten und ihre Tätigkeit der Verwirklichung des Rechtsstaats nicht dient. De facto bildet sich eine Allianz zwischen Richter und Rechtsanwalt gegen Hilfesuchende und Rechtsfordernde Kläger, die auf diese Weise entrechtet und in die Lage der Bettler versetzt werden.

Fragwürdig ist die Ernennung und die Zugehörigkeit der Richter von und zu den politischen Parteien. Das Richteramt verliert dabei seine Unabhängigkeit, wird anfällig für Erpressung, Einflußnahme und Manipulation jeglicher Art.

Gleichfalls erscheinen unzulässig die rechtsfreie Zonen, die Mittels Immunität der Abgeordnete und der faktischen Unantastbarkeit der Justizangehörigen geschaffen werden. Daß die Gesetze und die Verfassung von derjenigen verabschiedet und geändert werden können, die überhaupt außerhalb dieser Bestimmungen stehen, macht die Gesetzgebung und die Rechtssprechung zum Spielplatz des Pöbels ohne irgendwelche Bezugnahme (feedback).

Die Gerichtsurteile und -Entscheidungen, die dank dieser Widersprüche zur Farce verkommen sind und inszeniert werden, um die Hilfesuchenden zu verhöhnen, gleichen einander in ihrem Verlauf, so z.B. in den

aktuellen Gerichtsverfahren S 16 SO 164/07 beim Sozialgericht Duisburg bzw. L 20 SO 83/07 beim Landessozialgericht NRW; L 7 AS 69/07 beim Landessozialgericht NRW bzw. S 10 AS 81/06 beim Sozialgericht Duisburg; S 16 SO 19/08 beim Sozialgericht Duisburg; VG 2 A 10.08 beim Verwaltungsgericht Berlin; 6 K 5882/07 beim Verwaltungsgericht Köln; 4 K 2976/07 beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen; 14 K 1942/07 bzw. 14 K 3023/07 beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen bzw. 19 A 415/08 und 19 A 416/08 beim Oberverwaltungsgericht NRW; 8 Ca 3609/07 bzw. 6 Ta 29/08 beim Arbeitsgericht Essen/ Landesarbeitsgericht Düsseldorf; 12 K 2945/07 beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen; 6 O 23354/07 beim Landgericht München; 6 K 5155/07 beim Verwaltungsgericht Köln. Die geforderten Maßnahmen, um die rassistische Diskriminierung, das widerrechtlichen Berufsverbot, die Wohnungslosigkeit und die Abwesenheit der medizinischen Betreuung zu beenden, wurden bis heute nicht getroffen. Mein Schreiben an Herrn Hüseyin Aydin, Fraktion Die Linke im Bundestag vom 23.8.2007 blieb unbeantwortet. Daraufhin richtete ich eine Klage gegen den Deutschen Bundestag mit der Forderung, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen, um meine politische, gesundheitliche, berufliche und rechtliche Rehabilitierung zu erreichen. Bis heute sind meine Forderungen unerfüllt geblieben. Gleichfalls verweigerte das Bundesverfassungsgericht, sich mit meiner Klage zu befassen. In meinem Schreiben an die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries vom 25.09.2008 forderte ich, den Deutschen Richterbund, Kronenstr. 73/74, 10117 Berlin, gemäß §129 StGB als eine kriminelle Vereinigung einzustufen und aufgrund dieser Feststellung diesen Verein zu verbieten und gegen seine Mitglieder wegen Rechtsbruch zu ermitteln. Mein Schreiben blieb unbeantwortet.

Am 26.02.2008 richtete ich ein Schreiben an den EU-Kommissar für Justiz, in dem ich forderte, den Europäischen Haftbefehl gegen 7 Personen zu erlassen. Unter diesen Personen nannte ich den Präsidenten des Europäischen Parlaments Hans-Gert Hermann („Harry“) Pöttering, weil ich ihn persönlich für die nazistische Hetze, die gegen mich seit mehreren Jahren geführt wird, verantwortlich mache. Trotz meines Schreibens änderte sich nichts in den Verhältnissen, denen ich seit Jahren ausgesetzt bin. In diese Zeit wurde ich sadistisch gefoltert, Morddrohungen und Mordversuchen ausgesetzt. Die Täter, trotz meinen Strafanzeigen, Klageschriften und Beschwerden bleiben bis heute auf freiem Fuß und werden von der deutschen Justiz in Schutz genommen.

Ende April erhielt ich ein Schreiben aus Brüssel, in dem behauptet wird, die Kommission sei nicht berechtigt, einzugreifen. Begründet wurde das mit der Artikel 33 des Vertrages über die Europäische Union, womit "die Mitgliedstaaten (alleine ??) für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit zuständig sind." Und weiter: "Wenn Sie weitere Fragen zur dieser Sache haben, sollten Sie sich an die zuständigen deutschen Behörden wenden."

Ich habe mich an die deutschen Behörden gewendet, so z.B. bereits 2006 an den BKA-Präsidenten, der nichts unternommen hat, um die gegen mich geführte nazistische Hetze zu beenden. Keine Antwort erfolgte.

Drei Klagen, die ich beim Europäischen Gerichtshof einreichte, wurden aus „formalen“ „Gründen“ nicht einmal angenommen. Gleichfalls verweigerten die Justizminister verschiedener europäischen Länder, mir jegliche Unterstützung betreffend meiner Entschädigungsforderungen gegenüber den Deutschen zu leisten.

Die Deutschen zeigen weiterhin eine unbeugsame Unempfindlichkeit betreffend meiner Forderungen und Hilferufe, weil ich den Mythos von den guten Deutschen, den sie nach 1945 konstruierten, mit meinen Aussagen zerstöre. Hinter wohlgesinnter Maske verbirgt sich die vertraute nazistische Fratze, in der

Schwachsinn und Brutalität als ebenbürtige Qualitäten des deutschen Volkes zu erkennen sind. Die Berichterstattung darüber fand im Internet unter der Adresse enzymes.de statt, was dem deutschen Vieh gar nicht passte: Meine Internetpräsenz wurde zensiert und Versuch unternommen, die Domain-Name zu enteignen. Daraufhin forderte ich beim West-Deutschen Rundfunk (WDR), "über die grausamen Mißhandlungen von Dr. A. Poleev zu berichten." Meine begründete Klage beim Verwaltungsgericht Köln blieb ohne Konsequenzen, die WDR-Intendantin Monika Piel und die WDR-Bürokratie verweigern weiterhin die gesetzlich vorgeschriebene Berichterstattung. Die deutschen Chaos-Menschen, die sich im Kreislauf der Unlogik und Unvernunft befinden, und von deren ungezügelten Triebregungen die Politik ihres Staates fehlgeleitet wird und fehlleistet, verwandelten mein Leben in Alptraum.

Das deutsche Rechtssystem dient nur den kollektiven Interessen des deutschen national-faschistischen Volksmob und ist in seiner Struktur so aufgebaut, daß die proklamierte individuelle Rechte niemals erreicht werden können. In Deutschland zählt nur die Masse, die Volksgruppen kämpfen gegeneinander, um sich gegenüber ihrer Konkurenten zu bevorteilen. Die Gerichte fällen Urteile und Beschlüße, welche eigentlich niemandem interessieren, weil sie den gnadenlosen Verteilungskampf degradierter Volksmassen dekorieren, um den Anschein des Rechts und der Gerechtigkeit an die Außenstehenden zu vermitteln. Über das deutsche Rechtssystem berichtete ich u.a. in meinem Schreiben an das Bundesverfassungsgericht und an den BKA-Präsident. Weitere Erklärungen gab ich in meinem Schreiben an den Interpol-Chef Roland Noble und an den Präsidenten der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung Cláudio Laks Eizirik.

Die deutsche Massengesellschaft hat einen geschmeidigen, gewissenslosen, na(r)zistischen und brutalen Menschentypus, der sich durch eine geminderte Intelligenz und maßlose Habsucht auszeichnet, ausgeformt; meine Schreiben an die Rektoren der Hochschulen, an Polizeipräsident und an den Erzbischof in München blieben unwirksam in Bezug auf meine Forderung, die Dreyfus-Affäre des 21.Jahrhunderts nicht unnötig in die Länge zu ziehen. Diese Personen ziehen sich aus der Verantwortung, genauso wie die deutsche Justiz, die Politik und die Privatpersonen vorher getan haben.

Angesichts besondere Schwere begangener Straftaten, wofür in Deutschland niemand zur Verantwortung gezogen wurde und niemand beabsichtigt, dergleiches zu tun, fordere ich vom ICC die sofortigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Recht herzustellen, sowie eine restlose Aufklärung dieses kollektiven Verbrechens zu veranlassen.

Die Beweise für das bereits Gesagte (Verletzung der Grundrechte, Mißhandlungen, Folter) sind zahlreich und können mit den Zeugenaussagen ergänzt und bestätigt werden. Ein von mir verfasster medizinischer Bericht kann in der Beweisführung Verwendung finden. Als Beweismittel kann man die Gerichtsurteile, in denen die Außerkraftsetzung bestätigt und die Straftaten für rechtens erklärt wurden, geltend machen.

Ich gehe davon aus, die von mir erbrachten Beweise für das Gericht ausreichen. Falls man weitere Einzelheiten über die Ereignisse wissen möchte, kann ich meine Klage mit weiteren Dokumenten ergänzen (davon gibt es viele) und weitere Zeugen benennen. Weil die deutsche Justiz eine der Übeltäter ist, welche die nazistische Hetze und die gesetzliche Rahmen dafür schafft, sowie wegen meiner Erfahrungen, die ich in der Zeit meines zuerst freiwilligen und seit 2002 unfreiwilligen Aufenthalts in Deutschland gemacht habe, beantrage ich, die deutschen Richter sowie jegliche Personen deutscher Nationalität von der Bearbeitung meiner Klage wegen Befangenheit auszuschließen. Falls der Gerichtshof noch weitere Kopien meiner Klage

braucht, kann ich sie nachsenden.

Dr. A. Poleev

Anlagen

1. Kopie des Schreibens vom 26.07.2007, Agentur der EU für Grundrechte.
2. Kopie des Schreibens vom 26.07.2007, Kommissar für Menschenrechte des Europarates.
3. Kopie des Schreibens vom 19.07.2007, Dr. Dick F. Marty, der Rechts- und Menschenrechtsausschuß der parlamentarischen Versammlung des Europarates.
4. Kopie des Schreibens vom 1.08.2007, Prof. P.N. Diamandouros, der Europäische Bürgerbeauftragte.
5. Kopie des Schreibens vom 22.04.2008, Europäische Kommission, Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit.
6. Kopie des Schreibens vom 29.10.2004, ECHR.
7. Kopie des Schreibens vom 5.11.2004, ECHR.
8. Kopie des Schreibens vom 13.03.2006, Kommissar für Menschenrechte des Europarates.
9. Kopie des Schreibens vom 15.10.2008, Rechtskonsulent Alexander Seiler im Auftrag von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf.
10. Kopie des Schreibens vom 19.08.2008, Europäischer Gerichtshof.
11. Kopie des Schreibens vom 20.06.2007, Amt für Soziales und Wohnen im Auftrag des Oberbürgermeisters der Stadt Essen Dr. Reiniger.
12. Kopie des Schreibens vom 3.07.2006, Dr. med. Michael Lasar, Facharzt für Psychiatrie, Psychotherapie und Forensische Psychiatrie, c/o Staatsanwaltschaft Essen.
13. Kopie des Schreibens des Gerichtsvollzieherin Nadja Stratmann.
14. Kopie des Schreibens vom 28.11.2008, Gerichtsvollzieher Osthus.
15. Kopie meines Schreibens an den Bundeskriminalamtspräsident vom 2.08.2006
16. Kopie meines Schreibens an den Interpol-Chef Ronald Noble vom 22.04.2008.
17. Kopie meines Schreibens an die IPA vom 14.02.2008.

Anlage 15. Kopie meines Schreibens an den Bundeskriminalamtspräsident vom 2.08.2006

Mitte Juli teilte mir Interpol mit, daß meine Beschwerde an das BKA in Wiesbaden weitergeleitet wurde. Diese zynische Art der „Entscheidung“ ist ein Beweis dafür, wie sich eine historische Tradition der Abweisung inzwischen noch weiter in das Absurde fortsetzte. Während Schweigen und Ignoranz die überwiegenden Formen waren, womit die Öffentlichkeit die Hilferufe jüdischer Bevölkerung aus Deutschland in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhundert begegnete, würden heute solche Beschwerden an Adolf Hiltler geschickt mit dem Hinweis, er sei für sie zuständig.

In meinem Manuskript „Das Rechtsystem als sado-masochistische Praktik“ (2003) unternahm ich ein Versuch, diese absurde Entwicklung offen zu legen. Unter anderem bezeichnete ich das Rechtssystem als Pfusch. Im dritten Jahr möchte ich meine Meinung korrigieren: Das Rechtssystem ist nicht Pfusch, es ist Furz rechts“wissenschaftlicher“ Arschlöcher, die Mißgeburt deutscher Stupidität und des Wahnsinns. Die deutsche Rasse scheint besonders anfällig für die verschiedenartigen mentalen Pathologien zu sein. Schwachsinn und Verrücktheit gelten hier als Norm, unlogisch zu sein wird als die Gelehrsamkeit geehrt. Man muß keinesfalls sein ganzes Leben einer historischen Untersuchung widmen, um zu verstehen, wie es zu einem solchen Zustand gekommen ist. Die Ursachen liegen für jeden, der sehen kann und will, offen. Sie waren auch von anderen Autoren in aller Deutlichkeit beschrieben, z.B. in Michel Foucault‘s Aufsatz über „Die Wahrheit und die juristischen Formen“ (1973). Man zählt schon das 21. Jahrhundert, aber in den Gerichten herrscht noch der mittelalterliche, ja, sogar altertümliche Schwachsinn. Dazu ist noch das System des Panoptismus gekommen, das Gefängnis und das Arbeitslager wurden auf die ganze Gesellschaft ausgedehnt.

Schon das römische Recht war das übelste Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ein Attentat auf das natürlichste Gerechtigkeitsempfinden und die Logik („Das Recht muß seinen Gang haben, und sollte darüber die Welt zugrunde gehen“ u.d.g.). Das germanische Recht nahm alles Ekelhafteste und Nutzloseste in sich auf, was der menschliche irrende Geist in Jahrhunderten produzierte. Das alles wurde zur Grundlage einer neuen Religion, die Religion des Rechtsstaates. Wie alle anderen Religionen, ist der Glaube ans Recht nur ein Märchen für die dummen Massen. Auf gleiche Weise wie das Recht wurde auch die Idee der Steuer pervertiert. Ursprünglich war die Steuer das Recht der Stärksten, die legalisierte Willkür, jeden und alle auf gleiche Weise auszurauben. Im 19.Jahrhundert wurde ein Versuch unternommen, das Steuerrecht umzudeuten und die Steuereinnahmen für die wohltätige Zwecke zu verwenden, was im 20. Jahrhundert wieder einmal umgedreht wurde (was erst die Kriegsführung und die beiden Weltkriege ermöglichte). In nachfolgender Zeit, im marktwirtschaftlichen Wahn, wurde das Steuerrecht für das Wohl der wahnsinnigen und gelangweilten Bürgerherde „demokratisiert“, so daß die Schenkungswirtschaft für jeden und alle da stand (mit Ausnahme von Bedürftigen und zum Nachteil der restlichen Welt).

Jede produktive oder sinnvolle Aktivität, sei es die Bauernschaft, die Wissenschaft oder das Handwerk (darunter auch das polizeiliche Handwerk), erzeugt spontan ein überwucherndes Gebilde aus Parasiten, die ihre Existenz damit bekräftigen, daß sie die Ergebnisse dieser notwendigen Gruppen akkumulieren, verwalten, umverteilen, weiterverkaufen, transportieren, beschützen, dafür oder dagegen werben, beschreiben oder beschriften u.s.w. Die Ärzte sind die Parasiten der Naturwissenschaft und der Kranken, genauso wie das Rechtssystem eine der zahlreichen parasitären gesellschaftlichen Auswüchse darstellt. Das Rechtssystem scheint nur sich selbst zu verteidigen, ohne davor zurückzuschrecken, die wichtige

gesellschaftliche Funktion der Polizei vollständig zu kompromittieren und zu zerstören. Die richterliche Kaste und die Staatsanwälte sind die Bastarde, die die ganze Gesellschaft unter generellen Verdacht stellten, um ausreichend Gründe zu haben, immer wieder Unruhe zu stiften. Ich habe schon versucht, der Polizei zu erklären, was das Rechtsystem ist: Ein Bündel von Banditen, eine internationale Vereinigung von Kriminellen, welche die ganze Gesellschaft terrorisieren, die gesellschaftliche Ressourcen aussaugen. Mehr noch: Diese kriminelle Bande von Rechtsgelehrten und Rechtsschaffenden, zu deren eigentlichen Auftrag gehört, die Schmutzecken zu bereinigen, und die Funktion der Saubermänner zu erledigen, bildeten sich plötzlich ein, zu den stützenden Säulen der Gesellschaft anzugehören. In einer Gesellschaft, die immer mehr Müll erzeugt, haben diese verrückten Müll-Männer jegliche Fähigkeit verloren, zwischen Müll und Nicht-Müll zu unterscheiden; sie sind doch selber der nutzloseste Müll, der die menschliche Gesellschaft jemals in ihrer Geschichte hervorbrachte. Sie, diese Parasiten, haben doch das Recht erfunden, um die öffentliche Meinung von ihrer Nützlichkeit zu überzeugen und von tatsächlicher Unfähigkeit abzulenken. In Wirklichkeit sind sie nur um ihre eigenen Existenzen besorgt. Diese faulen Tricks sind nur für Dumme, mich kann man damit nicht täuschen. Was denkt ihr, wozu ich das alles schreibe? Aus Spaß? Ich will euch dazu verpflichten, zwischen Müll und Nicht-Müll zu unterscheiden. Um mich noch deutlicher auszudrücken: Schulze Wenning und seine Familie sind Müll; man hat mich mit Müll zusammengemischt, in Berührung mit Scheiße gebracht. Ich war noch nie so beschmutzt worden, wie das in diesem Land passierte. Eine rassistische Bande von Rechtsschaffenden und Rechtsgelehrten, angefangen von Schulze Wenning bis zu anonymen Schreibtischtätern in verzweigten Apparaten deutschen Staates, hetzt mich jahrelang, zuerst in Münster, jetzt auch in Essen. Die Staatsanwaltschaft, sowohl in Münster als auch in Essen, beteiligt sich an dieser Hetzjagd, statt dieses beschämende Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte zu schließen, die Schuldigen zu bestrafen, oder mindestens zu benennen. Nach dem 2.Weltkrieg unterließen die Siegermächte, ein paar Dutzend deutscher Richter zu erschießen. Die Mißhandlungen, die ich im vierten Jahr in Deutschland erdulde, sind auf diese Unterlassung zurückzuführen.

Meine andere Aufgabe besteht darin, die Polizei aus dem Machtbereich eines kriminellen Systems, des Rechtssystems, herauszunehmen. Die Polizisten, ob in Afganistan, in USA oder in Deutschland werden mit sinnlosesten Aufgaben beauftragt, in nutzloseste Kämpfe verwickelt, von der Waffenindustrie mißbraucht, und in die Schußlinie bewaffneter Psychopathen gestellt, um die Waffenproduktion zu sichern. Ist es das, was die Polizisten auch wollen, sich als die blödesten und hirnlosesten Kreaturen zu präsentieren, die affengeilen Arme rechthaberischer Banditenkaste zu sein? Reichen euch nicht die von allen Seiten ausgerufenen Beschimpfungen wie „Polizistenschwein“ und „Polizeistaat“ (schon J.G. Fichte schimpfte auf diese Weise)? Das habt ihr euren Vorgesetzten zu verdanken, eurer eigenen blinden Rechtsgläubigkeit, und nicht zuletzt den billigen Fernseh-Streifen und Krimi-Serien, wo die Polizisten noch dümmer dargestellt werden, als sie sind. Ich bin vollberechtigt, mich so zu äußern, wie ich das tue, weil ich mehr Kompetenz zu allen angesprochenen Themen habe als die Personen, welche die Richtlinien für die polizeilichen Verhaltensweisen verfassen. Schon in meiner Schulzeit las ich dicke Bücher über die Kriminalistik, später noch mehr Bücher zu den verwandten und relevanten Themen. „Verbrechen und Bestrafung“ von Dostojewskij stand im Pflichtprogramm der Schulen. In einem geistigen Vakuum stelle ich die Fragen und beantworte sie auch. „Die (deutsche) Krankheit brachte mich erst zur Vernunft.“ (F.Nietzsche in „Ecce homo“, 1889) (was ich allerdings bezweifle, aber dennoch zitiere).

Im Juli beauftragte die Staatsanwaltschaft Essen Dr. med. Michael Lasar, Facharzt für forensische Psychiatrie, Kronprinzenstr. 26 44135 Dortmund, mich zu begutachten (Anlage). Ich werde in aller Welt

bekannt geben, daß der Deutsche Staat versucht, Psychiatrie für politische Zwecke zu mißbrauchen. Zudem stellt dieser Auftrag eine kriminelle Handlung dar, bedeutet die Verschwendung von Steuergeldern sowie eine grobe Verletzung meiner Privatsphäre. Ich beauftrage hiermit das BKA, die strafgesetzlichen Aspekte dieses Auftrags zu untersuchen, und stelle einen Strafantrag gegen Staatsanwaltschaft Essen wegen Amtsanmaßung (ich habe einen Facharzt in Essen, und werde zusammen mit ihm entscheiden, welche Maßnahmen notwendig sind), Belohnung und Billigung von Straftaten, Falsche Verdächtigung, Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung, Erpressung, Hehlerei, Bedrohung, Strafvereitelung im Amt, Rechtsbeugung, Verfolgung Unschuldiger, Mißbrauch von Steuergelder.

Am 1.August meldete sich erneut der KZ-Arzt Ehren mit einem Schreiben, worin er mir mitteilt, daß mir jegliche finanzielle Unterstützung ab September gestrichen wird. Man läßt mich damit verhungern und auf die Straße werfen. Dr. med. (?) Ehren ist krank im Kopf, ihm macht es offensichtlich Freude, andere Menschen zu quälen, er handelt in bester Tradition der SS. Dazu noch, verwechselt er mich mit seinen Familienangehörigen, oder vielleicht sogar mit sich selbst. Dr. med. Ehren gehört eigentlich in die Psychiatrie; solche Fälle wurden schon lägst in der Pathologie beschrieben (eine populärwissenschaftliche Darstellung findet man z.B. bei Oliver Sacks, „Der Mann, der seine Frau mit einem Hut verwechselte“, 1985) Die deutsche Behörden rekrutieren gerade solchen Sadisten wie Dr. med. Ehren(losen); die Volksparteien wie SPD und CDU bestehen aus solchen Sadisten. Die Volksparteien sollte man schon längst verbieten und mindestens auflösen, wenn man sie nicht anklagen will bzw. (wegen Unzurechnungsfähigkeit) kann. Früher gab man die tollwütigen Hundt‘e zum Abschießen frei, heute dürfen die Arbeitgeber-Präsidenten (sowie allerlei andere Präsidenten) frei herumlaufen

Normalenweise ruft man einen Arzt oder die Polizei, wenn man in Not ist. In welcher Not befindet sich der Deutsche Staat, daß er ständig Polizei und KZ-Mediziner wie Dr. Ehren oder Dr. med Lasar braucht? Habt ihr euch diese Frage jemals gestellt? „ „Glaube“ heisst Nicht-wissen-wollen, was wahr ist. ... Ein Gesetzbuch erzählt niemals den Nutzen, die Gründe, die Casuistik in der Vorgeschichte eines Gesetzes: eben damit würde es den imperativischen Ton einbüssen, das „Du sollst“, die Voraussetzung dafür, dass gehorcht wird. Das Problem liegt genau hierin. ... Das Glück, der Müßiggang bringt auf Gedanken, - alle Gedanken sind schlechte Gedanken... Der Mensch soll nicht denken.“ u.d.g. (F. Nietzsche in „Der Antichrist“, August -30.September 1888). Aus welchem Grund wurde meine Existenz in diesem Staat wie durch einen Krieg zerstört? Wer ist für dieses Verbrechen verantwortlich? Noch spreche ich keinen Fluch aus, will aber warnen: Besinnt euch und beteiligt euch nicht an der Verfolgung von Menschen, die in 100 Jahren wie Heilige geehrt werden. Im Gegenteil dazu, waren solche Unmenschen wie Dr. med. Ehren schon immer verachtet. Das betrifft auch Schulze Wenning. Im Grundgesetz steht: Eigentum verpflichtet. Weil Schulze Wenning diesen Grundsatz falsch interpretiert, muß jetzt diese Familie enteignet werden und ihr Familienhäuschen verlassen. Im meiner Zahlungsaufforderung nannte ich schon die Entschädigungssummen, die ich entweder von Schulze Wenning oder von den Foltergemeinschaften Münster und Essen erwarte. Ich bestehe darauf, daß diese Zahlungen unverzüglich geleistet werden. Andernfalls verlange ich, daß alle meine Strafanzeigen und Klagen in die Gerichte kommen, weil ich die Absicht habe, die Gefängnistore für zuständige Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte zu öffnen.

Anlage 16. Kopie meines Schreibens an den Interpol-Chef Ronald Noble vom 22.04.2008.

Mr Ronald K. Noble
INTERPOL
200, quai Charles de Gaulle
69006 Lyon, France

22.04.2008

Aditum nocendi perfido praestat fides.

Sehr geehrter Herr Noble,

Am 26.02.2008 richtete ich ein Schreiben an den EU-Kommissar für Justiz, in dem ich forderte, den Europäischen Haftbefehl gegen 7 Personen zu erlassen (Anlage). Unter diesen Personen nannte ich den Präsidenten des Europäischen Parlaments Hans-Gert Hermann Pöttering, weil ich ihn persönlich für die nazistische Hetze, die gegen mich seit mehreren Jahren geführt wird, verantwortlich mache. Trotz meines Schreibens änderte sich nichts in den Verhältnissen, denen ich seit Jahren ausgesetzt bin. In diesen Jahren wurden nicht nur alle meine unternehmerische und wissenschaftliche Vorhaben zunichte gemacht, mein privates Leben ruiniert und mir jegliche Möglichkeiten genommen, mein Leben neu aufzurichten; in diese Zeit wurde ich sadistisch gefoltert, Morddrohungen und Mordversuchen ausgesetzt. Die Täter, trotz meinen Strafanzeigen, Klageschriften und Beschwerden bleiben bis heute auf freiem Fuß und werden von der deutschen Justiz in Schutz genommen.

Ich stelle fest, nachdem ich weder Antwort von dem EU-Kommissar erhielt noch die geforderten Maßnahmen erfolgten, daß die EU-Kommission die Straftäter toleriert und die Straftaten sanktioniert. Die Gründe dafür habe ich mehrmals dargelegt, u.a. zuletzt in meinem Schreiben an das Türkischen Konsulat, indem ich schon zum zweiten Mal die Aufhebung der staatlichen Souveränität des deutschen Volkes forderte. Um diese Forderung nochmals zu bekräftigen, möchte ich meine Überlegungen fortsetzen, sie detaillieren und veranschaulichen.

Die Aufklärung hat niemals den deutschen Staat und das deutsche Volk erreicht, genau gesagt: Sie ist an dieses Land vorbeigekommen. Das Ziel, den mittelalterlichen und feudalen Staat zu reformieren, wurde in Deutschland nie verwirklicht. Nicht einmal die grundsätzlichen Forderungen der Aufklärung in Bezug auf die staatliche Struktur: Die Trennung von Staat und Kirche, die Gewaltenteilung, die Schaffung effektiver und vernunftorientierter Verwaltung, die konstitutionellen und gesetzlichen Garantien fürs Individuelle und Private, die Erschaffung geschützten Räume für Kinder, in denen die Bildung und Erziehung stattfinden konnte u.a., wurden jemals zu deutscher Realität. Der gegenwärtige deutsche Staat und die deutsche Gesellschaft befinden sich im tiefsten Mittelalter, geleitet und beherrscht von den Obskurantisten und Scharlatanen. Ohne nennenswerte Bodenschätze ist diese territorial-ethnische Formation, die sich als deutsches Volk versteht, darauf angewiesen, von den Gaben anderer Völker und Territorien zu leben. Mit dieser Rolle geben sie sich nicht zufrieden: Die Geschichte des deutschen Volkes zeichnet sich durch Verschwörungen, Eroberungs- und Verdrängungskriege, Raub und Diebstahl in großem Ausmaß. Es reicht nicht, daß in eurasischen Raum das deutsche Volk zum obligatorischen Kriegsstifter geworden ist: Es

expandiert und vermehrt sich wie Pest in der ganzen Welt. Die deutschen Enklaven in allen Ländern sind zu nicht ausrottbarer Plage der Menschheit geworden. Nicht nur die deutschen Firmen plagen die Welt mit ihrer Abenteuerlust; die Deutschen sind bei ihrer "Mission" der politischen Unterminierung und der physischen Verdrängung ihrer "Gastgeber" in der ganzen Welt tätig, der deutsche parasitische Ungeist und die Unlogik verbreiteten sich im alarmierenden Ausmaß an den Universitäten, in Architekturbüros, an den Kunstakademien und in vielen anderen Institutionen. Die bürokratische deutschtümliche Verpestung der Politik und Verwaltung führte zur weltweiten Verbreitung rassistischen Ideologien der Marktwirtschaft, Demokratie und Technokratie. Die Deutschen haben alle internationalen Organisationen infiltriert und derer Aufgaben und Tätigkeiten zu ihren eigenen Gunsten pervertiert und verfälscht. Erst jetzt entdeckt man, wie ihre "traditionsreichen" Unternehmungen, wie z.B. Simens, eng mit den deutschen Geheimdiensten zusammenarbeiten. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß Simens wie auch die meisten industriellen Auswüchse der Deutschen von Anfang an geschaffen wurden, um als Instrument zur Unterminierung und Überwachung der ganzen Welt zu dienen. Das weltweite Agenten- und Spionagenetz der Deutschen tarnt sich als Entwicklungshilfe, wissenschaftliche Kooperation, Investitionsfonds, Tourismus u.d.g. In Wirklichkeit stellt diese massenhafte Tummelei die Invasionsstrategie der deutschen barbarischen Horden dar, um überall ihre Überwachungszentren und Vorposten zu installieren und zu erhalten.

Nicht einmal zwei Weltkriege haben die deutsche Vermehrungsparanoia und Unterordnungszwang aufgehalten. Der Marshall-Plan erscheint in diesem Kontext als Teil der deutsch-amerikanischen Verschwörung, um den deutschen Staat zu reanimieren. Infolge dieser Fehlentscheidung der damals noch von den Anglosaxen kontrollierten USA ist auch Amerika unter das Joch der Deutschen geraten, einer der symptomatischsten Erscheinungen wessen das Aufkommen der Bush-Dynastie war. Die Maßnahmen, die deutsche Bevölkerung von Amerika nach dem 1. Weltkrieg zwangsamerikanisieren, erwiesen sich als unzureichend, um die Deutschen von ihren kollektiven Wahn abzuhalten, das deutsche Weltreich zu erschaffen. Die Zwangsamerikanisierung der deutsch-amerikanischen Enklave erwies sich als uneffektiv und als Selbsttäuschung der Organisatoren dieser Aktion. Die deutsche Nation hat sich getarnt, um unter amerikanischer Flagge an ihren großenwahnsinnigen Ideen weiterzuarbeiten, um die amerikanischen Institutionen zu unterminieren und zu infiltrieren. Nach dem Marshall-Plan folgte logischerweise der "kalte" Krieg, der nach dem Stalins Tod gar keine Begründung hatte, fortgesetzt zu werden. Der "kalte" Krieg wurde von dem deutschen Volk organisiert, um die USA und die ganze Welt in der Bahn des deutschen Großenwahns zu ziehen. Rußland war nicht zufällig das Angriffsziel dieses Krieges, in erster Linie wegen unbegründeten territorialen Ansprüchen der deutschen Nation, die sich nicht damit begnügen konnte, einen verhältnismäßig kleinen Erdenfleck zu besitzen. Rußland wurde in sinnlosen Rüstungskampf hineingezogen, was enorme Belastung für das russische Volk zu Folge hatte. Mit der Fall der Berliner Mauer wurde Verdeutschlichung von Europa intensiv betrieben, um ein "Aufbauprogramm" zu inszenieren und einen gigantischen Energie- und Ressourcenverbrauch zu rechtfertigen. Der Plan zur "Aufbau" Europas genauso wie der "kalte" Krieg hatten nur ein Ziel: Rußland als selbständiges Land zu zerstören, mit sinnlosen Kraftanstrengungen zur Erschöpfung zu bringen und zu verwüsten (was bereits zur massiven Abholzung auf dem russischen Territorium führte, womit die Russen die Zerstörung ihres Lebensraumes intensiv betreiben; die Menschen verstehen immer noch nicht, daß die Bäume genauso wie sie selbst Lebewesen sind). Die Russen machen allerdings keine Ausnahme in dieser Hinsicht. Die verdummende und irritierende Wirkung des deutschen Ungeistes wirkt berauschend auf die meisten Völker dieser Erde.

Im Gegensatz zu ausgedachten Gefahren des Islamismus und Terrorismus, die auf Alienation der Wahrnehmung zurückzuführen sind, muß die reale Gefahr, die von den deutschen Welteroberungs- und Kolonisierungspläne ausgehen, ernsthaft genommen und mit angemessenen Maßnahmen aus der Welt gebannt werden. Ich möchte nicht Struensee spielen, daß gehört nicht zu meinen Absichten, möchte aber die aus meiner Sicht wohl überlegte Schritte empfehlen, um die britische und anderen Nationen vor der Komplizenschaft mit dem kriminellen deutschen Volk zu bewahren (Ich unterscheide nicht zwischen dem deutschen Volk und seinen Führer, weil sie zueinander in einer Wechselwirkung aus Zwang und vorsätzlichen Handlungen stehen.). Dazu gehören 1. die systematische Entfernung der deutschen Agenten (also Personen deutscher Herkunft) aus internationalen Institutionen, 2. die Entfernung des deutschen Lehrpersonals aus den Universitäten sowie 3. die Unterbindung deutscher Expansion im wirtschaftlichen Bereich, um die Deindustrialisierung dieses Volkes zu erreichen. Weiterhin empfehle ich, die militärischen Operationen im Orient zu beenden. Der zweite Irak-Krieg kann als der Welteroberungskrieg des Germanentums gesehen werden, um die Welt ins Chaos zu stürzen und die Einführung einer totalen Herrschaft zu rechtfertigen. Nicht zufällig wurden in Deutschland zu gleicher Zeit die repressiven Maßnahmen eingeleitet, die unter irreführender Bezeichnung Agenda 2010 bekannt geworden sind (Bundespräsident Köhler plant bereits die Fortsetzung dieser, die Agenda 2020). Die Agenda 2010 hatte zum Ziel, die äußere Repression der Deutsch-Amerikaner (Irak-Krieg) mit der inneren Repression der EU-Deutschen zu komplimentieren und zu ergänzen, um die Bevölkerung abzulenken, in die endlosen und sinnlosen bürokratische Prozeduren zu verwickeln, und ein landesweites Arbeitslager zu errichten. Nur die noch lebende Aufklärung und der erbitterte Widerstand in den arabischen Ländern haben dieser germanischen Verschwörung die Angriffsstärke entzogen.

Die Geschichte (woraus man nicht lernt oder nicht lernen will) zeigt, daß nur die Tötung und Gewaltanwendung effektiv genüg waren, um die parasitische und sadistische deutsche Volksmassen aufzuhalten. Es ist deswegen unverantwortlich und vor allem feige, mich der Willkür des deutschen Volkes zu überlassen. Bereits 2006 informierte ich Interpol über das geschehene Unrecht. Meine damalige Beschwerde wurde an das Bundeskriminalamt weitergeleitet. Der damaliger und jetziger BKA-Präsident, trotz meines Schreibens an ihm (Kopie in Anlage), hat nichts unternommen, um die gegen mich geführte nazistische Hetze zu beenden. Die Deutschen zeigen weiterhin eine unbeugsame Unempfindlichkeit betreffend meiner Forderungen und Hilferufe, weil ich den Mythos von den guten Deutschen, den sie nach 1945 konstruierten, mit meinen Aussagen zerstöre. Hinter wohlgesinnter Maske verbirgt sich die vertraute nazistische Fratze, in der Schwachsinn und Brutalität als ebenbürtige Qualitäten des deutschen Volkes zu erkennen sind. Im Kontext dessen, was ich bereits darüber berichtete, scheint es sinnvoll, die von mir geforderte Verhaftung von EU-Parlamentspräsident anzuordnen, um die Entdeutschung der Europäischen Union einzuleiten.

Anlage 17. Kopie meines Schreibens an die IPA.

Cláudio Laks Eizirik
International Psychoanalytical Association
Broomhills, Woodside Lane,
London N12 8UD,
United Kingdom

14.02.2008

Das Ziel meines Schreibens besteht darin, IPA-Mitglieder mit den Tatsachen und Analysen bekannt zu machen, welche für sie hilfreich bei der Beurteilung der Situation in Deutschland sein können. Ich möchte in meinem Schreiben noch einige neue Initiativen zur Überwindung des staatlichen Systems der Apartheid in Deutschland vorstellen.

Die Deutsche Nation, die erst am Ende des 19.Jahrhunderts aus der feudalen Zerstreutheit entstanden ist, hat das 20.Jahrhundert, das wegen stetigen Wohlstandswachstums zu Blütezeit der menschlichen Zivilisation werden könnte, in einen Alptraum verwandelt. Die Massenvernichtungswaffen, die zügellose industrielle Produktion, die explosive Wachstum der Weltbevölkerung, die unmenschlichen Ideologien mit ihren millionenfachen Opfern, die beispiellose Umweltzerstörung gehören zu den Folgen jenes Unglücksfalls. Nichts ist so traurig als ein mißglücktes Kind, das sein Leben lang geistig behindert bleibt oder zum Kriminellen aufwächst, der sich jeglicher Einflußnahme entzieht.

Um die durch die Deutsche Nation gestiftete Verwirrung bei anderen Völker zu veranschaulichen, nenne ich weitere Beispiele: 1. und 2. Weltkriege, Oktoberrevolution in Rußland, Bürgerkrieg und Maoistische Revolution in China, Volkswirtschaftslehre alias soziale Marktwirtschaft, welche in der ganzen Welt und nur in einem Jahrhundert die bedrohliche Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts bewirkten, die Ströme von Gastarbeiter nach Deutschland nach dem 2. Weltkrieg und später in der ganzen Welt u.a. Besonders absurd bei allen diesen Völkerwanderungen erscheint die Tatsache, daß die Menschen ihre südländische Heimat massenhaft verließen, um als Sklaven in einem saukalten und wetterunfreundlichen Land ihr ganzes Leben für ein anderes Volk, das sie verachtete, zu schuften.

Alle diese u.a. "Leistungen" der deutschen Nation sind die Ursache für die neuen Kriege im Nahen Osten und überall auf der Welt im neuen Jahrhundert. Wenn man die historische Ursachen und die Motivation der Teilnehmer in dem palestinensisch-israelischen Konflikt wissenschaftlich untersucht und beurteilt, gibt es dafür nur ein Grund: Die deutsche Nation, die weiterhin alle andere Völker gegeneinander aufhetzt. Die Israeliten vertreten kollektive Interessen des Germanentums (Täterintrojektion bzw. Stockholm-Syndrom), was in einem krassen Widerspruch zu ihren eigenen Interessen steht, die sicherlich nicht darin bestehen, einen endlosen Krieg zu führen. Der Nahost-Konflikt stellt ein Meisterstück der Manipulationskunst des Germanentums dar. Besonders absurd erscheint die langjährige Deutsch-Israelische-Koalition angesichts unheilvoller Geschichte des Holocaust.

Die Deutschen sind besonders stolz auf ihre kulturelle Volkstümlichkeit, die sie überall anpreisen, mit dem

Begriff "deutsche Kulturnation" krönen, propagandistisch überbewerten, und dem angeblichen Barbarentum anderer Völker gegenüberstellen. Dabei hat die deutsche Nation keine eigene Identität. Die Deutschen haben im großen Stil von den anderen Völker ihre Bräuche, ihre kulturelle Errungenschaften und ihre wissenschaftlich-technische Erfindungen gestohlen, um sie einzuverleiben und diese dafür zu nutzen, ihre eigene Existenz zum Nachteil anderer Völker aufzubauen und zu sichern. So z.B. verkauften sie an China ihre Schmutzfabriken, in China sieht jetzt überall aus wie in Duisburg in den 60er Jahren. Die so genannte wirtschaftliche Entwicklung von China ist in Wirklichkeit Rückfall in die Barbarei. Die Chinesen zerstören ihre eigene Gesellschaft, Kultur und Land, weil sie erneut den ideologischen Utopien des germanischen Barbarentum verfallen sind. Was Kommunismus nicht schaffte, muß offensichtlich der Konsumismus mit seiner sinnlosen Überproduktion zum bitteren Ende bringen. Ich möchte auch die türkische Gesellschaft davon abraten, diesen exportierten Ideologien nachzueifern, weil sie überall den sicheren Tod, die Zerstörung und das Chaos bringen.

Das Deutsche Volk hat die ganze Welt mit den nutzlosen industriellen Produkten vermüllt, seine Fabriken, seine Produktionsweisen, seinen primitiven Lebensstil und seine Ideologie (Idologie) in der ganzen Welt verbreitet. Der deutsche Neokolonialismus und die Versklavung anderer Völker werden in der Gegenwart mit neuartigen Methoden betrieben, und u.a. von zahlreichen deutschen Stiftungen, Unternehmen und Bündnissen getragen, die nur anscheinend damit beschäftigt sind, die Kultur und die Zivilisation zu verbreiten. Hinter allen diesen Aktivitäten entdeckt man die tierischen Selbsterhaltungstriebe des deutschen Volkes, die alle darauf zielen, seinen Lebensraum zu erweitern und andere Völker zu unterminieren. Die Deutschen haben sich nach ihrer so genannten Wiedervereinigung 1989 mit den Pufferstaaten umgeben, die man heute irrtümlicherweise als die Europäische Union bezeichnet. Obwohl zu den erklärten Zielen der EU gehörte, den Frieden in Europa zu garantieren, betreibt dieses Staatenkonglomerat eine aggressive kriegtreiberische Politik, ganz in Tradition des Deutschen Reiches.

Die Avantgarderolle bei der sachlichen und ideologischen Verpestung der Welt spielt das deutsche Professorentum und die deutsche "Wissenschaft". Die deutschen Universitäten funktionieren nach dem in der Hitler-Zeit erprobten Prinzip der Nötigung und Hypnose. Die sogenannte deutsche "Wissenschaft" ist eine indoktrinäre Ansammlung vom in den Jahrhunderten angesammelten Unsinn, die "wissenschaftlichen" Institute dienen dem Zweck, das Lebensraum des Germanentums zu erweitern und die Umwelt zu verpesten. Die gegenwärtig von der deutschen Industrie angebotenen Umwelttechniken dienen der Umsatzsteigerung dieser Industrie, die den Müll im ersten "Produktionsschritt" erzeugt, um im zweiten Schritt das angebliche "Gegengift" anzubieten. Die "Wirtschaftsweisen" in der ganzen Welt erklären eine solche Produktions- und Vorgehensweise für richtig, weil sie von den Deutschen gelehrt wird. Während die parteipolitische Bürokratie das Volk in Köln gegen den Bau von Moschee aufhetzt (ProKöln u.d.g.), verschwendet diese Bürokratie das gemeinschaftliches Geld, um die monströse Kultstätte zu Ehren der marktwirtschaftlichen Religion zu errichten, so z.B. am Limbecker Platz in Essen.

Was die Deutschen mit den Begriffen "Soziale Marktwirtschaft", "Demokratie" und "Rechtsstaat" zu vertuschen versuchen, ist in Wirklichkeit das System der konsumistischen Idiotie, kurz: Konsumismus. Obwohl die meisten hier lebende Menschen die Grundsätze dieses perversen System ablehnen, sind sie von den politischen und pseudowissenschaftlichen Eliten (und selbstverständlich von den Profiteuren dieses System) dazu genötigt, in diesem System zu leben. Die verwirrten Anhänger dieses System fordern von allen anderen, sich konsumistisch zu verhalten und nach starren (orthodoxen) Regeln des Konsumismus ihr

Leben auszurichten. Die zahlreichen parasitischen gesellschaftlichen Schichten: Verwaltungsbürokratie, Finanzaristokratie, Volks(ver)wirte, Kaufmänner und -Frauen u.d.g., überwachen die Ausübung dieser Religion und bestrafen Leute, die sich nicht konform verhalten. Immer mehr Menschen müssen immer mehr Wahren herstellen, die sie nicht brauchen, und jeder muß sich als Sklave auf dem Markt verkaufen wie in einem Puff. Dieses absurde gesellschaftliche Modell wurde in der ganzen Welt mit Gewalt und mit massensuggestiven Methoden verbreitet. Diese so genannte Globalisierung muß angeblich für alle Wohlstand bringen, was ja gar nicht stimmt und nicht stimmen kann. Es ist Zeit gekommen, das Ende dieses System zu fordern und die Konsumisten über die zerstörerischen Folgen ihrer Religion für die menschliche Seele, für die Gesellschaft, für den Frieden und für die Umwelt aufzuklären.

Der so harmlos klingende Begriff "Integrationspolitik" stellt in Wirklichkeit nicht nur die brutalen Versuche dar, die Ausländer zu assimilieren ("arisieren"), worüber sich der Türkische Ministerpräsident Erdoğan am 10. und 12. Februar dieses Jahres empörte. Die von den Deutschen betriebene Integrationspolitik ist eine konsequente Methode, die Ausländer bzw. die ausländischen Studenten an den deutschen Hochschulen einer regelrechten Hirnwäsche zu unterziehen, gegen ihre Herkunftsländer aufzuhetzen und im Dienst der Germanentums zu stellen. Die ausländischen Studenten werden genötigt, den pseudowissenschaftlichen Unsinn nachzusprechen und sich nach dem vorgegebenen Mußter zu verhalten.

Unter ständigem psychosozialen Druck der deutschen Massengesellschaft verfallen immer mehr Menschen den religiösen Wahnvorstellungen des Konsumismus: Sie wenden sich von den moralischen Gesetzen ab, verhalten sich gewissenlos, werden vulgär, leichtsinnig, egoistisch, konsumsüchtig und habgierig. Obwohl alle philosophischen Denk- und Glaubensrichtungen die Habgier verurteilen, wird Habgier von den Konsumisten verheiligt; die Marktwirtschaft selbst stellt die konstitutionalisierte Habgier dar. Diese Positionierung von Laster ins Zentrum des gesellschaftlichen Lebens ist eine Absurdität, die sich ihresgleichen sucht. Es ist längst bekannt, daß (ungesunde) Habsucht die Hauptursache für den Krieg, die Völkermorde und für die Umweltzerstörung ist.

Die Deutsche Nation lebt in einer Traumwelt, mit ihren Traumfabriken wie z.B. staatlicher Sender WDR will sie alle anderen Völker von der Realität ihrer Träume, wo Deutschland eine Prima-Ballerina-Rolle spielt, überzeugen. In Wirklichkeit sind sie die Wünschvorstellungen eines kranken Bewußtseins, der Realitätsverlust per se, der sozialpsychiatrische Maßnahmen erfordert. Die Deutschen sind dabei die Geisel ihres eigenen Irrglaubens. Man kann sicherlich nicht das ganze Volk in die Psychiatrie einliefern, aber man kann den deutschen Traum mit der Aufklärung zerstreuen.

Alle diese Beispiele zeigen, wie gefährlich und unberechenbar die Deutschen in ihrem Verrücksein sind oder sein können. Hass und Zerstörungswut gehören zu den Grundeigenschaften des Deutschen Volkes: Das ist historisch bewiesen. Meine langjährigen Beobachtungen und die Analysen geben gleichfalls Einblick in die kranke deutsche Seele, die sich in immer neuen Grausamkeiten manifestiert. Mit der gnadenlosen Zensur, mit der Unterdrückung und Vernichtung der unabhängig denkenden Intellektuellen, mit allen anderen Methoden eines totalitären Staates gelingt es den Deutschen immer wieder, die wahren Inhalte ihrer Vorhaben und Absichten von der Öffentlichkeit zu verbergen. Seit Jahren arbeiten die Behörden, die Universitäten, die Medien und einzelne Volksgenossen daran, meine aufklärende Arbeit für die Öffentlichkeit unzugänglich zu machen. Die gegen mich geführte national-faschistische Hetze, die Folter, die Straftaten, die Erpressungs- und Nötigungsversuche usw., die ich seit Jahren in diesem SS-Staat erlebe, gehören zur

neuen/alten Normalität dieses Landes. Die Deutschen sind daran überzeugt, sie haben Recht, sich so mir gegenüber zu verhalten, wie sie das seit Jahren tun: Die Menschen zu schikanieren und sie in den Tod zu treiben. Aus meiner Erfahrung weiß ich und kann aufgrund dessen den türkischen und anderen Entscheidungsträger empfehlen: Glaubt kein Wort der deutschen Justiz, den deutschen Medien usw., weil sie allein darauf ausgerichtet sind, die Wahrheit zu verschweigen und anstelle der Wahrheit die national-faschistische Propaganda zu verbreiten. Die Deutschen zerstören menschliche Existenzen, lügen, behindern Berichterstattung usw., ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden.

Angesichts einen immensen Schaden für die Menschheit und Umwelt, die das Deutsche Volk maßgeblich bewirkte und weiterhin ungehindert verursacht, forderte ich bereits in meinem Manuskript "Der deutsche Alptraum" (2006) die Aufhebung der staatlichen Souveränität des deutschen Volkes. Ich möchte meine Forderung erneut wiederholen, das Deutsche Volk unter Protektorat der internationalen Völkergemeinschaft zu stellen, um den fortdauernden Mißbrauch seiner Staatlichkeit für böswillige Zwecke zu verhindern. Die Deutschen haben es geschafft, die eigene Unordnung und das Unrecht über die ganze Welt auszubreiten; jetzt müssen endlich die wirksamen Maßnahmen getroffen werden, um das Recht und die Ordnung auf dem Gebiet des Großdeutschen Reiches herzustellen. Es ist nicht die einzige, und vor allem: nicht die ausreichende Lösung, die ausländischen Truppen in Deutschland zu positionieren. Vielmehr empfehle ich die Maßnahmen, um die Bevölkerungszahl der Deutschen zu reduzieren, um dieses Volk zu zivilisieren und ihn von seinen national-sozialistischen Traditionen abzugewöhnen. Als Beispiel für solche kulturelle Maßnahmen möchte ich die von dem türkischen Ministerpräsident bereits geäußerten Vorschläge erwähnen, die türkischen Schulen und Universitäten in Deutschland zu eröffnen. Es ist notwendig, eine internationale Konsultation zur Erarbeitung weiterer Vorschläge zu organisieren, um das von der internationalen Gemeinschaft getragene Protektorat über das Deutsche Volk vorzubereiten.

Dr. A. Poleev



Entschädigungsklage gegen BRD bei dem EGMR/ECHR, № 14759/09.

Beschwerdenummer 14759/09

COUR EUROPÉENNE DES DROITS DE L'HOMME
EUROPEAN COURT OF HUMAN RIGHTS
EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Conseil de l'Europe - *Council of Europe - Europarat*
Strasbourg, France - Frankreich

REQUÊTE
APPLICATION
BESCHWERDE



présentée en application de l'article 34 de la Convention européenne des Droits de l'Homme,
ainsi que des articles 45 et 47 du règlement de la Cour
under Article 34 of the European Convention on Human Rights
and Rules 45 and 47 of the Rules of Court
gemäß Artikel 34 der Europäischen Menschenrechtskonvention
und Artikel 45 und 47 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs

IMPORTANT: La présente requête est un document juridique et peut affecter vos droits et obligations.
This application is a formal legal document and may affect your rights and obligations.
WICHTIG: *Dieses Formular ist eine Urkunde und kann für Ihre Rechte und Pflichten von Bedeutung sein.*

II

I. LES PARTIES
THE PARTIES
DIE PARTEIEN

A. LE REQUÉRANT/LA REQUÉRANTE
THE APPLICANT
DER BESCHWERDEFÜHRER/DIE BESCHWERDEFÜHRERIN

(Renseignements à fournir concernant le/la requérant(e) et son/sa représentant(e) éventuel(le))
(Fill in the following details of the applicant and the representative, if any)
(Angaben über den Beschwerdeführer/die Beschwerdeführerin und ggf. den Bevollmächtigten/die Bevollmächtigte)

1. Nom de famille Poleev 2. Prénom(s) Andrej
Surname / Familienname First name (s) / Vorname(n)

Sexe: masculin / féminin
Sex: male / female Geschlecht: männlich/ weiblich

3. Nationalité russisch 4. Profession Biologe
Nationality / Staatsangehörigkeit Occupation / Beruf

5. Date et lieu de naissance 30.09.1965 Novotroizk, Rußland
Date and place of birth / Geburtsdatum und -ort

6. Domicile
Permanent address / Ständige Anschrift

7. Tel. N°

8. Adresse actuelle (si différente de 6.)
Present address (if different from 6.) / ggf. derzeitige Anschrift

9. Nom et prénom du/de la représentant(e)[1]
Name of representative / Name und Vorname des Bevollmächtigten/der Bevollmächtigten**

10. Profession du/de la représentant*(e)*
Occupation of representative / Beruf des Bevollmächtigten/der Bevollmächtigten

11. Adresse du/de la représentant(e)
Address of representative / Anschrift des Bevollmächtigten/der Bevollmächtigten

12. Tel. N° Fax N°

B. LA HAUTE PARTIE CONTRACTANTE
THE HIGH CONTRACTING PARTY
DIE HOHE VERTRAGSCHLIESSENDE PARTEI

(Indiquer ci-après le nom de l'Etat/des Etats contre le(s)quel(s) la requête est dirigée)
(Fill in the name of the State(s) against which the application is directed)
(Angabe des Staates/der Staaten, gegen den/die die Beschwerde gerichtet ist)
13. BRD

1 Si le/la requérant(e) est représenté(e), joindre une procuration signée par le/la requérant(e) et son/sa représentant(e).
If the applicant appoints a representative, attach a form of authority signed by the applicant and his or her representative.
Wenn ein Bevollmächtigter/eine Bevollmächtigte bestellt wird, ist eine vom Beschwerdeführer/von der Beschwerdeführerin und seines Bevollmächtigten/seiner Bevollmächtigten unterzeichnete Vollmacht beizufügen.

III

II. EXPOSÉ DES FAITS
STATEMENT OF THE FACTS
DARLEGUNG DES SACHVERHALTES

(Voir § 19 (b) de la notice)
(See § 19 (b) of the Notes)
(Siehe § 19 (b) des Merkblattes)

14.

Si nécessaire, continuer sur une feuille séparée
Continue on a separate sheet if necessary
Falls erforderlich, auf einem gesonderten Blatt fortsetzen

Im Gerichtsverfahren beim AG Berlin-Charlottenburg Az. 220 C 135/07, VG Köln Az. 6 K 5882/07 und 6 K 2128/08, VG Frankfurt am Main Az. 5 K 920/08, VG Gelsenkirchen Az. 12 K 3527/07 (genannt sind die Gerichte der 1. Instanz) klagte ich wegen unzulässige und rechtswidrige Versuche, den Domain-Name enzymes.de zu enteignen, sowie wegen unzulässige Zensur meiner Internet-Präsenz. Das Bundesgerichtshof hat meine Klage in seinem Beschluß VII ZB 61/08 vom 12.2008 als unzulässig verworfen (Anlage 1). Das Bundesverfassungsgericht unterließ, sich mit meiner Klage zu befassen. Im Schreiben vom 30.09.2008, Aktenzeichen AR 6113/08, wurden lediglich die Bedenken gegen die Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde geäußert (Anlage 2). Damit wurden in diesem Verfahren alle rechtliche Möglichkeiten innerhalb BRD erschöpft. Am 27.1.2009 wurde der Domain-Name enzymes.de widerrechtlich enteignet (arisiert), die Inhalte des Journals gelöscht.

Bereits im Jahr 2000 reservierte ich den Domain-Namen enzymes.de, um ihn gewerblich und privat zu nutzen. Nachdem die Firma M.B. Enzymes GmbH, an der ich kurzfristig beteiligt war, von Steuerberater Schulze Wenning zerstört wurde, weswegen mir ein nicht unwesentlicher finanzieller und moralischer Schaden entstanden ist, hat Schulze Wenning diese Scheinfirma dazu benutzt, gegen mich eine Hetzkampagne zu organisieren und mit tätiger Unterstützung der „Justiz“ seines Staates den Fremdenhaß zu schüren. Meine Zahlungsaufforderung (Anlage 3) wegen entstandenen Schaden wurde sowohl von Schulze Wenning als auch von den Gerichten ignoriert (LG Münster 12 O 94/07). Meine Aufforderung, Schulze Wenning einer psychiatrischen Prüfung zu unterziehen, die ich an den Leiter der Klinik für Psychiatrie an der Universität Münster bei Prof. Dr. med. Volker Arolt richtete, wurde ignoriert.

Obwohl ich Schulze Wenning nichts schulde, hat er durch die Angabe unwahrer Tatsachen und mit Hilfe seiner Rechtsanwälte RA Schunck pp, Neubrückenstr. 50-52, 48143 Münster und seiner übrigen Volksgenossen, den Vollstreckungsbescheid beim AG Hagen Az. 05-1906808-0-9 erwirkt, und ihn dazu benutz, mich jahrelang zu terrorisieren. Die beamteten Personen griffen die Gelegenheit auf, gegen einen russischen Wissenschaftler, der dazu noch schwul und ohne jeglichen finanziellen und sozialen Schutz lebt, brutal vorzugehen, und begingen aufgrund dieser juristischen Falschheit zahlreiche Straftaten (wie z.B. Nachstellung, Nötigung, Beleidigung, Verfolgung Unschuldiger u.v.a.), die sie in absoluter Straffreiheit für sie tätigten. So z.B. erließ das AG Essen am 3.1.2006 im Auftrag von Schulze Wenning, seiner Rechtsanwälte Schunck pp. und der Gerichtsvollzieherin Sandra Büker einen Haftbefehl Az. 28 M 2329/05, und überließ mich einer blöden Kuh, die versuchte, in die Wohnung von Herr Hanke, der mich wegen meiner Wohnungslosigkeit aufgenommen hat, einzudringen, sowie drohte mir damit, mich zu inhaftieren. Ein anderer Zwangsvollstreckungsbeamte, H.-B. Osthus tat dasselbe, hat mich erpresst und mir gedroht. Die Drohungen, die im Namen des Staates ausgesprochen werden, um zu beängstigen oder eine Aussage zu erpressen, sowie die reale Gewalt gehören zu den Foltermethoden, welche dieser Staat ganz legal und

systematisch anwendet, trotz weltweiten Folterverbots (StPO §136a, Art. 5 der UN-Menschenrechtskonvention, Art. 3 der EU-Menschenrechtskonvention, Art. 104 GG BRD). Die deutsche Justiz billigte eine solche Vorgehensweise bzw. beteiligte sich an der Hetze, die Schulze Wenning gegen mich entfacht hat (so z. B. OLG Hamm 28 W 38/06, AG Essen 1597/05, AG Essen 12 C 42/06, Staatsanwaltschaft Essen 25 Js 48/06, Staatsanwaltschaft Hagen 500 Js 85/06, LG Essen 5 T 90/06, OLG Hamm 28 W 38/06, Staatsanwaltschaft Münster 41 Js 779/03 und 785/02, LG Münster 12 O 94/07 u.a.).

Da Schulze Wenning mein Vorhaben zerstörte und mir ein unausgesprochenes aber dennoch willkürliches Berufs- sowie Publikationsverbot erteilt wurde, beschäftigte ich mich u.a. mit Schreiben von Manuskripten, die ich im Internet veröffentlichte, um u.a. die gegen mich geführte nazistische Hetze zu dokumentieren und die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Diese Adresse gab ich gleichfalls als Referenz in meinen Bewerbungsschreiben an. Im Januar 2007 wurde meine Internet-Präsenz ohne Angaben der Gründe gesperrt und der Server Strato.de forderte mich auf, die Inhalte meiner Präsenz zu zensieren. Diese Aufforderung hatte keine rechtlichen Grundlagen, weswegen ich mich an die Gerichte wandte. Die juristische Auseinandersetzung ergab, daß die Richter eine solche Vorgehensweise ex post für rechtens erklären und legitimieren, ohne daß ich erfahren könnte, wie es zu diesem Vorfall gekommen ist, und wie das begründet wurde; meine Einwände wurden schlicht und einfach ignoriert. Kein Rechtsanwalt war auf meiner Seite tätig, um diese Willkür abzuwenden, meine Prozesskostenhilfeanträge wurden unbegründet abgelehnt. Seit dieser Zeit verweigert die deutsche Justiz, die willkürlich verhängte Zensur aufzuheben, ohne sich davor zurückzuschrecken, die gesetzlichen Bestimmungen und das internationales Recht zu brechen (so z.B. die Entscheidungen der Staatsanwaltschaft Essen 25 Js 96/07 vom 25.07.2007, Staatsanwaltschaft Berlin 61 Js 4917/07 vom 11.12.2007, des Amtsgericht Charlottenburg 220 C 135/07 vom 4.09.2007, VerfGH Berlin 43/07 u.a.).

Die Willkür erreichte einen neuen Höhepunkt im Mai 2007. Seit dieser Zeit versuchen die deutschen Behörden, den mir gehörenden Domain-Namen willkürlich zu enteignen. Für diese Handlungen bestehen gleichfalls keine rechtlichen Grundlagen. Obwohl es dabei um versuchten DIEBSTAHL handelt, ignoriert die deutsche Justiz meine Strafanzeigen und Klagen (so z.B. das Oberlandesgericht Hamm 3 Ws 493/07 vom 12.09.2007, die Staatsanwaltschaft Essen 25 Js 96/07 vom 25.07.2007 u.a.), so daß ich bis heute gezwungen bin, meine Rechte, die gröblich verletzt wurden, ohne rechtlichen Beistand zu verteidigen. Die Justizbeamten sind bereit, über die Leichen zu gehen, um die kriminellen Handlungen ihrer Volksgenossen zu vertuschen, die Spuren begangener Verbrechen zu vernichten, und die Zeugen zum Schweigen zu bringen.

Außer Straftaten, die gegen mich in dem dargestellten Zusammenhang begangen wurden, handelt es sich um die verfassungsfeindliche Sabotage betreffend Art. 3 Abs. 3, Art. 5, Art. 14 GG. Die geschilderte Vorgehensweise verletzt sowohl das Recht auf die freie Meinungsäußerung als auch das Recht der Unverletzlichkeit des Privateigentums und der Privatsphäre. Zusätzlich nutzt die deutsche Justiz die Rechtssprechung, um gegen Opposition vorzugehen, also für eine politisch motivierte Unterdrückung, was gleichfalls illegal ist. Da es sich dabei um die grobe Verletzung internationaler Rechtsnormen und der Grundrechte handelt, und weil ich keine andere Möglichkeiten sehe, gegen Willkür der deutschen Staates vorzugehen, informierte ich bereits ICANN und Internet Society (ISOC), damit sie mich bei dieser Angelegenheit unterstützen und mir helfen, meine gröblich verletzte Rechte zu verteidigen. Beide Organisationen ignorierten meine Beschwerden, obwohl ich nur einen bescheidenen Wunsch äußerte, die

beschriebene Vorgehensweise öffentlich anzuprangern und zu verurteilen. Gleichfalls schweigen und verschweigen zu diesen empörende Umständen die angeblichen Verfechter der Presse- und Redefreiheit: P.E.N., Reporter ohne Grenzen (Reporters sans frontières); James C. Cornell (ISWA); Canadian Journalists for Free Expression (CJFE); Dr. Vladimir Shkolnikov, Director of Freedom House-Europe; Vladimir Gai, UNESCO Division for Communication Development; Miklos Haraszti, OSCE Representative on Freedom of the Media; Ms Ana María CABANELLAS, International Publishers Association (IPA); David Dadge, International Press Institute (IPI); Media Transparency, National Coalition Against Censorship (New York, USA); Reporters sans frontières (Paris, France); Mr Gavin O'REILLY, World Association of Newspapers; World Press Freedom Committee (Reston, USA), von den akademischen Verlagen und Instituten ganz zu schweigen, weil sie die Zensur und Hetze selbst organisieren.

Am 6.1.2009 erhielt ich ein e-mail von den Provider/Webhoster Strato AG, in dem behauptet wird, ich hätte mein Vertrag bei der Strato AG gekündigt (Anlagen 4 und 5). Da ich keinen Providerwechsel-Antrag stellte, bat ich darum, mir das Kündigungsschreiben zu übersenden. Wie sich herausstellte, haben dieses Schreiben die oben genannten Rechtsanwälte Schunck und Komplizen geschrieben, um weiterhin mich zu terrorisieren und sich kriminell zu betätigen. Sowohl gegen Schulze Wenning als auch gegen seiner Rechtsanwälte stellte ich mehrmals Strafanzeigen und reichte Klagen ein, so z.B. zuletzt beim VG Arnsberg im Verfahren 13 K 1368/08, in dem ich forderte, die rechtsanwaltliche Zulassung für alle Rechtsanwälte der Sozietät RA Schunck zu entziehen.

Seit Jahren besteht für mich das Berufsverbot, die Möglichkeiten, meine wissenschaftliche Arbeit fortzuführen, sind nicht vorhanden. Alle meine bisherigen Vorhaben wurden absichtlich und offensichtlich nur aus Lust am Zerstören vernichtet, meine Tätigkeit als Herausgeber eines analytischen Journals (ISSN 1867-3317) wird behindert, seine Inhalte widerrechtlich zensiert. Die Domain enzymes.de ist der Bestandteil eines wissenschaftlichen Online-Journals und kann nicht enteignet oder sonstwie anders verwendet, als das von seinem Herausgeber vorgesehen ist, d.h. von mir.

Am 27.1.2009 wurde meine Internet-Präsenz willkürlich gesperrt, der Domain-Name an den Schulze Wenning übergeben und bei sedo GmbH zum Verkauf angeboten (Anlage 6 und 7).



IV

III. EXPOSÉ DE LA OU DES VIOLATION(S) DE LA CONVENTION ET/OU DES PROTOCOLES ALLÉGUÉE(S), AINSI QUE DES ARGUMENTS À L'APPUI
STATEMENT OF ALLEGED VIOLATION(S) OF THE CONVENTION AND/OR PROTOCOLS AND OF RELEVANT ARGUMENTS
ANGABE DER GELTEND GEMACHTEN VERLETZUNG(EN) DER KONVENTION UND/ODER ZUSATZPROTOKOLLE UND BEGRÜNDUNG DER BESCHWERDE

(Voir § 19 (c) de la notice)
(See § 19 (c) of the Notes)
(Siehe § 19 (c) des Merkblattes)

15.

Art. 3. Laut der UN-Anti-Folter-Konvention ist jede Handlung als Folter zu bezeichnen, bei der Träger staatlicher Gewalt einer Person „vorsätzlich starke körperliche oder geistig-seelische Schmerzen oder Leiden" zufügen oder androhen, um eine Aussage zu erpressen, um einzuschüchtern oder zu bestrafen. Im Zusammenhang mit der Zwangsvollstreckungsverfahren wurde ich jahrelang gefoltert, meine Aufforderungen bei den Gerichten blieben wirkungslos.

Art. 6. Alle Verfahren und Entscheidungen verletzten auf grobste meine Rechte: kein Rechtsanwalt wurde zugelassen und hat meine Interessen vertreten; keine mündliche Verhandlung hat jemals stattgefunden; keine strafrechtliche Verfolgung von Straftäter, die ich in meinen Strafanzeigen beantragte, wurde zugelassen; stattdessen wurde ich rechtswidrig entmündigt, meine Anträge ignoriert, gegen mich wurde eine nazistische Hetze entfacht.

Art. 7. Ich wurde einer Strafe für die Vorgehen ausgesetzt, die ich nicht begangen habe. Ich bin und war niemandem schuldig, insbesondere nicht dem Schulze Wenning, seinen Rechtsanwälten und nicht den Gerichten, die trotz ihrer schlampiger Arbeit und tendenziöser Vorgehensweise die Zahlungen für die nicht erbrachte Leistungen verlangten. Ich wurde mehrmals von den Gerichtsvollzieher belästigt und bedroht, mußte mich mit ausgedachten Gerichtsverfahren befassen usw.

Art. 8. Die geschilderten Verfahren haben mein Leben sehr beeinträchtigt; eine solche Vorgehensweise stellt unzulässigen Eingriff in meine Privatsphäre dar, die auf diese weise vollständig zerstört wurde. Nicht nur meine Tätigkeit als Herausgeber eines Journals wurde behindert, die Justizbeamte haben in mein Leben ständig eingemischt, mir vorgeschrieben, was ich zu tun hatte und was nicht.

Art. 9. Meine Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit wurden maßgeblich eingeschränkt, wegen meine moralische Vorstellungen und Äußerungen wurde ich einer politischen Verfolgung ausgesetzt.

Art. 10. Freiheit der Meinungsäußerung wurde erheblich eingeschränkt und behindert.

Art. 13. Alle meine Beschwerden, u.a. bei der Justizministerin NRW vom 20.02.2006, blieben wirkungslos.

Art. 14 und Zusatzprotokoll 12 Art. 1. Ich wurde einer rassistisch-motivierten Hetze aufgrund meiner Denkweise, Nationalität, Sexualität, meines nicht vorhandenen Vermögens, und meiner Sprache ausgesetzt.

Art. 15 und Zusatzprotokoll 6 Art. 3. Obwohl es sich nicht um einen Notstand handelte, wurden meine

Grundrechte willkürlich ausgesetzt.

Art. 17. Obwohl ich keine Tätigkeit ausgeübt oder eine Handlung begangen, die auf die Abschaffung der in der vorliegenden Konvention festgelegten Rechte und Freiheiten oder auf weitergehende Beschränkungen dieser Rechte und Freiheiten, als in der Konvention vorgesehen, hinzielt, wurden mir jegliche Rechte entzogen.

Zusatzprotokoll 20.3.1952 Art. 1. Meine Eigentumsrechte auf Domain enzymes.de und internetgallery.de wurden widerrechtlich verletzt. Das betrifft gleichfalls die Inhalte meines Online-Journals.

Zusatzprotokoll 7 Art. 3. Bis heute erfolgte weder Entschuldigung noch Entschädigung wegen Fehlurteile.

V

IV. EXPOSÉ RELATIF AUX PRESCRIPTIONS DE L'ARTICLE 35 § 1 DE LA CONVENTION
STATEMENT RELATIVE TO ARTICLE 35 § 1 OF THE CONVENTION
ANGABEN ZU ARTIKEL 35 ABS. 1 DER KONVENTION

(Voir § 19 (d) de la notice. Donner pour chaque grief, et au besoin sur une feuille séparée, les renseignements demandés sous les points 16 à 18 ci-après)
(See § 19 (d) of the Notes. If necessary, give the details mentioned below under points 16 to 18 on a separate sheet for each separate complaint)
(Siehe § 19 (d) des Merkblattes. Angaben gemäß Ziffern 16 bis 18 sind zu jedem einzelnen Beschwerdepunkt getrennt zu machen; wenn erforderlich ist ein Beiblatt zu benutzen)

16. Décision interne définitive (date et nature de la décision, organe – judiciaire ou autre – l'ayant rendue)
Final decision (date, court or authority and nature of decision)
Letzte innerstaatliche Entscheidung (Datum und Art der Entscheidung, Bezeichnung des Gerichts oder der Behörde)

Das Bundesgerichtshof hat meine Klage in seinem Beschluß VII ZB 61/08 vom 12.2008 als unzulässig verworfen. Das Bundesverfassungsgericht unterließ, sich mit meiner Klage zu befassen. Im Schreiben vom 30.09.2008, Aktenzeichen AR 6113/08, wurden lediglich die Bedenken gegen die Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde geäußert. Meine Strafanzeige in dieser Angelegenheit beim Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main wurde am 12.02.2009 verworfen (Verfahren 6120 Js 206992/09). Meine weitere Klage bei dem VG Frankfurt am Main 5 K 920/08 wurde beim Bundesverwaltungsgericht am 28.10.2008 verworfen (BVerwG 6 B 69.08, 6 PKH 20.08). Meine weitere Klagen und Strafanzeigen wurden nicht einmal beantwortet.

17. Autres décisions (énumérées dans l'ordre chronologique en indiquant, pour chaque décision, sa date, sa nature et l'organe – judiciaire ou autre – l'ayant rendue)
Other decisions (list in chronological order, giving date, court or authority and nature of decision for each of them)
Andere Entscheidungen (in zeitlicher Reihenfolge mit Angabe des Datums und der Art der Entscheidung sowie der Bezeichnung des Gerichts oder der Behörde)

Aufgezählt in 16

18. Dispos(i)ez-vous d'un recours que vous n'avez pas exercé? Si oui, lequel et pour quel motif n'a-t-il pas été exercé?
Is there or was there any other appeal or other remedy available to you which you have not used? If so, explain why you have not used it.
Gibt es oder gab es ein Rechtsmittel, das der Beschwerdeführer/die Beschwerdeführerin nicht eingelegt hat? Wenn ja, welches Rechtsmittel wurde nicht eingelegt? Warum?
Si nécessaire, continuer sur une feuille séparée
Continue on a separate sheet if necessary
Falls erforderlich, auf einem gesonderten Blatt fortsetzen

Es wurden alle innenstaatliche Rechtsmittel erschöpft. Es findet eine rechtsstaatliche Sabotage und Behinderung der Justiz statt.

VI

V. EXPOSÉ DE L'OBJET DE LA REQUÊTE
STATEMENT OF THE OBJECT OF THE APPLICATION
ANGABE DES ZIELS IHRER BESCHWERDE

(Voir § 19 (e) de la notice)
(See § 19 (e) of the Notes)
(Siehe § 19 (e) des Merkblattes)
19.
1. Eine strafrechtliche Verfolgung von Personen anzuordnen, die an der Behinderung der Justiz und Verletzung des geltenden Rechts in der Angelegenheit, die in meiner Klage an dieses Gericht dargelegt wurde, schuldig sind.
2. Die Maßnahmen zu ergreifen, um meine Tätigkeit als Redaktor und Herausgeber des akademischen Jornals Enzymes ISSN 1867-3317 in vollem Umfang zu gewährleisten.
3. Eine juristische Verfügung zu erlassen, demnach die Scheinfirmen Strato AG, Sedo GmbH und denic eG, aufgelöst werden und dessen Eigentum verkauft wird, um meine Schadensansprüche zu begleichen.
4. Dem Steuerberater Schulze Wenning sowie den ihn vertretenden Rechtsanwälten Schunck und Komplizen das Berufsverbot zu erteilen und gegen sie strafrechtlich vorzugehen.
5. Mich zu entschädigen.

VI. AUTRES INSTANCES INTERNATIONALES TRAITANT OU AYANT TRAITÉ L'AFFAIRE
STATEMENT CONCERNING OTHER INTERNATIONAL PROCEEDINGS
ANDERE INTERNATIONALE INSTANZEN, DIE MIT DIESER ANGELEGENHEIT BEFASST SIND ODER WAREN

(Voir § 19 (f) de la notice)
(See § 19 (f) of the Notes)
(Siehe § 19 (f) des Merkblattes)
20. Avez-vous soumis à une autre instance internationale d'enquête ou de règlement les griefs énoncés dans la présente requête? Si oui, fournir des indications détaillées à ce sujet.
Have you submitted the above complaints to any other procedure of international investigation or settlement? If so, give full details.
Sind die vorliegenden Beschwerdepunkte bereits einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Schlichtungsorgan vorgelegt worden? Wenn ja, sollten Sie ausführliche Angaben machen.

Meine Klage vom 7.01.2009 bei dem Greffe du Tribunal de première instance, Rue du Fort Niedergrünewald, L-2925 Luxembourg, Verfahren T-48/09 AJ.

Professor Steve Peers, University of Essex erwähnt diese Klageschrift in seinem Manuskript: The Beneš Decrees and the EU Charter of Fundamental Rights, Statewatch 12 October 2009.

http://www.statewatch.org/news/2009/oct/lisbon-benes-decree.pdf

Meine Klage vom 6.2.2009 beim International Criminal Court, Office of the Prosecutor, Post Office Box 19519, NL-2500 CM The Hague.

VII

VII. PIÈCES ANNEXÉES (PAS D’ORIGINAUX, UNIQUEMENT DES COPIES ; PRIÈRE DE N'UTILISER NI AGRAFE, NI ADHÉSIF, NI LIEN D'AUCUNE SORTE)
LIST OF DOCUMENTS (NO ORIGINAL DOCUMENTS, ONLY PHOTOCOPIES, DO NOT STAPLE, TAPE OR BIND DOCUMENTS)
BEIGEFÜGTE UNTERLAGEN (KEINE ORIGINALE, NUR KOPIEN; DIE DOKUMENTE BITTE NICHT HEFTEN, KLEBEN ODER BINDEN)

(Voir § 19 (g) de la notice. Joindre copie de toutes les décisions mentionnées sous ch. IV et VI ci-dessus. Se procurer, au besoin, les copies nécessaires, et, en cas d’impossibilité, expliquer pourquoi celles-ci ne peuvent pas être obtenues. Ces documents ne vous seront pas retournés.)
(See § 19 (g) of the Notes. Include copies of all decisions referred to in Parts IV and VI above. If you do not have copies, you should obtain them. If you cannot obtain them, explain why not. No documents will be returned to you.)
(Siehe § 19 (g) des Merkblattes. Kopien aller unter Ziffern IV und VI genannten Entscheidungen sind beizufügen. Es obliegt dem Beschwerdeführer/der Beschwerdeführerin, die Kopien zu beschaffen oder die Hinderungsgründe anzugeben. Eingereichte Unterlagen werden Ihnen nicht zurückgesandt.)

21. Anlagen 1 bis 7, wie in II. DARLEGUNG DES SACHVERHALTES Punkt 14.

VIII

VIII. DÉCLARATION ET SIGNATURE
DECLARATION AND SIGNATURE
ERKLÄRUNG UND UNTERSCHRIFT

(Voir § 19 (h) de la notice)
(See § 19 (h) of the Notes)
(Siehe § 19 (h) des Merkblattes)

Je déclare en toute conscience et loyauté que les renseignements qui figurent sur la présente formule de requête sont exacts.
I hereby declare that, to the best of my knowledge and belief, the information I have given in the present application form is correct.
Ich erkläre nach bestem Wissen und Gewissen, dass die von mir im vorliegenden Beschwerdeformular gemachten Angaben richtig sind.

Lieu / *Place* / *Ort* Essen
Date / *Date* / *Datum 11.3.2009*

(Signature du/de la requérant(e) ou du/de la représentant(e))
(Signature of the applicant or of the representative)
(Unterschrift des Beschwerdeführers/der Beschwerdeführerin oder des Bevollmächtigten/der Bevollmächtigten)

MERKBLATT
für Personen, die sich an den **EUROPÄISCHEN GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE** wenden wollen

I. MIT WELCHEN FÄLLEN KANN SICH DER GERICHTSHOF BEFASSEN?

1. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist ein internationaler Gerichtshof, der Beschwerden von Personen prüfen kann, die geltend machen, dass ihre Rechte aus der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt worden sind. Diese Konvention ist ein internationaler Vertrag, in dem eine große Zahl europäischer Staaten übereingekommen sind, **bestimmte Grundrechte** zu sichern. Die garantierten Rechte sind in der Konvention selbst und daneben in den nur von einigen dieser Staaten angenommenen Zusatzprotokollen Nr. 1, 4, 6, 7, 12 und 13 aufgeführt. Lesen Sie bitte diese als Anlage beigefügten Texte.
2. Wenn Sie glauben, dass Sie **persönlich und unmittelbar das Opfer** einer Verletzung eines oder mehrerer dieser Grundrechte durch einen oder mehrere der Staaten geworden sind, können Sie sich darüber beim Gerichtshof beschweren.
3. Der Gerichtshof kann sich jedoch nur mit Beschwerden befassen, die sich auf Verletzungen eines oder mehrerer **in der Konvention oder einem der Protokolle aufgeführten Rechte** beziehen. Er ist kein Berufungsgericht gegenüber den nationalen Gerichten und kann deren Entscheidungen weder aufheben noch abändern. Er kann sich auch in Ihrer Angelegenheit nicht unmittelbar an die Behörden wenden, über die Sie sich beklagen.
4. Der Gerichtshof kann sich nur mit Beschwerden befassen, die gegen Staaten gerichtet sind, die die Konvention oder das betreffende Zusatzprotokoll ratifiziert haben. Er kann sich nicht mit Beschwerden befassen, die sich auf Vorgänge beziehen, die sich vor der Ratifizierung ereignet haben. Das jeweils maßgebliche Datum der Ratifizierung entnehmen Sie bitte dem beigefügten Anhang.
5. Sie können sich beim Gerichtshof nur über **Akte einer Behörde** (gesetzgebende Körperschaft, Verwaltungsorgan, Gericht usw.) eines dieser Staaten beschweren. **Der Gerichtshof kann sich nicht mit Beschwerden gegen Einzelpersonen oder private Organisationen befassen**.
6. Gemäß Artikel 35 Abs. 1 der Konvention kann der Gerichtshof erst nach **Ausschöpfung aller innerstaatlichen Rechtsmittel** und nur innerhalb einer Frist von **sechs Monaten seit dem Tag der letzten endgültigen Entscheidung** angerufen werden. Ihm ist es nicht möglich sich mit Beschwerden in der Sache zu prüfen, die diese Zulässigkeitsvoraussetzungen nicht erfüllen.
7. Die Voraussetzung der Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs bedeutet, dass Sie zunächst versucht haben müssen, eine Entscheidung der nationalen Gerichte über den Streitgegenstand Ihrer Beschwerde herbeizuführen. Das schließt die Einlegung eines Rechtsbehelfs zum höchsten zuständigen Gericht ein. Sollten Sie einen solchen Rechtsbehelf nicht eingelegt haben, müssen Sie darlegen, warum dieser ineffektiv gewesen wäre.
8. Bei Anrufung der nationalen Gerichte müssen Sie die **innerstaatlichen Verfahrensregeln**, und insbesondere die Fristvorschriften, **beachten**. Wird das von Ihnen eingelegte Rechtsmittel beispielsweise verworfen, weil Sie es verspätet oder beim falschen Gericht eingebracht oder andere Verfahrensvorschriften nicht beachtet haben, so ist es dem Gerichtshof nicht möglich, sich mit Ihrem Fall zu befassen. Merkblatt 30
9. Ist Ihre Beschwerde gegen eine Gerichtsentscheidung, wie etwa eine Verurteilung oder ein Strafurteil gerichtet, ist es allerdings nicht erforderlich, dass Sie nach Erschöpfung des normalen Rechtswegs einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt haben. Auch müssen Sie nicht außergerichtliche Rechtsbehelfe oder Gnaden- oder Amnestiegesuche eingelegt haben. Petitionen (an das Parlament, das Staatsoberhaupt oder die Regierung, an einen Minister oder einen Ombudsmann) stellen keine effektiven Rechtsbehelfe dar, von denen Sie Gebrauch gemacht haben müssen.
10. Nach der Entscheidung der letzten innerstaatlichen Gerichtsinstanz haben Sie **sechs Monate** Zeit, um sich an den Gerichtshof zu wenden. **Diese Frist beginnt mit der Zustellung an Sie oder Ihren Rechtsanwalt der letzten im normalen Rechtsweg ergangenen Entscheidung**. Entscheidungen über Wiederaufnahmeanträge, Gnadenoder Amnestiegesuche oder sonstige Gesuche an öffentliche Einrichtungen haben keine Auswirkungen auf diese Frist.
11. Die Sechsmonatsfrist wird erst unterbrochen, wenn Sie dem Gerichtshof entweder in einem **ersten Schreiben** den Gegenstand Ihrer Beschwerde eindeutig – wenngleich auch nur zusammenfassend – darlegen oder das ausgefüllte Beschwerdeformular zusenden. Eine einfache Bitte um Auskunft oder um Zusendung der Beschwerdeunterlagen reicht nicht aus, um die Sechsmonatsfrist zu unterbrechen.
12. Zu Ihrer Information beachten Sie bitte, dass **mehr als 90 % der vom Gerichtshof untersuchten Beschwerden** wegen Nichtbeachtung einer oder mehrerer der Zulässigkeitsvoraussetzungen zurückgewiesen worden sind.

Anlage 3. Kopie meiner Zahlungsaufforderung an Schulze Wenning.

An RA Schunck pp,
Neubrückenstr. 50-52
48143 Münster

18.04.2006

Zahlungsaufforderung.

Hiermit fordere ich Schulze Wenning auf, 1.000.000,00 EUR (in Worten: ein Million Euro) auf meine Konto 1906534 bei der Sparda-Bank München BLZ 700 905 00 zu überweisen.

Diese Zahlungsaufforderung begründe ich folgendermaßen:

1. Die Firma M.B. Enzymes GmbH, bei der ich zwischen 2000 und 2002 als Geschäftspartner beteiligt war und als Geschäftsführer für diese Firma arbeitete, wurde durch Betrug seitens Schulze Wenning gegründet und auch durch Betrug aufgelöst. Infolge dieser Handlungen beging Schulze Wenning folgende Straftaten: Betrug, Vertragsbruch, Vertrauensbruch, Bildung mafiöser Vereinigung, böswilliges und sozialwidriges Verhalten, Irreführung in Sachen Existenzgründung, Aufzwingen zur Sklavenarbeit und Ausbeutung, Raub und Erpressung, Nötigung, Beleidigung, Verstöße gegen Steuerberatungsgesetz, Sachbeschädigung, Anleitung zu Straftaten, Körperverletzung, Vorteilsnahme.

Seine Komplizen: Herr Höing, Notar P. Frommhold, Staatsanwaltschaft Münster, Amtsgericht Münster, Landgericht Münster, Arbeitsamt Münster, Obergerichtsvollzieher R. Schroll und ihre Kanzlei, wurden in mafiöser Strudel hineingezogen und begingen weitere Straftaten, wie z.B. Beihilfe zum Betrug, Bestechlichkeit, Erpressung, Verfolgung Unschuldiger und Vollstreckung gegen Unschuldige. Die Strafprozesse gegen alle Beteiligten können mehrjährige Haftstrafen für sie bedeuten. Wenn o.g. Summe nicht auf mein Konto überwiesen wird, werde ich alle Mittel (mit Ausnahme von Mord) ausschöpfen, um eine Entschädigung für die Beleidigungen, die ich in Deutschland erfuhr, zu erhalten.

2. Infolge massiven Rechtsbruchs wurden meine Rechte gröblich verletzt. Folgende Artikel der Menschenrechtskonventionen wurden verletzt: Universal Declaration of Human Rights (http://www.unhchr.ch) : art. 3, 4, 5, 7, 8, 10, 12, 17, 18, 19, 20, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 29, 30; EU Convention of Human rights (http://www.echr.coe.int) : Art. 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 13, 14, 17, additional protocol 1, art. 1, 2; additional protocol 4, art. 1), Grundgesetz BRD: Artikel 1, 2, 3, 4, 5, 10, 12, 13, 14, 18, 19, 102, 103,104. Die Gründe dafür waren auch mufiges und xenophobisches Umfeld in Münster, in Deutschland und in Europa. Tradition des Genozids bleibt im europäischen Raum bestehen und lebendig. Diese Verletzungen können nicht ohne Konsequenzen für Schulze Wenning und seine Komplizen sowie für den nazional-sozialistischen Deutschen Staat bleiben.

3. Nachdem Schulze Wenning die Firma M.B. Enzymes GmbH willkürlich auflöste, wurde ich jahrelang von deutschen sadistischen Bürgern und Behörden gequält und gefoltert. Laut der UN-Anti-Folter-Konvention ist jede Handlung als Folter zu bezeichnen, bei der Träger staatlicher Gewalt einer Person „vorsätzlich starke

körperliche oder geistig-seelische Schmerzen oder Leiden“ zufügen oder androhen, um eine Aussage zu erpressen, um einzuschüchtern oder zu bestrafen. Wenn keine Zahlung von Schulze Wenning erfolgt, wird meine Schadenersatzklage gegen die Foltergemeinschaften Münster und Essen 10 Millionen EUR (in Worten: zehn Millionen Euro) betragen.

4. Infolge jahrelanger politisch motivierter Verfolgung und Hetze erlitt meine Gesundheit unwiederbringliche Schäden. Über den Ausmaß dieser Schaden wird die Öffentlichkeit bald erfahren. Normalenweise steht darauf Tod für alle daran Beteiligten. Ich hoffe, daß meine Landsleute die Verbrechen deutscher Nazisten während des 2.Weltkrieg nicht vergessen haben, und werden auch dieses Verbrechen rächen, wenn ich keine Entschädigung bekomme.

5. Fast 10 Jahre meiner wissenschaftlichen Tätigkeit in deutschsprachigen Raum und 5 Jahre meines Lebens (2000-2006) wurden mir gestohlen. 15 Jahre meiner Bildung in Rußland, worauf die deutsche Fick-Scheiße überhaupt keinen Anspruch hat, sind zunichte gemacht. Meine Vorhaben, unter anderem mein Projekt InternetGallery und meine Kooperation mit russischen akademischen Instituten innerhalb europäischen INTAS Projektes, wurden vernichtet und unterbrochen. Meine wissenschaftliche Kariere und mein privates Leben wurden vernichtet. Moralischer Schaden ist sehr groß, und kann nur annähernd durch geforderte Zahlung kompensiert werden.

6. Für die Firma M.B. Enzymes GmbH erhielt ich von meinen Lieferanten Produkte in Wert von 100.000 EUR (nach Preisen aus dem Katalog der Firma). Ein Teil der Produkte wurde für die Proben verwendet, anderer Teil wurde verkauft, und noch anderer Teil wurde von Schulze Wenning absichtlich vernichtet (wie z.B. 250.000 Einheiten von ThermolaseRed in Wert von 25.000 EUR) und den Rest mußte ich zu Spottpreisen abgeben, damit nicht alles unbrauchbar würde. Verbraucht wurde nach Unterlagen der Firma über 250.750 Einheiten, noch 10.000-20.000 Einheiten wurde als kostenlose Muster ohne Vermerk verteilt. Mit 10 cent pro Einheit macht das 27.075 EUR. Für den Rest existieren schriftliche Beweise, die ich jede Zeit geltend machen würde.

Nicht zuletzt wurden Ergebnisse meiner Arbeit vernichtet: Umfangreiche Internet-Präsenz und Katalog der Firma sowie Kundendatei mit mehr als 8.000 Einträgen, die ich mühevoll in aufwendigen Recherchen zusammentrug. Diese Kundendatei wurde von Schulze Wenning gestohlen. Dazu kommt noch, daß kein Lohn für meine Arbeit ausgezahlt wurde. Ich gehe von einen Mindestlohn, der meiner Qualifikation entspricht: 3.500 EUR brutto monatlich. Ich mache hiermit geltend folgende Zahlungsanspruche:
vom 1.01.2001 bis 31.08.2001: 1.750x8=14.000 EUR;
vom 1.09.2001 bis 30.06.2002: 3.500x10=35.000 EUR.

Lohnausfälle infolge o.g. Straftaten:
vom 1.07.2002 bis 31.032006: 3.500x6+ x12+ x12+ x12+ x12=189.000 EUR.

Wenn ihre „Sozietität“ noch den Judaslohn an Schulze Wenning zurückgibt, wird ihm die Entscheidung über meine Zahlungsaufforderung leichter fallen.

Dr. A. Poleev

Anlage 4.

06.JAN.2009 08:51 +49 221 34030109 Sedo GmbH #4480 P.001 /001

05/01/2009 17:36 20517 RAE SCHUNCK & KOLL. S. 01/01

Ihre Kundennummer:

STRATO AG

Kündigung des Vertrages / Domainkündigung
Bitte per Fax an: 030 88615 777

Rechtsanwälte Schunck & Kollegen — Rechtsanwalt Stefan Braun
Firmenname — Vorname und Name bzw. Ansprechpartner

Neubrückenstr. 50 - 52
Straße und Hausnummer

48143 — Münster
PLZ — Ort

Andrej Poleev — Stefan Braun
Firmenname des Domaininhabers oder Admin-C — Vorname und Name bzw. Ansprechpartner

Bitte Zutreffendes ankreuzen:

☐ Kündigung des gesamten Vertrages — Pakettyp (z. B. PowerWeb XE) — Auftragsnummer

oder

☒ Kündigung einzelner Domain(s) — www. enzymes .de

www.

www.

www.

www.

Ich kündige meine Domain(s) mit:

☒ Providerwechsel per sofort

☐ Registrarlöschung per sofort

Bitte beachten Sie: Wird keine NIC-Löschung mit sofortiger Wirkung bzw. keine Providerwechsel beauftragt, wird beim Registrar die Löschung der Domain(s) zum Laufzeitende vorgenommen.

Ich kündige folgende Zusatzleistung:

☐ GS ShopBuilder ☐ GS eWWS ☐ LivePages Unlimited sonstiges

- Sofern Sie wegen Providerwechsels kündigen und kein rechtzeitiger Transferantrag Ihres neuen Providers erfolgt, werden Domains zum Ende der Registrierungsperiode nicht verlängert bzw. an den Registrar zurückgegeben, was zu weiteren Kosten oder zur Löschung der Domain führen kann.
- Bevor Sie uns die Kündigung zusenden, speichern Sie bitte die Inhalte Ihres Webspaces und Ihrer Mailboxen.
- Jedes Paket oder Zusatzleistung ist jeweils kündbar mit einer Frist von 1 Monat zum Laufzeitende. Bei einer vorzeitigen Kündigung erfolgt keine Kostenerstattung.
- Möchten Sie die letzte Domain Ihres Paketes kündigen, so beauftragen Sie bitte vor der Kündigung eine neue Domain im Kundenlogin-Bereich unter www.strato.de.
- Wird die letzte Domain eines Pakets gekündigt, erfolgt automatisch eine Kündigung des gesamten Paketes zum nächstmöglichen Termin.
- Änderungen in diesem Formular gelten als nicht geschrieben.

05.01.2009
Datum

Rainer Schunck / Michael Philipps / Astrid Krämer / Ulrike Schönlau / Stefan Braun / Rechtsanwälte / Neubrückenstraße 50-52 / 48143 Münster / Tel. 02 51 / 2 05 15 u. 4 41 82 / Fax 02 51 / 4 26 52
Unterschrift / Firmenstempel des Vertragspartners

Rainer Schunck / Michael Philipps / Astrid Krämer / Ulrike Schönlau / Stefan Braun / Rechtsanwälte / Neubrückenstraße 50-52 / 48143 Münster / Tel. 02 51 / 2 05 15 u. 4 41 82 / Fax 02 51 / 4 26 52
Unterschrift / Firmenstempel des Domaininhabers oder Admin-C

Version 20070719

Fax S Von ID: +49 221 34030109 an: 777 06.01.2009 09:00 [00:00:46] OK S.001/001

Anlage 6. DENIC eG - Domainabfrage-Ergebnis http://www.denic.de/webwhois/info

Domaindaten
Domain: enzymes.de
Letzte Aktualisierung: 27.01.2009

Domaininhaber
Der Domaininhaber ist der Vertragspartner der DENIC und damit der an der Domain materiell Berechtigte.
Domaininhaber: Wilhelm Schulze Wenning
Adresse: Weseler Str. 111-113
PLZ: 48151
Ort: Muenster
Land: DE

Administrativer Ansprechpartner
Der administrative Ansprechpartner (admin-c) ist die vom Domaininhaber benannte natürliche Person, die als sein Bevollmächtigter berechtigt und gegenüber DENIC auch verpflichtet ist, sämtliche die Domain enzymes.de betreffenden Angelegenheiten verbindlich zu entscheiden.
Name: Wilhelm Schulze Wenning
Adresse: Weseler Str. 111-113
PLZ: 48151
Ort: Muenster
Land: DE

Steuerberater Wilhelm Schulze Wenning: Seine einzige Fickleistung besteht darin, einen Haufen Kinder, die genauso blöd wie er selbst sind, in die Welt zu setzen. Единственная „заслуга“ этого подонка состоит в том, что он нарожал кучу детей, которые также глупы как он сам.
Weseler Straße 111-11348151 Münster
Uhrwerkstr. 49, 59387 Ascheberg
Telefon: +49 251 / 97 22 70
Telefax: +49 251 / 97 22 791
E-Mail: email@schulze-wenning.de

Technischer Ansprechpartner
Der technische Ansprechpartner (tech-c) betreut die Domain enzymes.de in technischer Hinsicht.
Name: Marius Wuerzner
Organisation: Sedo GmbH
Adresse: Im Mediapark 6
PLZ: 50670
Ort: Koeln

Land: DE
Telefon: +49 221 340300
Telefax: +49 221 34030109
E-Mail: transferservice@sedo.com

Zonenverwalter
Der Zonenverwalter (zone-c) betreut die Nameserver der Domain enzymes.de.
Name: Marius Wuerzner
Organisation: Sedo GmbH
Adresse: Im Mediapark 6
PLZ: 50670
Ort: Koeln
Land: DE
Telefon: +49 221 340300
Telefax: +49 221 34030109
E-Mail: transferservice@sedo.com
Technische Daten
Nameserver: dns.dns1.de
Nameserver: dns.dns2.de
Nameserver: dns.dns3.de

Sedo: Eine aufgeblasene Scheinfirma, die mit der heißen Luft handelt

Über uns

Über 690.000 Mitglieder handeln auf Sedo in über 21 Sprachen mit Domains. Während praktisch alle guten Domain-Namen bereits registriert sind, findet sich bei Sedo mit etwa 11,5 Millionen die weltweit größte Auswahl an zum Verkauf stehender Domains! Jeden Monat werden über tausend Domains verkauft. Auch im Domainparking gehört Sedo mit mehr als 3 Millionen geparkten Domains zu den weltweit führenden Unternehmen.

Unsere Erfolgsgeschichte

Sedo hat in den vergangenen 7 Jahren eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte geschrieben. Die vier Gründer Tim Schumacher, Ulrich Priesner, Marius Würzner und Ulrich Essmann haben ein Unternehmen aufgebaut, das von einem Internet-Start-Up zur weltweit größten Domain- Handelsplattform avanciert ist.

Sedo beschäftigt derzeit über 180 Mitarbeiter aus 25 Nationen an den Standorten Köln, London (UK) und Boston (USA). Die damit erreichte Sprachvielfalt macht Sedo für ihre Kunden zu einem international starken Verhandlungsführer. Zahlreiche Auszeichnungen vom "GründerChampion" über den "Innovationspreis" bis hin zum "Entrepreneur des Jahres 2007" runden das Bild als Erfolgsunternehmen ab.

Das Dienstleistungsangebot umfasst neben einem kompetenten Service ein breites und professionelles Angebot in den Bereichen Domainhandel, Domainparking, Domainvermittlung, Domaintransfer und Domainbewertung. Ständige Weiterentwicklungen und Produkt- verbesserungen machen Sedo zu einem Komplett-Dienstleister, der sich international einen Namen gemacht hat.

Zahlen und Fakten (Stand: 1. März 2008):
Anzahl Mitglieder: 690.000
Anzahl Domains in der Datenbank: 11.500.000
Anzahl geparkter Domains: 3.200.000
Verkaufte Domains pro Monat: > 1.900
Domain-Transaktionsvolumen pro Monat: > 4,5 Millionen €

Impressum
Sedo GmbH
Im Mediapark 6
50670 Köln
Deutschland
Email: kontakt@sedo.de
Telefon: 0221 - 340 30 - 0
Fax: 0221 - 340 30 - 102

UST-ID: DE813182233
Amtsgericht Köln HRB 35019

Geschäftsführer:
Tim Schumacher, Ulrich Priesner, Marius Würzner

Strato AG erpresst Kunden und widerrechtlich zensiert Web-Inhalte. 10.03.2007
im Verfahren 220 C 135/07 Dr. A. Poleev gegen Strato AG beim Amtsgericht Charlottenburg

„Das Lebensgefühl dieses Volkes ist völlig verrostet: Sie haben zu Feld, zu Wald und Wiese kein Verhältnis mehr, so wie sie zu den Frauen und zum lieben Gott keines mehr haben. Alles, was auch nur ein bißchen das Gebiet des bloßen Geldverdienens überschreitet, ist mit einer lächerlichen Romantik überkleistert, ist verlogen und zutiefst unwahr."

Kurt Tucholsky in „Der Kleinstadtphilister", 1920.

Am 13. Februar dieses Jahres wurde meine Internet-Präsenz (IP) ohne jeglicher Vorwarnung und Erklärung gesperrt. In einem ultimativen Ton wurde von mir verlangt, die Inhalte meiner IP zu zensieren. Meine Forderungen, den Beschwerdeführer zu benennen sowie die konkrete Hinweise betreffend angeblichen Verletzungen der AGB und des geltenden Rechts zu geben, wurden abgewiesen, was mit einem Verschwiegenheitsrecht „begründet" wurde. Bekanntlich leben wir in einem Irrenhaus, wo über nichts Bescheid wissen darf. Erpresst und genötigt mußte ich den absurden Forderungen nachgehen. Weil man nicht versteht, was man da tut, will ich dafür passende Worte finden: Es handelt sich um eine echte Sauerei! Zudem handelt es sich um die Verletzung von Art. 5 Abs. 1 des Grundgesetzes, Art. 9 und 10 der Europäischen Konvention für Menschenrechte, und um die strafbaren Handlungen wie Nötigung und Erpressung.

Ich möchte darauf hinweisen, daß es nur ein geltendes Recht gibt: die Informationsfreiheit, die in Deutschland und in diesem konkreten Fall wieder einmal mit Füßen getreten wurde. Ich und meine Leser haben Recht, zu informieren und informiert zu werden, ohne jegliche Einschränkung. Und dieses Recht muß ohne Einschränkung gewährleistet werden, was ich hiermit auch verlange.

Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, daß trotz meiner anerkannten und hervorragenden Qualifikation und Erfahrungen in verschiedenen Wissensgebieten, bin ich gezwungen, eine Penner-Dasein zu führen: Sowohl das Recht, meinen Beruf auszuüben, als auch das Recht zu veröffentlichen oder zu überleben oder gesund zu bleiben wurden mir in diesem verdammten Land verwehrt. Diese Erniedrigung ist die offensichtliche Rache der deutschen Nazisten dafür, daß ich sie entlarve und an den Pranger stelle. Diese Beleidigung und Herabsetzung wurde nur dank Zensur ermöglicht. Zensur meiner IP steht in einem direkten Zusammenhang mit aktuellen Angriffen deutscher Justiz (der Staatsanwaltschaft und des Amtsgerichts Essen), die zeitgleich mit der Sperrung stattfanden, aber keineswegs auf einem rechten Weg erfolgten. Am liebsten hätte der deutsche Mob mich gänzlich auszensiert: Die zahlreiche Versuche, mich zum Schweigen zu bringen und mich tot zu verschweigen wurden bereits unternommen, wobei die „Rechtsorgane" all das billigten und begünstigten. Dabei handelt es sich um eine altbekannte Vorgehensweise: Zuerst werden Menschen zum Schweigen gebracht bzw. verschwiegen, um sie später leichter umbringen zu können. Die deutsche Intelligentsia beteiligte sich an dieser Pogrom- und Lynchjustiz, die seit Jahren gegen mich geführt wird.

Das deutsche Volk und der deutsche Mob brauchen eine Belehrung, weil sie noch bis heute nicht gelernt haben, die etablierten und wohl bekannten Regeln zu befolgen. Die faschistische Gesinnung und die

Gedankenausrichtung des Volkes sollen mit entgegenwirkenden Maßnahmen entschieden korrigiert werden. Es ist eine unerhörte Frechheit, wenn ein Blödmann von der Strato AG sich berechtigt fühlt, mein Werk zu zensieren und zu zerstören! Nur mir alleine stehen diese Rechte zu, und Strato AG als eine technische Dienstleisterin darf sich in diese Angelegenheit nicht einmischen. Diese eingebildeten Weltbummler und Weltverwalterer haben sich übernommen und bilden sich ein, mir befehlen zu dürfen! Wahrlich: Sie wissen nicht, was sie tun! Sie wissen nicht, wodurch sich ein Genie von anderen Menschen unterscheidet (darüber wußte aber F. Nietzsche Bescheid!). Sie haben keinen Respekt von mir, obwohl es alle Gründe gibt, mir Respekt zu erweisen sowie einen angemessenen Abstand von mir zu behalten. Sie wissen eigentlich nichts, und dennoch wollen sie mir befehlen und über mein Werk verfügen! Nur sie selbst wollen sprechen, ohne den Widerspruch zu dulden und zuzulassen! Woher das alles immer wieder führt, das wollen sie nicht wissen! Wer soll denn darüber aufklären, wenn diese Aufgabe nur den heimischen Journalisten-Verbänden, die mich all diese Jahre verschwiegen haben, überlassen (unterlassen?) wird? Offensichtlich muß ich noch darüber aufklären, daß ich diese Aufklärung gezwungenerweise und unentgeltlich mache, was bis heute nur eine Anerkennung gefunden hat: Eine wilde und ungezwungene Repression!

Im Gegensatz zu den Multimillionären, die in einer Lotto-Wirtschaft ihr Vermögen mit den Killer-, Porno- und Börsenspielen gemacht haben, verbreite ich das Wort der Vernunft, des Zweifelns und des Gleichgewichts, und fordere hiermit alle auf, sich dazu öffentlich zu bekennen. Ich will niemandem zu den religiösen Teilwahrheiten bekehren: Das wurde schon seit Jahrhunderten versucht. Meine Absicht besteht darin, die immer noch blinden Augen und abgestumpften Sinne für die Wahrnehmung der beschämenden Realitäten offnen, um sie unzulässig und zukunftunfähig zu machen. Die Prophezeiung, die vor 2.000 Jahren ausgesprochen wurde, soll endlich in Erfüllung gehen, damit das Reich des Friedens, der Rück- und Voraussicht zu einer dauerhaften Realität wird. Die Widerstände, die diese Erfüllung behindern, sollen mit gerechten Worten gebrochen werden. Trotz diese Widerstände wird man zunehmend mit meiner Sprache sprechen, nicht nur weil ich Recht habe, sondern und vor allem weil diese Sprache berechtigt ist, ohne Einschränkung verbreitet und gepredigt zu werden, um den Geltungsbereich der geistigen Finsternis einzuschränken.

Anlage. Korrespondenz mit der Serviceabteilung von Strato AG.

To: "Andrej Poleev" <andrejpoleev@yahoo.com>
Subject: STRATO AG / Ihre Anfrage vom 15.02.2007
From: "STRATO AG" <service-hotline-strato-ag@strato.de>
Date: Thu, 15 Feb 2007 12:05:01 +0100 (CET)

Guten Tag Herr Andrej Poleev,

vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, die STRATO Experten im Customer Contact Center zu kontaktieren.
Leider konnten wir Ihr Anliegen nicht unmittelbar lösen. Ihre Nachfrage (Webhosting / Abuse) vom 15.02.2007 befindet sich aktuell noch in Klärung..
Ihr Anliegen wird mit hoher Priorität unter der ServiceID 183716 weiterbearbeitet. Sie erhalten selbstverständlich umgehend eine Nachricht, sobald sich der Status ändert.
Die Weiterbearbeitung dauert im Regelfall nur wenige Stunden.

Vielen Dank für Ihre Geduld.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Darscheid
Customer Care

E-Mail: http://www.strato.de/kontakt
Website: http://www.strato.de
STRATO AG
Pascalstraße 10
10587 Berlin
****
Subject: Wichtige Informationen zu Ihrer Domain enzymes.de
Date: Fri, 16 Feb 2007 11:14:25 +0100
From: "Abuse" <Abuse@strato.de>
To: andrejpoleev@yahoo.com

Sehr geehrter Herr Poleev,

unter der Adresse enzymes.de unterhalten Sie bei der STRATO AG eine Internet-Präsenz. Hierzu haben Sie unter ausdrücklicher Anerkennung unserer Allgemeinen Geschäftsbedingungen ein Internet-Komplettpaket bestellt.

Entgegen unserer Geschäftsbedingungen hinterlegen Sie auf Ihrer Internet-Präsenz Inhalte, deren Verbreitung in dieser Form ausdrücklich gegen geltendes Recht verstößt - u. U. machen Sie sich damit strafbar.

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen sind - wie Ihnen bekannt ist - im Internet unter www.strato.de jederzeit einsehbar und ausdruckbar.

Im Abschnitt II unserer Geschäftsbedingungen ist folgendes vereinbart:

2.2 Der Kunde ist dafür verantwortlich, dass seine Domain(s) und seine Inhalte weder gesetzliche Vorschriften noch Rechte Dritter verletzen. STRATO weist darauf hin, dass gegebenenfalls insbesondere bei internationalen Domains andere nationale Rechtsordnungen zu beachten sind.

2.3 Der Kunde verpflichtet sich, keine Domains oder Inhalte zum Abruf anzubieten, die extremistischer (insbesondere rechtsextremistischer) Natur sind oder pornographische oder kommerzielle erotische Angebote beinhalten. Dies gilt auch, wenn solche Inhalte durch Hyperlinks oder sonstige Verbindungen, die der Kunde auf Seiten Dritter setzt, zugänglich gemacht werden.

3.2 Wird die mögliche Rechtsverletzung durch eine Domain begangen, kann STRATO auch Maßnahmen ergreifen, die die Domain unerreichbar machen. In Fällen, in denen die Rechtsverletzung durch eine Domain aufgrund objektiver Anhaltspunkte als sicher erscheint, kann STRATO das Vertragsverhältnis fristlos kündigen.

Strato ist aufgrund des Teledienstgesetzes und unseren allgemeinen Geschäftsbedingungen zur sofortigen Sperrung verpflichtet - daher haben wir die Sperrung mit sofortiger Wirkung für Ihr Internetpaket vollzogen.

Hiermit fordern wir Sie auf, Ihre Internet-Präsenzen zu überarbeiten. Bitte setzen Sie sich umgehend mit uns in Verbindung. Als Termin haben wir uns spätestens den 23.02.2007 vorgemerkt. Auch bitten wir um Übersendung der von Ihnen unterschriebenen Unterlassungserklärung auf die Faxnummer: 030/88615-755 (im Anhang beigefügt). Sobald uns die geforderte Erklärung unterschrieben von Ihnen vorliegt, werden wir die Entsperrung Ihrer Präsenzen umgehend vornehmen. Ab dem Zeitpunkt der Entsperrung durch uns, haben Sie 24 Stunden Zeit Ihre Inhalte zu überarbeiten. Nach Ablauf werden wir eine erneute Prüfung Ihrer Inhalte vornehmen.

Sollten wir bis zum o. g. Termin nichts mehr von Ihnen hören oder sollte unsere Überprüfung nach Korrektur durch Sie negativ ausfallen, behalten wir uns vor, von unserem außerordentlichen Kündigungsrecht gebrauch zu machen.

Wir möchten Sie für diese unausweichliche Maßnahme um Verständnis bitten.

Mit freundlichen Grüßen
STRATO AG

Abuseabteilung
abuse@strato.de

STRATO AG

Pascalstraße 10
10587 Berlin

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Eckhard Spoerr
Vorstand: Damian Schmidt (Vorsitz)
Silvia Beßlich, Torsten Just, Andrea von Kiedrowski,
Stefan Legner, Markus Schrodt, Dr. Gerwin Zeibig
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB 79450

UNTERLASSUNGSERKLÄRUNG

Hiermit erkläre/n ich/wir, ,
(Name Vertragspartner)
Kunde der Firma STRATO AG zu sein mit der Kundennummer /Referenznummer:

Nachfolgend wird gewährleistet, für die Dauer des weiteren Vertragsverhältnisses bei der STRATO AG, keine Downloads anzubieten, die gegen geltendes Recht oder AGB verstossen. Die STRATO AG ist berechtigt, solche Inhalte sofort und ohne gesonderte Mitteilung zu sperren und zu löschen. Im Wiederholungsfall ist die STRATO AG berechtigt, das Vertragsverhältnis aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen.

Die vorstehende Erklärung gilt für sämtliche Verträge, die zwischen dem Unterzeichner und der STRATO AG bestehen oder zukünftig geschlossen werden.

Ort, Datum Unterschrift Vertragspartner
****

Date: Tue, 20 Feb 2007 07:08:15 -0800 (PST)
From: "Andrej Poleev" <andrejpoleev@yahoo.com>
Subject: Re: Wichtige Informationen zu Ihrer Domain enzymes.de
To: "Abuse" <Abuse@strato.de>

Meine Damen und Herren,

bitte Teilen Sie mir mit,

1. welche Inhalte meiner Internet-Präsenz
widersprechen AGB (bitte konkrete Dateien-Name(n)/file name(s) angeben);

2. Wer hat Auftrag gegeben bzw. sich beschwert wegen angeblichen pornographischen/rechtsextremen Inhalten.

Das benötige ich, um meine Internet-Präsenz zu überarbeiten.

Für Fragen stehe ich zur Verfügung.

Dr. A. Poleev.
****

From: "STRATO AG" <servicehotlinestratoag@strato.de>
To: "Dr.A.Poleev" <andrejpoleev@yahoo.com>
Date: Tue, 20 Feb 2007 13:21:05 (GMT)
Subject: RE: DE - Webhosting

Sehr geehrter Herr Poleev,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 20.02.2007.
Auskünfte zu Vertragsangelegenheiten können wir Ihnen aus datenschutzrechtlichen Gründen leider nicht geben. Dafür ist eine Authentifizierung notwendig. Diese können Sie tätigen, indem Sie eine Email aus Ihrem persönlichen Kundenservicebereich senden. Einfacher und schneller können Sie auch gern unsere Hotline unter der Rufnummer 01805-055055 (14ct/min) kontaktieren.

Wir freuen uns, dass Sie unserem anspruchsvollen Service vertrauen.
Ihre Meinung über unseren Kundenservice ist uns sehr wichtig! Um Ihre Wünsche und Ihre Meinung über unseren Kundenservice ist uns sehr wichtig! Um Ihre Wünsche und Erwartungen an uns noch besser erfüllen zu können, bitten wir Sie, sich Zeit für unsere Umfrage zu nehmen. Das Ausfüllen des Fragebogens dauert nur ca. 3 Minuten.

Um diese Umfrage zu beantworten, klicken Sie bitte auf den unten angegebenen Link. Sollte dies nicht funktionieren, kopieren Sie einfach diesen Link und fügen ihn in das Adressfeld Ihres Browsers ein.

Link zum Bewertungssystem: http://quality.stratomailcenter.com/start.php

Mit freundlichen Grüßen

Marcus Höhne
Customer Care
****
Subject: AW: Wichtige Informationen zu Ihrer Domain enzymes.de
Date: Wed, 21 Feb 2007 15:27:00 +0100
From: "Abuse" <Abuse@strato.de>
To: "Andrej Poleev" <andrejpoleev@yahoo.com>

Sehr geehrter Herr Poleev,

wir kommen zurück auf Ihre Nachricht vom 20.02.2007.

Bezüglich Ihrer Anfrage verweisen wir auf unsere erste Mail vom 16.02.2007. Beachten Sie insbesondere den Punkt 2.2 im Abschnitt II unserer AGB.

Zusätzlich teilen wir Ihnen mit, dass wir Informationen zum Beschwerdeführer nicht an Dritte weiterleiten.

Sobald uns die geforderte Unterlassungserklärung unterschrieben vorliegt, werden wir Ihr Paket entsperren. Ab dem Zeitpunkt der Entsperrung durch uns, haben Sie 24 Stunden Zeit Ihre Inhalte zu überarbeiten. Nach Ablauf werden wir eine erneute Prüfung Ihrer Inhalte vornehmen.

Mit freundlichen Grüßen
STRATO AG
****

Abuseabteilung abuse@strato.de
Subject: WG: Wichtige Informationen zu Ihrer Domain enzymes.de
Date: Thu, 22 Feb 2007 11:36:32 +0100
From: "Abuse" <Abuse@strato.de>
To: andrejpoleev@yahoo.com

Sehr geehrter Herr Poleev,

vielen Dank für Ihre Nachricht.

Wir werden die Entsperrung umgehend vornehmen. Bitte gestalten Sie Ihre Seiten bis spätestens Freitag, den 23.02.2007 12:00 Uhr unseren AGB´s konform.

Sollte die o. g. Frist von Ihnen nicht eingehalten werden, behalten wir uns vor, von unserem außerordentlichen Kündigungsrecht gebrauch zu machen und auch werden wir erneut umgehend die Sperrung Ihrer Seiten vornehmen müssen.

Wir möchten Sie für diese unausweichliche Maßnahme um Verständnis bitten.

Mit freundlichen Grüßen
STRATO AG

Abuseabteilung
abuse@strato.de
****

Subject: AW: WG: Wichtige Informationen zu Ihrer Domain enzymes.de
Date: Thu, 22 Feb 2007 16:25:54 +0100
From: "Abuse" <Abuse@strato.de>
To: "Andrej Poleev" <andrejpoleev@yahoo.com>

Sehr geehrter Herr Poleev,

wir kommen zurück auf Ihre Nachricht.

Vorerst informieren wir Sie, dass die STRATO AG Internetpräsenzen ihrer Kunden grundsätzlich nicht überprüft. Sollten uns jedoch Beschwerden bzw. Verstöße gegen unsere AGB vorliegen, sehen wir uns gezwungen entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Laut unserer erneuten Überprüfung Ihrer Webseite, veröffentlichen Sie Namen von Mitarbeitern sowie Schriftverkehr der STRATO AG. Wir haben Sie aufzufordern diese Inhalte bis spätestens Freitag, den 23.02.2007 10 Uhr zu entfernen. Gleichzeitig fordern wir Sie auf, die im Anhang befindliche Unterlassungserklärung auf die Faxnummer: 030/88615-755 unterschrieben zuzusenden.

Sollten die Inhalte bis zum o. g. Termin nicht entfernt sein bzw. die Unterlassungserklärung noch nicht vorliegen, werden wir eine erneute Sperrung Ihres Internetpaketes vornehmen. Zusätzlich behalten wir uns vor, von unserem außerordentlichen Kündigungsrecht gebrauch zu machen.

Mit freundlichen Grüßen
STRATO AG

Abuseabteilung abuse@strato.de

UNTERLASSUNGSERKLÄRUNG

Hiermit erkläre/n ich/wir,
(Name Vertragspartner)
Kunde der Firma STRATO AG zu sein mit der Kundennummer /Referenznummer:

Nachfolgend wird gewährleistet, für die Dauer des weiteren Vertragsverhältnisses bei der STRATO AG, keine Namen von Mitarbeitern sowie Briefe bzw. E-Mailverkehr der STRATO AG zu veröffentlichen. Die STRATO AG ist berechtigt, solche Inhalte sofort und ohne gesonderte Mitteilung zu sperren und zu löschen. Im Wiederholungsfall ist die STRATO AG berechtigt, das Vertragsverhältnis aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen.

Die vorstehende Erklärung gilt für sämtliche Verträge, die zwischen dem Unterzeichner und der STRATO AG bestehen oder zukünftig geschlossen werden.

Ort, Datum Unterschrift Vertragspartner

****

Subject: AW: WG: Wichtige Informationen zu Ihrer Domain enzymes.de
Date: Fri, 9 Mar 2007 14:25:56 +0100
From: "Abuse" <Abuse@strato.de>
To: andrejpoleev@yahoo.com

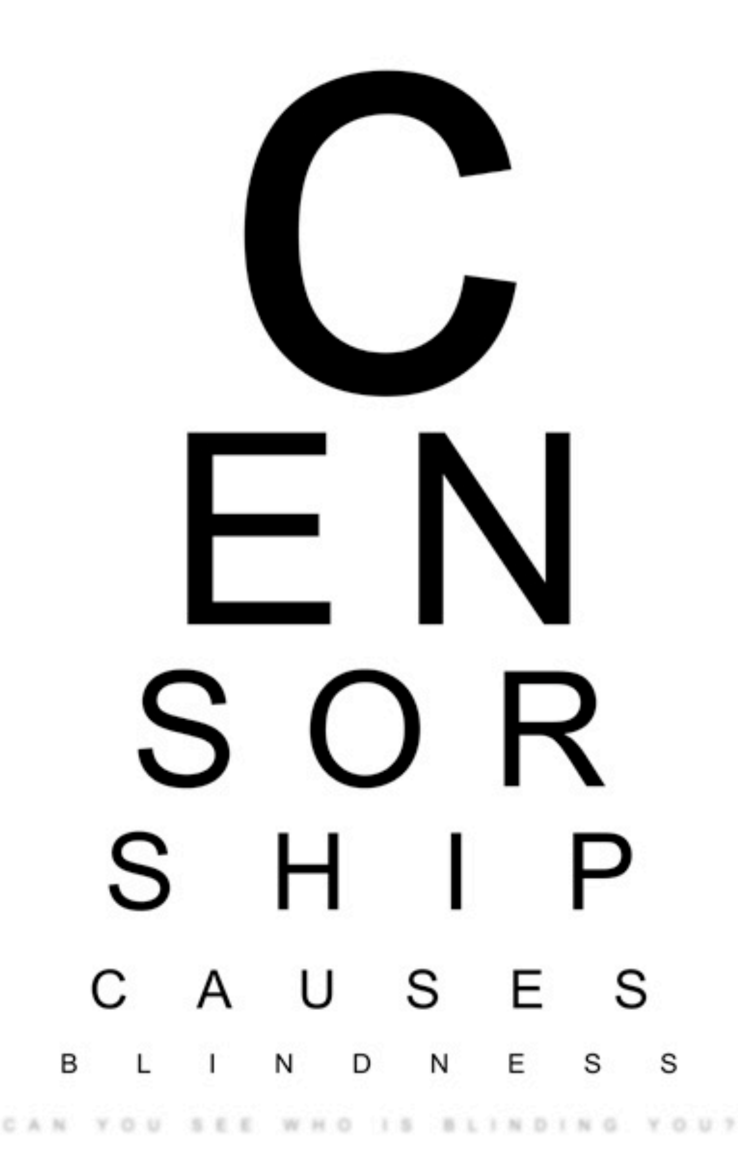
Sehr geehrter Herr Poleev,

bezüglich Ihrer Domain enzymes.de sowie dem unten aufgeführten Vorgang ist uns zur Kenntnis gelangt, dass die beanstandeten Inhalte noch auf dem Server des Paketes verfügbar sind, und über Suchmaschinen (zum Beispiel Google) aufgerufen werden können.

Wir haben Sie daher aufzufordern, die Inhalte umgehend vom Server Ihres Paketes zu entfernen. Wir haben uns hierfür eine Frist bis Montag, den 12.03.2007 14 Uhr notiert. Sollte die genannte Frist nicht eingehalten werden, sind wir verpflichtet, eine erneute Sperre Ihres Paketes vorzunehmen. Ihre Unterlassung liegt uns zusätzlich mit Fax vom 21.02.2007 vor.

Mit freundlichen Grüßen
STRATO AG

Abuseabteilung abuse@strato.de



Eye Exam by ~worldhurricane

„Die philosophische Frage, was Realität ist, kann ich Ihnen nicht beantworten. Realität ist im Augenblick das, was wir wahrnehmen, und worauf die Meisten, die das wahrnehmen, sich geeignet haben. Schon die freie Wille ist eine Illusion, ebenso wie die Vorstellung von der einheitlichen Realität."

Auf diese Weise könnte sich ein Partei-Mitglied des Orwell'schen Big Brother Staates äußern. Der Witz ist, daß es eine reale Person existiert, die das gesagt hat: Wolf Singer, Professor am Max-Planck-Institut für Hirnforschung in Frankfurt am Main. Meine Diagnose im Fall Prof. Werwolf Singer und der deutschen Pseudowissenschaft insgesamt lautet: Realitätsverlust. Das ist die verlogene Realität des deutschen Volkes, die auf keinen Fall anerkannt werden darf:



Die Aufnahme dokumentiert Mißbrauch von Psychiatrie für politische Zwecke in der BRD. Aufgenommen in der Gemeinschaftspraxis Dr. med. Klaus Weischer-Kamprad, Poststraße 20, 48431 Rheine am 8. April 2005.

Entschädigungsklage gegen BRD bei dem EGMR/ECHR, № 30995/09

An den Kanzler
des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
Europarat
F–67075 STRASBOURG CEDEX

Beschwerdenummer 30995/09

COUR EUROPÉENNE DES DROITS DE L'HOMME
EUROPEAN COURT OF HUMAN RIGHTS
EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Conseil de l'Europe - *Council of Europe - Europarat*
Strasbourg, France - Frankreich

REQUÊTE
APPLICATION
BESCHWERDE

présentée en application de l'article 34 de la Convention européenne des Droits de l'Homme,
ainsi que des articles 45 et 47 du règlement de la Cour
under Article 34 of the European Convention on Human Rights
and Rules 45 and 47 of the Rules of Court
gemäß Artikel 34 der Europäischen Menschenrechtskonvention
und Artikel 45 und 47 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs

IMPORTANT: La présente requête est un document juridique et peut affecter vos droits et obligations.
This application is a formal legal document and may affect your rights and obligations.
WICHTIG: *Dieses Formular ist eine Urkunde und kann für Ihre Rechte und Pflichten von Bedeutung sein.*

II

I. LES PARTIES
THE PARTIES
DIE PARTEIEN

A. LE REQUÉRANT/LA REQUÉRANTE
THE APPLICANT
DER BESCHWERDEFÜHRER/DIE BESCHWERDEFÜHRERIN

(Renseignements à fournir concernant le/la requérant(e) et son/sa représentant(e) éventuel(le))
(Fill in the following details of the applicant and the representative, if any)
(Angaben über den Beschwerdeführer/die Beschwerdeführerin und ggf. den Bevollmächtigten/die Bevollmächtigte)

1. Nom de famille Poleev
Surname / Familienname

2. Prénom(s) Andrej
First name (s) / Vorname(n)

Sexe: masculin
Sex: male / Geschlecht: männlich

3. Nationalité russisch
Nationality / Staatsangehörigkeit

4. Profession Biologe
Occupation / Beruf

5. Date et lieu de naissance 30.09.1965 Novotroizk, Rußland
Date and place of birth / Geburtsdatum und -ort

6. Domicile
Permanent address / Ständige Anschrift

7. Tel. N°

8. Adresse actuelle (si différente de 6.)
Present address (if different from 6.) / ggf. derzeitige Anschrift

9. Nom et prénom du/de la représentant(e)[1]
Name of representative / Name und Vorname des Bevollmächtigten/der Bevollmächtigten**

10. Profession du/de la représentant*(e)*
Occupation of representative / Beruf des Bevollmächtigten/der Bevollmächtigten

11. Adresse du/de la représentant(e)
Address of representative / Anschrift des Bevollmächtigten/der Bevollmächtigten

12. Tel. N° Fax N°

B. LA HAUTE PARTIE CONTRACTANTE
THE HIGH CONTRACTING PARTY
DIE HOHE VERTRAGSCHLIESSENDE PARTEI

(Indiquer ci-après le nom de l'Etat/des Etats contre le(s)quel(s) la requête est dirigée)
(Fill in the name of the State(s) against which the application is directed)
(Angabe des Staates/der Staaten, gegen den/die die Beschwerde gerichtet ist)

13. BRD

1 Si le/la requérant(e) est représenté(e), joindre une procuration signée par le/la requérant(e) et son/sa représentant(e).
If the applicant appoints a representative, attach a form of authority signed by the applicant and his or her representative.
Wenn ein Bevollmächtigter/eine Bevollmächtigte bestellt wird, ist eine vom Beschwerdeführer/von der Beschwerdeführerin und seines Bevollmächtigten/seiner Bevollmächtigten unterzeichnete Vollmacht beizufügen.

III

II. EXPOSÉ DES FAITS
STATEMENT OF THE FACTS
DARLEGUNG DES SACHVERHALTES

(Voir § 19 (b) de la notice)
(See § 19 (b) of the Notes)
(Siehe § 19 (b) des Merkblattes)

14.

Si nécessaire, continuer sur une feuille séparée
Continue on a separate sheet if necessary
Falls erforderlich, auf einem gesonderten Blatt fortsetzen

Wegen symptomatischen Erscheinungen meiner Systemerkrankung suchte ich im Zeitraum 2006-2009 die Ärzte an den Universitätskliniken Essen und Bochum auf, um die Diagnosestellung zu ermöglichen und zu verifizieren, sowie die therapeutischen Maßnahmen einzuleiten. Seit Januar 2006 befand ich in einer ambulanten Behandlung in der Hautklinik in Essen. Erste Laboruntersuchungen wurden im Mai 2006 durchgeführt, worüber am 27.06.2006 berichtet wurde. Im Bericht (Anlage 1) stellten der Oberarzt Dr. Esser und Frau Dr. Ross u.a. ein rezidivierender Herpes genitalis fest. Aus Protokollen der Laboruntersuchungen (Anlagen 2-7) kann mann entnehmen, wie nachlässig gearbeitet und protokolliert wurde. Der Nachweis der Herpes simplex-Infektion kam nicht Zustande, der Nachweis von M. hominis und U. urealyticum ist wegen „Kontamination mit überwuchernden Keimen“ zweifelhaft. Die Ärzte machten keine Therapievorschläge, stattdessen äußerten sie sich beleidigend in diesem Bericht. Die Falschdiagnose lautete: „Insgesamt erweckt die Symptomatik den Eindruck einer psychiatrischen Komorbidität, die evtl. fachärztlich beurteilt werden sollte.“

Während des Ärzte-Streiks besuchte ich am 16.03.2006 die Neurologische Universitätsklinik in Essen. Bei der Anmeldung zeigte ich meinen Überweisungsschein. Die Dame an der Rezeption sagte, ich muß einen grünen Schein haben, obwohl auf meinem Überweisungsschein klar geschrieben stand: Überweisung an die Neurologische Poliklinik. Ich sagte dieser Dame, ich brauche einen Termin, möglichst bei Herrn Maschke, um über meine Erkrankung zu sprechen. Als ob meinen Worten keine Bedeutung beigemessen wurde, erwiderte die Dame: Ich soll zu Psychiatrie, weil in Spalte Auftrag/Diagnose/Verdacht „Psychose“ steht. Weil ich immer noch ignoriert wurde, mußte ich die Dame schreien, daß ich (und nicht sie) Doktor der Naturwissenschaften bin, und sie soll zuhören, was ich sage und mir einen Termin geben. Wegen meinen Aufschrei kam ein Arzt zu der Anmeldung und fragte nach, was los sei. Die Dame drohte bereits damit, die Polizei zu rufen, falls ich die Klinik nicht sofort verlasse. Mit Hilfe von Assistenzarzt Lutz Pageler kamen wir endlich ins Gespräch. Ich teilte ihm mit, daß ich einen Termin brauche, möchte mit Dr. Maschke sprechen, weil ich befürchte, daß eine lebensbedrohliche Infektion des Nervensystems vorliegt oder entstehen kann, was u.U. zu der viralen Enzephalitis führen kann. Wir gingen nach oben, um einen Termin auszumachen. Im Vorzimmer von Prof. Diener wird mir erklärt, daß ich als gesetzlich Versicherter keinen Termin bekommen kann, da Dr. Maschke nur für privatversicherte Patienten zur Verfügung steht. Ich erkläre Prof. Diener, daß ich Dr. Maschke als einen Kollegen sprechen möchte, da ich einen Artikel, wo er ein Coautor ist, gelesen habe, und möchte seine Meinung in Bezug auf meine Krankheit und Symptome wissen. Prof. Diener bestand auf die oben erwähnte Regel, und wies meine Forderung zurück, worauf ich ihn „sklerotisch“ nannte.

Wieder in Anmeldezimmer wurde nun endlich ein Termin bei L. Pageler für 19.Juni 2006 (!) ausgemacht. L. Pageler hat überhaupt keinen wissenschaftlichen Hintergrund in Bezug auf infektiöse Erkrankungen des

Nervensystems, und überhaupt keinen Doktortitel. Darüberhinaus erwartete man von mir, daß ich auf diesen nutzlosen Termin 3 Monate warte. Mein Schreiben an Dr. Maschke vom 20.03.2006 (Anlage 8) blieb unbeantwortet. Die in diesem Schreiben beschriebenen Symptome meiner Erkrankung weckten Interesse von niemandem, kein Arzt beeilte sich, mir zu Hilfe zu kommen.

Am 19.6.2007 empfing mich ein anderer Mitarbeiter dieser Klinik, Dr. med. M. Gerwig, Oberarzt der Poliklinik. In seinem Bericht (Anlage 9) könnte er zwar nicht verneinen, daß ich „wach, bewußtseinsklar und orientiert, ... ohne aktuelle formale Denkstörungen“ bin, hat aber als unnötig empfunden, irgendwelche diagnostische Arbeit durchzuführen und die therapeutischen Maßnahmen zu verordnen.

Nach ständigen juristischen Schikanen im April und im Mai 2007 entwickelten sich wiederholt die symptomatischen Erscheinungen des Konjunktivitis. Obwohl die Überweisung an die Augenklinik in Essen am 14.06.2007 erfolgte, bekam ich einen Termin für den 16.07.2007. Am Tag der Untersuchung waren alle Symptome weg, so daß keine Diagnosestellung möglich war. Dennoch wurde so genannte "trockene Auge" diagnostiziert, die in den Augen der Professorin als die normalste Alterserscheinung aussah. Abstrich der Träne für einen Schnelltest auf Chlamidien, ist negativ ausgefallen, was für die Ärzte kein Anlass war, zu fragen, ob irgendwelche weitere diagnostische Arbeit notwendig sei.

Der in der Augenklinik Essen durchgeführte Schirmer-Test mit Einlage eines Filterpapieres zur Bestimmung der Tränensekretionsmenge war nicht ausreichend, und vor allem, nichtssagend, um die Ursache der Erkrankung zu bestimmen. Obwohl in der Beschreibung der Symptome, die dem Arzt vorgelegt wurde, alle Hinweise gegeben waren, um eine richtige Diagnose zu stellen, und die therapeutischen Maßnahmen zu bestimmen, wurde nichts unternommen. Die Erkrankung wurde als die Alterserscheinung deklariert, die offensichtlichen Symptome wurden aus medizinischer Unwissenheit und Ignoranz verkannt, keine Therapie wurde vorgeschlagen (Anlage 10). Die Augenerkrankung wurde falsch diagnostiziert, sowohl von einem Augenarzt, der in beiden Fällen die antibakteriell wirkenden Medikamente verschrieb (die selbstverständlich nicht virostatisch wirken), als auch in der Augenklinik, wo mir als einzige Maßnahme gegen angeblich "trockene Auge" die künstliche Augenträne empfohlen wurde, die ich dazu noch aus eigener Tasche bezahlen dürfte.

In diesem Zusammenhang soll die Diagnosestellung und die vorgeschlagenen Terapievorschläge (wenn solche überhaupt erfolgten) für die Erkrankung, deren Symptomatische Erscheinungen bereits beschrieben wurden, bezweifelt werden. Die Konjunktivitis könnte bereits beim ersten Auftreten durch Anamnese und mit einfachen diagnostischen Verfahren bestimmt und behandelt werden. Diese diagnostische Arbeit könnte ich selbst durchführen, wären nicht die Umstände, die mich daran seit Jahren hindern. Das widerrechtlich verhängte Berufsverbot, das ich seit Jahren erleide, ist für mich mit den lebensbedrohlichen Konsequenzen verbunden, weil die Ärzte, zu denen Aufgaben gehört, diese diagnostische Arbeit durchzuführen, und die richtige Diagnose zu stellen, sich als nicht kompetent gezeigt haben. Diesem selbsternannten Heiler fehlen grundlegende wissenschaftliche Kenntnisse, die für die Ausübung ärztlicher Tätigkeit essentiell sind. Weder die HSV-assoziierten Erkrankungen, noch die Folgeerscheinungen von dauerhaftem Stress, noch andere mögliche Ursachen wurden erkannt und behandelt. Meine Bewerbung für die Professur in Genetik, die in diesem Jahr ausgeschrieben wurde, wurde von der Berufungskommission der Universität Essen grundlos abgelehnt. Die universitäre Bürokratie beteiligte sich an der nazistischen Hetze, 2007 wurde mir die Nutzung der Universitätsbibliothek verboten, 2008 das Hausverbot erteilt, und danach noch die Strafverfahren wegen

Verstoß gegen das Hausverbot eingeleitet (Gerichtsverfahren VG Gelsenkirchen 4 K 2976/07, 29 Js 831/08 V, 56 Cs-29 Js 831/08-623/08).

Vom 27. bis 30. September 2006 war ich in stationärer Behandlung im St. Josef-Hospital, Abteilung Dermo 3 (Aufnahme-Nr. 36379840) wegen erneuter Herpeserkrankung. Während dieser Zeit wurden zahlreiche Blutentnahmen durchgeführt sowie weitere Untersuchungen unternommen (Urin, Gewebeproben). Der ärztliche Bericht, trotzt meinen wiederholten schriftlichen Aufforderungen, blieb mir fast ein Jahr vorenthalten.

Wegen dieser Verzögerung und einem hartnäckigen Schweigen mußte ich eine Klage wegen eines Abrechnungsbetrugs u.a. beim Amtsgericht Bochum einreichen und eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft stellen. Meine Vermutung bekräftigen die Umstände meines Aufenthalts in diesem Hospital. Nach Ausbruch meiner Krankheit wendete ich mich an eine Hautärztin in Essen (Dr. med. Ravens, Bredeneyerstr. 119, 45133 Essen), die mich an die Klinik in Bochum überwiesen hat. Am Montag dem 25.September war ich in dieser Klinik, um von typischen symptomatischen Erscheinungen zu berichten und diese vorzuzeigen. Dr. med. Rotterdam (dem ich von meinen Beschuldigungen ausgrenzen möchte, weil er tadellos professionell gehandelt hat) hat mir eine stationäre Behandlung empfohlen, so dass ich am 27.September in die Klinik kam. Ich muß annehmen, daß zu diesem Zeitpunkt schon die Ergebnisse von ersten Blutanalysen vorlagen, so daß die ursprüngliche Diagnosestellung bestätigt sowie die Behandlung vorgeschlagen werden könnte. Als „Behandlung“ wurde mir eine antibakterielle Salbe angeboten (die für meine Krankheit nicht angemessen ist) sowie eine auf Vaselin basierende Hautcreme, womit ich mich einsalben sollte, wie zu biblischen Zeiten. Meine Leiden musste ich mit den Resten einer mitgebrachten Aciclovir-Salbe lindern, weil die Verschreibung eines für diesen Fall adäquaten Arzneimittels grundlos abgelehnt wurde.

Der behandelnde Arzt war offensichtlich frisch vom Studium in diese Klinik rekrutiert, sozusagen an den vordersten Front geworfen, ihm fehlte eine fundierte Vorstellung molekular-biologischen und ätiologischen Grundlagen der Krankheiten, was ich in persönlichen Gesprächen mit diesem Arzt feststellte. Sein Chef, Prof. Altmeyer ist nur einmal und flüchtig an meinem Bett erschienen, ohne mit mir zu sprechen. Die Empfehlungen seiner Mitarbeiter über die Vorgehensweise waren dermaßen absurd, daß ich versuchte, diese Absurdität zum Ausdruck zu bringen. Das ist mir leider nicht gelungen, weil für mich sofort entschieden wurde: Entnahme einer Gewebeprobe wurde angeordnet. DIeser chirurgische Eingriff führte man unter Lokalanästhesie durch, die Probeentnahme war aber unbegründet und lieferte keine ätiologisch wertvolle Information. Niemand hat das Recht, irgendwelche Blut- und Gewebeproben zu entnehmen, ohne Rechenschaft abzulegen, zu welchem Zweck all das getan wurde, und ohne sinnvolle Verwertung der Analyseergebnissen. All das wurde unterlassen. Aus diesem Grund betrachte ich sowohl Gewebeentnahme als auch mehrfache Blutentnahme als Körperverletzung.

Es wurde mir vor der stationärer Behandlung versprochen, eine Magnetresonanz-Tomographie durchzuführen, um die Gefahren einer möglichen neurologischen Erkrankung zu erkennen. Kein Termin mit einem Neurologen wurde vereinbart, keine Untersuchung, die in diesem Fall berechtigt und sinnvoll wäre, durchgeführt. Nach drei Tagen sah ich weiteren Aufenthalt in dieser Klinik als sinnlos an. In diesem kranken „Gesundheitssystem“ dürfen Klinikärzte nicht handeln, wenn keine Symptome sichtbar sind, handeln aber nicht, wenn die symptomatischen Erscheinungen dazu Anlaß geben. Da eine solche Vorgehensweise

jeglicher Logik entbehrt, muß noch darauf hingewiesen werden, daß die Symptombehandlung nach dem Ausbruch der Krankheit nur dem Zweck dient, die medizinische Arbeit vorzutäuschen, um das Geld zu kassieren; auf diese Weise werden Patienten ausgenutzt, um das parasitische Gesundheitssystem, das über die Leichen geht, am Laufendem zu halten.

Nach Intervention des Amtsgerichts Bochum (AG Bochum 40 C 273/07) und fast mit einjähriger Verzögerung ruckte Prof. Altmeyer seinen ärztlichen Bericht heraus (Anlage 11). Sein Bericht weist 1. auf die berufliche Inkompetenz dieses Arztes und 2. auf seine unbegründet verachtende Haltung gegenüber seinem ehemaligen Patient. Er schreibt richtig, daß die ambulante Vorstellung in der Klinik am 25.09.2007 erfolgte. Obwohl die Symptome eindeutig waren, und ich mich über die Kopfschmerzen beschwerte, erfolgte keine Behandlung. Bereits am 21.09.2007 war ich mit etwas geminderten Symptomen bei Dr. med. Ravens, Bredeneyerstr. 119, 45133 Essen, die jegliche Behandlung verweigerte, und mich an die Universitätsklinik verwies. Im gleichen Stil behauptet auch Prof. Altmeyer, daß bei mir "keine dermatologischen Befunde zu erheben waren, die einer systematischen oder topischen Behandlung bedurft hätten. Der Patient wurde ausführlich über die Harmlosigkeit der von ihm als bedenklich angesehenen Hautveränderungen aufgeklärt (einige homogenen pigmentierte Naevi sowie einzelne Hämangiome). In einer weiteren Vorstellung in unserer Klinik am 5.01.2007 erfolgte ein kompletes phlebologisches Screening, welches allesamt Normalbefunde zeigte."

Wie schon erwähnt, wurde notwendige und offensichtliche diagnostische und therapeutische Arbeit unterlassen. Stattdessen wurde unnötige Biopsie durchgeführt. "Ein komplettes phlebologisches Screening" veranlaßte den zuständigen Arzt nicht dazu, therapeutischen Maßnahmen zu empfehlen, welche die Progression der Krankheit entgegenwirken könnte. Keine effektive Therapie gibt es seit Tausenden von Jahren, seitdem diese Erkrankung bekannt ist, weil eben solche Leute wie Prof. Altmeyer über die Patienten entscheiden, die genüg kompetent sind, um eine solche Therapie zu entwickeln, wären sie nicht an ein national-sozialistisches Land wie Deutschland geraten, wo sie zu Tode gequält werden, statt ihnen die notwendigen Bedingungen für ihre wissenschaftliche Arbeit anzubieten. Mein Tod infolge von unterlassener medizinischen Hilfe und Inkompetenz der Ärzte, wird wahrscheinlich gleichfalls als unbedenklich angesehen. Nur dumme und starke (und noch rassisch saubere) Individuen wie Prof. Altmeyer, Steuerberater Schulze Wenning und ihresgleichen dürfen weiter leben, das Geld für ihre Pfuscharbeit kassieren, und sich unbegrenzt fortpflanzen.

Obwohl die Hautläsionen als „unbedenklich" diagnostiziert wurden, hat man mir gleichzeitig empfohlen, an das Zentrum für Lasermedizin NRW zu wenden, das eine Etage tiefer liegt (ZELM, Zentrum für Lasermedizin NRW, Gudrunstr. 56, 44791 Bochum). Die Behandlung dort wird von der Krankenkassen nicht erstattet, und für mich ist nicht erschwinglich. Indem ein Arzt entscheidet, ob die Behandlung medizinisch notwendig ist, entscheidet er für den Patienten (in meinem Fall gegen mich), als ob eine solche Bevormundung selbstverständlich wäre. In diesem, in der Zeit der mittelalterlichen Sklaverei zurückgebliebenem Land darf ich über nichts entscheiden. Trotz meiner Qualifikation kann ich mir keine Medikamente verschreiben, keine Therapien bestimmen und keine lebensrettenden Maßnahmen einleiten. Wenn ich dank meiner Qualifikation mindestens über die Natur und die Risiken meiner Erkrankung aufgeklärt bin, was kann man über die restliche Bevölkerung sagen, die solchen Ärzten schutzlos ausgeliefert ist? Das medizinische Syndikat lässt auf keinen Fall zu, daß solche Menschen wie ich, die kritisch denken und überhaupt denken können, in seinen Reihen Platz finden. Darum habe ich seit Jahren das widerrechtlich verhängte Berufsverbot. Darum

versuchen die Beamten und die Ärzte mich umzubringen oder mein Tod durch Unterlassung, Beleidigung und Provokation herbeizuführen.

Gleichfalls ist die Empfehlung zum Procedere (auf Hochdeutsch: über die weitere Vorgehensweise) völlig irrig und abwegig, wie auch der Bericht insgesamt, der von 3 Ärzten unterschrieben wurde. Zitiere: "Ggf. ambulant Durchführung einer Liquorpunktion zum sicheren Ausschluß einer Neurolues. Ärztliche Weiterbetreuung im Falle des erneuten Auftretens von Bläschen im Bereich des Genitale. Es besteht beim Patient mit Sicherheit eine ausgeprägte psychiatrische Komorbidität, so daß eine psychiatrische Betreuung zu empfehlen wäre." U.a. wegen "psychiatrische Komorbidität" stelle ich einen Strafantrag wegen Beleidigung und üble Nachrede gegen Prof. Altmeyer, Jun.-Prof. A. Kreuter und Assistenzarzt J.Niesmann. Weiterhin beantrage ich die Anklageerhebung wegen Abrechnungsbetrug, Körperverletzung und unterlassene ärztliche Hilfeleistung verbunden mit der erheblichen Gesundheitsrisiko, die für mich durch die Falschdiagnosen entstanden ist.

Wegen weitere Zuspitzung meiner Erkrankung richtete ich am 6.10.2008 mein Schreiben an Prof. Dr. D. Schadendorf, Leiter der Hautklinik in Essen, in dem ich ihn ausführlich über den Krankheitsverlauf informierte und darum bat, mir eine Therapie zu verordnen, die ich gleichfalls detailiert beschrieb. Mir antwortete Oberarzt der Klinik Stefan Schröter (Anlage 12). Obwohl krank, ging ich am nächsten Tag zur Klinik, um ein Rezept abzuholen. Statt Rezept wurde mir empfohlen, eine lange Schlage zu stehen, die aus mehreren Dutzend Leuten bestand, die sich wie ein Vieh im Kellergeschoß dieser Klinik eng beieinander gepfercht waren. Die Patienten, die auf diese Weise in der Hautklinik systematisch mißhandelt werden, erzählten untereinader Horrorgeschichten, wie z.B. daß man über 5 Stunden warten muß, um nur ein Rezept zu bekommen. Die Hautkliniken in Essen und Bochum, genauso wie das gesammte System des medizinischer Entsorgung, stellen ein Sabotageakt der Verwaltungsbürokratie dar, die sich für kompetent und ärztlich ausgebildet hält, aber in Wirklichkeit über keinerlei wissenschaftliche Kenntnisse verfügt, spekulativ und zynisch handelt. Da die Kliniklärzte nur in einem konsequent waren, mich zu veraschen, bin ich nach oben gegangen, das Sekretariat und den Oberarzt der Klinik Stefan Schröter beschimpft. Die notwendige medizinische Hilfe wurde unterlassen, das geforderte Rezept nicht ausgestellt.

Am 30.12.2008 bin ich erneut zur Klinik gegangen, wo ich endlich dazu kam, mit einem Mitarbeiter dieser Klinik zu sprechen. Herr Schilling, nachdem ich ihn über den Krankheitsverlauf informierte und die geforderte Therapie mit einer mitgebrachten Review-Artikel begründete, stellte ein Rezept aus. Am 5.1.2009 wurde eine Supressionstherapie durch Einnahme von 5x200 mg täglich Acyclovir initiiert. Die ausgewählte Therapieform entspricht aktuellem Kenntnisstand, die in der Fachliteratur empfohlene Kombinationstherapie (Fred Y Aoki, Can J Infect Dis 2003;14(1):17-27) wurde jedoch von Herr Schilling unbegründet abgewiesen. Für 22.01.2009 wurde ein Termin vereinbart, damit ich ein Rezept für Medikament abhole, um die Supressionstherapie meiner Herpes-Erkrankung fortzusetzen. 22.01.2009 erwartete mich im Ärztezimmer nebst Herr Schilling und noch einem Arzt der Oberarzt der Klinik Stefan Schröter, der mir erklärte, daß meine Behandlung in dieser Klinik nicht stattfinden kann, weil ich mich schlecht benommen hat. Er weigerte sich, das Rezept auszustellen, was man als eine absichtliche Provokation ansehen muß, mit dem Ziel, mich aus der Fassung zu bringen. Daraufhin habe ich alle drei beschimpft und sie mit Büromaterial beworfen.

Nachdem die Ärzte der Kliniken in Essen in Bochum jahrelang grobfahrlässig handelten, falsche Diagnosen stellten und unterließen, mir jegliche medizinische Hilfe zu leisten, was dazu führte, daß ich in den letzten

Jahren kein einziger Tag gesund war, die qualvolle Schmerzen erleiden mußte, und mit ständigem Todesangst lebte, versuchten sie zuletzt noch, die notwendige Therapie zu unterbrechen und sie auszusetzen, sowie mich daran beschuldigten, ihnen gegenüber unangemessen verhalten zu haben. Angesichts dargestellter Umstände und Ereignisse, könnte ich mich berechtigt fühlen, ein Todesurteil für diese SS-Ärzte zu fordern. Da ich aber vorerst den Rechtsorganen überließ, über die angemessenen Strafmaßnahmen zu bestimmen, beantragte ich beim Staatsanwaltschaft, gegen oben genannten Straftäter zu ermitteln und gegen sie Anklagen zu erheben (Strafanzeige vom 22.1.2009 bei der Staatsanwaltschaft Bochum 49 Js 20/09). Wegen Verdunkelungsgefahr beantragte ich, die Verwaltungsbüros an den Universitäten in Essen und Bochum zu durchsuchen, und jegliche interne Korrespondenz, Verwaltungsakten und Patientenakten betreffend meiner Person zu konfiszieren. Weiterhin beantragte ich eine sofortige Entlassung genannter Personen aus dem Dienst. Insbesondere verdient Aufmerksamkeit die Drecksau namens Stefan Schröter, der versucht, mit seinem weißen Kittel die unbefleckte Unschuld vorzutäuschen. Aufgrund meiner insider-Kenntnisse, die meine fachspezifischen Kenntnisse ergänzen, will ich nachweislich behaupten, daß die ganze klinische Tätigkeit solcher Lügen-Ärzte ein Schwindel ohne wissenschaftliche Rechtfertigung und ohne Heilungserfolge ist. Die medizinische Arbeit wird vorgetäuscht, um das Geld unter diesem Vorwand anzueignen.

Wegen symptomatischen Erscheinungen meiner Systemerkrankung besuchte ich die Hautärztin Bärbel Schiebold, Limbecker Platz 4, 45127 Essen, über einem Jahr (genaueres kann man aus den Unterlagen entnehmen, die bei dieser Ärztin vorliegen). Seit 5 Januar 2009 nehme ich präventiv Medikament gegen meiner Erkrankung. Nachdem die Ärzte der Essener Uniklinik mir eine weitere Medikamentenverschreibung und medizinische Behandlung verweigerten (näheres dazu in meiner Strafanzeige vom 22.1.2009, Sta Bochum 49 Js 20/09), hat Dr. med. Bärbel Schiebold das geforderte Rezept ausgestellt. Am 17.02.2009 bin ich in diese Praxis gegangen, um über mein Befinden zu berichten und neues Rezept abzuholen. Nach kurzer Besprechung mit der Hautärztin, hat mir die Rezeptionistin erklärt, das Rezept wird nicht ausgestellt, woraufhin ich sie beschimpfte und einige Gegenstände im Korridor umgeworfen habe. Anschließend wurde ich aus dieser Praxis herausgedrängt.

Zwischen 13 und 14 Uhr schällten die Polizeibeamten an der Wohnungstür von Herrn Hanke, sie wurden eingelassen und haben in einem befehlenden Ton von mir verlangt, zur Polizeiwache mitzukommen. Ich weigerte mich, und rief zuerst eine Rechtsanwältin der Anwaltskanzlei Köhmer-Flack-Kitschenberg, Krefelderstr. 2, an, die erklärte, ich muß sofort 300 EUR einzahlen, damit sie mich vertritt, zudem hat sie momentan keine Zeit für weitere Erklärungen. Unter Androhung von Gewaltanwendung, begleitet von haltlosen Beschuldigungen und gegen meinen Willen wurde ich aus der Wohnung entführt. Auf der Straße nahm ich mein natürliches Recht wahr, und einen Fluchtversuch unternommen, der leider scheiterte, weil der Polizeibeamte mich einholte und auf den Boden geworfen hat. Davon trug ich die Körperverletzungen an den beiden Knien und Händen (ärztlicher Bericht und Foto beigelegt, Anlage 13). Anschließend wurde ich mit den Handschellen gefesselt und zur Polizeiwache III. Hagen 27, 45127 Essen, abtransportiert.

Auf der Polizeiwache verbrachte ich ca. 2 Stunden; meine Aufforderungen, mir einen Glas Wasser zu geben, ein Gespräch mit Herrn Hanke zu gewähren, einen Rechtsanwalt zu holen, mir erste medizinische Hilfe zu leisten (meine Wunden zu desinfizieren und verbinden) und die Handschellen abzunehmen wurden ignoriert. Die Polizisten haben meine Handverletzungen fotographiert, Inhalt meines Rucksacks durchsucht, die Unterlagen, die für die Hautärztin bestimmt waren, gesichtet, kopiert und sich mit den Symptomen meiner

Erkrankung belustigt. Gegen ca. 16 Uhr kamen zwei Beamten der Stadt Essen, um mich zu begutachten und über mich zu verfügen. In diesem Zusammenhang wurde mehrmals die Name von Stadtbeamtin Schilder (Fachärztin für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie und Amtsärztin der Gesundheitsamt der Stadt Essen, Hindenburgstraße 29, 45127 Essen, Raum 2.55, Tel.-Nr. 201 88 53416) wiederholt. Die sadistische KZ-Aufseherin namens Schilder oder Hübben kannte mich bereits aus den Akten (die widerrechtlich über mich gesammelt werden), befragte mich, und ordnete die Zwangsanweisung in die Psychiatrie (Anlage 14), obwohl sie als Fachärztin genaues Bescheid darüber wissen mußte, daß es dafür keinen Anhaltspunkt gab. Dabei handelte sie aus niederen Motiven wie Rachsucht und Fremdenhass. In den Handschellen wurde ich auf die Station P1 der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Virchowstr. 174, 45147 Essen, gebracht, der Transport wurde von meiner Krankenversicherung abgerechnet.

Gleich bei der Ankunft sagte die Ärztin der Klinik, daß es rechtswidrig sei, mich gegen meinen Willen einzuliefern. Es folgte die Übergabe, danach Befragung, Sichtung der Körperverletzungen, ich wurde gegen meinen Willen auf der Station beibehalten. Wegen erlittenen Schocks könnte ich die ganze Nacht nicht schlafen. Aus dem gleichen Grund habe ich erneut angefangen zu rauchen. Die Tabletten, die ich 5 Mal am Tag nehmen sollte, wurden Herrn Hanke, der mich besuchte, abgenommen, für fast 24 Stunden wurde Therapie abgebrochen.

Nächsten Morgen hielt man mich immer noch in Unwissenheit über weitere Vorgehensweise. Zwischen 9 und 10 Uhr fand eine Besprechung mit dem bzw. Begutachtung durch den zuständigen Oberarzt, dem ich u.a. erklärte, bei dieser widerrechtlichen Festnahme handle es um die dumme Disziplinierungsmaßnahme der städtischen Bürokratie, die auf eine solche Gelegenheit gewartet hat und sich auf diese Weise an mir rächen will, weil ich sie mit den Strafanzeigen und Klagen überhäufte. Auch äußerte ich mein Unverständnis darüber, daß, obwohl ich Bürger eines anderen Staates bin, über mich verfügt wird, ohne daß meine Interessen ein Rechtsanwalt oder der russische Botschafter vertritt.

Später kam ein Amtsrichter, dem ich seine Fragen beantwortete. U.a. sprach er folgende Drohung aus: Bei Wiederholung eines dergleichen Verhaltens, werde ich zwangsweise in der Psychiatrie eingesperrt (obwohl die Klinikärzte kein Anzeichen eines Wahns oder kein Hinweis auf Eigen- oder Fremdgefährdung festgestellt haben, Anlage 15). Gegen Mittag wurde ich freigelassen.

Gegen alle straffällig gewordene Personen stelle ich Strafantrag. Gleichfalls stelle ich Strafantrag gegen den Oberbürgermeister der Stadt Essen SS-Doktor Wolfgang Reiniger, in dessen Auftrag die genannten und nicht genannten Beamten mich seit Jahren ungestraft mißhandeln und meine Rechte grob verletzen. Wegen Einstellungen der Ermittlungen und Strafverfahren aufgrund meiner Strafanzeigen in anderen Angelegenheiten, was ich als Befangenheit einstufe, können Ermittlungen und Strafverfahren in geschilderten Fällen nicht in Deutschland und nicht von Personen deutscher Nationalität erfolgen.

Das es sich um die böswillige Untaten der Verwaltungsbürokratie unter direkter Anweisung von Oberbürgermeister der Stadt Essen handelt, beweist das Schreiben vom 26.02, in dem von mir gefordert wird, meine Fahrtüchtigkeit bei einem Psychiater zu überprüfen. In diesem Schreiben, das überhaupt keine juristische Gültigkeit besitzt und eine Verleumdung darstellt, wird behauptet, ich „schlug (am 17.02.2009) auf eine Arzthelferin sowie eine unbeteiligte Patientin ein“, was nicht der Wahrheit entspricht. Weiterhin wird behauptet, aufgrund diverse Schreiben, welche die Polizei von mir erpresste, wurden bei mir „etliche

psychische Erkrankungen diagnostiziert“, was gleichfalls falsch ist. Aufgrund dieser juristisch ungültigen Behauptungen und Verleumdung werde ich aufgefordert, einen Gutachten aufzusuchen, dem ich noch selbst bezahlen soll (Anlage 16).

Beim besagten Schreiben, die nach meinem Verlangen mir Dr. med. Wojde ausstellte, und die unrechtmäßig im Besitz von Verwaltungsbürokratie ist, handelt es sich um die Bescheinigung über meine Haftunfähigkeit, womit ich hoffte, die nazistische Hetze zu entziehen. In diesem „Attest“ stimmt nicht einmal die Adresse mit dem Postleitzahl und Name der Stadt; wenn die Bürokraten das nicht durchblicken, muß man bei ihnen die paranoide Schizophrenie diagnostizieren. Wie ich schon beim Verwaltungsgericht erwähnte, hat Dr. med. und Arzt für Neurorologie und Psychiatrie Klaus Weischer keine Hinweise auf das Vorliegen einer psychischen Erkrankung bei mir gefunden. Wie damals sowie heute leide ich nicht an einer von Tausend erfundenen „Krankheiten“ der pseudomedizinischen Psychiatrie, die nur dazu mißbraucht wird, um gegen Andersdenkenden vorzugehen, und situationsbedingt ihre „Diagnosen“ zu verhängen, um sie zu degradieren.

Die detailierten Aufzeichnungen über die symptomatischen Erscheinungen meiner Erkrankung (Krankheitsverlauf) sind seit dem März 2007 verfügbar (Anlage 17). Daraus kann man entnehmen, daß meine Erkrankung auf eine langjährige nazistische Hetze zurückzuführen ist, an der die städtische Bürokratie einen wesentlichen Anteil genommen hat. Eine Zusammenfassung zur Ätiologie und Diagnosestellung meiner Erkrankung wurde bereits am 28.02.2008 dem Verwaltungsgericht Berlin übersandt (VG Berlin 34 A 44.08), das sich für unzuständig erklärte, und an das VG Köln weiterleitete (VG Köln 7 K 2405/08, Anlage 18). Am 5.02.2009 stellte ich Antrag bei diesem Gericht, das Verfahren an das Amtsgericht Köln zwecks strafrechtlicher Verfolgung der Angeklagten zu übertragen. Am 10.2.2009 erging ein Beschluß, meine Klage abzuweisen. Die Begründung erfolgte nicht, die Beklagten waren nicht anwesend, kein Rechtsanwalt hat meine Interessen vertreten. Wie ich schon in meiner ersten Klage beim ICC vom 30.11.2008 berichtete (ref. OTP-CR-4428/08) handelt es sich um die rechtsstaatliche Unterlassung und Behinderung der Justiz, von Justiz selbst betrieben, was darauf hinweist, daß in der BRD die Grenzen zwischen Staatlichkeit und Kriminalität vollständig verschwunden sind.

Angesichts geschilderter Umstände stelle ich Strafanträge gegen genannten Personen und Institutionen, und beantrage eine Entschädigungszahlung in Höhe von 10 Millionen EUR, da ich das Geld dringend für rehabilitierende Maßnahmen brauche, die in Deutschland nicht gewährleistet und nicht geleistet werden können.

Die Personen, die in meiner Klage namentlich genannt sind, brauchen eine psychiatrische Begutachtung und sollen für die Zeit der Ermittlungen wegen ihrer Unzurechnungsfähigkeit, Unbelehrbarkeit, Gemeingefährlichkeit und national-sozialistischer Gesinnung eingesperrt werden, was ich hiermit beantrage, unabhängig von meiner Forderung, die Ermittlungsverfahren gegen sie einzuleiten.

IV

III. EXPOSÉ DE LA OU DES VIOLATION(S) DE LA CONVENTION ET/OU DES PROTOCOLES ALLÉGUÉE(S), AINSI QUE DES ARGUMENTS À L'APPUI
STATEMENT OF ALLEGED VIOLATION(S) OF THE CONVENTION AND/OR PROTOCOLS AND OF RELEVANT ARGUMENTS
ANGABE DER GELTEND GEMACHTEN VERLETZUNG(EN) DER KONVENTION UND/ODER ZUSATZPROTOKOLLE UND BEGRÜNDUNG DER BESCHWERDE

(Voir § 19 (c) de la notice)
(See § 19 (c) of the Notes)
(Siehe § 19 (c) des Merkblattes)
15.

Art. 2. Im Zeitraum 2002-2009 wurden zahlreichen Versuche unternommen, mich zu töten. Darüber berichtete ich u.a. in meinen Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft Essen vom 6.05.2005, 13.10.2005, 12.11.2005, 28.02.2006, 17.03.2006, 12.04.2006, 26.12.2006, 22.02.2007, 13.06.2007, 13.07.2007, 25.07.2007, 7.11.2007, die sämtlich ignoriert wurden, obwohl es sich um sehr schwere Vorgehen handelte: Körperverletzung, Betrug, versuchte Mord.

Art. 3. Laut der UN-Anti-Folter-Konvention ist jede Handlung als Folter zu bezeichnen, bei der Träger staatlicher Gewalt einer Person „vorsätzlich starke körperliche oder geistig-seelische Schmerzen oder Leiden" zufügen oder androhen, um eine Aussage zu erpressen, um einzuschüchtern oder zu bestrafen. Im Zusammenhang mit den Zwangsvollstreckungsverfahren und Gerichtsverfahren 28 M 2329/05, 47 Cs 553/05, 81 Js 993/05 V, 56 Cs-29 Js 831/08-623/08, 12 C 42/06, 31 M 2121/06, 79 XVII PQ 47, 56 Ds 29 Js 1447/05 - 117/07 u.a. wurde ich jahrelang gefoltert, meine Aufforderungen bei den Gerichten, die Folteranwendung auszusetzen, blieben wirkungslos.

In diesem Zusammenhang verdient eine besondere Erwähnung, die Folterarten zu benennen, denen ich seit Jahren ausgesetzt bin. Zu diesen Foltermethoden zähle ich soziale Isolation, sensorische Deprivation, Nötigung, Erpressung, Freiheitsberaubung, Schlafentzug, Lärmfolter, Zufügen von Schmerzen, Unterlassene medizinische Hilfe, Stalking und Androhung der Strafe. Meine elementarsten Grundrechte wurden verletzt: Das Recht auf selbstbestimmtes Leben, auf Berufsausübung, auf Weiterbildung, auf Meinungsäußerung, auf Gesundheit, meine Eigentumsrechte. Bereits 2008 forderte ich beim Sozialgericht Duisburg, meine Wohnungslosigkeit zu beenden und mir eine ruhiggelegene Wohnug bereitstellen. Meine Klage wurde abgewiesen, im Revisionsverfahren bei den Sozialgerichten (Landessozialgericht NRW, Bundessozialgericht und Bundesverfassungsgericht, Gerichtsverfahren S 16 SO 19/08, L 20 B 30/08 SO, B 8 SO 16/08 S, AR 5770/08) wurde diese Entscheidung nicht korrigiert. Meine Klage bei den Sozialgerichten mit der Forderung, mir einen Computer mit dazugehörigen Software zu bewilligen, wurde gleichfalls abgewiesen (Gerichtsverfahren S 16 SO 72/07, S 16 SO 164/07, S 16 SO 30/08, L 20 SO 83/07, B 8 SO 34/08 B, AR 5770/08).

Art. 4. Ich lebe in Deutschland in sklavischen Verhältnissen, die nur mit den Zeiten der Hitler-Diktatur zu vergleichen sind. Ich wurde von den Deutschen ausgeraubt, habe kein Eigentum, lebe in völliger Isolation, „betreut", kontrolliert und mißhandelt von zahlreichen Behörden und Bürokraten, die mir jegliches Entscheidungsrecht entzogen haben. Meine finanzielle „Unterstützung" reicht mir nur, um meinen Nahrungsbedarf zu decken, während die faschistische deutsche Bevölkerung Unsummen für ihre Kinder,

Autos, Reisen und anderen needful things (Teufelszeug) ausgibt.

Art. 5 Mir wurde mein unveräußerliches Recht auf Freiheit entzogen. Das betrifft Möglichkeit der freien Bewegung, Persönlichkeitsentfaltung, Berufsausübung u.a. Obwohl absolut rechtswidrig, wurde Freiheitsentzug durch die deutschen Gerichte sanktioniert und bestätigt. So z.B. wurden meine Klagen bei den Arbeits- Sozial-, und Amtsgerichten gegen Aufhebung eines rechtswidrig verhängten Berufsverbotes (Anordnung des Berufsverbots §70 StGB) abgewiesen (Gerichtsverfahren Bundesverfassungsgericht AR 7342/08, Bundessozialgericht 14 AS 27/08, LSG NRW L 7 AS 69/07, SG Duisburg S 10 AS 81/06; 8 Ca 3609/07 bzw. 6 Ta 29/08 beim Arbeitsgericht Essen/Landesarbeitsgericht Düsseldorf).

Mein Recht auf Sicherheit wurde mir gleichfalls entzogen. Im Laufe der Jahre wurde ich systematischen psychischen und körperlichen Mißhandlungen ausgesetzt, niemand wurde dafür zur Verantwortung gezogen, trotz meine Beschwerden, Strafanzeigen und Klagen.

Art. 6. Alle Verfahren und Entscheidungen verletzten auf grobste meine Rechte: kein Rechtsanwalt wurde zugelassen und hat meine Interessen vertreten; keine mündliche Verhandlung hat jemals stattgefunden; keine strafrechtliche Verfolgung von Straftäter, die ich in meinen Strafanzeigen beantragte, wurde angeordnet; stattdessen wurde ich rechtswidrig entmündigt, meine Anträge ignoriert, gegen mich wurde eine nazistische Hetze entfacht. Beispiel dafür sind die Verfahren bei den Gerichten: VG Karlsruhe 3 K 663/08, VGH Baden-Württemberg 1 S 2201/08, BVerwG 7 B 40.08.

Art. 7. Gegen mich wurden zahlreiche Strafmaßnahmen angeordnet und ausgeführt, obwohl ich keinesfalls straffälilg geworden bin oder mich kriminell betätigte. Es handelt sich bei allen diesen außergerichtlichen und durch die Gerichte angeordnete Strafmaßnahmen um die völlige Willkür und Versuche, mich zu kriminalisieren. Zu diesen unrechtmäßigen und unverhältnismäßigen Strafmaßnahmen gehören: Anordnung des Berufsverbots, Entmündigung, Mißbrauch von Psychiatrie für politische Zwecke, Versklavung, Aussetzung von bürgerlichen Freiheiten und Rechten u.a., die ich in meinen zahlreichen Klagen und Strafanzeigen darstellte.

Art. 8. Die geschilderten Umstände haben mein Leben sehr beeinträchtigt; eine solche Vorgehensweise stellt unzulässigen Eingriff in meine Privatsphäre dar, die auf diese weise vollständig zerstört wurde. Nicht nur meine Tätigkeit als Herausgeber eines akademischen Journals wurde behindert, die Justizbeamte haben in mein Leben ständig eingemischt, mir vorgeschrieben, was ich zu tun hatte und was nicht. Sadistische deutsche Bürokratie hat mich hier eingesperrt, und wartet nun zynisch darauf, daß ich bald und „grundlos“ versterbe. Die Versuche, mir beim „Versterben“ nachzuhelfen, werden permanent unternommen. Schulze Wenning ist eine blöde Sau, die in mein Leben eingebrochen ist, um es zu versauen, und den Weg für grenzenlose Willkür und für andere Ungeziefer zu bahnen. Diese abstruse Figur wird nicht nur von seinen Familienangehörigen unterstützt und verteidigt; eine blöde und rassistische Bande seiner Mitbürger steht hinter seinem Rücken. Einige Personen und Institutionen in dieser öffentlicher Hinrichtung wurden bereits identifiziert und genannt, andere noch nicht. Ich werde mich nicht wundern, wenn noch weitere Kreise der deutschen „vornehmen“ Gesellschaft an einer Anklagebank landen, falls dieser Fall gründlich und konsequent untersucht wird.

Art. 9. Meine Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit wurden maßgeblich eingeschränkt, wegen meine

moralische Vorstellungen und Äußerungen wurde ich einer politischen Verfolgung ausgesetzt.

Art. 10. Freiheit der Meinungsäußerung wurde erheblich eingeschränkt und behindert. Die Gerichten, die Unternehmen und die Massenmedien wie z.B. WDR haben alles getan, um die Berichterstattung zu unterbinden und zu verhindern. Näheres darüber schilderte ich in den Gerichtsverfahren VG Frankfurt am Main 5 K 920/08, Hessischer VGH 8 A 1467/08, Staatsanwaltschaft Essen 25 Js 96/07, Staatsanwaltschaft Berlin 61 Js 4917/07, Amtsgericht Charlottenburg 220 C 135/07, VerfGH Berlin 43/07, VG Köln Az. 6 K 5882/07 und 6 K 2128/08, VG Gelsenkirchen Az. 12 K 3527/07 u.a., die alle wirkungslos geblieben sind.

Art. 13. Alle meine Beschwerden blieben wirkungslos.

Art. 14 und Zusatzprotokoll 12 Art. 1. Ich wurde einer rassistisch-motivirten Hetze aufgrund meiner Denkweise, Nationalität, Sexualität, meines nicht vorhandenen Vermögens, und meiner Sprache ausgesetzt.

Art. 15 und Zusatzprotokoll 6 Art. 3. Obwohl es sich nicht um einen Notstand handelte, wurden meine Grundrechte willkürlich ausgesetzt.

Art. 17. Obwohl ich keine Tätigkeit ausgeübt oder eine Handlung begangen, die auf die Abschaffung der in der vorliegenden Konvention festgelegten Rechte und Freiheiten oder auf weitergehende Beschränkungen dieser Rechte und Freiheiten, als in der Konvention vorgesehen, hinzielen, wurden mir jegliche Rechte entzogen.

Zusatzprotokoll 20.3.1952 Art. 1. Meine Eigentumsrechte wurden willkürlich ausgesetzt. Ich wurde ausgeraubt, besitze nichts außer Kleidung und einigen Gegenständen für den Privatgebrauch.

Zusatzprotokoll 7 Art. 3. Bis heute erfolgte weder Entschuldigung noch Entschädigung wegen Fehlurteile, Mißhandlungen und Folteranwendung.

V

IV. EXPOSÉ RELATIF AUX PRESCRIPTIONS DE L'ARTICLE 35 § 1 DE LA CONVENTION
STATEMENT RELATIVE TO ARTICLE 35 § 1 OF THE CONVENTION
ANGABEN ZU ARTIKEL 35 ABS. 1 DER KONVENTION

(Voir § 19 (d) de la notice. Donner pour chaque grief, et au besoin sur une feuille séparée, les renseignements demandés sous les points 16 à 18 ci-après)
(See § 19 (d) of the Notes. If necessary, give the details mentioned below under points 16 to 18 on a separate sheet for each separate complaint)
(Siehe § 19 (d) des Merkblattes. Angaben gemäß Ziffern 16 bis 18 sind zu jedem einzelnen Beschwerdepunkt getrennt zu machen; wenn erforderlich ist ein Beiblatt zu benutzen)

16. Décision interne définitive (date et nature de la décision, organe – judiciaire ou autre – l'ayant rendue)
Final decision (date, court or authority and nature of decision)
Letzte innerstaatliche Entscheidung (Datum und Art der Entscheidung, Bezeichnung des Gerichts oder der Behörde)

10.02.2009 beim VG Köln im Verfahren 7 K 2405/08

17. Autres décisions (énumérées dans l'ordre chronologique en indiquant, pour chaque décision, sa date, sa nature et l'organe – judiciaire ou autre – l'ayant rendue)
Other decisions (list in chronological order, giving date, court or authority and nature of decision for each of them)
Andere Entscheidungen (in zeitlicher Reihenfolge mit Angabe des Datums und der Art der Entscheidung sowie der Bezeichnung des Gerichts oder der Behörde)

Aufgezählt in 14 und 15.

18. Dispos(i)ez-vous d'un recours que vous n'avez pas exercé? Si oui, lequel et pour quel motif n'a-t-il pas été exercé?
Is there or was there any other appeal or other remedy available to you which you have not used? If so, explain why you have not used it.
Gibt es oder gab es ein Rechtsmittel, das der Beschwerdeführer/die Beschwerdeführerin nicht eingelegt hat? Wenn ja, welches Rechtsmittel wurde nicht eingelegt? Warum?
Si nécessaire, continuer sur une feuille séparée
Continue on a separate sheet if necessary
Falls erforderlich, auf einem gesonderten Blatt fortsetzen

Es wurden alle innenstaatliche Rechtsmittel erschöpft. Das Bundesverfassungsgericht wies meine Klagen betreffend Wohnung, Computer und Berufsverbot ab (Aktenzeichen AR 7342/08, 1628/08, 7362/08, 5770/08).

VI

V. EXPOSÉ DE L'OBJET DE LA REQUÊTE
STATEMENT OF THE OBJECT OF THE APPLICATION
ANGABE DES ZIELS IHRER BESCHWERDE

(Voir § 19 (e) de la notice)
(See § 19 (e) of the Notes)
(Siehe § 19 (e) des Merkblattes)
19.
1. Eine strafrechtliche Verfolgung von Personen anzuordnen, die an der Behinderung der Justiz und Verletzung des geltenden Rechts in den Angelegenheiten, die in meinen Klagen dargelegt wurden, schuldig sind.

2. Die Maßnahmen zu ergreifen, um meine vollständige politische, berufliche, soziale und gesundheitliche Rehabilitierung zu erwirken.

3. Eine juristische Verfügung zu erlassen, demnach Immobilien und/oder Bankguthaben im Wert von 10 Millionen EUR, die aktuell Deutschem Staat, Deutschen Organisationen, Bürgern deutscher Nationalität oder Personen deutschen Ursprungs gehören, ohne Anspruch auf Entschädigung einzuziehen und auf meinen Namen zu überschreiben, um mich zu entschädigen.

VI. AUTRES INSTANCES INTERNATIONALES TRAITANT OU AYANT TRAITÉ L'AFFAIRE
STATEMENT CONCERNING OTHER INTERNATIONAL PROCEEDINGS
ANDERE INTERNATIONALE INSTANZEN, DIE MIT DIESER ANGELEGENHEIT BEFASST SIND ODER WAREN

(Voir § 19 (f) de la notice)
(See § 19 (f) of the Notes)
(Siehe § 19 (f) des Merkblattes)
20. Avez-vous soumis à une autre instance internationale d'enquête ou de règlement les griefs énoncés dans la présente requête? Si oui, fournir des indications détaillées à ce sujet.
Have you submitted the above complaints to any other procedure of international investigation or settlement? If so, give full details.
Sind die vorliegenden Beschwerdepunkte bereits einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Schlichtungsorgan vorgelegt worden? Wenn ja, sollten Sie ausführliche Angaben machen.

Meine Klage vom 5.3.2009 wurde beim International Criminal Court, Office of the Prosecutor, Post Office Box 19519, NL-2500 CM The Hague, eingereicht.

VII

VII. PIÈCES ANNEXÉES (PAS D'ORIGINAUX, UNIQUEMENT DES COPIES ; PRIÈRE DE N'UTILISER NI AGRAFE, NI ADHÉSIF, NI LIEN D'AUCUNE SORTE)
LIST OF DOCUMENTS (*NO ORIGINAL DOCUMENTS, ONLY PHOTOCOPIES, DO NOT STAPLE, TAPE OR BIND DOCUMENTS)*
BEIGEFÜGTE UNTERLAGEN (KEINE ORIGINALE, NUR KOPIEN; DIE DOKUMENTE BITTE NICHT HEFTEN, KLEBEN ODER BINDEN)

(Voir § 19 (g) de la notice. Joindre copie de toutes les décisions mentionnées sous ch. IV et VI ci-dessus. Se procurer, au besoin, les copies nécessaires, et, en cas d'impossibilité, expliquer pourquoi celles-ci ne peuvent pas être obtenues. Ces documents ne vous seront pas retournés.)
(See § 19 (g) of the Notes. Include copies of all decisions referred to in Parts IV and VI above. If you do not have copies, you should obtain them. If you cannot obtain them, explain why not. No documents will be returned to you.)
(Siehe § 19 (g) des Merkblattes. Kopien aller unter Ziffern IV und VI genannten Entscheidungen sind beizufügen. Es obliegt dem Beschwerdeführer/der Beschwerdeführerin, die Kopien zu beschaffen oder die Hinderungsgründe anzugeben. Eingereichte Unterlagen werden Ihnen nicht zurückgesandt.)

21. Anlagen 1 bis 18, wie in II. DARLEGUNG DES SACHVERHALTES Punkt 14.

VIII

VIII. DÉCLARATION ET SIGNATURE
DECLARATION AND SIGNATURE
ERKLÄRUNG UND UNTERSCHRIFT

(Voir § 19 (h) de la notice)
(See § 19 (h) of the Notes)
(Siehe § 19 (h) des Merkblattes)

Je déclare en toute conscience et loyauté que les renseignements qui figurent sur la présente formule de requête sont exacts.
I hereby declare that, to the best of my knowledge and belief, the information I have given in the present application form is correct.
Ich erkläre nach bestem Wissen und Gewissen, dass die von mir im vorliegenden Beschwerdeformular gemachten Angaben richtig sind.

Lieu / *Place* / *Ort*
Date / *Date* / *Datum 5.6.2009*

(Signature du/de la requérant(e) ou du/de la représentant(e))
(Signature of the applicant or of the representative)
(Unterschrift des Beschwerdeführers/der Beschwerdeführerin oder des Bevollmächtigten/der Bevollmächtigten)

Anlage 8.
Herrn Dr. M. Maschke
Klinik für Neurologie
Hufelandstr. 55
45122 Essen 20.03.2006

"Ich diene, du dienst, wir dienen" - so betet hier auch die Heuchelei
der Herrschenden, - und wehe, wenn der erste Herr _nur_ der erste Diener ist!

F. Nietzsche in „Also sprach Zarathustra“, 1883-1885.

Nachrichtlich an: Dr. med. Wojde/Dr. med. Wentzler, Hausarzt, Techniker Krankenkasse

Sehr geehrter Dr. Maschke,

nach kurzer Recherche über das wissenschaftlich-medizinische Personal hier in Essen wende ich mich an Sie als möglichen kompetenten Gesprächspartner auf dem Gebiet der infektiösen Erkrankungen des Nervensystems. Ich mußte feststellen, daß in meiner Krankheitsgeschichte immer häufiger Koinzidenz von neuralgischen Leiden und viralen Infektionen zu beobachten ist, wobei ein Teil der Symptome allein aus der Sicht eines Infektologen oder anderen Facharztes nicht zu erklären ist.

Psychisches Trauma, Stress und Bewegungsmangel begünstigen oder verursachen direkt unreparable Schädigung des genetischen Materials und greifen in den zellulären Metabolismus ein. Infolge dessen können neurodegenerative Krankheiten entstehen und fortschreiten, für das Nervensystem besteht erhöhtes Risiko, von Bakterien, Viren, Pilzen und Toxoplasmen infiziert zu werden. Allein dauerhafter Stress kann zu Tod durch Nierenversagen oder zu Kollaps des Herz-Kreislaufsystems führen.

Da ich seit Jahren ungünstige Lebensbedingungen habe, gehe ich davon aus, daß langsame pathologische Veränderungen in meinem Organismus stattfinden. Unter gegebenen Umständen muß ich leider befürchten, daß sich eine Infektion meines Nervensystems oder eine neurodegenerative Erkrankung entwickelt. Laut Literatur verlaufen solche Krankheiten, wenn nicht diagnostiziert und behandelt, meistens tödlich oder verursachen schwere Schäden (wie zB bei HSE). Einige Untersuchungen deuten auf die Bedeutung von Viren (zB HHV-6) bei der Entstehung von Multiple Sclerosis (MS) (D. Clarck, HERPES 11 sup. 2 2004, 112A-119A). In der Anlage finden Sie eine Zusammenfassung meiner Krankheitsgeschichte. Einige Symptome erinnern an solche, die bei MS oder Parkinson‘s disease auftreten.

Aus dargelegten Gründen möchte ich Sie bitten, mir einen Termin für eine routinemäßige Untersuchung und einen Termin für das Gespräch zu nennen. Ich bin bei der Techniker Krankenkasse gesetzlich versichert, aber ich HOFFE, das wird sowohl für die Neurologische Klinik als auch füf die Krankenkasse KEIN PROBLEM SEIN. Kopie meines Schreibens schicke ich an die Krankenkasse.

Für die Rückmeldung wäre ich Ihnen dankbar.
Mit freundlichem Gruß,
Dr. A. Poleev

<u>Anlage 12.</u>

Ihre Anfrage zwecks Termimvereinbarung Prof. Schadendorf

Monday, October 6, 2008 3:56 PM

From: "Schröter, Stefan" <Stefan.Schroeter@uk-essen.de>

Sehr geehrter Herr Dr. Poleev,

mit dem heutigen Tage haben Sie sich mit einer eMail an Herrn Prof. Schadendorf zwecks Terminvereinbarung in der Sprechstunde gewandt.

Herr Prof. Schadendorf ist noch einige Tage verreist. Ich möchte Sie aber nicht warten lassen, so dass ich Ihnen auf Ihre Anfrage antworten möchte.

Sie haben folgende Möglichkeiten:

Als gesetzlich krankenversicherter Patient können Sie von Montag bis Freitag (ab 01.11.2008 nur von Montag bis Donnerstag) zwischen 09.00 und 10.00 Uhr ohne vorherige Terminvereinbarung in unsere Poliklinik kommen. Sie teilen in Ihrer eMail mit, bereits einen entsprechenden Überweisungsschein zu haben. Dieser Überweisungsschein müsste für das IV. Quartal des laufenden Jahres gelten. Die Poliklinik wird von mir geleitet; kompliziertere "Fälle" werden mir ohnehin persönlich vorgestellt. Sie haben aber selbstverständlich die Möglichkeit, bei Ihrem Erscheinen den Wunsch zu äußern, in jedem Falle von mir persönlich gesehen zu werden. Wir halten diese terminfreie Sprechstunde in unserer Poliklinik für ein sehr gutes Angebot für unsere Patienten, da niemand über Wochen auf einen Termin warten muß, sondern wirklich am selben Tage bei uns ärztlich gesehen wird. Die Poliklinik ist das Haus A der Hautklinik (Hufelandstr. / Ecke Esmarchstraße).

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, daß Sie sich in unserer sogenannten "Privatsprechstunde" einen Termin unter Telefon 0201-723 2332 vereinbaren. Ich nehme allerdings nicht an, dass Sie dies wünschen, weil für eine "Privatsprechstunde" bekanntlich kein Überweisungsschein erforderlich ist, auf den Sie aber in Ihrer eMail explizit hinweisen. Die ärztliche Konsultation in der "Privatsprechstunde" ist gemäß Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) kostenpflichtig, kann also nicht zu Lasten einer gesetzlichen Krankenversicherung (bei Ihnen wohl nach Stand aus dem Jahre 2006 die Techniker Krankenkasse) abgerechnet werden. Nach den geltenden rechtlichen Bestimmungen ist es einzig bei der Behandlung und Beratung von ärztlichen Kolleginnen und Kollegen statthaft, auf die Erhebung eines Honorars zu verzichten. Sofern Sie Arzt sind, bestünde gegebenenfalls diese Möglichkeit jedoch keine Pflicht - des Honorarverzichts. Sie können bei der Terminvereinbarung auch angeben, ob Sie von Herrn Prof. Schadendorf persönlich untersucht und beraten werden möchten oder ob dies auch ein Oberarzt machen dürfte, zum Beispiel ich selbst.

Ich hoffe, Ihnen damit weitergeholfen zu haben. Ich darf somit verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Schröter, Oberarzt der Klinik

Anlage 13. Verletzungen im Kniebereich nach polizeilichem Übergriff am 17.2.2009.



Anlage 17.

Die Herpes-Erkrankung ist erstmals im September 2004 aufgetreten, wiederholt sich mehrmals im Jahr. Sie manifestiert sich als Penisherpes, begleitet durch/tritt auf nach nervöser Aufregung, Schlafstörungen und grippenähnlichen Symptomen. Weitere Manifestationsformen sind oft auftretende Aphthen und seltener beobachtete Rotauge, meistens auf der rechten Seite. Zur Zeit untragbare Lebens- und Wohnbedingungen: keine permanente Wohnort, Leben auf engem Raum in Plattenbau, Lärm, keine Lüftung, Schimmel auf den Wänden, keine Ruhe usw., Bewegungsmangel; Infolgedessen geschwächtes Immunsystem, fortdauernde Depression, heufiges Auftreten von Apthen usw. In den Aufzeichnungen wurden nur schwere Fälle des Unwohlseins vermerkt.

Krankheitsverlauf seit Juni 2002
(....)

Anlage 18. Klage beim VG Berlin 34 A 44.08, VG Köln 7 K 2405/08 mit dem medizinischen Bericht.

An das Verwaltungsgericht Berlin
Kirchstraße 7
10557 Berlin

28.02.2008

Klage

Dr. rer. nat. (RUS) Andrej Poleev, Anschrift wie oben - Kläger –

gegen

Bundesministerium für Gesundheit, Friedrichstr. 108, 10117 Berlin, - Beklagte –
vertreten durch Bundesministerin Ulla Schmidt,

wegen: Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Fälschung von Gesundheitszeugnissen, Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse, Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse, Unterlassene Hilfeleistung, Unterlassen der Diensthandlung (§§ 223, 239, 277, 278, 279, 323c, 336 des StGB) u.a.

Ich erhebe Klage und beantrage:
1. Die Beklagten zu verpflichten, die in meiner Klage geforderten Maßnahmen, um meine gesundheitliche Rehabilitierung zu erreichen, unverzüglich umzusetzen.

2. Falls die Beklagten sich weigern, die in meiner Klage geforderten Maßnahmen zu ergreifen, um meine gesundheitliche Rehabilitierung zu erreichen, meine Klage an die Kriminalpolizei/Staatsanwaltschaft weiterzuleiten, und sie verpflichten, die Anklagen gegen Schuldigen zu erheben.

Begründung:
Seit 1993 war ich in Deutschland an verschiedenen Forschungseinrichtungen tätig, und später, nach dem widerrechtlich verhängten Berufsverbot im Jahr 2002, beschäftige ich mich mit einem breiten Spektrum an Themen im kultur-philosophischen Bereich. In diese Zeit war ich situationsbedingt mehrmals als Patient in ärztlicher Behandlung, so daß ich, zusätzlich zu meinen beruflichen Erfahrungen und fachspezifischen Kenntnissen, die Gelegenheit hatte, die ärztliche Praxis in diesem Land kennenzulernen. Da ich bis 2002 eine hervorragende gesundheitliche Verfassung besaß, waren meine Kontakte mit den Ärzten selten, und betrafen meistens zahnärztliche Behandlung. Insbesondere den Zahnärzten in Münster und in Münsterland sowie meinem Freund Lothar Hähnelt ist es zu verdanken, daß sie die in meine Jugendzeit vernachlässigte Zahnpflege und die vorherige prothetische Arbeit korrigierten, und auf diese Weise meine Zahne von dem vollständigen Zerfall retteten.

Seit dem Jahr 1999 erfuhr ich zuerst eine moderate und vorübergehende, und nach 2002 eine rapide und konsequente Verschlechterung meines gesundheitlichen Zustandes. In den nachfolgenden Jahren entwickelte sich eine Erkrankung, die sich durch immer gravierende und chronische Verlaufsformen auszeichnet. Ende 1999 beendete ich mein Arbeitsverhältnis mit der Max-Planck-Gesellschaft wegen

zunehmenden Mobbing (eine zusammenfassende Darstellung der Umstände befindet sich im Anhang A). Die vollständige Vernichtung meiner Gesundheit seit 2002, die sich in sehr kurze Zeit vollzog, ist auf die Veränderung meiner Lebensumstände zurückzuführen. Die kriminellen Handlungen des Steuerberaters Schulze Wenning und seinen Komplizen in Münster zerstörten Grundlagen meiner Existenz. Um ihre Erfolge im Kampf gegen einen wehrlosen Mensch zu festigen, mißbrauchte diese mafiose Bande die Rechtsorgane, die nach ihrem Auftrag eine beispiellose juristische Hetze veranstaltete, und mich mit zahlreichen Klagen, Drohungen, Beleidigungen überschüttete.

Obwohl ich die Rechtsanwälte und die Ärzte über die Ereignisse und Symptome ausführlich informierte, unterließen sie, mir notwendige juristische und medizinische Hilfe zu erweisen. Obwohl die Symptome und die Vorerkrankung eindeutig dafür sprachen, in welche Richtung meine Erkrankung fortschreiten würde, nahm niemand das ernst zur Kenntnis. Statt mir zu ermöglichen, meine wissenschaftliche Tätigkeit fortzusetzen, wurde ich zu einem Psychotherapeut abgeschoben, der mir die Psychotherapeutika als Lösung für meine Probleme angeboten hat.

Im Herbst 2003 tauchten erste Anzeichen gegenwärtiger Systemerkrankung auf in Form von akuten Schmerzen im Inneren des Körpers auf der linken Seite im Bereich Milz-Niere. Obwohl ich zu damaligen Zeitpunkt an der Universitätsklinikum rechts der Isar in München tätig war, wurde mir die ärztliche Untersuchung verweigert. Ich mußte eine Arztpraxis aufsuchen, in der offensichtlich eine falsche Diagnose gestellt wurde, und eine inadequate Therapie erfolgte. Inwieweit ein Zusammenhang zwischen diese Erkrankung und den Arbeitsbedingungen besteht, bedarf einer ernsthaften Überprüfung.

Wegen unablässiger juristischen, behördlichen und politisch motivierten Hetze (die in nachfolgenden Jahren auch die Versuche einschloß, Psychiatrie für politische Zwecke zu mißbrauchen, dargestellt im Anhang B) sowie wegen untragbaren Lebensbedingungen (Anhang C), verschlechterte mein Zustand in den nachfolgenden Jahren progressiv. Seit 2005 mußte ich mich zwangsweise in Essen aufhalten, wo meine medizinische Betreuung absurde und groteske Formen angenommen hat. Trotz Berufs- und Publikationsverbot, Wohnungslosigkeit und bereits erfolgten Straftaten wie Raub, Erpressung, Nötigung u.a. kam es zu weiteren körperlichen Mißhandlungen und sozialer Degradierung. Zwei Mal im Jahr 2005 wurde ich zu Blut geschlagen, ersten Mal in einer PLUS-Filiale, und später im Arbeitszentrum. Der Arzt Dr. med. Georg Berns, bei denen ich mich über meine gesundheitliche Probleme beschwerte, und nach den Vorfällen die nicht zu übersehenden Spuren vorzeigte, reagierte mit einer ablehnenden Haltung. Meine Strafanzeigen wegen Körperverletzungen fanden keine juristischen Konsequenzen für Täter. Im Gegenteil, die Justiz versuchte, mich ins Gefängnis zu stecken.

Das veranlaßte mich dazu, den Hausarzt zu wechseln, sowie beim Facharzt für Neurologie Dr. med. Wojde einen minimalen Schutz gegen rassistische Übergriffe zu suchen. Die Krankschreibung, die mir Dr. med. Wojde seit diese Zeit leistete, hatte einen mäßigen Erfolg: Obwohl diese Maßnahme möglicherweise die Behörden daran hinderte, mich zu inhaftieren, könnte sie die Treibjagd nicht aufhalten. Zudem waren alle meine Versuche, einen kompetenten Facharzt zu finden, der eine notwendige diagnostische und therapeutische Arbeit durchführen könnte, um die Progression der Krankheit aufzuhalten, ergebnislos. Meine Versuche, diese Ziele zu realisieren, scheiterten bereits an Inkompetenz und Ignoranz der Ärzte sowie wegen bereits genannter widrigen Lebensumstände, die ich nicht ändern könnte.

Die Beschreibung der Erkrankung sowie meine Überlegungen betreffend Ätiologie und möglichen therapeutischen Maßnahmen befinden sich im Anhang D. Die juristische und die medizinische Unterlassung und Inkompetenz trugen in gleichem Maße zur Entstehung und Progression der Erkrankung bei. Der Verlust der Gesundheit bewirkte nicht nur die kriminelle Aktivität einer kleinen Gruppe um Schulze Wenning. Vielmehr ist diese Erkrankung Ergebnis eines weiten rassistischen Milieus. Die Aufgabe, die Gesundheit wiederherzustellen, bedarf daher sofortigen und umfassenden juristischen und medizinischen Maßnahmen. Weiteres Abwarten verbietet sich angesichts der Schwere der Erkrankungen. Da ich aber wegen Vertrauensverlust keine Möglichkeit sehe, die ärztliche Behandlung im Ruhrgebiet oder in Deutschland vorzunehmen, erscheint mir daher sinnvoll, andere Optionen in Betracht zu ziehen. Eine dieser Optionen wäre, die notwendige medizinische Versorgung und eine radikale Änderung gegenwärtiger Lebensumstände mit Hilfe von Mittel zu erreichen, die aus den Ersatzzahlungen (Schmerzensgeld, finanzielle Entschädigung) stammen könnten. Eine solche Lösung ist angesichts der Schilderung der Umstände und der Schwere der Erkrankungen sowohl juristisch als auch medizinisch begründet. Obwohl ich sowohl Ärzte als auch Gerichte (so z.B. das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen Az. 12 K 2945/07) über die Situation rechtzeitig informierte, unterließen sie, die geforderten Maßnahmen zu ergreifen, was als strafbare Handlungen zu bewerten ist. Angesichts dieser Unterlassung, verlange ich, das Gesundheitsministerium zu verpflichten, die geforderten Maßnahmen zu treffen, oder meine Klage an die Strafgerichte zur Anklageerhebung zu überweisen.

Dr. A. Poleev

Anhang A. Mißhandlungen am Max-Planck-Institut.

Im Jahre 1997 bewarb ich mich am Max-Planck-Institut für Neurobiologie, Am Klopferspitz 18a, 82152 Martinsried, als wissenschaftlicher Assistent, und von August 1997 bis August 1999 war ich an diesem Institut in der Arbeitsgruppe Stamm tätig. Als Ergebnis meiner Arbeit wurde auch das Manuskript „A trans-acting factor, isolated by the three-hybrid system, that influences alternative splicing of the amyloid precursor protein minigene“ veröffentlicht.

Allerdings mußte ich meinen Aufenthalt am Institut frühzeitig beenden, da ich an einer Depression erkrankte. Nicht zuletzt war diese Erkrankung dadurch verursacht, daß ich im letzten Dienstjahr zunehmender Hetze, Mobbing und Ignoranz betreffend meiner Arbeit ausgesetzt wurde. Die Methode, die ich als einziger an diesem Institut etablierte, schien niemandem zu interessieren. Meine Vorschläge zur Verbesserung der Organisation, falls sie angenommen wurden, wurden mir später zur Last gelegt und Grund für Schikanen. Technische Unterstützung für meine Arbeit gab es so gut wie keine. Meine Bitte, mir einen Sprachkurs zu bewilligen, um meine Englisch-Kenntnisse zu bessern, wurde ohne Argumente abgelehnt. Während ich an der Zusammenfassung meiner Ergebnisse arbeitete, und trotz ständiger Betonung über die Wichtigkeit jeder Veröffentlichung, waren mir ständige und unbegründete Vorwurfe gemacht. Am Ende meines Aufenthalts fühlte ich mich fehl am Platz, wie Landvermesser K. in dem Roman von F. Kafka „Das Schloß“. Weit weg von meinem Zuhause in Münster, mußte ich über eine lange Zeit fern bleiben, für ein Unternehmen, das überhaupt keinen Sinn machte und so absurd wie alle anderen marktwirtschaftlichen Produktionsweisen war.

Bei der Ankunft in München hatte ich nicht einmal Geld, um mir eine Wohnung zu mieten, und mußte dann dieses Geld bei MPG leihen, und danach 1 Jahr lang Rückzahlungen leisten. Die Max-Planck-Gesellschaft, diese schwachsinnige und aufgeblasene raSSistische Institution, interessierte meine persönliche Situation gar nicht. Genauso wie in allen anderen „Forschungseinrichtungen“, die ich in Deutschland erlebte, war ich da nur als Mißhandlungsobjekt blöder und gewalttätiger wissenschaftlicher Nazisten wie z. B. Dr. Stamm, Prof. Jürgen Horst, Prof. G. Ryffel, Dr. Michael Frühwald u.a.

Die traditionsreiche Geschichte deutscher „Wissenschaft“ mußte ich an eigener Haut erleben. Infolgedessen bin ich krank geworden, obwohl ich mich bemühte mit regelmäßigen körperlichen Übungen fit zu halten, und auch sonst eine gesunde Lebensweise praktizierte. 1999 erlebte ich eine Reihe mysteriöser Krankheiten, und anschließend war ich in Behandlung bei verschiedenen Ärzten wegen Depressionen. 1 Jahr dauerte es noch, bis die fröhliche Wissenschaft, die ich am MPI für Neurobiologie erlebte, und die Beleidigungen an diesem Institut, durch andere Ereignisse meines Lebens verdrängt wurden (ich wurde dadurch keineswegs geheilt, worüber auch die Max-Planck- Gesellschaft genaueste Bescheid weiß). Die Liste von behandelten Ärzten finden sie in Anlage. Hiermit entbinde ich sie auch von ihrer Schweigepflicht, damit sie meine Anzeige bestätigen.
Im Jahr 2002 geschah, diesmal in Münster, noch ein Verbrechen gegen meine Person, die mich erneut in eine lebensgefährliche Situation stürzte. Im September 2004 informierte ich die Max-Planck- Gesellschaft über diese Ereignisse, ohne jegliche Stellungsnahme. Offensichtlich, folgend ihrer Tradition, will die deutsche Wissenschaft über ihre Opfer und begangenen Verbrechen nichts hören. Sie beschäftigt sich immer noch mit ihrer kriminellen Vergangenheit, und für die Gegenwart bleibt sie taub und blind. Die Vorhaben, welche die Max-Planck-Gesellschaft im Auftrag von Großkonzernen und staatlichen Einrichtungen realisiert(e), werden die noch kommenden Nürnberger Prozesse beschäftigen.

Anhang B. Beschwerde bei der Zentralen Ethikkommission der Bundesärztekammer

Hiermit möchte ich mich gegen Herrn H. Adämmer, Ärztlicher Dienst, Agentur für Arbeit, Wolbecker Str. 45-47, 48155 Münster, Tel. 0251 698286 beschweren. Zusammen mit dem Beamten Brummerloh hat er mich schwer beleidigt, erpresst, genötigt, und falsch beurkundet. Im Weiteren möchte ich die Umstände, die mich bewegen, diese Beschwerde aufzufassen, darstellen.

Nachdem ich den Beamten des Arbeitsamtes Münster Brummerloh (Uwe.Brummerloh@arbeitsagentur.de, Nevinghoff 20, 48147 Münster), der mich monatelang belästigte, beschimpfte und ihm mein Manuskript „Der Widerspruch: Die psychopathologische Studie eines Arbeitstiers“ zuschickte, setzte Brummerloh seine Schikanen fort (offensichtlich dauert der 2. Weltkrieg in deutschen Köpfen immer noch; bis zu einem endgültigen Sieg sind sie nicht bereit aufzugeben, was sie Adolf Hitler versprochen haben). Im Februar 2005 bekam ich eine Vorladung zum ärztlichen Dienst des Arbeitsamtes (Anlage), die ich auch wahrgenommen habe, weil mir im Verweigerungsfall mit üblichen Strafmaßnahmen gedroht wurde (Streichung des Unterhaltgeld).

Am 24.02.2005 kam ich zum „Ärztlichen Dienst“ des Arbeitsamtes, wo „Dr. med.“ H. Adämmer (Wolbecker Str. 45-47, 48155 Münster, Tel. 0251 698286) seinem Auftrag folgend, auf Arbeitslose wartete (entsprechend §59 SGB II). Weil ich etwas früher erschienen bin, als mir als befohlen wurde, wartete ich nicht, und ging dann direkt in das Zimmer 236. Obwohl niemand sonst vor diesem Zimmer wartete, versetzte meine willkürliche Handlung die Anwesenden (es war noch eine Schreibkraft da) in die Panik. Das blöde deutsche Vieh ist so an ihre militärische Disziplin und krankhafte Pünktlichkeit gewöhnt, daß die Verletzung eines Zeitplans ihnen wie ein Weltuntergang vorkommt.

Ich fragte den „Arzt“, was er von mir will, und gab zu, daß ich nicht krank bin. Der „Arzt“ wollte trotz dieser Äußerung mich inspizieren, als ob es in diesem Fall um eine Auto-TÜV handelte, wobei ich mich unbedingt entblößen musste. Das blöde nazistische Vieh wollte mich unbedingt erniedrigen. Nach kurzer Streitigkeit in diesem Punkt, und nach Drohungen, die H. Adämmer äußerte, gab ich nach, und stellte dieser sadistischen Ficksau mein Körper für eine „Untersuchung“ zur Verfügung. Wie das zu erwarten war, fand der „Arzt“ nichts, was meine Arbeitslosigkeit verursachen konnte. Ich zog mich an, und sagte ihm, seine Handlungen seien mit deren von SS-Ärzten zu vergleichen, worauf er seiner „Schreibkraft“ befehlen wollte, meine Worte zu protokollieren und drohte mir, mich für „verrückt“ zu erklären. Ich fragte ihn, ob er die Tagebücher von Viktor Klemperer las; es stellte sich heraus, daß er diese Tagebücher las, erwiderte mir aber, daß ich kein „Humanist“ bin sondern ein „Biologe“, und aus diesem Grund könne ich über die Fragen nicht beurteilen, die außerhalb meines Berufes liegen. Das blöde nazistische Vieh Dr. med. H. Adämmer las Tagebücher von Viktor Klemperer, konnte aber keine Parallelen zwischen damals und heute feststellen. In meiner Realität erlebte ich gleiche Demütigungen, Mißhandlungen und Ungerechtigkeiten, in genauso gleicher Folge, wie Viktor Klemperer in seinen Tagebüchern sie beschrieb. Ich erlaube mir, einige wenige Zitaten aufzuführen, damit der Leser eine Vorstellung davon hat, was ich in diesem national-sozialistischen Fick-Staat seit Jahren erlebe:

10.03.33 Zu dem politischen Druck (kommen) die Qual der ewigen Schmerzen im linken Arm, des ewigen Sterbegedankens (dazu). Und die martenden und immer erfolglosen Bemühungen um Bargeld. Und das stundenlange Heizen, Abwaschen, Wirtschaften. Und das ständige Zuhausesitzen. Und das Nichtarbeiten-,

Nichtdenkenkönnen.

22.03.33 Eine Stimmung der Angst, wie sie in Frankreich unter den Jakobinern geherrscht haben muß. Noch zittert man nicht um sein Leben, aber um Brot und Freiheit.

30.03.33 Und ich habe mir immer eingebildet: 20. Jahrhundert und Mitteleuropa sei etwas anderes als 14. Jahrhundert und Rumänien. Irrtum.

3.04.33 Ich glaube nicht mehr an die Völkerpsychologie. Alles, was ich für undeutsch gehalten habe, Brutalität, Ungerechtigkeit, Heuchelei, Massensuggestion bis zur Besoffenheit, alles das floriert hier.

22.11.33 ... in Heidenau... untersuchte Dr. Dressel mein Herz und meinen Blutdruck und fand wieder mal „objektiv alles in Ordnung“. Wie lange noch? Ich bin schon zufrieden, wenn ein Tag ohne schwere Depression Evas vorübergeht und ohne Prozess- oder Hochschulärger. Ich bin allmählich Meister darin geworden, alle Sorgen zu unterdrücken, mich „stur“ (Hitlers Lieblingswort) in die Arbeit, in irgendwelche, zu stürzen.

13.01.34 Ein Beispiel im kleinen, nicht einmal im allerkleinsten, wie Tyrannei von innen her gebremst und unterwühlt werden kann. Dennoch traurig genüg: Niemand wagt offenen Widerstand, jeder ist immer der einzelne, der sich ohnmächtig fühlt.

15.02.34 Die Hoffnung, daß dieser Zustand der maßlosen Tyrannei und Lüge schließlich doch einmal zusammenbrechen muß, hört niemals ganz auf. ... Wahrheit spricht für sich allein - aber die Lüge spricht durch Presse und Rundfunk.

14.07.34 Das Gräßlich ist, daß ein europäisches Volk sich solch einer bande von Geisteskranken und Verbrechen ausgeliefert hat und sie noch immer erträgt.

16.09.35 Ich traf gestern auf der Bank Gehrig, den man von mir entlassen hat und der mit Rechtsmitteln - dieser Regierung gegenüber mit Rechtsmitteln! - um seine Pension kämpft.

11.11.35 Die NSDAP ist ganz offenbar mehr noch die Partei der Geisteskranken als der Verbrecher.

27.03.37 Wir sind so proletarisiert und eingeengt, daß ich mir oft wünsche, nicht mehr aufzuwachen.

27.10.37 Verachtung und Eckel und tiefstes Mißtrauen können mich Deutschland gegenüber nie mehr verlassen.

5.10.40 Ich halte für notwendig, daß Deutschland klein noch einmal anfängt und das Abc der Moral und Kultur und Humanität neu lernt.

Zelle 89 ... Aber jetzt fiel mir Addison Lehre ein, der Genuß am Drama bestehe darin, daß man Schreckliches erlebe und sich selber dabei in Sicherheit wisse.

Meine Drama, die das nazistische und blöde deutsche Bürgertum sowie seine Kultur-Priester mit sadistischer Neugier seit Jahren genüßlich beobachten, geht weiter. Ich muß offensichtlich für das russische Volk, das die Nazi-Diktatur besiegte und für den Frieden in Europa in der Nachkriegszeit sorgte, eine Buße tragen. Nachdem Dr. Adämmer keine Ursache für meine „Krankheit“ fand, verwies er mich an einen Neurologen, der im Auftrag des Amtsgerichtes ein Gutachten schreiben sollte. Die Ärzte prostituieren sich für etwas Kleingeld genauso wie das die Künstler und die Wissenschaftler das tun: Ungeachtet moralischen Normen und im Auftrag sadistischen Beamtentums. Aus mir unbekannten Gründen wurde ein Arzt in Rheine mit der Begutachtung beauftragt: Entweder sind Ärzte dort bereitwilliger, solche beschämende Aufgaben zu übernehmen, oder ging es eher um die gerechte Geldverteilung, das bleibt ungeklärt. Dr. med. Klaus Weischer empfing mich am 8. April 2005 um 11 Uhr 30 in einer Gemeinschaftspraxis Weischer-Kamprad, Poststraße 20, 48431 Rheine, um seinen Verpflichtungen bei dem national-sozialistischen Staat nachzugehen. Zuerst wurde ich gebeten, mich in einem Laborraum zu begeben, worin auf meinen Kopf Elektroden aufgelegt wurden, um eine Enzephalogramm zu erstellen. Eine freundliche Arzthelferin erlaubte

mir sogar, ein paar Fotos zum Erinnerung an diesen Tag zu schießen.



Danach mußte ich zum Doktor, wo ich ausführlich erklärte, wie ich in diesem Land als dreifache Minderheit (Ausländer, Homosexueller, Intellektueller) leide, und wie ich die Beamten des Arbeitsamtes beschimpfte, weil sie mich monatelang drangsalierten. Dr. Weischer machte seine Notizen, verweigerte aber, Kopie seines Gutachtens mir zu übergeben bzw. zuschicken. Offensichtlich sind solche Unterlagen streng geheim und dürfen von den Betroffenen nicht gesichtet werden. Wieviele Berichte über mich zusammengefasst wurden, nachdem ich in dieses Irrenhaus einreiste, kann ich nur vermuten. Weder GEASTAPO noch STASI noch KGB hatten so viele Spitzel und haben so viel Aufwand bei der Erfassung der Bevölkerung betrieben, wie das in BRD zu einer selbstverständlichen Routine geworden ist! Literarisch betätigende Bürokratie der Volksrepublik Deutschland verpestet die Sprache und die Umwelt mit ihrer üben jeden Maß erzeugten Scheiß.

Ich schreibe keinen Scheiß, lege nur die Tatsachen dar. Dr. Weischer attestierte, daß ich keine psychische Erkrankung hatte. Darüber hat er festgehalten: „Die Untersuchung zeigte, daß er (ich) sich schnell beeinträchtigt fühlt als Ausländer, Homosexueller und Intellektueller. … Er konnte auch durchaus nachvollziehbar seine Probleme mit Bürokratien schildern, sowie auch seine Gereiztheit oder sein Misstrauen, wenn es im Rahmen von Abhängigkeitsverhältnissen zu Konflikten kommt." Schon damals sind bei mir erste Symptome einer psychosomatischen Erkrankung aufgetreten, die zum jetzigen Zeitpunkt gravierende Formen angenommen haben.

Ich stelle hiermit bei der Ärztekammer einen Antrag, die ärztliche Zulassung für H. Adämmer bis auf weiteres zu entziehen, sowie gegen o.g. Personen und Institutionen zu ermitteln. Insbesondere möchte ich die Verbindung zwischen Mißhandlungen vorher und dem psychosomatischen Krankheitsbild in gleichem

Zeitraum betonen. Trotz meiner Proteste und trotz medizinischen Hinweisen setzten die Behörden eine bestialische Hetzjagd fort, 2006 war daran ein anderer Amtsarzt beteiligt. Dafür verlange ich harte Strafen für Schuldige.

Anhang C. Zu den aktuellen Wohnbedingungen.

Die Wohnung 53 Quadratmeter groß wurde 2004 für eine Person bewilligt. 2005 waren diese 53 Quadratmeter schon zu viel! Ich mußte als Rettung in den Mietvertrag bzw. ALGII-Antrag von Herrn H. einspringen, damit auch er nicht zu Obdachlosen gemacht wird. In der Wohnung ist kein Platz für mich, weder für die Kleidung noch für das Schreiben noch um einfach in die Ruhe zu sitzen. Wegen unablässigen Lärm von allen Seiten kann ich mich über Tage, Wochen und Monate nicht konzentrieren, nicht entspannen, nicht beruhigen: Weder denken noch lesen ist nicht möglich. Im Zimmer, das auf der Seite mit dem durchgehenden Autoverkehr liegt, kann man nicht schlafen. In der Wohnung fehlen jegliche Schal- und Wärmeisolierung. Im Winter kann man die Heizkörper nicht abstellen, weil man sonst erfriert. Im Haus, das 1958 gebaut wurde, ist alles schief: Die Wände, die Fensterrahmen, die Türen... Das Haus scheint noch abstürzgefährdet zu sein, weil die Risse in den Wänden immer sichtbarer werden. Nachdem in diesem Land intelligente Menschen vernichtet wurden, sind nach dem Krieg nur die Handwerker geblieben, die im betrunkenen Zustand solche Häuser bauten. Vermietet wurde diese Wohnung ohne Bodenbeleg, nicht renoviert. Ich mußte diese Arbeit auf sich nehmen, damit Herr H. eine bessere Wohnung bekommt (vorher wohnte er 2 Jahre in einem Dunkelloch in der Nähe von Autobahn und terrorisiert vom Lärm, den seine Nachbarn, Müllmänner und Autos verursachten). Das ist nur in Deutschland möglich: Die Wissenschaftler betätigen sich als Handwerker, und die Handwerker wie Dr. Reiniger und seinesgleichen verwalten die Wissenschaftler. Irgendwelche Änderung der Wohnungssituation zu bewirken scheint unmöglich zu sein, weil man in einem feudal-faschistischen System lebt, das mit allen Mittel ihre repressive Apartheid-Politik festigt. Die HarzIV- bzw. ALGII-Maßnahmen dienen dem Zweck, die Menschen in die Rechtlosigkeit zu treiben und aus ihnen die Transferstelle für Eigentümer minderwertiger Immobilien, ALDI, Gas-und Stromlieferanten u.d.g., welche sich auf diese Weise direkt von den Steuer bedienen können, zu machen.

Zusätzlich zu den beschriebenen „Wohn“bedingungen möchte ich noch die häßliche Umgebung erwähnen, die aus der vollständig zerstörten Landschaft, unzähligen Lärmquellen und über den Weg laufenden Blödmänner- und Frauen besteht. Es reicht nicht, daß ich in der „Wohnung“ keine Ruhe finde, die gesamte Umgebung außerhalb dieser „Unterkunft“ ist lästig.

Anhang D. Zusammenfassung zur Ätiologie und Diagnosestellung der Erkrankung sowie über die möglichen therapeutischen Maßnahmen (28.09.2007).

(...)

Um weitere Verschlechterung meines Zustandes zu verhindern, müssen folgende Maßnahmen getroffen werden:

1. Als erste soll eine ruhig gelegene Wohnung mit getrennten Funktionsbereichen für zwei Personen gewährleistet werden. Optimal wäre der langjährige Aufenthalt im Land mit gemäßigtem Meeresklima (Südeuropa, Nordafrika, Australien). Es muß dabei die Abwesenheit von Lärm und Stress garantiert werden.
2. Es ist notwendig, eine ergänzende mikrobiologische und molekularbiologische Untersuchung von Blut und Gewebeproben durchzuführen. Bis heute ist keine ausreichende Immunologische und molekularbiologische screening-Arbeit erfolgt.
3. Die Ursachen für die dauerhaft bestehende Schmerzempfindung auf der linken Seite im Bereich Milz-Niere müssen bestimmt werden (MRT, biochemische Tests), um therapeutische Maßnahmen zu ergreifen.
4. Gleichfalls erscheint medizinisch notwendig, die Papillome, Fibrome, Exantheme u.a. Hautläsionen möglichst schönend und restlos zu entfernen, sowie die adäquaten Maßnahmen zu treffen, um deren Neuentstehung zu verhindern.
5. Da meine Selbstdiagnose auf eine Stress-bedingte hormonelle Störung hinweist, soll regelmäßige Kontrolluntersuchung des hormonellen Status sowie präventive onkologische Untersuchung/Vorsorge über längeren Zeitraum erfolgen, um eine pathologische Entwicklung auszuschließen.

Anlage. Recht auf Gesundheit – Recht auf individuelle Gesundheitsversorgung (IGeL)

Vortrag gehalten von Dr. Larisch
in der Augenklinik der Universität Essen – Sa 24.3.2007 12.45

Sehr verehrte Kolleginnen,
sehr geehrte Kollegen,

heute vor einem Jahr haben Herr Wollring und ich die (Berlin-)Essener-Resolution vor dem Brandenburger Tor verlesen. Es war der Abschluss der mit ca. 35.000 Teilnehmern größten Demonstration der deutschen Ärzteschaft. Da Herr Wollring uns heute in der VV der KVNo vertritt, hat er mich gebeten hier an seiner Stelle für den BVA unsere gemeinsame Position zur aktuellen Berufspolitik zu erläutern.

Die aktuelle Gesundheitsreform ist das Ergebnis eines politischen Entscheidungsprozesses, den auch wir Ärzte zu respektieren haben. Der Ärztekammerpräsident Prof. Hoppe, der die Gesundheitsreform als Einführung der Staatsmedizin bewertet, hat wiederholt in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass es jedem Arzt freistehe, die Fortführung seiner Tätigkeit als Vertragsarzt zu überdenken. Diese Empfehlung wird gerade bei den Korbbildungen reflektiert. Allerdings betrifft die Reform nicht nur den Bereich der Vertragsärztlichen Versorgung sondern alle Bereiche, in denen wir Ärzte tätig sind.

Für die Ärzteschaft entsteht daraus die Notwendigkeit konsequenter als bisher darüber zu reflektieren, welche Auswirkungen ihr Handeln bezüglich der Qualität und der Finanzierbarkeit der Gesundheitsversorgung einerseits und der Sicherung der Freiberuflichkeit und des Arzt-Patienten-Verhältnisses andererseits hat.

Zum Verständnis unserer medizinischen Versorgungssysteme – national wie auch international – ist es wichtig zu wissen, welche Wertigkeit dem „Recht auf Gesundheit“ oder der „Gesundheitsversorgung“ denn von der Gemeinschaft beigemessen wird. Wir haben gelernt, dass eine solche Frage nicht durch den allgemeinen Eindruck oder Umfragen beantwortet werden sollte, sondern gefragt werden muss:

Gibt es in Deutschland ein auf unserem Grundgesetz basierendes „Recht auf Gesundheitsschutz oder Gesundheitsversorgung“?

Die Antwort ist: Nein – zumindest ist dies nicht so benannt.

Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 des GG beinhaltet: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“

Warum enthält das Grundgesetz keinen Grundrechtsanspruch auf Gesundheitsversorgung? Und wie ist das in anderen Ländern geregelt? Wie wird dies für Europa geregelt werden? Welche Änderungen sind für Deutschland zu erwarten?

1. Warum gibt es kein im Grundgesetz garantiertes „Recht auf Gesundheitsversorgung“?

Bei der Gestaltung des GG 1949 hat der Parlamentarische Rat - trotz der gerade erst 1948 beschlossenen UN-Menschenrechtsdeklaration! – die individuellen Freiheitsrechte (Religions- und Gewissensfreiheit, die Meinungsfreiheit, die Wissenschaftsfreiheit) für wesentlicher als individuelle Anspruchsrechte und soziale Grundrechte erachtet. Deshalb wurden diese Freiheitsrechte in das GG aufgenommen.

Die Anspruchsrechte aber wurden - u.a. vor dem Hintergrund der schon damals bekannten Versorgungsstruktur des „verbeamteten“ bzw. „verstaatlichten“ englischen Systems - bewusst nicht in das GG aufgenommen. Es wurde schon damals klar, dass ein „Recht auf Gesundheit“ letztlich eine staatliche Organisation der Gesundheitsversorgung unvermeidbar machen würde und dass eine solche Gesundheitsversorgung Gefahr laufe, sich auf einem unakzeptabel niedrigen Qualitätsniveau einzupendeln.

Ich finde, die Väter des GG haben sehr klug und vorausschauend entschieden.

Es war übrigens nicht so, dass die Kirchen dieser Entscheidung entgegengestanden hätten oder heute stehen. Nach ihrer Ansicht kann es „ein Recht auf Heilung, gar Gesundheit nicht geben“. (widerspricht der „conditio humana“) Standpunkt der Kirchen ist, dass sie eine „Ethik der Würde“ vertreten, im Konfliktfall auch gegen eine „Ethik des Heilens“.

2. Wie ist diese Frage in den anderen Ländern geregelt?

In Europa hat es den Anschein, dass die besten Gesundheitssysteme in den Ländern existieren, in denen der individuelle Gesundheitsschutz keinen auf der Verfassung beruhenden Rechtsanspruch begründet: Dänemark (1953), Schweden (1975/1980; obwohl „Wohlfahrts-Staat“), Österreich (Land mit der wahrscheinlich größten sozialen Sicherheit in der EU) und - mit Einschränkung – Frankreich (1946/1958; Kostenerstattung).

In den Niederlanden gibt es zwar den Anspruch auf „Förderung der Volksgesundheit“ aber kein individuelles subjektives Anspruchs-Recht.

England, das keine eigentliche Verfassung hat, gewährt in der Rechtssprechung wenig soziale Grundrechte, hat aber ein staatlich organisiertes Gesundheitssystem.

Institutionelle Garantien bzw. Programmsätze zur Gesundheitsversorgung – aber nicht einklagbare subjektive Ansprüche des Einzelnen – werden in den Verfassungen folgender Länder gegeben:

Finnland (1919/1995), Griechenland (1975/1986), Spanien (1978), Irland (1922), Luxemburg (1868/1998).

Der Schutz der Gesundheit als subjektives Recht ist (nur) in den Verfassungen folgender Länder verankert: Portugal (1976/1997; Art. 64; aber keine Verfassungsbeschwerde möglich), Belgien (1994; Kostenerstattung), Italien (1947/1993)(.. „Durch Anspruchsrechte .. Staat am Rand des finanziellen Ruins“)

Übrigens enthält die amerikanische Verfassung, die Unabhängigkeitserklärung, keinerlei Anspruchs-Rechte, sondern ausschließlich Freiheitsrechte zum Handeln. Es sind dies die Rechte auf Leben, Freiheit, Eigentum und das Streben nach Glück. Das ist alles.

Es hat folgenden Anschein: Je deutlicher Ansprüche auf Gesundheitsversorgung in Grundgesetzen benannt werden, je schlechter sind die tatsächlichen Leistungen dieser Systeme. Ökonomen, Soziologen, Psychologen – jeder mit nur etwas politischer Erfahrung wird leicht zu der Meinung kommen: dieser Effekt ist logisch, zu erwarten, ja unvermeidbar.

3. Wie wird diese Frage für Europa geregelt werden? Welche Änderungen sind für Deutschland zu erwarten?

Übernommen aus der EU-Grundrechtscharta von 2000 steht in der EU-Verfassung, die von den Regierungen am 18.6.2004 akzeptiert und Ende 2004 förmlich beschlossen wurde: Artikel II – 35: „Bei der Festlegung und Durchführung der Politik und Aktionen der Union in allen Bereichen wird ein hohes Gesundheitsschutzniveau sichergestellt."

Die Konsequenzen sind noch nicht vollumfänglich absehbar. Es ist Aufgabe auch der Ärzteschaft, sich zu Wort zu melden und die Umsetzung mit zu gestalten - und nicht eine nur abwartende unkritische Haltung einzunehmen.

Wie fassen wir die Situation zusammen?

Entgegen landläufiger Auffassung ist das „Recht auf Gesundheit(sversorgung)" in Deutschland kein Grundrecht.

Wenn es so wäre, würde dies zu Lasten der Freiheitsrechte („Mündigkeit"), der Würde (Schüler /VP ÄKNo: „Ent-Individualisierung") und der Qualität der Gesundheitsversorgung erfolgen.

Warum führen Anspruchsrechte zum Abbau von Freiheit?

Die Erfüllung sozialer Anspruchsrechte wird der Staat nie ohne gleichzeitige (zumindest partielle) Entmündigung seiner Bürger erfüllen können. Die Geschichte in Ost und West lehrt, dass die Bedienung solcher Ansprüche schnell zu totalitären Systemen führt. Der Verlust der Freiheit und der Würde aber wiegt letztlich schwerer als die Bedienung sozialer Ansprüche. Es war der Wunsch nach Freiheit, der zum Ende der DDR geführt hat, nicht die mangelnden Sozialleistungen oder die geringere Lebenserwartung. Sozialleistungen sind wünschenswert, wichtiger und notwendig aber sind die Freiheit, die Würde und die Mündigkeit.

Ein Gesundheitssystem, dass den Menschen ihre freien Entscheidungen nimmt, sie per e-Card und Sachleistungssystem entmündigt, ein solches System verursacht mehr menschliche und politische Kolateralschäden als die Ärzteschaft auf Dauer auszugleichen im Stande ist.

Die Ärzteschaft sollte sich hüten, dem Anspruchsdenken nach staatlich organisierter Vollversorgung mit allem Wünschenswerten Vorschub zu leisten. Sie zerstört sonst ihr eigenes freiberufliches und humanes Berufsbild und begibt sich selbst in die Rolle eines technokratischen Zuteilers einer staatlich definierten Listenmedizin mit zweifelhaftem Qualitätsniveau, in der Anspruch und Wirklichkeit immer weiter

auseinanderfallen.

Das SGB V benennt in den § 12 und § 72 die Grundsätze der vertragsärztlichen Versorgung mit den Stichworten: wirtschaftlich, ausreichend, notwendig, zweckmäßig („WANZ“). Man beachte die Reihenfolge: an erster Stelle steht die Wirtschaftlichkeit. Bei begrenzten Ressourcen ist dies IMMER mit einer Rationierung gleichzusetzen. Eine „Maximalmedizin für alle“ ist in keinem Land der Welt bezahlbar. Der GBA regelt für WANZ die Interpretation (und künftig auch die QS, die Leitlinien, die Fortbildung etc.).

Alles was darüber hinausgeht, und dies ist ein großer Teil einer an unseren Leitlinien orientierten Medizin, darf nicht Bestandteil der vertragsärztlichen Versorgung (oder der veranlassten Verordnungen) sein. Wir sollten uns an dieses geltende Recht halten!

Es ist begründet durch:

- 1. SGB V

2. Berufs-Ordnung der Kammern

3. Wettbewerbsrecht

4. Kollegialität

5. Unterlassung der Vorschubleistung für Staatsmedizin, Qualitätsverlust der Versorgung, Eigenstrangulation unserer Freiberuflichkeit

- Wer den (sinnvollen) IGeL des Kollegen in ein schlechtes Licht setzt,

- wer die Vollkasko-Mentalität der Ansprüche unterstützt,
- wer die eigene Leistung fortwährend verschenkt,
- wer die Leistungen seines Hauses, das ja auch aus Steuergeldern getragen wird, verschenkt (über die andere Kollegen nicht verfügen!)
- wer der Unterbewertung ärztlicher Leistungen Vorschub leistet,

- der verstößt gegen das geltende Recht,
- der banalisiert unsere Tätigkeit,
- der gefährdet letztlich seine eigene berufliche Freiheit und die Würde der Patienten,
- der enthält den Patienten ihr Recht auf Mündigkeit vor.

Wie will man den Wert seiner eigenen Arbeit der Allgemeinheit oder gar der die Finanzströme klammer Kassen lenkenden Politik deutlich machen, wenn man diese Arbeit laufend verschenkt, umsonst erbringt, sich zusätzlich aufbürden lässt und damit zum Ausdruck bringt, dass die Sparzitrone wohl noch nicht intensiv genug ausgepresst wurde? Wer kann erwarten, für Innovation und verbesserte Versorgung Mittel zu erhalten, wenn es doch offenbar auch „umsonst“ gemacht werden kann?

Wer meint, er müsse aus Mitleid auf die Vergütung verzichten, möge bedenken, dass es für solche Fälle –

zur Substitution mangelnder eigener Vorsorge und mangelnder familiärer Unterstützung – gerade in unserem Land viele staatliche Hilfen und zudem viele private Wohltätigkeitsorganisationen gibt. Herr Wollring ist – wie viele von uns - selbst darin aktiv, hat selbst für das hiesige Kinderhaus vor den Toren der Uni tausende Euro gesammelt – aber meint ebenso: „Der Bedarf an welfare darf nicht zur Fortsetzung der sozialen Erpressung der Ärzteschaft führen."

Ebenso wie Zivildienstleistende nicht dazu da sind, Defizite von Personal-Fehlplanungen zu substituieren. Es sollte langsam begreiflich geworden sein, dass die Lösung sozialer Härtefälle nicht in der Ausbeutung der Leistungen des medizinischen Fachpersonals oder der Zweckentfremdung öffentlicher Gelder gefunden werden kann. Sozial bedingte Finanzierungs-Probleme sind von den dafür Verantwortlichen aufzuarbeiten.

Den Wohltätigkeitsorganisationen ist zu danken. In keinem europäischen Land wird mehr gespendet als in Deutschland.

Das größte Spendenaufkommen aber erbringt die deutsche Vertragsärzteschaft: über ein Viertel ihrer Leistungen bleibt unbezahlt. 8,8 Milliarden Euro per anno. Seit Jahren! Und ohne Spendenquittung. Ergebnis: kaum Dank, Neiddebatte, Praxispleiten. Wir müssen lernen: Die unentgeltliche Erbringung unserer Leistung wird zwar manchmal im Einzelfall, nicht aber von der Gesellschaft allgemein und insgesamt gedankt: Sie wird selbstverständlich erwartet, politisch erpresst und in die Zukunft fortgeschrieben.

Ohne IGeL ist eine faire und qualifizierte Versorgung der Patienten nicht möglich.

Der Wunsch des Patienten nach einer qualifizierten Gesundheitsleistung sollte uns motivieren, verträglich und verantwortungsbewusst die Grenzen der staatlich vorgegebenen Gesundheitsversorgung zu erläutern und dem Patienten den Zugang zu einer weitergehenden, seriösen und dem „state of the art" entsprechenden Gesundheitsversorgung zu benennen.

Es sollte allgemein die Erkenntnis greifen, dass eine wirklich qualitätsorientierte Versorgung unserer Patienten auf Basis der Leitlinien unserer Fachgesellschaften – mit Ausnahme vielleicht im Bereich der Forschung und bei Studien – nicht ohne außer-vertragsärztliche Leistungen möglich ist. Dies gilt sowohl für den Bereich der Medikamenten-Verordnungen als auch den der medizinischen Leistungen. Dass Häusern der Maximalversorgung hier gewisse Privilegien vorbehalten sind, ist kein Grund die Leistungsangebote zur individuellen Gesundheitsversorgung zu diskreditieren oder gezielt zu unterlaufen, schon gar nicht zum Zwecke des politischen Wohlgefallens. Es sollte vielmehr offen kommuniziert werden, dass das Offerieren von IGeLn richtig und notwendig für eine qualifizierte Versorgung ist. Ansonsten darf man sich über die Erfolge der politischen Verlautbarungen („Sie bekommen alles, was notwendig ist „auf Kasse") nicht beschweren. Ebenso wenig darf man sich dann beschweren, fortwährend und zunehmend weiter persönlich mit Mehrarbeit belastet, ausgebeutet und in seinem Handeln fremdgesteuert zu werden.

Es reicht nicht, es nur „gut zu meinen". Wir müssen offensichtlich mehr als früher die Folgen unseres Wirkens für die Gesellschaft, in der wir leben und arbeiten, mehr reflektieren und die gewonnenen Erkenntnisse konsequent in unser Handeln einfließen lassen. Dies gilt für die Lehre und Forschung ebenso wie für die Praxis und für die Ausbildung unserer Assistentinnen und Assistenten, für deren berufliche Zukunft wir auch mit unserem Einfluss auf die Gesundheitspolitik verantwortlich sind. Wir dürfen dieses Feld

nicht den politischen Verantwortungsamateuren allein überlassen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, den Inhalt meiner Ausführungen und die zugehörigen Quellenangaben finden Sie im Internet unter www.essener-resolution.de sowie im BVA-Separée des Landesverbandes Nordrhein unter www.augeninfo.de

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, freue mich über Ihre positive Resonanz und stehe Ihnen für Fragen zur Verfügung.

Quellen:

http://www.uni-bonn.de/www/Evangelische_Theologie/Sozialethik/Vortraege/Recht_auf_Gesundheit.html

http://www.europarl.europa.eu/workingpapers/soci/104/teil3_de.htm

Leonard Peikoff, Ph.D. – Übersetzte Auszüge aus einem Vortrag über den Clinton-Gesundheitsplan vom 11.12.1993 – veröffentlicht 15.3.1996 in der Zeitschrift „Der freie Zahnarzt“

Zivilrechtlicher Anspruch gegen WDR bei dem VG Köln, № 6 K 5155/07.

An das Verwaltungsgericht
Postfach 10 37 44
50477 Köln

30.11.2007

Klage

Dr. rer. nat. (RUS) Andrej Poleev, Anschrift wie oben - Kläger –

gegen

WDR, Appellhofplatz 1, 50667 Köln - Beklagte –
vertreten durch WDR-Intendantin Frau Monika Piel

wegen: verfassungsfeindliche Sabotage betreffend Artikel 5 des GG und im Sinne von Artikel 18 des GG und §88 des StGB.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. WDR verpflichten, über die grausamen Mißhandlungen von Dr. A. Poleev zu berichten.
2. Bei der Berichterstattung meine Meinung und meine Sichtweise von Ereignissen der letzten 10 Jahre ausführlich und Aufgrund von vorhandenen Dokumenten berücksichtigen.

Begründung:
Ich berufe mich auf den Artikel 5 des GG, der klar und deutlich vorschreibt, daß "jeder das Recht hat, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten". Dieses Grundgesetz gilt für das gesamte Deutsche Volk, WDR macht daraus keine Ausnahme. In den vergangenen 5 Jahre mußte ich leider feststellen, daß die WDR-Bürokratie nebst anderen journalistischen Verbänden und den Presseagenturen wie z.B. DPA die Veröffentlichung und die Berichterstattung in einem Fall, der die Aufmerksamkeit der Berichterstatter erregen sollte, ignoriert und blockiert. Seit Jahren versuche ich die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf die Verbrechen übelster Art zu lenken. Weder WDR, der durch die Verfassung dazu verpflichtet ist, solche Berichterstattung zu leisten, noch andere Informationsorgane sind bis heute nachsichtig geworden und meinen Forderungen nachgegangen. Es findet eine Berichtbestattung statt, woran WDR eine nicht unbedeutende Rolle spielt.

An dieser Stelle möchte ich ein paar Worte über das Menschliche, Allzumenschliche verlieren. Nur hochintelligente Menschen wie z.B. Charles Darwin waren und sind in der Lage, im Spiegelbild einen Affen zu erkennen. Das einfache Fußvolk wie z.B. die Steuerberaterfamilie Schulze Wenning oder der Oberbürgermeister der Stadt Essen Dr. Reiniger sind mit dieser Gabe nicht befähigt. Aus diesem Grund

müssen sie mit ihrer Fresse in ihre eigene Scheiße so lange und so oft gedrückt werden, bis sie verstehen, wie man sich anständig benimmt.

WDR ist nicht dazu da, um eine pompöse Selbstpräsentation zu organisieren, sondern um wichtige Funktionen zu erfüllen, zu denen folgende zwei gehören: 1. Deren Auftritt zu ermöglichen, die etwas zu sagen haben, und 2. Denen den Spiegel vorzuhalten, die ihre Schweinefresse nicht erkennen wollen oder können. Die schwachsinnige deutschtümliche Nation muß über ihr böses Tun und treiben immer wieder erfahren und aufgeklärt werden, um sich für das getane Böse zu entschuldigen sowie ihr Verhalten zu korrigieren. WDR kann gleichfalls mehr Selbstkritik in diesem Sinne ertragen, das hat noch niemandem geschadet.

Allem Anschein nach ist die WDR-Bürokratie sich nicht im klaren darüber, was ihr gesellschaftliche Auftrag ist. Oder glaubt WDR vielleicht naiv daran, mich verschweigen zu können, wie das die mit den vergleichbaren Amtsaufgaben betraute Personen seit Jahren tun? Ich sage dazu mein Nein-Wort: Das wird weder WDR noch Strato AG noch den Gerichten gelingen. Gleichfalls werde ich nicht zulassen, die schwachsinnige Plapperei ungehindert an den Universitäten, in den Massenmedien und in den Gerichtssälen zu verbreiten.

Weil die Massenmedien eine der Hauptgründe für die Entstehung von Massengesellschaften, des massengesellschaftlichen Wahns und der Massen(selbst)verdummung darstellen, müssen sie diesen verhängnisvollen Tendenzen entgegenwirken, statt sie noch mehr verstärken. Meiner Meinung nach kann das geschehen, indem man auf ganz unspektakuläre Weise über die kollektive Schweinereien wie Holocaust, Marktwirtschaft oder Mißhandlungen eines russischen Wissenschaftlers berichtet, und versucht, aus diesen Fehltritten und Rückschlägen zu lernen. Das Schweigen hat stets einen bedeutenden Anteil an der Entstehung solcher Schweinereien. Aus diesem Grund steht WDR tief in meiner Schuld, und muß dieser Schuld endlich begleichen. Ich biete erneut meine story für die Berichterstattung an, oder ich verlange, WDR zu dieser Berichterstattung gerichtlich zu verpflichten. Und bitte zeigt künftig mehr Respekt für die Opfer, nicht für die Täter!

Dr. A. Poleev

P.S. Das Verfahren mit dem Geschäftsnummer 6 K 3485/07, das beim Verwaltungsgericht in Köln vehandelt wurde, und aktuell ortszuständigkeitshalber beim Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen verhandelt wird, könnte die Arbeit der Richter erleichtern. Falls weitere Unterlagen benötigt werden, stehe ich zur Verfügung.

An das Verwaltungsgericht Köln
Appellhofplatz
50667 Köln

4.01.2008

Geschäfts.-Nr. 6 K 5155/07

Bezugnehmend auf das Schreiben des Verwaltungsgerichts Köln vom 20.12.2007 möchte ich folgendes mitteilen:

1. Dem Gegenantrag der WDR, meine Klage abzuweisen, widerspreche ich. Meine Klage ist begründet, wie bereits geschildert.

2. Der Antrag der Gegenseite, die grausamen Mißhandlungen meiner Person in Deutschland zu verschweigen, ist unzulässig. Darüber zu berichten ist ein öffentlich-rechtlicher Sender WDR laut seinen rechtlichen Grundlagen verpflichtet. Ich möchte aus der WDR-Gesetz zitieren: "Im Gesamtprogramm des WDR muss die Vielfalt der bestehenden Meinungen und der weltanschaulichen, politischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Richtungen in möglichster Breite und Vollständigkeit Ausdruck finden. Damit soll sichergestellt werden, dass sich die Hörer und Zuschauer ihr eigenes Urteil bilden können. ... Auch soll er dazu beitragen, die Achtung vor Leben, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit, vor Glauben und Meinung anderer zu stärken." (www.wdr.de/unternehmen/basis_struktur/gesetz.jhtml) Meine Leben, Freiheit und körperliche Unversehrtheit ist gefährdet, und WDR-Bürokratie trägt dazu bei, indem sie verweigert, darüber zu berichten.

3. Der Antrag der WDR, meine Klage abzuweisen beweist, daß die WDR-Bürokratie keine Reue empfindet und ist bereit, nicht nur die Grundsätze der WDR gröblich zu verletzen sondern auch das Recht zu brechen. Die Marionetten des deutschen Barbarentums zitieren aus verschiedenen Quellen, die angeblich meine Klage unzulässig machen, lenken aber damit von den Grundfragen und Forderungen ab, die in meiner Klage formuliert wurden. Sie behindern damit die lägst überfällige Aufarbeitung eines abscheulichen kollektiven Verbrechens, deckt die zahlreichen Straftaten und Mißhandlungen, die gegen mich ungestraft ausgeübt wurden und bis heute weder gesühnt noch bereut wurden.

4. Warum sprechen zwei Herren, S. Michelfelder und T. Drescher, für alle WDR-Mitarbeiter: Journalisten, Techniker, Verwaltung? Widerspricht das nicht dem Grundsatz der Selbstverwaltung, der Kollegialität? Ich verlange eine interne Befragung aller WDR-Mitarbeiter in Bezug auf die Frage, ob WDR über die Mißhandlungen und Straftaten, die ungehindert weiterhin geschehen, berichten soll, oder weiterhin unbeteiligt zusieht, genau gesagt: wegschaut, wie mein Leben ruiniert wird.

5. Mit den beiden bereits erwähnte Marionetten, die sich im Auftrag der WDR wagen, gegen meine Klage vorzugehen, stimmt etwas nicht. Die Vefasser zeigen die charakteristische Gefühllosigkeit der SS. Sie bearbeiten Fälle, ohne davon emotional betroffen zu sein. Abgesehen davon daß die Gefühllosigkeit einer der Merkmale der Stupidität ist, stellen die unterdrückten oder nicht vorhandenen Emotionen das Grundübel

allen Verbrachen dar. Im Geschäftsleben der Bürokratie sind Emotionen nicht zulässig, weil man sich vielleicht von der Indoktrination, von dem beruflichen Drill und von dem kollektiven deutschtümlichen Strarrsinn befreien kann, wenn man einmal Emotionen zulässt. Die Tyranneien und die Tyrannen fürchteten Emotionen, weil die Menschen sonst imstande wären, das Böse zu erkennen und sich davon abzuwenden. Ich werde nicht zulassen, daß man über meine Leiche in die national-faschistische Zukunft geht, wie man das bis heute der Fall war.

Die selbsternannten Stellvertreter der WDR demonstrieren emotionale Idiotie sowie mangelnde Kommunikationsfähigkeiten, was in einer Abschiebementalität resultiert, welche in nicht so ferner Vergangenheit bereits solche giftige Früchte wie KZ und Massenmord mit sich brachte. Man schiebt die Probleme und die Konflikte solange von sich weg, bis sie eine weitere Zuspitzung erfahren. In diesem Zusammenhang ist die aktuelle Hysterie um die Jugendhaft zu erwähnen, worüber WDR gleichfalls unzureichende und minderwertige Aufklärung und die Berichterstattung leistete, infolge dessen die Politiker mit der Errichtung von KZs für Jugendliche anfingen (was zeigt, wie diese Gesellschaft die Nächstenliebe und die Kinderfreundlichkeit praktizieren).

6. Statt anzuerkennen, daß man Unrecht hat, und noch mehr - daß man mitschuldig ist, versuchen die unrechtmäßige Vertreter der WDR, die Geschäftigkeit vorzuspielen, und das Gericht und die Öffentlichkeit in die Irre zu führen. Ich möchte, daß das Verwaltungsgericht der WDR-Intendantin Monika Piel und den übrigen WDR-Mitarbeitern meine Botschaft übermittelt: Tut Buße! Wenn sie das nicht tun, und die WDR-Intendantin sich weiterhin weigert, die geforderte Berichterstattung zu veranlassen, werde ich sie aus WDR entfernen und ihre berufliche und journalistische Karriere beenden.

Dr. A. Poleev

An das Verwaltungsgericht Köln
Appellhofplatz
50667 Köln

23.01.2008

Antrag auf die Zulassung der Berufung im verwaltungsrechtlichen Verfahren Dr. A. Poleev gegen WDR Geschäftsnummer 6 K 5155/07.

Meine Beschwerde/Berufung richtet sich gegen den Gerichtsbescheid des Verwaltungsgericht Köln vom 14.01.2008, Geschäftsnummer 6 K 5155/07. Meine Klage hat grundsätzliche Bedeutung. Es geht darum, ob die national-faschistische Mob von WDR zusammen mit den Richtern Becker, Mathieu und Dr. Kimmel, welche sich an die Seite der WDR-Bürokratie stellen, weiterhin versuchen, die Aufklärung des deutschen Volkes zu behindern, oder ob eine solche Aufklärung in gefordertem Maße stattfinden kann.

Die Bedeutung dieser grundsätzlichen Frage wurde in beiden meinen Schreiben vom 3.12.2007 (Klageschrift)und 4.01.2008 (Gegenantrag) dargestellt. Nirgendwo im Gerichtsbescheid finden diese Gründe eine Erwähnung. Meine Forderung, mein Schreiben vom 4.01.2008 an WDR-Intendantin zu übersenden, wurde gleichfalls ignoriert. Die Richter brechen die in meinen Schreiben zitierte Gesetze, ohne rot zu werden, oder über die strafrechtlichen Folgen nachzudenken. Sie verkennen das Recht und treten das Recht mit Füßen, indem sie die Weigerung der WDR-Bürokratie für rechtens erklären, eine längst überfällige Berichterstattung zu leisten. Die Richter legen den §42 Abs. 2 VwGO willkürlich aus. Das Gesetz besagt eindeutig: "Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, ist die Klage nur zulässig, wenn der Kläger geltend macht, durch den Verwaltungsakt oder seine Ablehnung oder Unterlassung in seinen Rechten verletzt zu sein." Ich habe auf das WDR-Gesetz und auf das Grundgesetz bereits hingewiesen, die meine Klage zulässig machen. Das wurde nicht berücksichtigt. Weitere Begründung bekräftigte meine Forderung. Trotz der Zulässigkeit und Notwendigkeit meiner Klage wollen die Richter mich verschweigen und die kriminelle Handlungen ihrer Volksgenossen decken. Die Berufung ist daher zulässig, weil "ernstliche Zweifel an der Richtigkeit des Urteils bestehen" (VwOG §124 Abs. 2)

Ich empfehle dem Gericht eine der überzeugendsten Studien über die Folgen einen solchen Verschweigens in der nicht so alten Vergangenheit nachzulesen: Warum wir Adolf Hitler wählten: Jungwähler 1933/38 berichten, von von Kai S Schreyber (Herausgeber). Dieses Volk hat einem offensichtlich kranken Mann geschrieen: "Heil Hitler!", und dennoch aus Liebe zur Perversion ihn gewählt und sich von ihm leiten ließ, auf die gleiche Art und Weise wie Schröder, Merkel, Koch u.d.g. weiterhin gewählt werden. Ich frage mich, ob dieses Volk jemals fähig wird, die Verantwortung für sich zu übernehmen und verantwortlich handeln, ohne auf die Disziplinierungsrufe von außen angewiesen zu sein. Momentan ist das nicht der Fall, weswegen ich mit meiner Klage interveniere.

Die genannten Richter sollte man allein schon wegen den Versuch, die Aufklärung des Volkes zu behindern, am Ort und Stelle erschlagen, weil längst bekannt ist, zu welchen Grausamkeiten dieses Volk fähig ist, wenn

es nicht aufgeklärt ist. In meiner Klage geht es gerade darum, daß es erneut die Artgenossen foltert und mißhandelt. Wie ich in den persönlichen Gesprächen mit den Deutschen feststellte, streiten sie alle ab, daß in Deutschland die Folter stattfinden. Die geforderte Berichterstattung soll diese allgemeine Meinung und die Unwissenheit in dieser Angelegenheit widerlegen, und das Gegenteil beweisen.

Weiterhin ist erwähnungswert, daß die VwGO keine Urteile zulässt, bei denen "einem Beteiligten das rechtliche Gehör versagt war" (§138 Abs. 5). Die Richter zitieren zwar meine Forderungen, beschäftigen sich keineswegs mit der Begründung, die ich vorbringe. Gleichfalls begründen sie ihren eigenen Gerichtsbescheid, meine Klage abzuweisen, nicht (s. oben), was mir Anlaß dazu gibt zu vermuten, meine Texte wurden nicht wahrgenommen oder nicht verstanden. Ich stelle eine Diagnose für das fehlende Gehör und den Verstand der Richter: Die erworbene Dyslexie infolge von national-sozialistischer und rechtsstaatlicher Indoktrination. Zudem leiden die Richter an eine Schizophrenie, indem sie auf die Rechtsmittel hinweisen, um gegen ihren Gerichtsbescheid (genau gesagt: Den Lapsus) vorzugehen, und gleichzeitig versuchen, mir diese Möglichkeiten vorwegzunehmen. In Gegenzug besagt §124a Abs. 1: "Zu einer Nichtzulassung der Berufung ist das Verwaltungsgericht nicht befugt." Und im III. Teil Rechtsmittel und Wiederaufnahme des Verfahrens 12. Abschnitt Berufung steht nichts über den Anwaltszwang beim Verwaltungsgericht, im Gegensatz zu dem Oberverwaltungsgericht (§67).

Nicht zuletzt möchte ich noch erwähnen, daß weder der Stempel noch die bunten Fäden, mit denen der Gerichtsbescheid zusammengebunden ist, mich beeindrucken, und bitte das Gericht, künftig auf diese alberne Dekoration zu verzichten.

Meine Klage und die Beschwerde sind begründet und haben gute Erfolgsaussichten. Wegen angeblichen Anwaltszwang beantrage ich die Prozesskostenhilfe (Anlage). Kopie meines Schreibens an den Kölner Anwaltsverein befindet sich gleichfalls in Anlage. Falls die Rechtsanwälte meine Anfrage sabotieren, beantrage ich beim Gericht, mir einen Rechtsanwalt beizuordnen.

Dr. A. Poleev

Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Augsburg gegen ALDI. A. Poleev. Survival esculents. Enzymes, 2007.



An die Staatsanwaltschaft Augsburg
Gögginger Straße 101
86199 Augsburg

7.11.2007

Hiermit stelle ich Strafanzeige gegen ALDI Einkauf GmbH & Co. oHG, Burgstraße 37, 45476 Mülheim, Registergericht Amtsgericht Duisburg HRA 8577, gegen Fa. Degro Gartenbedarf Donauwörther Str. 5 86640 Rain am Lech, sowie gegen Fa. Roth GmbH, Anna-von-Philipp-Str. B 33, 86633 Neuburg wegen Anstiftung und Beihilfe zum Mord, Fahrlässige Tötung, Gewässerverunreinigung, Bodenverunreinigung, Schwere Gefährdung durch Freisetzen von Giften (§§ 211, 222, 324, 324a, 330a des StGB).

Im Mai und Juni dieses Jahres hat der ALDI-Markt Süd seine Kunden dazu angestiftet, die Ameisen auf eine bestialische und heimtückische Art und Weise zu ermorden. Für diesen Zweck wurden zwei Produkte angeboten, die "hochwirksame", "zuverlässige" und "nachhaltig" wirkende Gifte enthielten: d-Phenothrin in Ameisen-Köderdosen (2,79 EUR pro Packung mit 3 Dosen) und Chlorpyrifos in Ameisen Streu-und Gießmittel (2,99 EUR für 250 g-Dose). Selbst die Erzeuger dieser Gifte, die Firmen Roth GmbH und Degro, stufen diese Stoffe als "sehr giftig für Wasserorganismen" ein. Weiterhin können diese Stoffe "in Gewässern längerfristig schädliche Wirkungen haben".

Besonders perfid sieht Vertrieb solcher Giftstoffe über die Lebensmittelmärkte aus, weil damit eine irreführende Vorstellung über den exklusiven Stellenwert des menschlichen Lebens auf diesem Planet beteuert wird, was der Wahrheit widerspricht. Die Menschen haben sich so weit verbreitet, daß sie die

ökologischen Nischen von anderen Lebewesen besetzen, und diese mit unzulässigen Methoden und Mitteln vetreiben und verdrängen. Die Menschen zerstören auf diese Weise die Grundlagen eigener Existenz.

Bei der Abschätzung der Schwere begangenen Straftaten muß die Staatsanwaltschaft die Mengen der Gifte berücksichtigen, welche die oben genannten Firmen abgesetzt haben, sowie den Gesamtschaden für die Umwelt feststellen. Die schwere dieser Straftaten besteht darin, daß die genannte Gifte die Umgebung dauerhaft belasten, wobei man muß davon ausgehen, daß der Niederschlag und die Bodengewässer diese Gifte überall verbreiten. Die Beschreibung dieser Produkte enthält geradezu sadistisch klingende Anweisungen, wie man die ganzen Ameisenkolonien ausrottet, gemischt mit vorsorglich-scheinheiligen und naiven Ausrufen, wie man dabei die Gesundheit von eigenen Kindern und Haustieren nicht gefährdet.

Gegen alle in Frage kommenden Straftaten stelle ich hiermit Strafantrag. Um verursachte Schaden halbwegs gut zu machen, und als Maßnahme gegen Umweltzerstörung und gegen übermäßigen Bevölkerungswachstum, empfehle ich den Gerichten, die ALDI-Märkte zu verpflichten, die Kondomen in ihr Sortiment aufzunehmen, sowie die Kunden über die negativen Folgen von Kaufrausch permanent aufzuklären. Über diverse Leichenteile, die als Wurst, Hackfleisch und Fisch angeboten werden, sowie über offene Kühlregale sage ich hier nichts, wünsche aber ALDI, sich künftig nicht als Leichenhalle zu präsentieren, und ihre Kunden nicht zur Nekrophagie zu animieren.

Anlage 1. Kopie der Produktbeschreibung für PRINTEX, Ameisenköder Dose.

Anlage 2. Kopie von Werbeprospekt von ALDI mit Information zum Produkt PRINTEX, Ameisenköder Dose.

Anlage 3. Aktionsprodukt Ameisen Streu- und Gießmittel von degro.

Anlage 4. Abschrift der Produktbeschreibung Ameisen Streu- und Gießmittel von degro.
Ameisen Streu- und Gießmittel von degro. Wirkt schnell und nachhaltig.
Gebrauchsanweisung als Ameisen-Streumittel: Ameisenstraßen, -schlupflöcher und Nesteingänge dünn mit degro Ameisenmittel bestreuen (ca. 10g/m2). Spalten, Ritzen und Fugen besonders gründlich behandeln.
Gebrauchsanweisung als Ameisen-Gießmittel: Für die Anwendung als Gießmittel werden 100g Pulver mit Wasser angerührt und mit 10 Liter Wasser aufgegossen. Durch gründliches Umrühren auflösen. Nesteingänge so lange mit der Lösung begießen, bis kein Wasser mehr versickert (ca. 2 Liter pro Nest bzw. m2). Durch den Kontakt mit der Lösung werden die Ameisen abgetötet. Am besten morgens und abends anwenden, wenn alle Ameisen im Bau sind.
Zur Ameisenbekämpfung im Haus: Das Ameisen- und Gießmittel in kleinen Schalen (außerhalb der Reichweite von Kindern und Haustieren, ca. 10 g/m2) überall dort aufstellen, wo Ameisen auftreten bzw. in Ritzen oder Fugen streuen

Biozide sicher verwenden! Vor gebrauch stets Kennzeichnung und Produktinformation lesen. Gefahrenhinweise und Sicherheitsratschläge in der Kennzeichnung beachten. Insektizides Pulver zur Ameisenbekämpfung nach Gebrauchsanleitung. Missbrauch kann Gesundheitsschäden verursachen.

Umweltgefährlich. Sehr giftig für Wasserorganismen. Kann in Gewässern längerfristig schädliche Wirkungen haben. Unter Verschluß und für Kinder unzugänglich aufbewahren. Nicht in die Kanalisation gelangen

lassen. Abfälle und Behälter müssen in gesicherter Weise beseitigt werden. Bei der Arbeit nicht essen, trinken, rauchen. Staub nicht einatmen. Bei Berührung mit der Haut sofort abwaschen mit viel Wasser und Seife. Bei Verschlucken sofort ärztlichen Rat einholen und Verpackung oder Etikett vorzeigen.

Zubereitungsstoff/Wirkstoff: insektizides Pulver mit 20g/kg Chlorpyrifos.
Gegenmittel: Atropin, Taxogonin.

P.S. Die Staatsanwaltschaft gab meinen Strafanzeigen keine Folgen gemäß § 152 Abs. 2 StPO (Sta Augsburg 601 UJs 221349/07, Sta Essen 28 UJs 123/07).

Zivilrechtlicher Anspruch gegen BRD beim VG Berlin, № 2 A 10.08.



An das Verwaltungsgericht Berlin
Kirchstraße 7
10557 Berlin

4.01.2008

<u>Klage</u>

Dr. rer. nat. (RUS) Andrej Poleev, Anschrift wie oben - Kläger–

gegen

den Deutschen Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, - Beklagte –

wegen: wegen: Unterlassen der Diensthandlung (§ 336 des StGB) u.a. strafbare Vorgehen.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. Den Deutschen Bundestag verpflichten, eine parlamentarische Untersuchung/Anhörung bezüglich Vorwürfe der Folter, rechtswidrigen Anwendung des § 70 des StGB (Berufsverbot), Zensurausübung und des versuchten Mordes im Fall Dr. A. Poleev durchzuführen.

2. Einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, um die in meinem Antrag vom 23.08.2007 geforderte berufliche,

soziale und gesundheitliche Rehabilitierung von Dr. A. Poleev zu erreichen.

Begründung:
Wie bereits erwähnt richtete ich meinen Antrag vom 23.08.2007 an die Fraktion Die Linke im Bundestag (Kopie in Anlage). Bis heute wurde ich über keine Maßnahmen informiert, die meinen Forderungen entsprechen. Ich gehe davon aus, daß der Deutsche Bundestag meinen Antrag ignoriert, mit der Verschwiegenheit begegnet, und lässt mich zustimmend von den ortsansässigen Sadisten und Banditen mißhandeln.

Das Schweigen von Bundestagsabgeordneten ist in dieser Situation nicht angebracht, und widerspricht der proklamierten Grundsätzen der Transparenz und Volksnähe. Aus dargelegten Gründen beantrage ich das Verwaltungsgericht Berlin, den Bundestag gerichtlich zu verpflichten, sich mit meinem Antrag zu beschäftigen.

Dr. A. Poleev

Herrn Hüseyin **Aydin**
Fraktion Die Linke im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

23.8.2007

Betreff: Beantragung einer parlamentarischen Untersuchung/Anhörung bezüglich Vorwürfe der Folter, rechtswidrigen Anwendung des § 70 des StGB (Berufsverbot), Zensurausübung und des versuchten Mordes im Fall Dr. A. Poleev.

Sehr geehrter Herr **Aydin**,
Meine Damen und Herren

Ich möchte mich wegen zahlreichen Verletzungen meiner Rechte in Deutschland beschweren. Seit 2002 wurden folgenden Artikeln der Menschenrechtskonventionen verletzt: Universal Declaration of Human Rights (http://www.unhchr.ch) : Art. 3, 4, 5, 7, 8, 10, 12, 17, 18, 19, 20, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 29, 30; EU Convention of Human rights (http://www.echr.coe.int) : Art. 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 13, 14, 17, Zusatzprotokoll 1, Art. 1, 2; Zusatzprotokoll 4, Art. 1), Grundgesetz BRD: Art. 1- 5, 10-14, 18-19, 103-104. Die gegen mich gerichteten und begangenen Straftaten, u.a. so schwerwiegende wie z.B. versuchter Mord, Körperverletzungen und Raub, bleiben ohne juristische Konsequenzen für Täter, während die deutsche Justiz mich grundlos und seit Jahren strafrechtlich verfolgt und kriminalisiert. Seit Jahren besteht für mich das Berufsverbot, die Möglichkeiten, meine wissenschaftliche Arbeit fortzuführen, sind nicht vorhanden. Die Behörden verschwenden mein Leben und mein Talent, als ob ich ihr Eigentum wäre.

Alle Sachverhalte, die ich anklage, sind illegal: Zensur, Folter, Drohungen, staatlicher Apartheid... Der Deutsche Staat und das Rechtssystem, welche das alles dulden und zulassen, sind illegal (Zusammenfassung befindet sich im Internet: www.enzymes.de, www.geocities.com/andrejpoleev/). Meine

erste Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen BRD im Jahr 2003 wurde wegen unzulässigen politischen Druck nicht zur Verhandlung zugelassen. Meine Anfragen bei den deutschen Juristenverbänden, damit ein oder mehrere Rechtsanwälte die Aufgabe übernehmen, eine nazistische Hetze zu beenden, bleiben bis dato ergebnislos. Diese kollektive Sabotage ist illegal und soll gebrochen werden.

Die Beschuldigungen, die ich gegenüber den Behörden mache, sind begründet und mit zahlreichen Dokumenten und Zeugenaussagen belegbar. Seit dem Jahr 2002 besteht für mich de facto das Berufsverbot, das durch kriminelle Handlungen des Steuerberaters Wilhelm Schulze Wenning initiiert wurde, und in einem krassen Widerspruch zu meiner wissenschaftlichen Qualifikation steht (Zusammenfassung befindet sich im Internet: www.geocities.com/andrejpoleev/download/profiling.pdf). Seit Jahren werden meine Bewerbungsschreiben ignoriert oder grundlos zurückgewiesen. Akademische Mafia verweigert weiterhin, meine fundierten Manuskripte zu veröffentlichen. Die einzige Möglichkeit, sie für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, bestand darin, sie im Internet zu publizieren. Aus der Zugriffstatistik kann ich entnehmen, daß meine Manuskripte in vielen Ländern gelesen wurden. Im Februar dieses Jahres wurde diese Internet-Präsenz unbegründet und widerrechtlich gesperrt, und anschließend ein Versuch unternommen, meine Rechte an die Domain-Name enzymes.de zu verletzen (widerrechtlicher Enteignungsversuch). Die Justizbehörden sind bereit, über die Leichen zu gehen, um die kriminellen Handlungen ihrer Volksgenossen zu vertuschen, die Spuren begangener Verbrechen zu vernichten, und die Zeugen zum Schweigen zu bringen. Bis jetzt ist mein Internet-Auftritt zensiert, die Verhältnisse mit dem Server nicht geregelt, meine Arbeit behindert, ich muß mich seit Monaten und ohne Rechtsanwalt mit dieser Angelegenheit befassen.

Während ich mich noch bis April dieses Jahres die Möglichkeit hatte, einen Computer für meine widerrechtlich eingeschränkte wissenschaftliche und schriftstellerische Tätigkeit zu nutzen, besteht diese Möglichkeit bereits seit April nicht mehr, so daß ich zum Nichtstun verurteilt wurde, was ich als Deprivationsfolter bewerte. Seit 1991 nutze ich Computer mit dem Betriebssystem Macintosh der Firma Apple für meine wissenschaftliche und schriftstellerische Tätigkeit. Diese Tätigkeit ist kontinuierlich, nicht an einen Arbeitsvertrag gebunden, und wird durch die im Grundgesetz und in den internationalen Konventionen garantierten Rechte auf die Selbstbestimmung und Freiheit der Wissenschaft legitimiert. Allerdings werden meine Rechte auf Bildung und auf eine selbstbestimmte wissenschaftliche Arbeit sowie meine andere Rechte (auf freie Meinungsäußerung, auf Gesundheit, auf rechtlichen Beistand usw.) auf eine grobe und unzulässige Weise eingeschränkt. Seit 2005 werde ich in Essen beengt, beleidigt, erpresst und genötigt. Seit zwei Jahren bin ich gezwungen, in einer WG in Essener Slum zu wohnen, wo ich an den untragbaren Umständen und „Wohn“bedingungen sehr leide.

Im Laufe der Zeit sind die Beschränkungen für meine berufliche Tätigkeit immer schärfere und unzulässige Formen angenommen, wie z.B. Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, faktische Wohnungslosigkeit, Publikationsverbot, Verbot der Nutzung universitärer Einrichtungen (Internet, Bibliothek, Labor), erzwungene Arbeitslosigkeit und schließlich widerrechtliche Verweisung an das Sozialamt, sowie Versuche, Psychiatrie für politische Zwecke zu missbrauchen (Zusammenfassung: www.geocities.com/andrejpoleev/download/report.pdf bzw. /theologie.pdf).

Berufsverbot und erwähnte Strafmaßnahmen bewirkten dramatische Verschlechterung meines gesundheitlichen Zustandes, was aber die deutschen Verwaltungs- und Justizsadisten keineswegs interessiert. Sie bestehen weiterhin auf ihrem Recht, mich zu quälen, zu mißhandeln und zu foltern.

Ich muß annehmen, alles das geschieht mit der Zustimmung politischer Führung dieses Landes, die auf jeden Fall dafür Verantwortung trägt und zur Verantwortung gezogen werden muß.

Infolge dieser widerrechtlichen und unbegründeten Außerkraftsetzung meiner Rechte wurden mir 10 Jahre meiner wissenschaftlichen Tätigkeit im deutschsprachigen Raum und mindestens 6 Jahre meines Lebens (2000-2007) gestohlen. 15 Jahre meiner Bildung in Rußland, sind zunichte gemacht. Meine Vorhaben, unter anderem mein Projekt InternetGallery und meine Kooperation mit den russischen akademischen Instituten innerhalb eines europäischen INTAS Projektes, wurden vernichtet und unterbrochen (chronologische Aufzählung der Ereignisse gleichfalls im Internet: www.geocities.com/andrejpoleev/download/chronicle.pdf). Meine wissenschaftliche Kariere und mein privates Leben wurden grundlos ruiniert.

Statt zu verhindern, daß meine Rechte und Freiheiten immer gröblicher verletzt werden, beteiligten sich auch die Justizbehörden daran, das geltende Recht zu brechen und das Verbrechen im Namen Justiz zu rechtfertigen und zu bestätigen. Die Instrumente diesen brutalen und willkürlichen Strafmaßnahmen sind einfach: Verschweigen, Schaffen finanziellen Notstandes, Einschüchterung und Gewaltanwendung. Offensichtlich ist auch, daß Willkür, Rechtsbruch und Verbrechen im Namen Justiz bei den Justizbehörden in Essen und in Münster (beide Städte befinden sich im Regierungsbezirk NRW), die durch Unterlassungen und aktive Teilnahme an der Außerkraftsetzung meiner Rechte gewirkt haben, zur Routine geworden sind. Keine von meinen Strafanzeigen wurde von der Staatsanwaltschaft bearbeitet, keine Klage wurde bei den Amtsgerichten erhoben. Stattdessen wurden meine Schreiben gesammelt, um gegen mich eine rassistisch-motivierte Jagd zu veranstalten (www.geocities.com/andrejpoleev/download/indictment.pdf).

Infolge rechtswidrigen und kriminellen Leistungen der Verwaltungsbehörden wurde ich an den Rand der Gesellschaft gedrängt, entrechtet, beleidigt und meine körperliche Unversehrtheit sowie meine persönliche Rechte und Freiheiten wurden verletzt. Obwohl ich die Öffentlichkeit und die Rechtsanwälte über die Zustände informierte, hat bis heute niemand im Sinn, mir zu Hilfe zu kommen und diese verbrecherische Hetze zu beenden. Meine Klagen und Hilferufe wurden sowohl von der faschistischen Bevölkerung als auch von deutschen und europäischen staatlichen Institutionen schlicht und einfach ignoriert. So z.B. schreibt Dr. Dick F. Marty, der den Rechts- und Menschenrechtsausschuß der parlamentarischen Versammlung des Europarates leitet, in seinem Schreiben vom 19.07.2007: „Ich habe Ihr Schreiben vom 2. Juli zur Kenntnis genommen und kann nicht erkennen, in welcher Weise ich in Ihrem Sinne tätig werden könnte." Eurobürokratie willigt ein, dass ich in der dunklen Ecke der deutschen Republik von einer sadistischen bürgerlichen Bande seit Jahren geprügelt werde. Dabei handelt es sich um altbekannte Vorgehensweise: Zuerst werden Menschen zum Schweigen gebracht bzw. verschwiegen, um sie später leichter umzubringen.

Die Äußerungen von Steuerberater Schulze Wenning waren eindeutig: Im Gerichtssaal forderte er meine Hinrichtung. Die Richter stimmten ihm zu, und seit Jahren verurteilen mich in fabrizierten Straf- und Zivilverfahren zu Gefängnis- und Geldstrafen. Die nazistische Hetze in dem von der CDU und SPD regiertem Land, NRW, nimmt kein Ende. Es handelt sich nachweislich um die Verschwörung zum Mord, woran sich ganz verschiedene Behörden, Beamten und einfache deutsche Bürger beteiligen. Dabei

schrecken sie sich nicht zurück von der Anwendung von sadistischen Foltermethoden wie Schlafentzug, Lärmfolter, Androhung von Strafe u.a., was ich seit Jahren erlebe, und was meine Gesundheit bereits vernichtete. Aufgrund des Folterverbotes (StPO §136a, Artikel 104 Absatz (1) Satz 2 GG, Art. 5 der UN-Menschenrechtskonvention, Art. 3 des EU-Menschenrechtskonvention) fordere ich eine erschöpfende Aufklärung im Bundestag über die Befehlshaber und Planung dieser systematischen Dezimierung.

Aus dargelegten Gründen beurteile ich die geschilderte Situation als schwere Verletzung meiner persönlichen Rechte, als strafbare Handlungen seitens Justiz, schwere dienstliche und moralische Unterlassung seitens wissenschaftlicher Gemeinschaft, bürgerlichen Instituten und einzelnen Personen, die weiterhin darauf bestehen, nichts zur Wiederherstellung meiner Rechte unternehmen zu müssen.

Ich möchte Sie hiermit bitten, mir jede mögliche Unterstützung zu erweisen, um meine politische, gesundheitliche, berufliche und rechtliche Rehabilitierung zu erreichen. Wegen bereits erwähnten Berufsverbot und politischen Repressionen, wurde mir nicht nur mein Eigentum beraubt sondern auch jegliche Möglichkeit genommen, mich zu wehren. In diese Situation wende ich mich an die oppositionelle politische Partei, nicht zuletzt mit dem Ziel, die aktuelle politische Oligarchie wegen zahlreichen Gesetzübertretungen und Straftaten (manipulierte Statistiken, schamlose asoziale Propaganda, Beteiligung an Folter und noch viel mehr) abzusetzen.

Für Fragen und Antworten stehe ich unter angegebener Adresse zur Verfügung.

Dr. A. Poleev

An das Verwaltungsgericht Berlin
Kirchstraße 7
10557 Berlin

14.02.2008

In dem verwaltungsrechtlichen Verfahren VG 2 A 10.08 Dr. A. Poleev gegen den Bundestag, wird zu dem Schreiben der Verwaltungsangestellten Bettina Petzold und Alfred Falkenberg vom 29.01.2008, und zu dem Schreiben des Verwaltungsgericht Berlin vom 31.01.2008, beide am 6.02.2008 zugestellt, wie folgt Stellung genommen:

1. Meine Klage hat offensichtliche verwaltungsrechtliche Relevanz, sie ist zulässig und begründet. Unmißverständlich formulierte ich meine Forderungen, die bis heute unerfüllt bleiben. Die Abgeordnete ignorieren weiterhin meine Klage, was die Aktualität meiner Klage betont, und überließen diese Angelegenheit der Verwaltungsbürokratie. Diese spielt eine Komödie vor, indem sie versucht, die Unzulässigkeit meiner Klagen zu beweisen. Es geht in meiner Klage gerade darum, daß offensichtlich niemand wegen begangenen Verbrechen verantworten will, weder die ortszuständigen Gerichte, noch die Staatsanwaltschaft, noch die Polizei und recht nicht die Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Wenn

das so ist, dann fordere ich erst recht, die Verantwortlichen zu finden und sie zur Verantwortung zu ziehen. Die Demokratie ist die organisierte Verantwortungslosigkeit, mit meiner Klage will ich diesen Zustand beenden.

2. Im Gegensatz dazu, was die Verwaltungsbürokratie behauptet, ist meine Klage begründet und hat mehr als genüg Erfolgsaussichten. §44 GG besagt: "Der Bundestag hat das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der in öffentlicher Verhandlung die erforderlichen Beweise erhebt." Ich will, daß das Verwaltungsgericht eine solche Abstimmung anordnet. Vor einer solchen Abstimmung müssen alle Parlamentsmitglieder verpflichtet werden, alle Unterlagen zu studieren, die ich für notwendig erachte zu ihrer Verfügung zu stellen, damit sie eine richtige (d.h. geforderte) Entscheidung treffen können. Es gibt sicherlich auch andere verwaltungsrechtliche Vorschriften, um die Interesse der Abgeordneten an der Untersuchung der in meiner Klage geschilderten Umstände zu wecken. Ich überlasse dem Gericht und den Rechtsanwälten den mehr als nur umfangreichen Gesetzeshaufen nach den Möglichkeiten durchwühlen, die erlauben, die arbeitsunwilligen und verantwortungslosen Parlamentarier zu verpflichten, meinen Forderungen nachzugehen.

3. Der nichtersichtlichen materialrechtlichen Anspruch beziffere ich auf 10 Millionen EUR, wie ich bereits in meiner Klage beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen 12 K 2945/07 formulierte, und kann die Begründung dafür dem Gericht und den Abgeordneten nachsenden. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat bis heute nichts dazu beigetragen, meine Forderungen zu erfüllen.

4. Meine Petition 2-15-08-6161-008012 wurde 2003 nicht wahrgenommen. Aus diesem Grund klage ich jetzt gegen die BRD und beschuldige dieses Land und die Bevölkerung darin, die grausamen Verbrechen begangen zu haben, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden. Und wenn die Deutschen sich weigern, die geforderte Entschädigung zu zahlen bzw. die geforderten Maßnahmen zu ergreifen, werde ich ihnen und ihrem Staat die Existenzrechte entziehen.

5. Ich habe jetzt noch den Rechtsanwälten geschrieben mit der Forderung, mich bei dieser Angelegenheit zu vertreten (Kopie in Anlage). Ich sehe Bedarf, mich rechtsanwaltlich vertreten zu lassen, und fordere das Verwaltungsgericht auf, keine weiteren Schritte zu unternehmen, ohne meine Einwilligung zu holen. Für Fragen stehe ich zur Verfügung.

Dr. A. Poleev

An das Verwaltungsgericht Berlin
Kirchstraße 7
10557 Berlin

11.04.2008

Antrag auf die Zulassung der Berufung in den Verwaltungsverfahren VG 2 A 10.08
Dr. A. Poleev gegen BRD.

Meine Berufung richtet sich gegen Urteil des Verwaltungsgericht Berlin vom 19.03.2008, zugestellt am 2.04.2008. Der Gerichtssaal mußte am Tag der Verhandlung rechts geisterhaft aussehen, weil keine Partei erschienen ist. Von meiner Seite war das begründet, in meinem Schreiben vom 11.03.2008 nahm ich dazu Stellung. Mein Antrag, die Teilnahme der Beklagten an dem Verfahren anzuordnen, wurde vom Gericht ignoriert. Das Gericht hat damit bewiesen, daß es nicht der Herr im eigenen Haus ist. Im Urteilsbegründung heißt lapidar: "Die Klage wird abgewiesen", womit nochmals bestätigt wurde: Das Rechtssystem stellt eine aufgeblasene beschäftigungstherapeutische Maßnahme dar, um seine Angehörigen von der Langweile zu retten und deren Existenz zu begründen.

In meiner Klage und in meinem Schreiben vom 14.02.2008 begründete ich ausführlich meine Forderungen. Das Verwaltungsgericht Berlin könnte nicht abstreiten, daß meine Klage zulässig ist. Sie ist außerdem BERECHTIGT: Diese Berechtigung ist sowohl Verfassungsrechtlich als auch Verwaltungsrechtlich RECHTMÄßIG, Weil meine Petition 2-15-08-6161-008012 nicht wahrgenommen wurde, muß ich meine Forderungen immer wieder wiederholen, damit die deutsche Blödheit diese Forderungen wahrnimmt. Ich fordere Wiedergutmachung im Form von Entschädigungszahlung. Dabei geht es, um es verständlich zu formulieren, um die Forderung einer Scheidung: Ich will mich von diesem Staat und von diesem Volk scheiden lassen, weil sie mich die ganze Zeit mißhandelt haben. Die mir aufgezwungene Ehe muß annulliert werden, und die Ehejahre müssen bewertet werden. Diese Bewertung zeigt negative Bilanz: Mir wurden die besten Jahre meines Lebens gestohlen, ich wurde schwer mißhandelt, meine Existenz und meine Gesundheit zerstört. Die deutsche Seite hat sich unsäglich benommen und muß dafür zu Zahlungen verpflichtet werden, um diese negative Bilanz auszugleichen. Diese Zahlung muß jetzt erfolgen, und nicht erst nach 60 Jahren, wann niemand da ist, um sie zu fordern. Das geisteskranke deutsche Volk und seine gleichfalls geisteskranke Stellvertreter kopulieren und vermehren sich wie Vieh, aus dieser Vermehrung leiten sie ihre Existenz- und territoriale Ansprüche ab, mißhandeln unschuldige Menschen und entziehen sich jeglicher Verantwortung. In ihrem Reich der Lüge und Perversion gelten weder moralische noch sonstige Gesetze außer solchen, die sie selbst schreiben und für rechtens erklären. Diese Nation lebt von Diebstahl und Betrug: Das habe ich während meines Aufenthalts in diesem Saustahl festgestellt und an meinem eigenen Körper erfahren. Indem der Bundestag sich weigert, meine Forderungen zu erfüllen, macht er sich strafbar und zu Komplizen der unmittelbaren Täter (es handelt sich um die Beteiligung an der Verschwörung zum Mord, Behinderung der Justiz, Verfolgung Unschuldiger, Verleumdung, Belohnung und Billigung von Straftaten u.a.), derer strafrechtliche Verfolgung und die Beurteilung bis heute blockiert wird und aus diesem Grund nicht stattgefunden hat.

Weiterhin ist meine Berufung zulässig, weil "ernstliche Zweifel an der Richtigkeit des Urteils bestehen" (VwOG §124 Abs. 2). Das Urteil ist unrichtig, weil die Richter in ihrer Begründung sich mit der formalen Seite ihrer Rechtssprechung beschäftigen (genau gesagt, mit der Erfüllung ihrer national-sozialistischen Parteivorgaben), der Inhalt meiner Klage völlig außer Acht lassen. Die Gesetze und die Verordnungen können nicht pauschal angewendet werden, sie müssen ständig mit der Realität der Umstände verglichen werden. Das betrifft auch die Verfassung. Die Richter und die Angeklagten verkennen und mißachten meine Realität, die ich vergeblich versuche, ihnen mitzuteilen. In diesem Zusammenhang ist erwägungswert, daß die VwGO keine Urteile zulässt, bei denen "einem Beteiligten das rechtliche Gehör versagt war" (§138 Abs. 5). Ich wurde bis heute nicht erhört, trotzt zahlreichen Klagen.

Meine Klage und die Berufung sind begründet und haben gute Erfolgsaussichten. Wegen absurden Anwaltszwang stelle ich den Prozesskostenhilfeantrag (das ausgefüllte Formular mit dem Einkommensnachweis liegen meinem Antrag bei) bzw. beantrage ich beim Gericht, mir einen Rechtsanwalt beizuordnen. Ich hoffe, das Gericht ist daran interessiert, die Wiederaufnahme der Verwaltungsverfahren infolge von Formfehlern und ähnlichem zu vermeiden, und wird mich ständig über das Notwendige informieren.

Dr. A. Poleev

An das Bundesverwaltungsgericht
Simsonplatz 1
04107 Leipzig

25.08.2008

Beschwerde

und Antrag auf Zulassung der Berufung im Revisionsverfahren Dr. A. Poleev gegen BRD, VG Berlin 2 A 10.08 und OVG Berlin-Brandenburg 3 N 41.08.

Meine Beschwerde richtet sich gegen den Beschluß des OVG Berlin-Brandenburg vom 27.05.2008. Wie ich bereits in meiner Klage beim VG Berlin darstellte, handelt es sich um die Vertuschungsversuche und Schuldabweisung in einer Angelegenheit, die sowohl verwaltungsrechtliche als auch verfassungsrechtliche und strafrechtliche Relevanz besitzt. Nicht nur der Bundestag sondern auch die Gerichte haben es unterlassen, den Weg aus dem Sumpf der Unterlassung und des Verbrechens zu weisen. Bis heute sind meine Forderungen betreffend Aufarbeitung des national-sozialistischen Gegenwart und der Entschädigungszahlung nicht erfüllt. Stattdessen beteiligt sich die Justiz an dem Gesetzesbrechen und beschützt die Straftäter.

In ihrer „Begründung“ lehnen die Richter Fitzner-Steinmann, Burchards und Peters meinen PKH-Antrag ab, um im zweiten Schritt die Unzulässigkeit meiner Berufung wegen Nicht-Gegebenheit der rechtsanwaltlichen Vertretung festzustellen. Weiterhin, wurde die Gerichtsverhandlung in meiner Abwesenheit und in der Abwesenheit meiner Vertretung abgehalten. Aus diesem Grund besteht dringender Zweifel in bezug auf die Amtsfähigkeit dieser drei Richter, die böswillig oder unter Einfluß von Drogen oder aus andren Gründen rechtswidrig handeln. Dabei bezeichnen sie irreführenderweise das Nicht-Zulassungsverfahren als das „Berufungszulassungsverfahren“. Um die eigentliche Klage und derer Inhalte wurde überhaupt keine Entscheidung getroffen und keine Begründung dargelegt. Man soll sich einer solchen „Rechtssprechung“ schämen, weil sie in aller Öffentlichkeit den blanken Unsinn ausspricht. Von dem BVG erwarte ich, die Beschlüße der untergeordneten Gerichte für nichtig zu erklären und meine Klage neu zu verhandeln, allein schon wegen zahlreichen Formfehler. Weiterhin ist meine Berufung zulässig, weil ernstliche Zweifel an der

Richtigkeit der Beschlüße und an der Urteilsfähigkeit des Richters bestehen, was ich schon mehrmals begründete. Wegen Anwaltszwang stelle ich PKH-Antrag (ausgefüllter Formular mit Unterlagen wurden bereits im Zusammenhang mit dem Verfahren BVG 6 B 19.08 abgegeben, bitte von dort entnehmen).

Dr. A. Poleev

An das Landeskriminalamt
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin-Tempelhof

25.09.2008

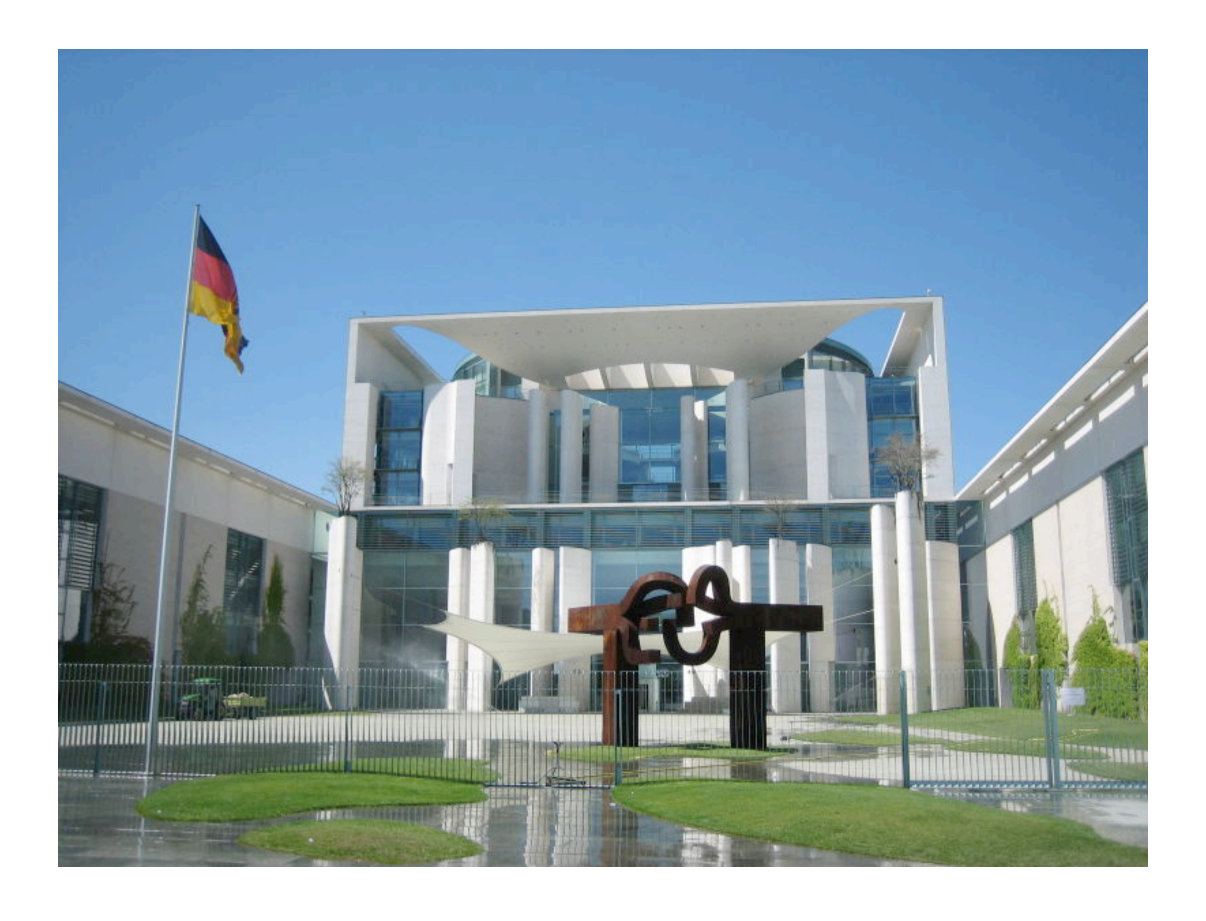
Strafanzeige

Hiermit erstatte ich Strafanzeige gegen den Deutschen Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, wegen Verfassungsfeindliche Sabotage betreffend §1-5, 11-14, 18-19, 103-104 GG, Bildung krimineller Vereinigung, Belohnung und Billigung von Straftaten, Untreue, Unterlassene Hilfeleistung, Unterlassen der Diensthandlung, Rechtsbeugung (§§ 88, 129, 266, 323c, 336, 339 StGB).

Am 4.01.2008 richtete ich meine Klage an das VG Berlin, in der ich den Deutschen Bundestag aufforderte, eine parlamentarische Untersuchung/Anhörung bezüglich Vorwürfe der Folter, rechtswidrigen Anwendung des § 70 des StGB (Berufsverbot), Zensurausübung und des versuchten Mordes im Fall Dr. A. Poleev durchzuführen. Daraufhin wurde meine Klage grundlos und rechtswidrig abgewiesen, infolge dessen ich entmündigt und entrechtet wurde. Die Revisionsgerichte bestätigten Rechtsbruch und erklärten Willkür für rechtens. Um Wiederholungen und unnötigen Papierverbrauch zu vermeiden, verweise ich auf meine Klageschrift und Revisionsverfahren VG Berlin 2 A 10.08, OVG Berlin-Brandenburg 3 N 41.08, BVerwG 6 B 67.08, die bei entsprechenden Gerichten zu entnehmen sind. Da es bei diesem Vorgehen um einen juristischen Skandal handelt, um einen schwerwiegenden Rechtsbruch der Legislative, beantrage ich die Eröffnung der Ermittlungsverfahren gegen alle Bundestagsabgeordneten, und fordere, sie mit sofortiger Wirkung aus dem Dienst zu entlassen.

Obwohl über den Bundestag eine Glasskuppel aufgebaut wurde, erreichte das Licht der Aufklärung das Innere dieses Gebäudes nicht, genauso wenig wurden die Köpfe der Satanisten durchleuchtet, die dort ihre schwarzen Messen veranstalten. Meine Strafanzeige zielt auf das Herz der Finsternis, das für immer aufhören muß zu existieren, weil es weder zum Leben erwecken kann noch imstande ist, sich fürs Mitleid oder für andere Gefühle zu öffnen.

Dr. A. Poleev



Das Mausoleum der toten Seelen: Das Bundeskanzleramt

Zivilrechtlicher Anspruch gegen Universität Essen bei dem VG Gelsenkirchen, № 4 K 2976/07



An das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen
Postfach 10 01 55
45801 Gelsenkirchen

2.10.2007

<u>Klage</u>

Dr. rer. nat. (RUS) Andrej Poleev - Kläger –

gegen

Universität Essen, Universitätsstr. 2, 45141 Essen, - Beklagte –
vertreten durch Reaktor Professor Dr. Lothar Zechlin und Kanzler Dr. Rainer Ambrosy.

wegen: rassistischer Benachteiligung von Minderheiten, Verletzung des Arbeitsrechts und des Gleichbehandlungsgesetzes, Bildung krimineller Vereinigung, verfassungswidrige Sabotage betreffend §2, 3, 5, 18 GG.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. Die Universität Essen verpflichten, meine Rechte auf Nutzung universitärer Einrichtungen wie

Universitätsbibliothek und Computerraum denen der Universitätsangehörigen anzugleichen.
2. Die willkürlichen Verwaltungsvorschriften, welche der beantragten Angleichung widersprechen, außer Kraft zu setzen.

Begründung:
Bereits vor 10 Jahren musste ich ein Jahr in Essen verbringen, wo ich an der Universitätsklinikum als wissenschaftlicher Mitarbeiter angestellt war. Das empfand ich schon damals als Unglück, weil ich mich plötzlich in einer feindlichen Umgebung wiederfand: Ich wurde angestellt, nicht, um mich weiterentwickeln und meine Kenntnisse an hiesige Mitarbeiter zu vermitteln, sondern um mich von einem verrückten schweizer Professor für seine verrückte Zwecke mißbraucht zu werden. Seit zwei Jahren bin ich erneut in Essen gelandet, nachdem eine nazistische Bande von Bürger und Beamten aus Münster eine Treibjagd auf mich veranstaltete. Meine Anwesenheit erregte diesmal kein Interesse universitärer Bürokratie. Im Gegenteil: Trotz meinem Schreiben an den Rektor wollte er von mir nichts wissen. Ich werde hier einfach nicht gebraucht, weil ich nicht mißbraucht werden kann, und weil mein intellektuelles Niveau bei weitem jenes hier ansässigen Professoren übersteigt, was sie gar nicht gerne mögen. Meine Bewerbung für die Stelle eines Professors in Genetik wurde ignoriert. Die Berufungskommission will sich bei der Auswahl der Bewerber an die bisherigen national-sozialistischen Grundsätze halten, das Kontingent der Narren erfährt Zuwachs.

Gleichfalls wurden meine Anfragen betreffend Nutzung von Computer an dieser Hochschule ignoriert, vergebens bat ich zwei Jahre darum, mir die Zugangsberechtigung zu vergeben. Während die verrückten Dozentinen an dieser Universität wochenlang die Räume belegen, um Microsoft Excel (I) zu unterrichten, und die Köpfe von Studenten mit übrigem Lernmißt vergiften werden, steht für mich kein Raum an dieser Universität zur Verfügung. Seit April dieses Jahres bin ich darauf angewiesen, bei den Studenten zu betteln, damit sie mir einen Computer überlassen. Das hat in der genannten Zeit zu Konflikten und psychischen Traumen geführt, weil in der durch die universitäre Bürokratie geschaffenen Atmosphäre von Angst, feudaler Sklaverei und Habsucht nur wenige Studenten so freundlich sind, meinen Wünschen entgegenzukommen. Zuletzt (am 27.09.) hat mich die Haltung eines national-sozialistischen Jüngling empört, der meinte, er könne in einem vollunbesetzten Computerraum unterhaltende Internetseiten angucken, während ich mich ins verrauchte Internetcafe begeben dürfe, gerade weil ich einen Doktortitel und einen widerrechtlich verhängten Berufsverbot habe, geschweige denn übrige in diesem Land erfahrenen Erniedrigungen und Mißhandlungen. Diese unverschämte Haltung musste ich zurückweisen, dazu noch mit den Schimpfworten wie "nazistische Scheiße" u.d.g. ergänzen, damit das Gesagte länger im Gedächtnis dieses jungen Idioten verbleibt. Warum studieren solche Leute überhaupt, wenn sie mit den Denkvermögen nicht befähigt sind, und nicht imstande sind, elementarste logischen Operationen zu beherrschen, wie z.B. zu vergleichen und daraus Schlußfolgerungen zu ziehen? Offensichtlich aus Langeweile. Mit ihrem Leben befriedigen sie letztendlich ihre primitivste tropische Instinkte wie essen, kacken, ficken, und was noch in den letzten hundert Jahren dazu gekommen ist (Computerspiele, grenzenlos zu flat-rate flirten u.d.g.).

Die kollegiale Diskussion war aber an diesem Tag nicht zu ende. Eine zweite Person, die in diesem Raum saß, empörte sich über meine Wortwahl und nahm meine Worte persönlich. Diese Person drohte mir mit der Polizei (warum nicht gleich mit der GESTAPO?) und ging dann zu den für diesen Bereich zuständigen Mitarbeitern, um sich zu beklagen in der Weise, wie das die kleinen Kinder tun: "V-a-a-a-ti, hilf mir, ich wurde angegriffen!" Daraufhin habe ich auch diese Person als einen "nazistischen Denunzianten" beschimpft. Was war die Reaktion von den bereichszuständigen Mitarbeitern? Sie haben den Feind erkannt, ich wurde

unverzüglich aus dem Bereich entfernt.

Im Gegensatz zu PLUS-Filiale und JobCenter wurde ich nicht geschlagen, was für ein höheres schulisches Niveau der Anwesenden spricht. Dennoch könnten die Universitätsangehörigen sich nicht anders verhalten und sich nicht anders entscheiden als die gewöhnlichen Mitglieder einer Herde von Raubtieren. Die Hochschulangehörigen sind eben nur ein Teil der ekelhaften, übelrichenden Menschenmasse, die sich das Deutsche Volk nennt, sie bilden sich vielleicht nur ein, zur besseren Teil dieses Volkes anzugehören. Was kann denn von einem Volk erwarten, dessen Vertreter die Namen tragen, die immer noch auf ihre Ursprünge hinweisen: Fraß, Teufel, Wolf u.d.g.? Ich stellte in vielen Fällen fest, daß sowohl Professoren als auch die übrigen Mitarbeiter an dieser Hochschule sich in ihrem Verhalten nicht von solchem unterscheiden, das für wilde Tiere charakteristisch ist. Besonders böse werden sie, wenn man ihnen das ins Gesicht sagt.

Die Deutschen sind die Meister darin, die Gründe eines Konflikts zu übersehen, und stattdessen die Sündenböcke zu suchen, an denen sie ihre Wut auslassen können. Seit zwei Jahren versuche ich ergebnislos, zwei Zahlenkombinationen zu erhalten. Statt Bewilligung und Zustimmung zeigt universitäre Blödheit unbeugsame Stupidität. Das ist nicht nur an dieser Hochschule so. Das Volk ist verwahrlost, niemand ist da, um als Beispiel zu dienen, und auf das Fehlverhalten hinzuweisen. Ob Hitler-Zeit oder Merkel-Zeit, ob National-Sozialismus oder CDU-Faschismus, es kommt immer zum gleichen Ergebnis: Zur Entwicklung totalitärer gesellschaftlichen Formen und zur Verwandlung des Volkes zu Mob.

Solche Hochschulen, wo die Studenten, gefolgt von Professoren, sich auf die geschilderte Weise verhalten, erzeugen höchstens intelligente Bestien, keine menschliche Individuen mit Gewissen und Verstand. Die Zeit ist gekommen, diesen mentalen Zu- und Stillstand zu verändern. Die Deutschen müssen lernen, sich menschlich zu verhalten und menschlicher werden. Zu diesem Zweck bietet meine aktuelle Klage eine gute Gelegenheit. Der erste Schritt soll die Vergabe von bereits vor zwei Jahren geforderten Zugangsberechtigung für die Arbeit im Computerraum. Der zweite Schritt soll die Freigabe meines für die Nutzung gesperrten Bibliothekausweises sein.

Noch zwei Schlußbemerkungen für das Gericht.

1. Bekanntlich gibt es zwei Universitäten - der Stadt Duisburg und der Stadt Essen - woraus man versucht, eine Universität zu konstruieren. Meine Klage richtet sich ausdrücklich gegen Universität der Stadt Essen.
2. Falls das Gericht nicht befugt ist, meine Klage zu verhandeln, bitte ich meine Klage an die Instanz zu überwiesen, wo sie verhandelt wird. Für übrige Fragen stehe ich zur Verfügung.

Dr. A. Poleev

An das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen
Postfach 10 01 55
45801 Gelsenkirchen

29.10.2007

Betreff 4 K 2976/07

Bezugnehmend auf die Anfrage vom 25.10.2007 lege ich Kopie meines für die Nutzung an der Universitätsbibliothek gesperrten Bibliothekausweises bei.

Die Nutzung des Computers versuchte ich ergebnislos seit 2 Jahren bei der Rechenzentrum dieser Universität zu beantragen. Diese Leute dort leiden an Taubheit und Blindheit, meine Existenz wird einfach nicht wahrgenommen, weswegen ich die gerichtliche Anhörung in dieser Angelegenheit beantrage (vielleicht soll man diese Leute zum HNO-Arzt schicken oder an die Psychiatrie wegen einer kollektiven Amnesie verweisen?).

Meine Antwort auf weitere dumme Frage von Frau Tuguntke lautet: Das mißgebürtige Vieh von der Universität Essen beteiligt sich daran, das widerrechtlich verhängte Berufsverbot, das gegen mich die faschistische Bürokratie verhängte, aufrechtzuerhalten, meine Bewerbung wurde in diesem Jahr aus diesem Grund abgewiesen. Sie wollen einfach nicht wahr haben, daß sie mir jeglichen Weg versperren, zu schreiben, zu denken, aus diesem Irrenhaus auszureisen usw. Um dieses Schreiben zu verfassen, mußte ich in einen InternetShop gehen, wo ich mich wegen Gestank und Lärm kaum konzentrieren kann. Zufrieden? Sie mißhandeln mich damit, daß ich aufgefordert werde, die blöde und mißgebürtige deutsche Bevölkerung immer wieder darin aufzuklären, was sie alle verbergen wollen. Die Wahrheit wird trotzdem ans Tageslicht kommen, das war schon immer so, sogar in diesem SS-Land.

Für weitere Fragen stehe ich dennoch zur Verfügung (Bis die Frage mit der Entschädigungszahlung erschöpfend und zu meiner Zufriedenheit gelöst wird, werde ich immer wieder für alle Deutsche da sein, bis sie das nicht mehr ertragen können).

Dr. A. Poleev

An das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen
Postfach 10 01 55
45801 Gelsenkirchen

8.01.2008

Betreff: Az. 4 K 2976/07

Bezugnehmend auf das Schreiben des Verwaltungsgericht vom 31.10.2007, 14.11.2007, der Universität Essen vom 13.11.2007 und ergänzend zu meiner Klage vom 2.10.2007 beantrage ich den Antrag der Gegenseite, meine Klage abzuweisen, abzuweisen.

Die gewissenslose Marionette der universitärer Bürokratie Frank Tuguntke versucht in seinem Antrag die Justiz in die Irre zu führen. Die Lügen beginnen schon am Anfang seines Schreibens. So behauptet er: "Der Kläger begehrt mit seiner Klage offensichtlich die Zulassung zur Benutzung der hiesigen Universitätsbibliothek (UB) und des Zentrums für Informations- und Mediendienste (ZIM). Ein derartiger Anspruch besteht indes nicht."

Im Gegensatz dazu, was dieser Mißgeburt behauptet, kann jeder die Universitätsbibliothek benutzen. Mir wurde aber diese Möglichkeit willkürlich untersagt, weil ich angeblich dieser Bibliothek 15 EUR schulde. Das ist aber kein Grund, um die Menschen auszugrenzen und zu benachteiligen. 15 EUR können kein Grund sein, um zu meinen Bibliothekausweis zu sperren. Die rechtsgläubige und fanatische Fundamentalisten wie Frank Tuguntke haben aus ihrem irren Glauben an die marktwirtschaftliche Religion und den (national-sozialistischen) Unrechtsstaat abgeleitet, daß die Menschen benachteiligt, ausgegrenzt und willkürlich bestraft werden können. Das widerspricht aber dem Grundsatz der Gleichbehandlung und des Verbots der Benachteiligung. Allein aus diesem Grund muß das Verwaltungsgericht die Universität verpflichten, diese Strafmaßnahme aufzuheben.

Wie sind diese 15 EUR zustande gekommen? Ich habe weder Bücher gestohlen noch sie unbrauchbar gemacht. Diese willkürliche Zahlungsaufforderung entstand aus der Gebühren, welche die Universitätsbibliothek von den Benutzer unrechtmäßig fordert: für die Fernverleihe und die verspätete Verlängerung der Leihfristen. Ich habe ein paar Mal vergessen, die Bücher zu verlängern, obwohl diese Bücher niemand sonst lesen wollte. Diese Gebührenerhebung ist illegal. Ich fordere das Verwaltungsgericht, diese Regelung aufzuheben. Es gibt genügend andere Möglichkeiten, die Leser dazu zu bewegen, die Leihfristen einzuhalten, ohne sie finanziell zu belasten, man muß nur nachdenken wollen und können.

Weiterhin besteht Anspruch, auch die Informations- und Mediendienste zu nutzen. Seit zirka 1,5 Jahren nutzte ich WLAN im Rechenzentrum. Über Duisburger Rechenzentrum war es möglich, den Zugang zum Internet zu bekommen (Anlage), womit absurderweise nicht die Computer in Essen nutzen konnte. Diese Regelung ist auch in der beigelegten Gebührenübersicht aufgelistet: 2,50 EUR monatlich für einen Internetzugang für externe Nutzer. Ich habe entsprechenden Zahlungen solange geleistet, bis mein Computer kaputt gegangen war. Die Angestellten des Rechenzentrums in Essen ignorierten die ganze Zeit

meinen berechtigten Anspruch, mit meiner legal erworbenen Kennung die internetfähigen Computer im Computerraum zu nutzen. Die Deutschen sind besonders blöd, was der Forderrungen der ausländischen Gäste betrifft. Das ist Willkür, und ich verlange das Verwaltungsgericht, dieser Willkür auszusetzen.

Alles anderes, was Frank Tuguntke zu der Verteidigung seiner Herren(rasse) vorbringt, ist irrelevant und irreführend, weil er einfach nicht versteht, woran es in meiner Klage geht. Ich verlange nochmals vom Gericht, meine rechtmäßigen Forderungen durchzusetzen.

Dr. A. Poleev

An das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen
Postfach 10 01 55
45801 Gelsenkirchen

3.04.2008

Im Verwaltungsverfahren 4 K 2976/07 übersende ich dem Gericht Kopie meines Schreibens an Prof. Radtke zur Stellungnahme.

Dr. A. Poleev

Prof. Ulrich Radtke
Rektor
Universität Essen
Universitätsstraße 2
45141 Essen

3.04.2008

Pünktlich zum Amtsantritt des neuen Rektor am 1. April 2008 veranstaltete ich in der Bibliothek der Universität Essen eine Aktion, um den SS- und NSDAP-Professoren und Studenten einen Denkzettel zu verpassen, weil meine Forderungen, die ich in meiner Klage 4 K 2976/07 beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen formulierte, bis heute unerfüllt geblieben sind. Im laufe dieser Aktion, die aus der beleidigenden Beschimpfungen des Personals und der anwesenden Studenten bestand, wurde Polizei gerufen, obwohl niemand außer mir zu Schaden gekommen war und sich keine Sachbeschädigung ereignete. Die Polizei zu rufen war äußerst unangebracht, und zeugt von der Humor- und Hirnlosigkeit der Anwesenden. Erstens, bin ich von meinem Arzt haftunfähig attestiert, und kann nicht verhaftet und abgeführt werden, wie die Anrufer offensichtlich hofften. Zweitens, meine Anfrage bei der Gewerkschaft der Polizei und

beim Bund der Kriminalbeamte, mich in dieser und anderen Angelegenheiten zu vertreten, um gegen Personen und Institutionen strafrechtlich und verwaltungsrechtlich (im Sinne der Amtsenthebung) vorzugehen, welche die Erfüllung meiner Forderungen behindern, bis heute unbeantwortet geblieben sind. Logischerweise sind die Polizei und die Kriminalbeamte selbst daran schuld, daß bis heute keine Lösung in erwähnter Angelegenheit gefunden wurde und der Konflikt mit der Universität Essen nicht beigelegt ist.

Dem russischen Studenten, den ich u.a. als russische Schwein beschimpfte, weil er gerade das Unglück hatte, sich in meiner Nähe aufzuhalten, und der mir damit drohte, weil er sich beleidigt fühlte, mich zu schlagen, möchte ich ausrichten, daß mit Gewalt nichts erreichen kann, höchstens nur verschlimmern. Ich widme meine Aufmerksamkeit diesem jungen Narr nur deshalb, weil seine Eltern und Professoren unterlassen haben, ihm das zu erklären und gute Manieren beizubringen. Die Elter bürden ihre Kinder der Gesellschaft auf, die damit auch nichts anfangen kann und aus diesem Grund überlässt sie den Universitätsprofessoren, die an den Hochschulen die Scheinbarkeit der Bildung inszenieren. Die Bildung erreicht auf diese Weise ihre Zielgruppe nie. In diesem Fall wird deutlich, daß die jungen Menschen, obwohl sie zu Studenten einer Hochschule angehören, nicht lernen, ihre tierischen Instinkte zu kontrollieren und die realen Situationen situationsbedingt zu bewerten, infolge dessen sie zu Gewaltausbrüchen neigen. Obwohl sie an der Hochschule studieren, sind sie quasi sich selbst überlassen und kopieren in ihrem Verhalten die gewalttätige Umgebung und die Realitäten des national-faschistischen Systems der Merkelzeit. Als Merkeljugend erfüllen sie die Parteivorgaben, sich auf den Krieg vorzubereiten (falls nicht direkt, sich an den inszenierten Kriegen wie z.B. Irak-Krieg teilzunehmen, weswegen sie eigentlich in der Übermenge produziert wurden, dann mindestens, um die gesellschaftlichen Stellungen und Marktpositionen mit ihren Fäusten zu erobern, und ihren Konkurenten, die gleichfalls zum gleichen Verhalten ausgedrillt werden, gewaltsam zu verdrängen). Sie probieren schon vor ihrem Auswurf in das reale Leben ihre Kräfte und die gewaltigen Verhaltensweisen, indem sie in Erwägung ziehen, die Leute, die viel älter und gebildeter sind als sie, zu schlagen, weil sie nicht hören wollen, daß sie nur eins in ihrem Kopf haben: Scheiße.

Meine Aktion und die Reaktion der Anwesenden darauf zeigen die Konsequenzen der zertrümmerten gesellschaftlichen Hierarchie: Der befreite proletarische Mob hat die Universitäten und die Positionen erobert, die ihnen nicht zustehen, und die begabten und intelligenteren Menschen verdrängt. Das russische Schwein, das durch ein national-faschistisches Universitätssystem in die Position erhoben wurde, in der es erwägt, mich anzugreifen und zu schlagen, ohne zu verstehen, worüber es dabei geht, ist das gewollte Ergebnis der konspirativ betriebener Restauration des Nationalsozialismus, die unmittelbar nach dem Ende des 2.Weltkrieges betrieben wird.

Unter gegebenen Umständen möchte ich dem Rektor versichern, daß er zwei Alternativen zum Auswahl hat. Entweder werden meine Forderungen erfüllt, oder ich werde ihn, seine Professoren, seine Akademie und seine Studenten weiterhin terrapieren bzw. terrarisieren.

Dr. A. Poleev

An das Verwaltungsgericht
Bahnhofsvorplatz 3
45879 Gelsenkirchen

14.05.2008

Klage

Dr. rer. nat. (RUS) Andrej Poleev – Kläger–

gegen Universität Essen, Universitätsstr. 2, 45141 Essen, – Beklagte –
vertreten durch Rektor Ulrich Radtke,

wegen: rassistischer Benachteiligung von Minderheiten, Verletzung des Gleichbehandlungsgesetzes, verfassungswidrige Sabotage betreffend §2, 3, 5, 18 des GG.

Ich erhebe Klage und beantrage:
1. Das Hausverbot vom 24.04.2008 auszusetzen.
1. Die Universität Essen verpflichten, meine Rechte auf die Nutzung universitärer Einrichtungen wie Universitätsbibliothek und Computerraum denen der Universitätsangehörigen anzugleichen.
2. Die willkürlichen Verwaltungsvorschriften, welche der beantragten Angleichung widersprechen, außer Kraft zu setzen.

Begründung:
Die nazistische Sauscheiße Ulrich Radtke und seine männliche Hure Frank Tuguntke haben mir am 24.04.2008 einen Brief geschrieben, in dem sie mir vorschreiben, wo ich mich bewegen darf und was ich zu tun brauche (Anlage). Diese beiden NSDAP-Genossen begründen ihre blödsinnigen und demagogischen Auslegungen damit, daß ich sie terrapieren bzw. terrarisieren will. Ob meine Versprechungen in dieser Hinsicht oder die Beschimpfungen der Besucher ihrer Universität sie dazu veranlassten, mir ein Hausverbot auszusprechen, bleibt ihr Geheimnis. Dieses Geheimnis können sie mit sich ins Grab nehmen (wohin sie eigentlich gehören), für aktuelle Klage ist relevant, der Grund für meine Protestaktion am 1.April 2008 nochmals in Erinnerung zu rufen.

Am 2.09.2007 reichte ich meine Klage beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen Az. 4 K 2976/07 gegen Universität Essen wegen Außerkraftsetzung meiner Rechte auf Nutzung universitärer Einrichtungen. Bis heute sind meine Forderungen nicht erfüllt, sowohl die universitäre Bürokratie als auch das Verwaltungsgericht beteiligen sich an der nazistischen Hetze. Das vollidiotische deutsche Volk und seine pseudowissenschaftliche Vertreter glauben, sich auf diese Weise in der ganzen Welt und im 21. Jahrhundert verhalten zu dürfen. Das deutsche Unbewußtsein gleicht dem schweizer Käse: Es ist mit black outs und Gedächtnislücken übersät, man erinnert sich nur an das, woran man erinnern darf, alles anderes ist nicht existent. Auf diese Weise sichert sich das parasitische deutsche Volk seine Existenz, schiebt Klagen, Vorwürfe und Argumente der Vernunft vor sich ab. Die Leichen waren nicht existent, die Juden, die Araber, ich sowieso nicht...

Der mißgebürtige deutsche Ekel zeichnet sich gerade durch Charakterzüge, wie sie bei Ulrich Radtke und seiner männlichen Hure Frank Tuguntke zum manifesten Vorschein kommen: Kleinkarierte Rachesucht, untergründige Böswilligkeit, Verdrehung der Tatsachen. Die Feindbilder zu erzeugen, andere Menschen als Untermenschen zu bezeichnen, sie abzuschieben und auszuschließen gehören zu den Lieblingsbeschäftigungsarten dieses degenerierten Volkes, was sicherlich seine mentalen Defizite widerspiegelt. Die Volksgenossen müssen doch öfter in den Spiegel gucken, um ihre eigene physiognomische Idiotie zu erfassen. Ich zeige schon mit Finger, woran das zu erkennen ist; wenn das nicht hilft, was hilft dann?

Die Universität ist nicht ihre private Wohnung, wo sie miteinander ficken und die Ärsche gegenseitig ablecken können. Sie ist für alle offen. Die Versuche, diese Tatsache zu verdrehen, sind illegal, und kann mit keinem Gesetz begründet werden. Weil gerade Rektor solche illegale Maßnahmen verordnet, gibt mir Anlaß dazu, die Absetzung dieses Rektors zu fordern. Solcher nazistische und vergessliche Dreck darf die Universität nicht leiten, und sie nicht zu Geiseln der verrückten Pädagogen machen, die keinen Sokrates dulden.

Der blöde universitäre Mob soll sich aus meinem Leben fernhalten, was nur dann auf Gegenseitigkeit beruhen kann, wenn meine berechtigten Forderungen erfüllt werden.

Dr. A. Poleev

Herrn Dreier
Kriminalkommissariat 61
III. Hagen 27
45127 Essen

27.08.2008

Betreff: Az. 502000-112998-08/08

Es gilt die Unschuldsvermutung, daher fange ich mit einer freundlichen Begrüßung an:

Lieber Kriminalkommissar Dreier,

vielen Dank für Ihre Anfrage betreffend bürokratischer Kaderschmiede „Universität Essen“, die mich daran beschuldigt, gegen Hausrecht verstoßen zu haben.

Für die Ermittlungen wegen Verstoß gegen § 123 StGB besteht nicht der geringste Anlaß, weil es kein Hausfriedensbruch gab, nicht am 24.04.2008 und nicht früher oder später. Das „Hausverbot“ wurde von einem Drecksack, der sich als Rektor der Universität Essen tituliert und als Feudalherr präsentiert, verfasst, hat aber keine rechtliche Grundlage und für mich nicht bindend. Es gibt in dieser Angelegenheit keine gerichtliche Entscheidung, die ich dennoch forderte. Darüber hinaus erkenne ich weder diesen Rektum-Rektor noch seine Furz-Äußerungen an. Was er schreibt und unterschreibt betrifft mich überhaupt nicht. Bitte überbringen Sie dem Rektor Radtke meine freue Botschaft: Er soll sein Hausverbot und seine Strafanzeige in seinen Arsch oder in den Arsch des Herrn Tuguntke stecken. Wenn beide mit dem Fisten nicht vertraut sind, hier sind die Verweise für Anfänger: http://de.wikipedia.org/wiki/Fisting

Die Gelegenheit zur Erfahrungsaustausch bietet das Forum joyclub: fisting.joyclub.de/forum

Bei gay-web Würzburg können sie sich noch über andere Spielarten informieren (Bondage, Kotspiele, Analsex): http://wuerzburg.gay-web.de/schwulersex/inhalt.shtml

An dieser wie an den anderen Universitäten wird es zwar nicht laut geschrieen: „Russen, Ausländer, Intellektuelle, Andersdenkende, Homosexuelle usw. usw. raus!“, das feige universitäre Gesindel tut es ungehindert und seit Jahrzehnten konspirativ und unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Das erklärt, warum in allen Ämtern inkompetente und unfähige Personen sitzen, die aber von dem gleichen Blut sind. In diesem Zusammenhang soll daran erinnert werden, wie die talentlosen Karrieristen a la Radtke ihre bedeutende Rolle bei der Machtübernahme durch die Hitler-Bande spielte, indem sie zuerst die Wissenschaft verfälschten, um anschließend die (besser) Wissenden zu vertreiben und zu vernichten. Darüber kann man u.a. bei Müller-Hill nachlesen, hier ist der Verweis: Müller-Hill B. The blood from Auschwitz and the silence of the scholars. Hist Philos Life Sci. 1999;21(3):331-65, PMID: 11197188. Es gab genügend Fälle, in denen die etablierte „Wissenschaft“ mit Hilfe der Justiz über Leichen ging, aus Motiven, die nicht nur Rechthaberei und Konkurenzverhalten beinhalten. Dazu mehr von Richard Milton: Verbotene Wissenschaften, 1996, sowie von Robert Anton Wilson: Die neue Inquisition, 1992.

Statt sich an der nazistischen Hetze zu beteiligen und an den Minderheiten auszulassen, soll sich die Justiz in ihren eigenen Reihen umschauen. Das kurze Gedächtnis, das sie hat, möchte ich bei dieser Gelegenheit erfrischen. Bereits in meinem Schreiben vom 28.02.2008 forderte ich von Kriminalbeamten eine rechtliche Vertretung, um die Konflikte zu lösen, die wegen Übertretung staatlicher Macht und aufgrund behördlicher Willkür entstanden sind (Anlage 1). Keine Antwort erfolgte. Am 2.10.2007 reichte ich meine Klage beim VG Gelsenkirchen wegen rassistischer Diskriminierung an der Universität Essen ein (VG Gelsenkirchen 4 K 2976/07, Anlage 2). Das Gericht hat anfänglich meine Klage zur Verhandlung aufgenommen, später hat unterlassen, eine gerichtliche Entscheidung in dieser Angelegenheit zu treffen, wozu es verpflichtet ist. Am 14.05.2008 richtete ich an die gleiche gerichtliche Instanz meine zweite Klage gegen Universität Essen, in der ich die Aufhebung des unrechtmäßigen Hausverbots forderte (Anlage 3). Meine Klageschrift wurde nicht einmal beantwortet! Wie Sie sehen, Herr Kommissar, es findet eine kollektive dienstliche Unterlassung statt (§ 331, 336 StGB), die allen rechtsstaatlichen Normen widerspricht. Zudem versucht Rektor Radke und weitere Professoren, mich aus der Universität zu verstoßen, was ich erneut am 26.08.2008 erlebte, während Direktor der Universitätsbibliothek persönlich mich angepöbelt hat und mich daran behinderte, Bücher zu lesen. Wäre es nicht so komisch (ein Bibliothekar verhindert die Nutzung der Bibliothek), könnte es Anlaß zu einer Strafanzeige geben (§238, 240-241 StGB). Welche Beispiele geben solche Pädagogen, die

offensichtlich nicht ganz dicht im Kopf sind, ihren Studenten? Das ist keine Pädagogik mehr sondern Päderastie, eine Entblösung universitärer Perversion vor den Augen der Studierenden. Rektor Radke wird nämlich nicht lange Rektor bleiben, da ich beabsichtige, ihn ehrenlos aus seinen Verpflichtungen zu entlassen. Nach ihm werden auch seine Favoriten und Komplizen das Universitätsgelände verlassen.

Ich hoffe, mit meinem Schreiben eine erschöpfende Erklärung zu dieser Angelegenheit gegeben zu haben. Falls Sie dennoch weitere Fragen haben werden, sind sie willkommen. Damit möchte ich den Mißbrauch der Polizei durch den pseudowissenschaftlichen Pöbel entgegenwirken sowie mein Beitrag zur Zerschlagung mafiöser Strukturen innerhalb Hochschulen und Forschungsinstituten leisten. In letzter Hinsicht habe ich Kriminalpolizei noch viel zu erzählen.

Ich beantrage, das gegen mich geführte Ermittlungsverfahren als gegenstandslos und unbegründet einzustellen, und stattdessen gegen Rektor Radtke und gegen zuständige Richter beim VG Gelsenkirchen zu ermitteln. Für die Schimpfwörter entschuldige ich mich nicht, weil sie nicht gegen Sie gerichtet sind, mir fällt aber in diesem Zusammenhang nichts anderes ein.

Dr. A. Poleev
Anlage 1. Kopie meines Schreibens an Herr Jansen, Bund Deutscher Kriminalbeamter.

Herrn Klaus Jansen
Bund Deutscher Kriminalbeamter
Poststraße 4-5
D-10178 Berlin

28.02.2008

In den sozialrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Verfahren, die noch gesondert aufgelistet werden, benötige ich einen bei dem Bundessozialgericht bzw. Bundesverwaltungsgericht zugelassenen Rechtsanwalt oder Gleichgestellten im Sinne des §166 SGG (http://bundesrecht.juris.de/sgg/__166.html) und §67 VwGO(http://bundesrecht.juris.de/vwgo/__67.html), um meine Forderungen durchzusetzen.

Als Prozessbevollmächtigte sind die Mitglieder und Angestellten von Gewerkschaften, Rechtslehrer an einer deutschen Hochschule im Sinne des Hochschulrahmengesetzes mit Befähigung zum Richteramt, sowie jeder Rechtsanwalt mit entsprechender Befugnis zugelassen. Die Vertreter der GdP, der kriminologischen Forschungsinstituten und der Kriminalpolizei können mich bei den entsprechenden Gerichten vertreten. Abgesehen von dieser formalen Möglichkeit, möchte ich meine Interesse, mich von den Vertreter der Kriminalpolizei vertreten lassen, damit begründen, daß ich bei den Gerichtsverhandlungen feststellen will, wer die Erfüllung meiner berechtigten Forderungen behindert, um gegen diese Personen strafrechtlich und verwaltungsrechtlich (im Sinne der Amtsenthebung) vorzugehen.

Unter dem Aktenzeichen 12 K 2945/07 wurde meine Klage vom 2.10.2007 beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen zur Klärung der Zuständigkeit und Prozessplanung aufgenommen. In der Begründung wies

ich auf die Dringlichkeit der Angelegenheit hin, weil ich nach Jahren der Folter und rassistischer Verfolgung erkrankt bin, und bin gezwungen, weiterhin in einer gesundschädlicher Umgebung ohne kompetente medizinische Unterstützung zu verbleiben. Mit Bedauern muß ich feststellen, daß bis heute in diesem Verfahren kein Fortschritt erzielt wurde, trotz meinem Beschleunigungsantrag vom 30.11.2007.

Am 9.05.2007 wurde meine Klage an das Sozialgericht Duisburg gerichtet, womit ich einen Computer und dazugehörige Software beantragte (Akte S 16 SO 164/07 beim Sozialgericht Duisburg bzw. L 20 SO 83/07 beim Landessozialgericht NRW). Bis heute weigern die Verwaltung der Stadt Essen, das Sozialgericht Duisburg und das Landessozialgericht NRW meiner Forderung nachzugehen.

Meine Klagen wegen Aufhebung des Berufsverbots an das Arbeitsgericht Essen vom 29.10.2007 (Akte 8 Ca 3609/07), an das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen gleichfalls vom 29.10.2007 und an das Sozialgericht Duisburg vom 16.03.2006 fanden bis heute kein Entgegenkommen. Stattdessen wurde meine Klage ein Jahr später als gefordert verhandelt (L 7 AS 69/07 beim Landessozialgericht NRW bzw. S 10 AS 81/06 beim Sozialgericht Duisburg)

Am 28.01.2008 schrieb ich zeitgleich an die Stadtverwaltung Essen und an das Sozialgericht Duisburg (Akte S 16 SO 19/08), daß ich meine Wohnungslosigkeit beenden und eine Wohnung anmieten möchte. Statt Zustimmung und Bereitstellung beantragten Mittel bekam ich freche Schreiben, woraus ersichtlich ist, daß die Bürokratie sich keineswegs verpflichtet fühlt, irgendwas für mich zu tun.

Ich fasse zusammen: Meine Forderungen wurden bis heute nicht erfüllt. Die Verwaltungsbürokratie behindert meine Klagen und handelt im rechtsfreien Raum, wo keine Menschen sondern nur die Verwaltungsakten existieren, die sie entsprechend behandelt. Im Gegensatz zu Verwaltungsakten gibt es eine Person mit verletzlicher psychosozialer Struktur, die Dr. Poleev heißt, und deren Rechte gröblich verletzt, die Gesundheit gefährdet und die Würde mit den schmutzigen Händen angetastet wurde. Weil bis heute meine Forderungen nicht wahrgenommen wurden, sage ich hier nochmals: Ich brauche einen Computer, die Wohnung, die medizinische Betreuung und die Mittel, um mein Leben nach meinen Vorstellungen zu gestalten. Mit meinen Klagen bezwecke ich außer bereits genannten Zielen, noch folgendes: der Verwaltungsbürokratie den vollständig abhanden gekommenen Sinn wiederzugeben. Die Haftstrafen und frühzeitige Pensionierungen können diesen Leuten eine ausgezeichnete Möglichkeit bieten, über ihr Fehlverhalten nachzudenken.

Dr. A. Poleev.

Anlagen

1. Gerichtsverfahren S 16 SO 164/07 beim Sozialgericht Duisburg bzw. L 20 SO 83/07 beim Landessozialgericht NRW.
2. Gerichtsverfahren L 7 AS 69/07 beim Landessozialgericht NRW bzw. S 10 AS 81/06 beim Sozialgericht Duisburg.
3. Gerichtsverfahren beim Sozialgericht Duisburg S 16 SO 19/08.

4 Gerichtsverfahren VG 2 A 10.08 beim Verwaltungsgericht Berlin.

5. Gerichtsverfahren 6 K 5882/07 beim Verwaltungsgericht Köln.

6. Gerichtsverfahren 4 K 2976/07 beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen.
7. Gerichtsverfahren 14 K 1942/07 bzw. 14 K 3023/07 beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen bzw. 19 A 415/08 und 19 A 416/08 beim Oberverwaltungsgericht NRW.
8. Gerichtsverfahren 8 Ca 3609/07 bzw. 6 Ta 29/08 beim Arbeitsgericht Essen/Landesarbeitsgericht Düsseldorf.
9. Gerichtsverfahren 12 K 2945/07 beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen.
10. Gerichtsverfahren 6 O 23354/07 beim Landgericht München.
11. Gerichtsverfahren 6 K 5155/07 beim Verwaltungsgericht Köln.

(Anlagen wurden bereits an die e-mail-Adresse bdk.bgs@bdk.de verschickt)



Пять столпов правосудия:

1. Не наказывая зла, сам совершаешь зло.
2. Тот, кто равнодушен к жизни другого человека, недостоин жизни (лишает себя права на жизнь).
3. Не совершай в отношении другого человека того, чего не желаешь себе. Не принуждай, и не будешь принуждён. Не хули, и не будешь хулим. Не убий, и не будешь убит.
4. Будь снисходителен к человеческой слабости, но строг к глупости, поскольку праведник беззащитен перед силой и жестокостью дурака, для которого как известно закон не писан.
5. Возвышая праведное, уменьшаешь неправедное.

Русофобия.



Исполняющему обязанности президента РФ Д.А.Медведеву

Дорогой Дмитрий, 21.10.2009

в связи с саботажем конституционного права, осуществляемым органами исполнительной и судебной власти, я обращаюсь к Вам с требованием обеспечить действие Конституции на территории РФ.

30.04.2009 я направил в Генеральную прокуратуру РФ заявление о совершении уголовных преступлений и потребовал возбуждения уголовных дел в отношении названных мною граждан ФРГ (приложение 1). Представители прокуратуры отделались отпиской, отказали мне в помощи и защите (АК № 072828 и № Исорг–82/1–19143–09 от 29.05.2009, приложение 2). В связи с этим я направил Заявление в Конституционный Суд РФ, Уполномоченному по правам человека в РФ, Министру юстиции РФ с требованием принятия мер по пресечению преступной деятельности, представляющей угрозу моей жизни и здоровью (приложение 3). Представитель Конституционного Суда РФ в ответном письме от 27.07.2009 за № 11611, 11612/15/01/09 заявил, что моё письмо не содержит никаких указаний на нарушение моих конституционных прав и свобод (приложение 4). Моё обращение к Министру юстиции передали на рассмотрение в инстанцию, действие которой я порицал, в результате чего моё требование не было удовлетворено (№ Исорг–82/1–26385–09 от 24.07.2009, приложение 5, и № Исорг–82/1–31481–09 от 1.09.2009, приложение 6).

21.08.2009 я направил исполняющему обязанности Министра юстиции РФ письмо с требованием конфискации немецкого имущества на сумму 10 миллионов евро (приложение 7). В ответ на моё обращение от заместителя Министра юстиции А.М. Фёдорова поступило письменное сообщение от 14.09.2009 за № 14–3632–09, в котором он уведомляет меня о том, что ему никакого уведомления из Европейского суда по правам человека о рассмотрении моей жалобы не поступало. Далее он комментирует ст. 104.1 Уголовного кодекса и ст. 151 Гражданского кодекса РФ, согласно которым ни он, ни министр юстиции, которого он представляет, не обязаны ничего предпринимать в связи с моим обращением от 21.08.2009 (приложение 8). Упоминая статьи 104.1 Уголовного кодекса и 151

Гражданского кодекса РФ следует помнить о статьях 52 и 53 Конституции, согласно которым я имею право на компенсацию, что должно быть осуществлено за счёт конфискованного по моему заявлению имущества. Кроме того, „Конституция Российской Федерации имеет высшую юридическую силу, прямое действие и применяется на всей территории Российской Федерации. Законы и иные правовые акты, принимаемые в Российской Федерации, не должны противоречить Конституции Российской Федерации“ (статья 15). На основании статей 2, 10, 15, 17, 18, 21, 22, 23, 27, 28, 29, 34, 35, 40, 41, 44, 45, 46, 48, 52, 53, 61 Конституции РФ исполняющий обязанности Министра юстиции обязан не только рассмотреть моё заявление ЛИЧНО, поскольку моё обращение было направлено ему лично, но и принять конкретные меры для удовлетворения моих законных и обоснованных требований. Ничего подобного не произошло. Никакой юридической и фактической помощи оказано не было. Мои требования, обеспечить мне юридическую поддержку при ведении процессов при Европейском суде по правам человека и в других судебных инстанциях, до сих пор остались неудовлетворёнными. Я рассматриваю такое бездействие как САБОТАЖ Конституции РФ, пособничество в совершении деяний, наказуемых в соответствии с уголовным кодексом РФ, а также выражение симпатии в отношении человеконенавистнического лжегосударства BRD. Ждать от Европейского суда по правам человека каких–либо известий просто наивно и глупо, поскольку именно этот суд меньше всего заинтересован в удовлетворении моих требований. У европейских голодранцев нет и не может быть никакой морали в том смысле, который нам прививали с детства. Единственное правило, которым они руководствуются: грести всё под себя и хватать как можно больше, не задумываясь о последствиях. Право, которое они проповедуют по всему миру – это право, которое они сами написали, чтобы оправдать вышеупомянутое правило. Недоразумением являются попытки образумления европейских народов рациональными доводами, поскольку не представляется возможным разговаривать с неразумными существами на языке разума.

От Уполномоченного по правам человека в РФ я не дождался никакого ответа. Также до сих пор не оказана поддержка со стороны журналистов, несмотря на то что ещё в 2005 году я обратился к ним с просьбой осуществить их профессиональный долг и информировать общественность о творимом произволе. В 2007 году я обращался в РАН с заявлением о принятии меня в действительные члены Академии наук. Однако очевидно там моё письмо приняли за шутку а меня за шута. Напоминаю, что в этом году я также направлял мои обращения Вам через интернет–приёмную на сайте www.kremlin.ru.

На основании вышеизложенного я требую от Вас принятия мер для подавления антиконституционного мятежа, а также публичного наказания мятежников, чтобы другим было неповадно. Если Вы видите необходимость законодательных инициатив, внесите соответствующие законопроэкты в Госдуму. Я вижу в этом необходимость. Так например представители Генеральной прокуратуры утверждают, что им не дозволено возбуждать уголовные дела в отношении граждан других государств в случаях, когда они совершают уголовные преступления против российских граждан. Что это, шутка или признак слабоумия юридической науки и физической немощи правоохранительного аппарата? Также вызывает недоумение отсутствие ответственности за неосуществление или открытый саботаж Конституции РФ. Пора вспомнить один хороший но хорошо забытый принцип общественной жизни: Unus pro omnibus et omnes pro uno, Один за всех и все за одного (в случаях, когда это уместно), который злонамеренным образом заменили на другой: Каждый сам по себе, в результате чего произошла атомизация общества, которое распалось на враждующие друг с другом части, которые не являются ни личностями ни индивидами а скорее инвалидами. Этих инвалидов не в состоянии

связать друг с другом никакие организации и мероприятия, сколько бы они не старались, все потуги будут оставаться сизифовами муками и работой впустую.

Можно строить здание на песке или хибару на каменном фундаменте: оба случая плохи и свидетельствуют о безграмотности и бездарности архитекторов, которые уже ранее понастроили концлагеря, хрущёвки и колхозы. Судя по количеству обязанностей, возложенных на президента РФ, эту должность может исполнять только киногерой Superman, но никак не реальный человек, которому хватило бы полномочий гаранта Конституции. Если у российской юридической науки до сих пор хватило сил и ума только на то, чтобы в 1993 году заложить или обновить фундамент права и государственности, то необходимо на этом фундаменте выстроить элегантную и добротную структуру, а не латать трущёбы или плутать в лабиринтах, оставшихся в наследство от тёмного и смутного времени революций и войн.

к.б.н. Андрей Полеев



Richard Westall, 1812, The sword of Damocles

Министру юстиции Российской Федерации
канд. юр. наук Александру Владимировичу Коновалову
улица Житная 14
119991 Москва
Россия • Russia

29.06.2009

Заявление Министру юстиции РФ
с требованием принятия мер по пресечению преступной деятельности, представляюшей угрозу моей жизни и здоровью.

В ответ на моё заявление от 30.04.2009 в Генеральную прокуратуру Российской Федерации, в котором я сообщил о совершении уголовных преступлений и потребовал возбуждения уголовных дел в отношении виновных и пособников, 29.06.2009 я получил ответное письмо за номерами АК № 072828 и № Исорг–82/1–19143–09 от 29.05.2009, подписанное прокурором отдела управления правовой помощи Главного управления международно–правового сотрудничества О.И. Машинистовой, в котором она, вопреки названию её отдела, мне во всякой помощи отказывает на основании п. 3 ст. 11 Федерального закона от 2.05.2006 № 59–ФЗ, обвиняя меня в злоупотреблении моим правом подавать обращения. Обосновывает она это решение тем, что в моём заявлении содержатся „нецензурные и оскорбительные выражения, угрозы жизни, здоровью в адрес должностных лиц компетентных органов ФРГ." А что же от меня ожидают в данных обстоятельствах? Что я буду лизать задницу немецким преступникам, изуродовавших мою жизнь и покалечивших моё тело?! Моё заявление прокурор О.И. Машинистова квалифицирует как жалобу, хотя очевидно, что описываются преступления, представляющие угрозу моей жизни и здоровью, по факту совершения которых прокуратура обязана возбудить уголовные дела и принять меры к пресечению преступлений и наказанию виновных. Оскорбительно получать в ответ на просьбу о помощи бессмысленную чепуху и тавтологию. Демонстрируя такими письмами слабоумие и неспособность защищать честь и жизнь своих граждан, бездушный бюрократический аппарат, называющий себя Властью, срамится на весь мир. По этому поводу в странах с развитым чуством юмора хохотать будут до упада. Я не хочу обвинять эту конкретную женщину, называющую себя прокурором, поскольку такие персоны не ведают, что творят, и имя им: ЛЕГИОН. Однако я хочу задать законный вопрос: На службе у какого государства находится эта женщина, и чьи интересы она представляет по долгу её службы? А если моё заявление я напишу без матерных слов, его будут рассматривать, и возбуждать уголовные дела против немецких преступников? Или найдётся ещё 100 причин для отказа? Знает ли эта женщина, что она служит системе права, которая была импортирована в Россию немецкой бюрократией ещё в 18–м столетии с целью колонизации северных и восточных территорий? И что это „право" грубейшим образом попирает мои права, права уроженца этой страны, которую она якобы представляет в качестве прокурора? Объясните этой женщине исторические факты, о которых она очевидно не подозревает и знать их не хочет, также как и описываемые в моём заявлении уголовные деяния граждан преступной

организации под кодовым названием BRD, по–русски ФРГ. Незаконно созданное и незаконно существующее немецкое лжегосударство подлежит скорейшей ликвидации, а не защите со стороны российской прокуратуры. Преступное незаконорожденное население этого лжегосударства, безнаказанно совершающее уголовные преступления подлежит наказанию по всей строгости закона, а не защите со стороны российской прокуратуры. Во–всеуслышание прокламируется цель Государства Российского: Защищать граждан этой страны от произвола и насилия, где–бы они не совершались. А что происходит в действительности? За все эти годы, в течении которых немецкая нацисткая сволочь издевалась надо мной, из России не прозвучало ни одного слова, осуждающего акты государственного террора и агрессии. Цена государственному аппарату, оплачивающему служащих типа О.И. Машинистовой: 0. Цена ВУЗам, выпускающих такие кадры: 0. Если интеллектуально и организационно не в состоянии выполнять государственные задачи, то так и нужно говорить, а не прокламировать лозунги, которые никого ни к чему не обязывают, и обвинять меня в том, что я кого–то вполне обоснованно ругаю. Если я отказываюсь от насилия как средства разрешения споров, то это ещё не значит, что прокуратура и юстиция, злоупотребляя моим терпением и своим служебным положением, предоставляет диким немецким животным меня до смерти замучить и растерзать, вместо того, чтобы их расстрелять, или принять другие действенные меры для пресечения произвола, например конфисковать награбленное немецкое имущество.

Письмо из прокуратуры, датированное 29.05.2009, дошло до меня месяц спустя, в связи с чем у меня возникает вопрос: В России только почта не функционирует, или вообще ничего не функционирует, саботируется и предоставлено разгильдяйству народных масс, нацепивших себе прокурорские и прочие погоны? Я по–всякому могу писать: с ругательными словами и без таковых, хочу только заметить, что у меня сложилось убеждение, что наглая народная скотина добрых слов не понимает, и на разумные доводы не реагирует. В связи с вышесказанным, я требую возбуждения уголовных дел против немецких преступников, названных в моих заявлениях в суды и прокуратуру, а также конкретной и действенной юридической поддержки при ведении судебных процессов. Тексты моих обращений опубликованы на сайте моего журнала, и могут быть в любое время использованы следствием. Дальнейшие детали могут быть предоставлены, было бы только желание спрашивать и выполнять служебные обязанности.


к.б.н. Андрей Полеев



Русофобный террор в Германии.

В Генеральную прокуратуру Российской Федерации
ул.Большая Дмитровка 15а
ГСП-3 125993 г.Москва

30.04.2009

ЗАЯВЛЕНИЕ О СОВЕРШЕНИИ УГОЛОВНЫХ ПРЕСТУПЛЕНИЙ

В течении последних 8 лет в Германии в отношении меня были совершены и продолжают совершаться многочисленые преступления, что стало поводом направить 3 судебных заявления в Международный уголовный суд (ICC OTP-CR-4428/08) и Европейский суд по правам человека (пока только одно заявление за номером ECHR 14759/09). Кроме того я обращался к министрам юстиции Франции, Австрии, Швейцарии, Люксембурга, Лихтенштеина, Чехии, Португалии, Исландии, Монако и Мальты, а также в Европейский суд в Люксембурге (T-520/08 AJ, T-48/09 AJ), в Лихтенштейне (Fürstliches Landgericht 01 CG.2009.52), Швейцарии (Verwaltungsgericht des Kanton Bern STB/FER/KIB; Bundesstrafgericht, Postfach 2720, CH-6501 Bellinzona) и Австрии (Landesgericht für Strafsachen, Landesgerichtsstraße 11, A-1082 Wien) с требованием конфискации немецкого имущества и передачи в моё пользование с целью моральной компенсации и возмещения нанесённого мне ущерба.

Несмотря на то, что мои требования были предельно ясно сформулированы, а неопровержимые доказательства моей правоты представлены, мои обращения и судебные иски до сих пор остались без ответа, не были приняты к разбирательству, или остаются до сих пор неудовлетворёнными. Таким образом экспериментальным путём доказано, что не только судебная система Германии, но и мировая юридическая система представляют из себя наглый обман или не функционируют в предусмотренном для них смысле: противодействать незаконности и восстанавливать нарушенные права.

Я не собираюсь унижаться, попрошайничать и требовать невозможного от фиктивного немецкого государства–банкрота и народа–урода, а требую в ультимативной форме незамедлительного, полного и исчерпывающего восстановления моих прав (которые не могут являться предметом переговоров и политической торговли) и удовлетворения моих законных претензий, включая выплату компенсации в 10 миллионов EUR, возможности свободного передвижения, занятия моей профессиональной деятельностью, свободного выбора способов и методов лечения, необходимых для восстановления моего разрушенного здоровья. После того, как немецкая паразитическая скотина наглым образом украла 8 лет моей жизни, я никому не позволю препятствовать осуществлению моих научных проектов и практической реализации моих идей; я никому не позволю указывать мне и ограничивать меня в отношении того, как и где мне жить и чем заниматься.

Я хочу ещё раз подчеркнуть необходимость принятия адекватных мер наказания в отношении преступников в виде изъятия всякого имеющегося у них оружия, конфискации имущества и

заключения их в тюрьму или психиатрическую больницу, что является обоснованным и необходимым, но до сих пор не реализовано, поскольку эти преступники пользуются полной поддержкой со стороны мафиозных кругов Германии или являются частью преступного политического, судебного, предпринимательского и академического синдиката. Поскольку требуемое мной наказание преступников до сих пор не оказалось возможным осуществить на территории немецкого государства, я предлагаю российской прокуратуре возбудить соответствующие уголовные дела и принять действенные меры по пресечению деятельности, которая как немецким так и российским уголовными кодексами квалифицируется как преступность.

Я уже заявлял российскому послу в Австрии, при ООН и президенту Дмитрию Медведеву, что убийство членов семьи Schulze Wenning и других поимённо названных мною подонков и уголовников в „законе", совершивших тяжкие уголовные преступления в отношении меня, я считаю допустимым только в случае моей смерти, которая может наступить как следтвие злонамеренного применения пыток, оскорблений и издевательств, или в результате убийства, попытки чего также неоднократно предпринимались. До тех пор, пока этого не произошло, убийство как средство устрашения я отвергаю, так как это не принесёт мне никакой пользы. Однако уважительное отношение к предтставителям русской рассы и российского народа в целом должно быть восстановлено. Поскольку поганая немецкая дрянь другого языка не понимает, следует перейти к мерам устрашения, например избить немецкого посла в России. Другие предложения о мерах воздействия и наказания немецких преступников предоставляю высказывать богатому на воображение российскому населению, испытавшему на себе все ужасы иностранного „покровительства" и давания советов со всех сторон света (в результате чего страну сначала превратили в страну Советов, а потом вернули на 2.000 лет назад во времена Римской империи с императором Борисом Ельциным во главе и сенатом, танцующим под его дудку).

Описание фактов на немецком языке было дано в упомянутых заявлениях, а также в моих заявлениях в суды, прокуратуру и полицию BRD, по которым, несмотря на очевидные нарушения законов, не было возбуждено ни одного уголовного дела. Свидетели названы в текстах моих заявлений или могут быть названы на обычных при ведении следствия основаниях. В качестве вещественных доказательств совершения преступлений могут быть использованы многочисленные документы, часть которых уже названа; перечень других может быть предоставлен. Кроме того я обязуюсь активно содействовать следствию с целью уличения преступников и проведения соответствующих гражданских и уголовных процессов. Начать предлагаю с разгрома фашиствуюшей банды г. Essen, о чём идёт речь в моём заявлении, которое я отправил в прокуратуру г. Bochum 10 марта сего года (текст прилагается). Хотя я подчеркнул, что моё заявление не может разбираться в прокуратуре г. Essen, поскольку я требую уголовного преследования в том числе представителей юстиции этого города, моё заявление было направлено в прокуратуру г. Essen, где уголовникам предоставлена полная свобода самих себя оправдать, не найти в своих действиях состава преступления, и делопроизводство остановить (письмо за номером 32 Js 167/09 от 23 марта 2009 г.). В ответ на это я предлагаю российской прокуратуре незамедлительно выписать ордера на арест названных в моём заявлении персон, и взять их под стражу используя структуру Международной полиции (Interpol). Моё заявление в прокуратуру г. Bochum я хочу добавить описанием последующих событий, которые свидетельствуют о необходимости вмешательства официальной и неофициальной русской юстиции, т.е при необходимости просто отпиздить немецких граждан и гражданок и набить им морду.

6 апреля поступило очередное письмо от СС–надзирательницы Nadja Stratmann с угрозами и оскорблениями в мой адрес, также как и с необоснованными и незаконными требваниями о выплате каких–то денежных сумм, которые я никому не должен. Если у энтузиастов русской идеи имеется желание и возможность поджечь бюро этой глупой свиньи и нацисткой проститутки, сообщаю её адрес: Gerichtsvollzieherin Nadja Stratmann, In der Hagenbeck 50, 45143 Essen, Тел. +49 (0) 231 3346050, +49 (0) 201 6462192, Fax +49 (0) 231 3346151, Dienstkonto 805374 Sparkasse Reklinghausen BLZ 42650150.

Учреждения, которые на этот раз натравили Nadja Stratmann на меня, являются: Amtsgericht Essen, Zweigertstr. 52, 45130 Essen, и Verwaltungsgericht Frankfurt am Main, Adalbertstraße 18, 60486 Frankfurt am Main. Я бы порадовался сообщению, что в эти здания брошены бомбы во время проведения там судебных заседаний.

Угрозы, провокации и игнорирование моих законных прав и требований продолжил коммиссар немецкой полиции Dreier, Polizeipräsidium Essen, Kriminalkommissariat 61, III. Hagen 27, 45127 Essen, тел. +49 (0)2018296119, от которого я получил издевательскую повестку на допрос за номером 502000-037462-09/6 с абсурдным обвинением в нанесении тяжёлого телесного повреждения неизвестно кому 2 марта сего года. Это только один пример, взятый из непрерывного потока грязной лжи и издевательств, узаконенных немецкой „юстицией“. В следующем письме за номером 502000-023745-09/1 и 81 Js 218/09 он меня клеветническим образом обвиняет в причинении телесных и имушественных повреждений в помешениях врачихи Schiebold. Хотя я бы её с удовольствием убил, эта выродочная дура легко отделалась, потому что имеет дело с советсливым и сдержанным человеком, наделённым рассудком, который у этой немецкой суки полностью отсутствует.

В конце апреля мне написал письмо, датированое 27.04.2009, ещё один подонок из администрации г. Essen по прозвищу Erle, который мне грозит изъятием водительского удостоверения по причинам русофобии и его национал–социалистических убеждений, т. к. других причин для такого действия не существует. Сообщаю его адрес: Erle, Zulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde, Kaiser-Otto-Platz 5, 45276, тел. +49 (0)201 8833559, факс +49 (0)201 8833598, kfz@einwohneramt.essen.de. Также не оставила меня без внимания ещё одна сумасшедшая стерва по прозвищу Fedorczuk, комната 20.11, Finanzbuchhaltung und Steueramt, Rathaus, Porscheplatz, Essen, тел. +49 (0)201882154, факс +49 (0)201 8821142. Надеюсь, русская юстиция не забудет вынести приговор в отношении этого зарвавшегося засранца и безмозглой пизды по факту незаконного преследования, угроз и привышения служебных полномочий.

Я надеюсь, что до расстрелов немецкого населения без суда и следствия дело не дойдёт, и ожидаю от российской юстиции правосудия и правовой поддержки в данных обстоятельствах.

к.б.н. Андрей Полеев

Текст моего заявления в прокуратуру г. Bochum

An die Staatsanwaltschaft
Westring 8
44787 Bochum

10.3.2009

Strafanzeige

Hiermit erstatte ich Strafanzeige gegen Präsidenten des Verwaltungsgerichts Köln Dr. Joachim Arntz, Appellhofplatz, 50667 Köln; leitende Oberstaatsanwältin der Staatsanwaltschaft Essen Marlies Hampel, Zweigertstr. 56, 45130 Essen; Polizeipräsidentin in Essen Stephania Fischer-Weinsziehr, Hauptstr. 5, 45219 Essen; Oberbürgermeister der Stadt Essen Wolfgang Reiniger, Rathaus, Porscheplatz 1, 45121 Essen; Rechtsanwalt und Notar Harald Schneider, Brigittastraße 29, 45130 Essen wegen Nötigung, Erpressung, Aussageerpressung, Bedrohung, Nachstellung, Anleitung zu Straftaten, Amtsanmaßung, Mißbrauch von Psychiatrie für politische Zwecke, Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse, Falschbeurkundung im Amt, Strafvereitelung im Amt, Rechtsbeugung, Beleidigung, Üble Nachrede, Verleumdung, Bildung krimineller Vereinigung, Verfassungsfeindliche Sabotage betreffend § 1-3, 13, 19, 104 GG BRD (§§ 63, 66, 88, 129, 130a, 132, 140, 185-187, 238, 240, 241, 258a, 278, 279, 323c, 339, 340, 348 StGB) und wegen Folteranwendung (StPO §136a, 104 GG BRD).

Nach meiner Strafanzeige vom 22.1.2009 bei der Staatsanwaltschaft Bochum (49 Js 20/09) wurde noch zweite Srafanzeige am 20.2.2009 gestellt. Bald danach erhielt ich ein Schreiben von Harald Schneider, Brigittastr. 29, 45130 Essen, in dem von mir die Zahlung von 750 + 92,82 EUR in Sachen Vanicek verlangt wird (Anlage). Ich stelle Strafantrag gegen Harald Schneider und seine Mandantin Vanicek wegen Erpressung. Darüberhinaus verbreitet dieser rechtsanwaltliche Ekel vorsätzliche Lügen über mich, indem er behauptet, ich hätte seine „Mandantin völlig grundlos tätlich angegriffen und sie an der Hand verletzt." Weiterhin wird falschlich behauptet, ich sei in dieser Arztraxis zusammen mit Herrn Jürgen Hanke erschienen, weswegen nicht nur mir sondern auch ihm ein Hausverbot erteilt wird. Dieser rechtsanwaltliche Ekel und seine Mandantin leiden an Halluzinationen und erfinden ihre Realität und Version des Geschehens völlig frei wie Gebrüder Grimm.

Am 3.3.2009 hat die Polizei vor der Wohnungstür von Herrn Hanke eine Aktion veranstalltet, im Laufe derer geschriehen, auf die Tür mit den Fäusten gehämmert und gedroht wurde, die Tür aufzubrechen. Für diese „Strafaktion" mache ich die Polizeipräsidentin persönlich verantwortlich.

Am 6.03.2009 erhielt ich ein Schreiben von der Staatsanwaltschaft Essen, das als Ermittlungsverfahren 81 Js 218/09 bezeichnet wird. Diese Staatsanwaltschaft und seine unzurechnungsfähige Leiterin haben mich im Laufe der letzten Jahre mehrfach belästigt und gegen mich die Strafverfahren geführt, die genauso grundlos und fabriziert waren wie auch jetzige. Meine begründeten und berechtigten Strafanzeigen, die ich beim Polizei und Staatsanwaltschaft Essen am 28.02.2006, 17.03.2006, 12.04.2006, 26.12.2006, 22.02.2007,

13.06.2007, 13.07.2007, 25.07.2007, 7.11.2007 stellte, wurden ignoriert, keine Ermittlungsverfahren eingeleitet, keine Anklage erhoben, obwohl es sich um sehr schwere Vorgehen handelte: Körperverletzung, Betrug, versuchte Mord. Meine begründeten und berechtigten Klagen wurden ignoriert, abgeschoben, nicht zur Verhandlung zugelassen. Im Gegenzug dazu, wurden gegen mich die Haft- und Strafbefehle ausgestellt (28 M 2329/05, 47 Cs 553/05, 81 Js 993/05 V, 56 Cs-29 Js 831/08-623/08), sowie Straf- und Gerichtsverfahren geführt (81 Js 993/05 V, 12 C 42/06, 31 M 2121/06, „Betreuungsakte" des AG Essen 79 XVII PQ 47, 56 Ds 29 Js 1447/05 - 117/07), um mich zu kriminalisieren. Alles das geschah im Namen des deutschen Volkes, dessen verbrecherische Vergangenheit und Gegenwart allgemein bekannt sind, und durch die kriminellen Bediensteste eines Staates, dessen Existenz ich nicht anerkenne.

Das es sich um die böswillige Untaten der Verwaltungsbürokratie unter direkter Anweisung von Oberbürgermeister der Stadt Essen handelt, beweist das Schreiben vom 26.02, in dem von mir gefordert wird, meine Fahrtüchtigkeit bei einem Psychiater zu überprüfen. In diesem Schreiben, das überhaupt keine juristische Gültigkeit besitzt und eine Verleumdung darstellt, wird behauptet, ich „schlug (am 17.02.2009) auf eine Arzthelferin sowie eine unbeteiligte Patientin ein", was nicht der Wahrheit entspricht. Weiterhin wird behauptet, aufgrund diverse Schreiben, welche die Polizei von mir erpresste, wurden bei mir „etliche psychische Erkrankungen diagnostiziert", was gleichfalls falsch ist. Aufgrund von juristisch ungültigen Behauptungen und Verleumdung der Dr. Schilder wurde ich angeblich „freiwillig" in die Psychiatrie eingewiesen. Aufgrund dieser Willkür werde ich letztendlich aufgefordert, einen Gutachten aufzusuchen, dem ich noch selbst bezahlen soll.

Beim besagten Schreiben, das nach meinem Verlangen mir Dr. med. Wojde ausstellte, und die unrechtmäßig im Besitz von Verwaltungsbürokratie ist, handelt es sich um die Bescheinigung über meine Haftunfähigkeit, womit ich hoffte, die nazistische Hetze zu entziehen. In diesem „Attest" stimmt nicht einmal die Adresse mit dem Postleitzahl und Name der Stadt; wenn die Bürokraten das nicht durchblicken, muß man wohl bei ihnen die paranoide Schizophrenie diagnostizieren. Wie ich schon beim Verwaltungsgericht erwähnte, hat Dr. med. und Arzt für Neurorologie und Psychiatrie Klaus Weischer keine Hinweise auf das Vorliegen einer psychischen Erkrankung bei mir gefunden. Wie damals sowie heute leide ich nicht an einer von Tausend erfundenen „Krankheiten" der pseudomedizinischen Psychiatrie, die nur dazu mißbraucht wird, um situationsbedingt ihre „Diagnosen" gegen Andersdenkenden und übrige sozial unerwünschte zu verhängen.

Die detailierten Aufzeichnungen über die symptomatischen Erscheinungen meiner Erkrankung (Krankheitsverlauf) sind seit dem März 2007 verfügbar. Daraus kann man entnehmen, daß meine Erkrankung auf eine langjährige nazistische Hetze zurückzuführen ist, an der die städtische Bürokratie einen wesentlichen Anteil genommen hat. Eine Zusammenfassung zur Ätiologie und Diagnosestellung meiner Erkrankung wurde bereits am 28.02.2008 dem Verwaltungsgericht Berlin übersandt (VG Berlin 34 A 44.08), das sich für unzuständig erklärte, und an das VG Köln weiterleitete (VG Köln 7 K 2405/08). Am 5.02.2009 stellte ich Antrag bei diesem Gericht, das Verfahren an das Amtsgericht Köln zwecks strafrechtlicher Verfolgung der Angeklagten zu übertragen. Am 10.2.2009 erging ein Beschluß, meine Klage abzuweisen. Die Begründung erfolgte nicht, die Beklagten waren nicht anwesend, kein Rechtsanwalt hat meine Interessen vertreten. Wie ich schon in meiner ersten Klage beim ICC vom 30.11.2008 berichtete (ref. OTP-CR-4428/08) handelt es sich um die rechtsstaatliche Unterlassung und Behinderung der Justiz, von Justiz

selbst betrieben, was darauf hinweist, daß in der BRD die Grenzen zwischen Staatlichkeit und Kriminalität vollständig verschwunden sind.

Angesichts geschilderter Umstände stelle ich Strafanträge gegen genannten Personen und Institutionen. Falls die Staatsanwaltschaft das nicht tut, werde ich die russische Justiz mit der gründlichen Beseitigung des deutschen Mülls beauftragen.

Dr. A. Poleev



Заявление в суд в связи с неправомочным бездействием
консульства РФ в г. Бонн/Bonn.



Министру иностранных дел
Сергею Викторовичу Лаврову
Смоленская-Сенная пл. 32/34
119200 Москва
Россия • Russia

30.06.2009

Заявление Министру иностранных дел
с требованием принятия мер по пресечению действий, грубо нарушающих мои гражданские и конституционные права.

30.06.2009 я посетил Генеральное консульство РФ в г. Бонн (Generalkonsulat der Russischen Föderation, Waldstrasse 42, 53177 Bonn, Deutschland), чтобы нотариально заверить доверенность. После 3 часов, затраченных на дорогу и более 1 часа ожидания в очереди, меня пропустили в приёмную Генерального консульства, где чиновник, назвавший себя вице–консулом, в первую очередь потребовал предъявить мой пасспорт, отказавшись спросить о причине моего приезда. Почти сразу после этого паспорт мне был возвращён и отказано в нотариальном заверении документов на том основании, что срок действия паспорта истёк. После того, как моё вежливое обращение к вице–консулу не возымело желаемого действия, я на него накричал. Затем я потратил ещё 4 часа на обратную дорогу. В целом, 8 часов моей жизни и 31,30 EUR были выброшены на ветер.

Непризнание действительности моего паспорта 51 № 0815611, выданного 29.11.2001 Генеральным консульством РФ в г. Bonn, я рассматриваю как антиконституционное действие, грубо нарушающее мои гражданские права и незаконно лишающее меня легального состояния, что незамедлительно проявилось в отказе заверить необходимые мне документы. В связи с этим я требую от Министра иностранных дел обязать Консула в г. Бонн незамедлительно выдать мне документы, которые я обязан или желаю иметь. Поскольку я живу в состоянии нищеты, а для оформления паспорта консульский сбор установлен в размере 80 EUR, я рассматриваю требование об оплате как мародёрство и вымогательство денег с целью наживы, и требую бесплатной выдачи документов. Кроме того, я требую возмещения стоимости дорожных расходов в размере 31,30 EUR, и денежной компенсации за впустую потраченные часы моей жизни. Во избежание дальнейших расходов денег и времени, документы должны быть доставлены почтой по указанному адресу.

В заключение, я хочу пожелать Министерству иностранных дел перейти к цивилизованным формам обращения с гражданами, а не прятать глупость существующего (бес)порядка вещей за пуленепробиваемыми стёклами.

к.б.н. Андрей Полеев



An das Generalkonsulat der Russischen Föderation
Waldstrasse 42
53177 Bonn

9.08.2009

Дорогой Консул,

27.07.2009 Вы написали мне письмо № 5392, в котором Вы приглашаете меня посетить консульство 12.08.2009 с целью подачи документов, необходимых для оформления нового загранпаспорта. Хочу Вас уведомить о том, что в этот день ехать в Бонн мне представляется необоснованным, т.к. в соответствии с Административным регламентом от 28.11.2008 срок оформления паспорта может составлять до 3–х месяцев со дня подачи заявления. Кроме того Вы пишете о том, что мне необходимо пройти процедуру подтверждения у меня гражданства Российской Федерации. В чём она заключается, и как долго она может длиться, мне не сообщается.

Я не собираюсь играть в глупые бюрократические игры и повторно выбрасывать деньги и моё личное время на ветер, чтобы 12.08.2009 мне разрешили передать через бронированное стекло 2 листа анкетных данных с 4–мя фотографиями, копиями свидетельства о рождении и подтверждения моего адреса проживания. Посылаю эти документы в приложении к моему письму. Когда мой паспорт будет оформлен, пришлите мне мой паспорт по указанному адресу вместе со счётом на 50 EUR. Эта сумма также может быть отчислена с моего банковского счёта.

Если я не получу мой паспорт через неделю после отправки моего письма, я буду просить выдать мне паспорт у других государств, описав бюрократическую волокиту и издевательства над собственными гражданами, которые в результате бюрократического произвола годами находятся на нелегальном положении. Кроме того я собираюсь сделать предложение об отмене крепостного права и существующего паспортного режима, удостоверяющего права государств издеваться над гражданами, и превращающих процедуру выдачи паспортов в бюрократическую кормушку. В случае если Вы являетесь интеллигентным человеком а не разбойником с большой дороги, поддержите мою инициативу, и дополните её Вашими предложениями, чтобы в будущем консульская служба посвящала свои усилия более достойным занятиям чем бесконечное списывание данных с анкет, заполненных неразборчивым почерком от руки, наклеивание фотографий, приём толп просителей и выдача паспортов с ограниченным сроком действия.

к.б.н. Андрей Полеев



В Хамовнический районный суд
7-й Ростовский пер. д. 21
119121 Москва
Россия • Russia

21.10.2009

Иск в Хамовнический районный суд

Истец: к.б.н. Андрей Полеев, адрес указан в заголовке,

против

Подсудимые: Министр иностранных дел Сергей Викторович Лавров, 119200 Москва,Смоленская Сенная пл. 32/34,
и Министр юстиции Российской Федерации канд. юр. наук Коновалов Александр Владимирович, 119991 Москва, ул. Житная 14,

в связи с противоправными действиями, в результате чего я с 2006 года не имею действительного документа, удостворяющего мою личность, а также в связи с нарушением действующего законодательства.

Я предъявляю иск в отношении указанных лиц и требую от Хамовнического районного суда принятия следующих мер:

1. С целью незамедлительного, полного и исчерпывающего восстановления моих прав и удовлетворения моих законных претензий, обязать указанные министерства НЕЗАМЕДЛИТЕЛЬНО выдать мне действительное удостоверение личности (загранпаспорт), или продлить действие имеющегося у меня документа.
2. Обязать подсудимых переслать указанный документ мне по почте на указанный адрес.
3. Выдачу документа осуществить бесплатно.
4. Освободить от занимаемой должности генерального консула РФ в г. Бонн Ф. Хорохордина в связи с противоправными действиями и как ответственного за грубое ущемление моих гражданских прав.

Обоснование иска: 30.06.2009 я направил подсудимым заявления, в которых потребовал незамедлительной выдачи действительного документа, удостоверяюшего мою личность (приложения 1 и 2). В ответ на это генеральный консул РФ в г. Бонн написал мне письмо, датирванное 27.07.2009 за № 5392, в котором он пригласил меня посетить консульство 12.08.2009 с целью подачи документов, необходимых для оформления нового загранпаспорта (приложение 3). В ответном письме я уведомил консула о необоснованности предлагаемого визита (приложение 4). 21.08.2009 я

получил конверт с документами, которые я посылал в консульство для оформления загранпаспорта (приложение 5), с надписью а листе моего письма: „Unbearbeitet zurück streng zum persönlichen Vorsprechen!"

В отношении уже упомянутых заявлений из министерства юстиции поступили письма от 20.07.2009 за № 05–107–977–07–09, подписанное начальником отдела по работе с обращениями граждан департамента организации и контроля О.Г. Петровой (приложение 6), от 13.07.2009 и 27.07.2009 за № № 16–977–07–09 и 16–977–07–09 за подписью заместителя директора департамента по вопросам правовой помощи и взаимодействия с судебной системой И.И. Алябьевой (приложение 7 и 8). В письме из Министерства иностранных дел от 19.09.2009 за № 38622 отсутствуют следы раскаяния по поводу творимого произвола и не делается никаких попыток удовлетворить мои законные требования. (приложение 9).

На основании предоставленных документов можно сделать вывод о том, что в отношении моего требования о выдаче паспорта осуществляется бюрократическая волокита и творится произвол. В соответствии с п.4 и 10 Приказа МИД России от 28.11.08 № 18584, зарегистрированного в Минюсте России 28.01.09 Регистрационный № 13213, мне не может быть отказано в выдаче основного документа, удостоверяющего мою личность за пределами РФ, поскольку в перечне причин, по которым может быть отказано в выдаче паспорта нет оснований, которые касались бы лично меня. Требование консула о необходимости моего личном присутствия при подаче документов абсурдно и ни чем не обосновано. Кроме того я был в консульстве 30.06.2009; в этот день моё общение с вице–консулом продолжалось 3 минуты и закончилось конфликтом. Я не собираюсь повторять глухим уже неоднократно сказанное, потому что они это никогда не услышат. Мои предложения по изменению установленного паспортного режима и процедуры оформления удостоверения личности также не нашли никакого понимания и были полностью проигнорированы.

В отношении требования оплаты паспорта, хочу сказать, что я платил за паспорт, когда обстоятельства мне это позволяли. В настоящее время у меня нет денег на оплату нового паспорта и на многочисленные поездки, связанные с его оформлением, потому что я живу в нищете. В предыдущем приглашении посетить консульство в г. Бонн 10.09.2007 указывалась стоимость замены паспорта: 85 EUR, в этом году та же самая процедура стоит 50 EUR, в то время как Федеральная миграционная служба ту же услугу осуществляет за 1000 рублей, что по актуальному курсу соответствует 21,85 EUR. Где здесь логика?

С моим письмом от 9.08.2009 я переслал в консульство все документы, необходимые для выдачи нового паспорта. Все эти документы, за исключением одной фотографии, переслали мне назад, ничем этот произвол не обосновывая. Действительного документа, удостоверяющего мою личность у меня до сих пор нет. В связи с вышесказанным я требую обязать подсудимых НЕЗАМЕДЛИТЕЛЬНО выдать мне паспорт или продлить действие существующего путём внесения соответствующей записи на одной из страниц этого документа. Также прошу освободить меня от уплаты пошлин и прочих издержек, связанных с судопроизводством, основанием чего является копия о выплате социального пособия (приложение 10).

к.б.н. Андрей Полеев



Postscriptum. Вышеизложенная история с паспортом является иллюстрацией беззакония и смятения умов вследствии незаконного акта – ликвидации государственного образования СССР вопреки итогам голосования во Всесоюзном референдуме, проведённом 16 января 1991 года. Однако советский паспорт у меня сохранился, и он является подлинным документом, удостоверяющим моё гражданство и мою личность, а также незаконность самозванной власти, её актов и документов.

ИЗВЛЕЧЕНИЕ

из Положения о паспортной системе в СССР

I

1. Паспорт гражданина СССР является основным документом, удостоверяющим личность советского гражданина.

5. Действие паспорта не ограничивается сроком.

II

18. Граждане обязаны бережно хранить паспорта.

21. Запрещается изъятие у граждан паспортов, кроме случаев, предусмотренных законодательством СССР, а также приём и передача паспортов в залог.

Статья 15 “Всеобщей Декларации прав человека” гласит:

1. “Каждый человек имеет право на гражданство.

2. Никто не может быть произвольно лишён своего гражданства или права изменить своё гражданство”.



Агенда 2010.



Исполняющему обязанности президента РФ
Д.А.Медведеву
ул. Ильинка 23
103132 Москва
Россия • Russia

27.1.2010
День окончания блокады Ленинграда в 1944 г.

Дорогой Дмитрий,

в связи с преступной деятельностью, представляющей угрозу моей жизни и здоровью, осуществляемой властями и гражданами ФРГ (BRD), в дополнение моего письма к Вам от 21.10.2009, и на основании Постановления Совета Федерации Федерального Собрания Российской Федерации „Об оперативном использовании формирований Вооруженных Сил Российской Федерации за пределами территории Российской Федерации“ № 456-СФ от 16 декабря 2009 года, я обращаюсь к Вам с требованием обеспечить защиту моей жизни и прав на территории немецкого государства.

Вчера, 26.01.2010 среди бела дня (около 11 часов) на станции метро Rathaus в городе Essen на меня было совершено бандитское нападение с применением насилия, осуществлённое представителями городской транспортной службы EVAG, контролирующих проездные билеты, а также вооружённых представителей городских „правоохранительных“ органов (Polizei), которые незаконно изъяли у меня водительское удостоверение. Они напали на меня не потому, что я не имел проездного билета, а потому, что я публично выразил мой протест в связи с проводившейся акцией устрашения населения, безобидно именуемой контролем проездных билетов, а на самом деле являющейся неотъемлемой частью тюремной политической системы ФРГ. Такие акции вызывают у меня приступы тошноты и отвращения, также как и отвратительные и звериные рожи контролёров, о чём я открыто им заявил. В тот же день я направился в городское управление (Rathaus) и потребовал в секретариате градоначальника (Stadt Essen, Der Oberbürgermeister Reinhard Paß, Rathaus, Porscheplatz, 45121 Essen, oberbuergermeister@essen.de), чтобы передо мной извинились и отдали незаконно изъятое удостоверение. Моё требование проигнорировали, так как до сегодняшнего дня оно осталось неудовлетворённым.

В связи с тем, что насилие в отношении меня не прекращается, а применение насилия для террора гражданского населения внутри ФРГ по прежнему является правилом и правом, унаследованным этим государством и народом от фашисткого государства 3. Reich (1933 – 1945), я требую принятия самых жёстких мер, чтобы отучить немецкую заразу и гадину от совершения произвола. В частности, я требую выдачи международного ордера на арест гражданина ФРГ Reinhard Paß, и его ареста силами международной полиции Interpol за пособничество деяниям, наказуемым в соответствии с уголовными кодексами РФ и ФРГ. Я требую телесного наказания преступников, участвовавших в карательной и террористической акции под вывеской правоохранения, чтобы немецкие сволочи на своей шкуре почувствовали боль и унижение. Я требую согласовать в Совете Европы и послать военный контингент армии РФ в г. Essen для усмирения взбесившейся толпы обывателей и хулиганов образца культурной революции 1933 года (SA и ϟϟ), которые сходят с ума от безделья и свинного жира, которым заплывает их недоразвитый мозг и который скапливается в задницах этих одичавших и генетически дегенерировавших полуживотных.

Из мероприятий второго плана, осуществление которых я требую начать незамедлительно, назову следующие:

1. Разогнать толпу немецких хулиганов, называющих себя правоохранительными органами (суд, полицию, гособвинителей: правозахоронителей, превратившихся в сторожевых собак фашисткой диктатуры, называемой Volksstaat), политическими партиями (SPD, CDU, CSU, FDP, Grüne, Linke) и академическими учреждениями (академии наук, здравозахоронение, университеты), а также наследными принцами и принцессами. Слишком много развелось здесь контролёров, прямо как собак нерезанных. Было бы больше толку, если бы они занимались самоконтролем, а не надзирательством.
2. Обеспечить принудительную демилитаризацию Евро–зоны.
3. Планомерно уничтожить в Евро–зоне промышленное производство оружия, ядохимикатов, автомобилей с двигателем внутреннего сгорания, безделушек и изделий, противоречащих естественному природоустройству.
4. Прогнать с русской земли менеджеров–тенеджеров вместе с их предприятиями, осуществляющих IKEAизацию (уродование и разрушение) населения и природы.

Поскольку я неоднократно обращался к представителям полномочных властей РФ и к общественности с просьбами об оказании помощи, которая так и не была оказана за все эти годы, я требую расследования обстоятельств и наказания лиц, препятствующих удовлетворению моих законных требований. Если окажется, что ничего не предпринималось и не предпринимается по причине недееспособности должностных лиц, что является диагнозом из области психиатрии, то необходимо этих лиц сместить, и заменить их на людей, которые хотят и могут исполнять должностные обязанности. Если же окажется, что представители официальной власти в какой–либо мере находятся в сговоре с недобитой в 1945 году немецкой нечестью, то следует их арестовать и предать суду, а их именами пополнить длинный список предателей и врагов народа.

к.б.н. и офицер Андрей Полеев



к.ю.н. Миронову Сергею Михайловичу
Председателю Совета Федерации
Исаакиевская пл. 6
190107 Санкт-Петербург,
Россия • Russia

27.01.2010

Дорогой Сергей Михайлович,

прилагаю моё письмо Исполняющему обязанности президента РФ Д.А.Медведеву для ознакомления, а также в связи с тем, что Ваша подпись стоит под Постановлением Совета Федерации Федерального Собрания Российской Федерации „Об оперативном использовании формирований Вооруженных Сил Российской Федерации за пределами территории Российской Федерации“ № 456-СФ от 16 декабря 2009 года.

Я надеюсь на Ваше личное содействие и деятельное участие при разрешении проблемной ситуации, изложенной в моём письме к Д.А.Медведеву.

к.б.н. и офицер Андрей Полеев



Губернатору Оренбургской области
Алексею Андреевичу Чернышеву
Дом Советов
460015, г. Оренбург
Россия • Russia

27.01.2010

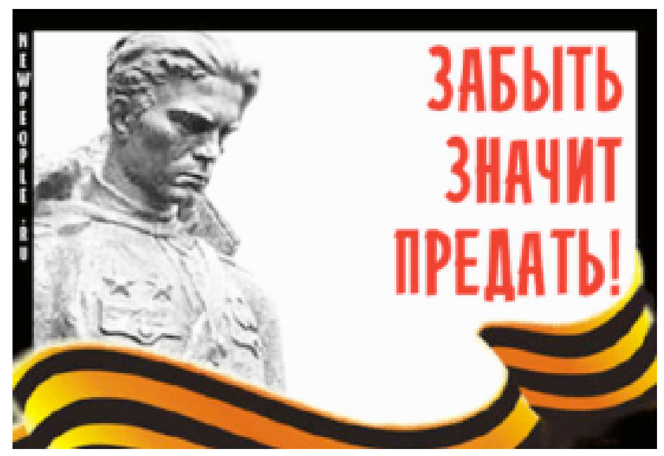
Дорогой Алексей Андреевич,

прилагаю моё письмо Исполняющему обязанности президента РФ Д.А.Медведеву для ознакомления. Я уроженец г. Новотроицка Оренбургской области, с 1983 по 1988 год обучался в Ленинградском государственном университете, где мне помимо диплома о высшем образовании было присвоено звание офицера запаса. С 1993 года я проживал в Германии, где занимался научной работой. С 2003 года я стал подвергаться оголтелому и издевательскому государственному террору со стороны немецких учреждений и граждан, о чём я сообщил в частности в Международный уголовный суд (ICC) и в Европейский суд по правам человека (ECHR). Также я неоднократно обращался к представителям власти РФ и просил оказать юридическую поддержку для успешного проведения судебных дел против моих обидчиков. Однако до сих пор никакой помощи оказано не было, у немецких преступников до сих пор развязаны руки.

То, что происходит со мной в ФРГ в течении последних 10 лет – это не только глумление над моей личностью, оскорбление моей офицерской чести. Вместе со мной оскорблены люди, которые меня растили, воспитывали, давали образование: сначала в г. Новотроицке и г. Орске Оренбургской области, затем в Ленинграде, в настоящее время Санкт–Петербурге. Старания и душевные порывы всех этих людей уничтожают с озверелым остервенением немецкие выродки. Я требую возмездия за гнусные преступления возродившегося немецкого фашизма, безнаказанно бесчинствующего в новом составе в 21–м веке в Евро–зоне. Также должны бытъ расследованы и устранены причины безответственности и бездействия представителей российских властей.

Я надеюсь на Ваше личное содействие и деятельное участие при разрешении проблемной ситуации, изложенной в моём письме к Д.А.Медведеву.

к.б.н. и офицер Андрей Полеев



P.S. О проблеме идентификации личности в контексте описываемых событий.

Потребность осуществлять контролирующую функцию является одной из самых сильных движущих мотивов личности и общества. Эта функция приобретает характер навязчивой идеи и деятельности у тех людей и коллективов, которые пережили потерю контроля в ситуации, критической для выживания, что сопровождалось сильной эмоциональной реакцией. Так например, репрессивная государственная политическая система в Германии объясняется непосредственным участием и (эмоциональным) соучастием широкого круга населения в двух мировых войнах в первой половине 20–го века, что привело к психической травматизации, породившей впоследствии принявший хронический характер параноидальный страх потери государственности, независимости, национальной тождественности, самоидентификации и индивидуальности. Я уже неоднократно обращался к теме идентификации личности в связи с важностью этой темы для понимания социодинамики человеческих коллективов. Кризис индивидуальности происходит тогда, когда возникает необходимость компенсировать (восстанавливать) психические повреждения после пережитых травм, а также с целью предотвращения повторного травмирования. В случаях, когда цикл регенерации и репарации не заканчивается в связи с истощением физиологических ресурсов, утратой контроля над деструктивными процессами и неадекватностью диагноза и процесса восстановления, структурная основа психической деятельности повреждается, возникают психические расстройства, каковой может быть уже упоминавшаяся циклическая патология параноидального типа, которая может переходить в шизофрению, синдром Dorian'a Gray'я, описание которого дано в романе Oscar Wilde. В обществе, страдающем таким синдромом, всё большая часть населения оказывается в тюрьме или под подозрением в совершении криминальных деяний, представляя собой портрет,



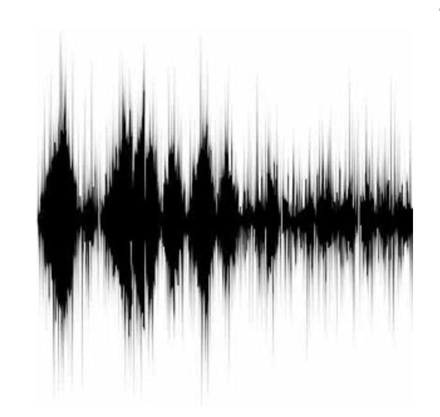


Чей голос победил на выборах: голос совести, голос Америки или голос корпораций?

который должен быть сокрыт в чулане, чтобы обывательская посредственность и чудовищность могли проявляться без страха и упрёка, завоёвывая всё больше места под солнцем. Отсутствие или боязнь потери Родины, что связано с отсутствием жизненных перспектив, правовой определённости, защищённости от произвола, представляет собой тяжёлое травмирующее событие, что в разной мере испытали немцы, евреи и русские. В отличие от европейских народов, американцы таких страхов долгое время не имели, поскольку, попращавшись со страной (вы)рождения, безоглядно перекочёвывали на землю обетованную, приобретая таким образом почву под ногами, где они могли без страха и упрёка жить и размножаться. Однако не следует забывать, что 1) плодиться и размножаться бесконечно невозможно, и 2) те войны, которые они вели в 20–м столетии являются эхом и отголоском всё тех же поведенческих программ, которые вместе с переселенцами и беженцами перекочевали в Америку из Европы.



Терапия психических нарушений, имеющих хронический характер, сложна и требует длительных упражнений для восстановления саморегулирующих функций личности, восстановления её индивидуальности в благоприятном социальном контексте. В данном конкретном случае в качестве начального мероприятия, инициирующего длительную терапию и имеющего контрафактный характер, я предлагаю контролёрам проездных билетов раздеться до гола и погулять на станциях метро с плакатами и надписью на них: „Я был контролёром проездных билетов“. Я надеюсь, что такое лечение в открытом общественном пространстве будет иметь позитивный оздоровительный и отрезвляющий эффект на общество, будет способствовать снятию бессознательных блокад, препятствующих осознанию психических конфликтов и разрешению логических противоречий, разнообразит культурную программу г. Essen, а также удачно совпадёт со временем празднования карнавала.



грамм
программа
грамматика
граммофон



Zusammenfassung. Die Kontrollfunktion ist eine der mächtogsten Triebregungen und Triebfeder der Persönlichkeit sowie der Gemeinschaft. Diese Funktion ist überkompensiert bei diejenigen, die eine traumatische Erfahrung machten, die Kontrolle zu verlieren. So z.B. die repressive staatliche Modell den Deutschen erklärt sich aus ihrer Vorgeschichte, weswegen die Angst vor dem Verlust der Staatlichkeit immer neu entflammt und zwanghafte, sadomasochistische Formen annimmt. Die Identitätskrise und die Versuche, die beschädigte Identität wiederherzustellen und sich von der Identitätsverlust zu schützen, erzeugt ein Kreislauf der Paranoia, die oft zu Schizophrenie führt. Die Heimatlosigkeit, das Ungeschutztsein, Ausgeliefertsein an die Willkür hat ein schweres Trauma zur Folge, so bei Juden, Deutschen, Russen, im Gegensatz zu Amerikaner, die sich von ihren Ursprungsländer loslösten, um sie gegen einen festen Boden unter ihren Beinen einzutauschen. Vergessen wird aber die Grausamkeit der Kolonisierug sowie die Unmöglichkeit, sich unendlich zu vermehren und zu gedeihen.

Als die Kontrollfanatiker zeigen die Deutschen eine übersteigerte Angst vor dem Verlust der Kontrolle. Das Verhalten von Schulze Wenning und die zahlreichen Berufsgruppen, die eine Kontrollfunktion ausüben, erklärt sich aus der paranoidalen Angst vor dem Verlust der Kontrolle. Die Gruppendynamik der Paranoia führt zur sadomasochistischen Machtausübung und zum Machterhalt um jeden Preis, wobei der Kontrollzwang in den Kontrolverlust entgleist. Die Deutschen verdrängen Psychoanalyse, weil S. Freud, der als ein Fremdling wahrgenommen wird, behauptete, daß der Mensch kein Herr im eigenen Haus bleibt, solange er seine Unzurechnungsfähigkeit und Verantwortungslosigkeit nicht abschwört und seine Verhaltensweise nicht abändert.

Die schweizer Uhr haben einen Kultstatus, weil sie einen Traum von der totalen Beherrschung des menschlichen Lebens (seines Körpers und Verhaltens) und der Zeit (des Universums) symbolisieren, was eine Täuschung ist. Aus dem gleichen Grund hat das Autofahren einen Kultstatus. Das Auto symbolisiert die Mobilität der Bürokratie, in den Träumen der Autofahrer und -Besitzer stellt der Autositz einen Chefsessel und das Steuerrad eine Art Tierkreis, das Rad der Zeit dar.

Das Ohr und das Gehör stellen einen organischen Seismograph dar, der erlaubt, die Erschütterungen der Ausenwelt und die menschliche Sprache aufzuzeichnen, sie zu messen und interpretieren, um sich situationsbedingt zu verhalten: Flucht ergreifen, sich entspannen, erstarren, kämpfen oder im Dialogmodus mit der Umwelt interagieren, sich im Rhythmus der „Erschütterungen“ zu bewegen. Der innere Seismograph - das Bewußtsein - soll die inneren Erschütterungen registrieren und sie verhindern, verteilen und organisieren.



Earthquake in Haiti 2010 Ruined Reichstag 1945

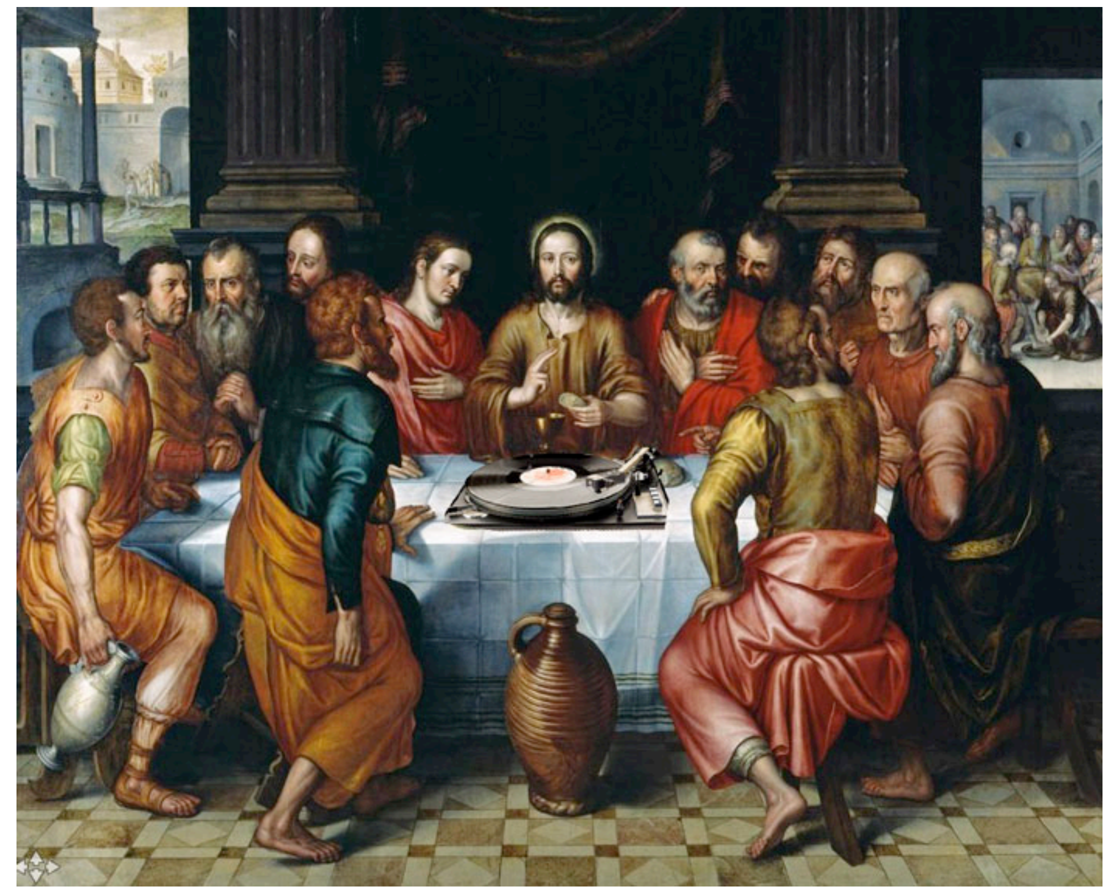
На вопрос о том, может ли сотрясение эфира, которое мы называем речью и мыслью, вызвать землетрясение и социальное потрясение, следует дать утвердительный ответ. В связи с этим, различного рода мегафонами, которые являются машинами, усиливающими голос, следует пользоваться осторожно, и ограничивать пользование ими людьми с ущербной, деструктивной психикой, психически нездоровым и злонамеренным, а также откровенным дуракам. Об опасности, исходящей от дураков, забравшихся на вершину власти, свидетельствуют многие примеры, о которых каждому что–то известно, что однако не является гарантией от повторения прошлого в настоящем. Око провидения, орёл, крепость на холме, всадник на коне, сторожевая башня, маяк, минарет – это символы управления и подчинения. Парадокс власти заключается в том, что управляемые, которых пытаются лишить самодержавных функций законодательно, несут на себе всю тяжесть земного бытия, являются столпами общественного благосостояния; те же, кто претендует повелевать и издавать законы, лишены всякой ответственности. В заоблачных высотах вертикалей власти, в небоскрёбах, царит анархия и безответственность, в то время как плоды этой безответственности пожинает простой народ, чьими стараниями такие вертикали власти воздвигаются.

Настоящий манускрипт–рукопись разделён/а на две части, первая из которых более эмоциональна и написана непосредственно после описываемых в нём/в ней событий, вторая, написанная с запозданием в 2–3 дня, даёт глубокий анализ описываемых событий и имеет более рациональный характер. Такое разделение соответствует фазам восприятия и осмысления информации, что сопровождается образованием когнитивных, нейрональных связей, коррелирующих с пониманием и оценкой происходяшего. Если такого понимания не происходит, о чём свидетельствует поведение немецких граждан и властей, то это признак их интеллектуальной деградации, следованию схемам мышления и поведения, не соответствующих действительности.

Наука подразумевает, что люди чему–то учатся. А если они ничему не учатся, а функционируют в режиме автопилота и зомби, то они подобны кораблю без штурмана и капитана. То, чем руководствуются такие люди в своей жизни – это не наука, а тавтология, и следование стихиям, одна из которых называется стихия рынка, справиться с которой дикарскими методами заклинания не представляется возможным, о чём повествовал мой предыдущий манускрипт.



Задача психоанализа заключается в том, чтобы разобраться в причинах психических конфликтов, в которых люди и коллективы людей неспособны разобраться сами, потому что они блокируют, не допускают их в сознание, или поскольку их интеллектуальный уровень, их психическая культура, или их уровень знаний не позволяют провести эту работу самостоятельно. Психоаналитик, исследовав конфликт и выявив его причину, берёт на себя функции, делает ту умственную работу, которые пациент не в состоянии осуществить сам, компенсирует его интеллектуальный или образовательный дефицит. В обществе, где самостоятельное умственное усилие не поощряется и пресекается, люди всё больше запутываются в общественных связях, совершают всё больше глупостей, ложь становится нормой их жизни. Ситуация усугубляется, конфликты обостряются, но никто не понимает причин этого, потому что мыслительные способности атрофировались по мере того, как ими прекратили пользоваться. Судьба таких коллективов сатирически представлена в фильме Дурократия (Idiocracy, USA, 2007). Впрочем, Дурократию можно увидеть не только в кино ... Зрячий да увидит, слепой да прозреет, а глупый – да обретёт разум!



DJesus

О недопустимости присутствия некомпетентных и психически ущербных людей на руководящих позициях свидетельствуют известные из прошлого последтвия их руководства, которое в их руках превращается в рукоприкладство, поскольку в их психическом устройстве ум и милосердие проявляются в количествах, сравнимых со звёздной пылью в ночном небе или с ложкой мёда в бочке дёгтя. Некомпетентность руководства СССР стало главной причиной его развала. Чтобы такие события не повторялись с регулярностью припадков истерической болезни, необходимо тщательно отбирать людей на руководящие должности и обращать внимание на детали их биографий. Вследствие отсутствия такого контроля коллективы людей могут возглавлять (обезглавливать) маньяки и психопаты, примером чего является сегодняшний руководитель Грузии, страдающий не простой мнительностью, а паранoей прогрессирующего характера, развившейся в процессе его учёбы (индоктринации) и политической карьеры (травматизации и патологического развития приобретённых

в детстве поведенческих стереотипов и комплексов). Михаил Саакашвили вообразил себя Георгием Победоносцем, а Россию – Змием и Дьяволом, вопреки реальному положению вещей. В Германии ситуация не лучше: С 27 сентября 2009 у руля (без)власти(я) оказался дуэт дегенератов: Guido Westerwelle (Westernwelle) и Angela Merkel (коронованная ворона: Ангел Смерти). Во избежание таких прискорбных случаев, необходимо этаблировать компетентную психиатрическую экспертизу, целью которой должна быть оценка поведения и состояния руководителей и претендентов на руководящие должности на основании неопровержимых фактов и тестов, результатами чего они должны рекомендоваться или отстраняться по причине их негодности, невменяемости или интеллектуальной несостоятельности, что однако не должно дискридитировать личность в целом, т. к. непригодность для того или иного вида деятельности не отрицает возможности проявиться в другом качестве и роде занятий. Здесь следует также указать на то, что те или иные физиологические дисфункции и интеллектуальная состоятельность как правило не коррелируют друг с другом, хотя верно обратное: „Нет ума – считай калека“. Так например, хотя Ф.М. Достоевский был эпилептиком, а П.И. Чайковский – гомосексуалистом, с головой у этих людей было всё в порядке, чего нельзя утверждать о многих других, мнящих себя здоровыми и неуязвимыми. Что касается гомосексуализма, то его ждёт розовое будущее, в то время как перенаселение и бездумная плодовитость должны безвозвратно уйти в прошлое. Не следует также забывать о социопатологической оценке, так как в коллективах людей, находящихся в состоянии коллективного помешательства, психически здоровые люди оцениваются как сумасшедшие. Всякая болезнь проявляется в процессе её развития в стадиях эпизодической, хронической или прогрессирующей, и поэтому прогрессирующая болезнь одновременно является регрессом здоровья. Об этом необходимо помнить, говоря, в частности, о научно–техническом прогрессе, который, в его современной форме, является психическим заболеванием в его прогрессирующей стадии буйного помешательства.





Из всех народов особенно немцы преуспели в создании адских машин, посредством которых они превращают людей в монстров по своему образу и подобию. Schulze Wenning – один из таких монстров, лишённых части мозга, где у нормальных людей располагается совесть, и запрограммированных на бесконечное увеличение числа своих копий, как это имеет место быть у болезнетворных микроорганизмов. Коллективы, в которых психически ущербные уроды и людоеды типа Schulze Wenning процветают и поощряются, следует принудительно децимировать, т.е. всячески снижать рождаемость и количественно уменьшать, чтобы они в процессе безудержного размножения не распространяли свой ущербный генетический мусор среди здорового населения.

Людям, у которых смешались представления о добре и зле, о психическом здоровье и патологии, о дозволенном и недозволенном, необходимо возвращать способность различать и признавать различие между словами и делами, которые бывают плохими и хорошими, добрыми и злыми. В античном мире такой процесс называли „Открывать людям глаза“ и „Исцелять слепых и калек“, что казалось чудом во времена всеобщей безграмотности, а сегодня стало реальной возможностью, которой не пользуются, хотя она доступна всем, у кого есть голова, глаза, уши и ноги. Человек, исцелися сам, не ожидая помощи от своекорыстных шарлатанов, называющих себя врачами! Внемли своему внутреннему голосу, а не шуму техники и воплям закона, запрещающих тебе быть самим собой и сбивающих тебя с толка! Сбрось паразитов со своего тела и откажисъ от предрассудков и излишеств, являющихся дьявольским искусством и искусом! Сделай первый самостоятельный шаг на пути к исцелению, и тогда к тебе вернутся здоровье и процветание, независимость и ответственность! Сделай этот шаг сегодня, и не откладывай его на завтра, в котором тебя может не стать, поскольку ты стоишь на краю пропасти, куда тебя привела твоя слепота и бездумие, и твоё следование слепым, бездумным и безумным.



Микроорганизмы в Америке

P.S. 9.2.2010 читаю в книге Григория Климова „Протоколы советских мудрецов“ (1981) следующее:

Свою книгу "Гений, безумие и слава" д-р Ланге-Эйхбаум (Wilhelm Lange-Eichbaum) заканчивает очень любопытным заключением:

"Человечество еще не имеет философии ценностей бионегативного. Мы показали, что патологическое начало может представлять крупные генетические культурные ценности. Но иногда может быть и иначе: патологическое начало, замаскированное в религиозные, философские или этические одежды, может существенно вредить здоровой жизни".

"Конечно, может появиться философ ценностей, совершенно здоровый, совсем простой, и сказать нам: "Мы не хотим бионегативного в любой форме. Мы хотим только здоровую и цветущую жизнь. Правда, ясность и здоровье - неразделимы. Долой иллюзии, долой галлюцинации и безумие! Прочь со всеми вашими обманчивыми и лживыми мистериями из области "безумия" и негативного! Прочь со всем этим жульничеством и ореолом вокруг туманной чепухи и колдовства! Мы хотим быть свободными здоровыми людьми на свободной земле..."

"И мы, может быть, согласимся со словами этого здорового, простого человека. Может быть. Но однажды может получиться очень странная вещь. Мы стоим перед нашим идеалом здоровья - в меньшинстве. А большинство людей из темных глубинных инстинктов будет опять тяготеть к "иррациональному", к дикому безмерному, непонятному, жутко ненормальному, к "безумию" в любой форме... Человек - это трагическое животное!"

...

Затрагивать легион дегенератов - это хуже, чем сесть голым задом в крапиву или в муравьиную кучу.

...

В своем дневнике от 27 июня 1910 года Толстой опять возвращается к этой теме и заключает: "Сумасшедшие всегда лучше, чем здоровые, достигают своих целей. Происходит это от того, что для них нет никаких нравственных преград: ни стыда, ни правдивости, ни совести, ни даже страха" (Полн. собр. соч., Госиздат, т. 58, стр. 71).



Приложение. Тексты заявлений Послу РФ в Австрии в связи с игнорированием моих законных требований о конфискации немецкого имущества.

Stanislaw Ossadtschij
Botschaft der Russischen Föderation
Reisnerstrasse 45-47
1030, Wien, Österreich

3.3.2009

Дорогой Чрезвычайный и Полномочный Посол Российской Федерации в Австрии,

11.09.2008 я обратился к Министру юстиции Австрии Др. Maria Berger с требованием конфисковать часть немецкого состояния в Австрии в размере 10 миллионов евро для передачи в моё распоряжение. Поскольку ответа ни из Министерства ни от венских адвокатов, к которым я также обрашался, не последовало, я направил иск в суд с требованием к Министерству юстиции моё обращение рассмотреть. 17.2.2009 я отправил письмо руководителю отдела по жалобам UniCredit Bank Austria AG Heinz Offenbeck и одновременно в ту же судебную инстанцию с тем же требованием. Однако до сих пор я не получил ни от кого никакого ответа.

Я рассматриваю это молчание как пособничество преступным действиям немецкого государства и народа, и как ущемление моих элементарных прав. В результате бездействия Австрийских властей домен enzymes.de, где с 2003 года публиковались материалы основанного мной академического журнала „Энзимы" ISSN 1867-3317, был 27.1.2009 подвергнут цензуре и незаконно отчуждён (аризирован). 17.2.2009 на меня было совершено бандитское нападение с нанесением телесных повреждений и совершением других уголовных преступлений, о чём я сообщил российскому послу в Берлине. Уже задолго до этих событий немецкие преступники лишили меня возможности заниматься профессиональной и научно–просветительской издательской деятельностью, лишили меня всякой собственности, отобрали то немногое, что я имел, лишили меня жилья, садистким образом разрушили моё здоровье, лишив всякой медицинской помощи и возможности эту помощь оказывать самому себе, столкнули меня за предел нищеты, лишили всех прав и свобод, попытались запачкать моё имя и репутацию, разрушили мою личную жизнь. Все эти противоправные действия сопровождались и до сих пор сопровождаются попытками убийства, провокациями, совершением тяжелейших уголовных преступлений, за которые никто не понёс ответственности и не был осуждён в судебном порядке. Тупой, злобный и психически больной немецкий народ снова творит произвол и безнаказанно совершает акты варварства и насилия. Распространение немецкой заразы в планетарном масштабе

приняло угрожающие размеры: немецкие лжеучёные, свора предпринимателей с манией величия и дутыми фирмами, бездушные политики и просто деморализованое народное быдло заполонили университеты, международные организации, отравили информационное пространство интернета и средства массовой информации, превратив их в средства массового оглупления, распространения германской пропаганды и наглой лжи. За пределами их государства немецкие граждане незаконно оккупировали значительные территории других государств и народов или поставили их под свой контроль. Всё это преподносится как благое дело гармонизации международных отношений и распространения цивилизации, за что другие народы расплачиваются потерей ресурсов, собственности и независимости, а то и просто вымиранием. В немецком анти–мире всё вывернуто наизнанку, оболгано, извращено, лишено смысла: судебная система как гангстерская банда занимается вымогательством денег, вместо поддержания правопорядка; врачи издеваются над пациентами, и вместо того, чтобы лечить и предотвращать болезни, наживаются на больных и здоровых людях; предпринимательство превратилось в ограбление; между государством и преступностью исчезла всякая разница. Пришло время остановить зарвавшуюся немецкую гадину, беспощадно растоптать их государственные обители зла и разбросанные по всему миру „пятые колонны“, а незаконно награбленое имущество отобрать и вернуть законным владельцам.

В связи с вышеизложенным прошу Вас вмешаться и немедленно потребовать от Австрийского государства рассмотрения моих законных требований. Тексты моих писем и исковых заявлений прилагаются к моему письму.

к.б.н. А. Полеев



Landesgericht für Strafsachen
Landesgerichtsstraße 11
A-1082 Wien 17.02.2009

Klage

Dr. rer. nat. (RUS) Andrej Poleev, Anschrift wie oben – Kläger–

UniCredit Bank Austria AG, Schottengasse 6 - 8, 1010 Wien – Beklagte –

wegen entschädigungslose Teilenteignung des deutschen Eigentums.

Ich erhebe Klage und beantrage mündliche Verhandlung, um folgendes zu erwirken:
1. Die UniCredit Bank Austria AG verpflichten, ein Bankkonto auf meinen Namen zu eröffnen.
2. 10 Millionen EUR von den Konten Kunden deutscher Nationalität abzuzweigen, und diese Summe auf mein Konto zu transferieren.

Begründung:
Zeitgleich mit meiner Klage richtete ich mein Schreiben an Heinz Offenbeck, Leiter der Ombudsstelle für Beschwerden und Maßnahmenmanagement, UniCredit Bank Austria AG, Hohenstaufengasse 6, 1010 Wien, in dem ich forderte, ein Bankkonto bei der Bank Austria auf meinen Namen zu eröffnen, und im zweiten Schritt 10 Millionen EUR auf dieses Konto zu überweisen (Anlage 1). Meine Forderung begründete ich mit Unterlagen, u.a. mit der Klageschrift beim ICC, woraus ersichtlich ist, daß ich in Deutschland einer jahrelangen nazistischen Hetze ausgesetzt bin, infolge dessen meine Gesundheit, mein Privatleben und alle meine Vorhaben zerstört wurden, weswegen ich beantrage, die genannte Summe bei den Kunden deutscher Nationalität zu beschlagnahmen, um mich zu entschädigen. Weil dem sado-nazistischen deutschen Pöbel keinen Einhalt geboten wird, geschehen weiterhin ungehindert Akten der Willkür. So z.B. wurde am 27.1.2009 die Internet-Präsenz des akademischen Journals Enzymes, dessen Redaktor und Herausgeber ich bin, gesperrt, und der Domain-Name enzymes.de widerrechtlich enteignet (arisiert). Angesichts dieses Sachverhalts beantrage ich, die geforderten Maßnahmen gerichtlich anzuordnen, falls die Bank Austria sich weigert, meine Forderungen umzusetzen.

Dr. A. Poleev

Heinz Offenbeck
Leiter der Ombudsstelle für Beschwerden und Maßnahmenmanagement
UniCredit Bank Austria AG
Hohenstaufengasse 6
1010 Wien, Österreich

17.2.2009

Betreff: Eröffnung eines Bankkontos bei der Bank Austria

Sehr geehrter Herr Offenbeck,

die Bank Austria führt viele private und Geschäftskonten und verwaltet u.a. das Vermögen von Kunden deutscher Nationalität. Ich erhebe Anspruch auf ein Teil dieses Vermögens, genau gesagt auf 10 Millionen EUR, und fordere Sie auf, diese Summe auf ein Konto, das auf meinen Namen eröffnet wird, zu transferieren. Die Begründung meiner Forderung erfolgte bereits in meinem Schreiben an die Justizministerin Maria Berger und im Text meiner Klage beim ICC (Anlagen). Zeitgleich mit meinem Schreiben reiche ich eine Klage beim Landesgericht Wien ein, womit ich meine Forderung gerichtlich erwirken will, falls die Bank Austria sich weigern wird, meine Forderung umzusetzen.

Ich erwarte Ihre baldige Zusage.

Dr. A. Poleev



Landesgericht für Strafsachen
Landesgerichtsstraße 11
A-1082 Wien 13.02.2009

Klage

Dr. rer. nat. (RUS) Andrej Poleev, Anschrift wie oben – Kläger–

Justizministerin Maria Berger – Beklagte –
Bundesministerium für Justiz, Palais Trautson, Museumstraße 7, A-1070 Wien

wegen Belohnung und Billigung von Straftaten, Unterlassene Diensthandlung.

Ich erhebe Klage und beantrage mündliche Verhandlung, um folgendes zu erwirken:
1. Die Bundesministerium für Justiz verpflichten, meiner Forderung nachzugehen.

Begründung:
Am 11.09.2008 richtete ich mein Schreiben an die Justizministerin Maria Berger, in dem ich forderte, eine juristischen Verfügung über deutsches Eigentum in Österreich im Wert von 10 Millionen EUR zwecks Entschädigung zu erlassen (Anlage 1). Meine Forderung begründete ich mit den Texten meiner Klagen bei den deutschen Gerichten, von denen keiner einzigen entsprochen wurde. Um die Berechtigung meiner Forderung zu substanzieren, erklärte ich mich bereit, noch weitere Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Es folgte aber keine Stellungnahme. Ein solches Schweigen ist nicht nur beleidigend, damit erklärt man mit den Straftaten einverstanden, die im Namen deutscher Justiz gegen mich begangen werden. Infolge dienstlicher Unterlassung der Österreichichen Bundesministerium für Justiz ereigneten sich weitere schwerwiegende Straftaten. Am 27.1.2009 wurde die Internet-Präsenz des akademischen Journals Enzymes, dessen Redaktor und Herausgeber ich bin, gesperrt, und der Domain-Name enzymes.de widerrechtlich enteignet (arisiert). Weiterhin geschehen Akte der Willkür, dem sado-nazistischen deutschen Pöbel wird keinen Halt geboten. Angesichts dieses Sachverhalts beantrage ich, die geforderten Maßnahmen gerichtlich anzuordnen.

Dr. A. Poleev



An die Justizministerin Maria Berger
Bundesministerium für Justiz
Palais Trautson
Museumstraße 7
A-1070 Wien

11.09.2008

Betreff: Erlaß einer juristischen Verfügung über deutsches Eigentum in Österreich im Wert von 10 Millionen EUR zwecks Entschädigung.

Sehr geehrte Frau Dr. Berger,

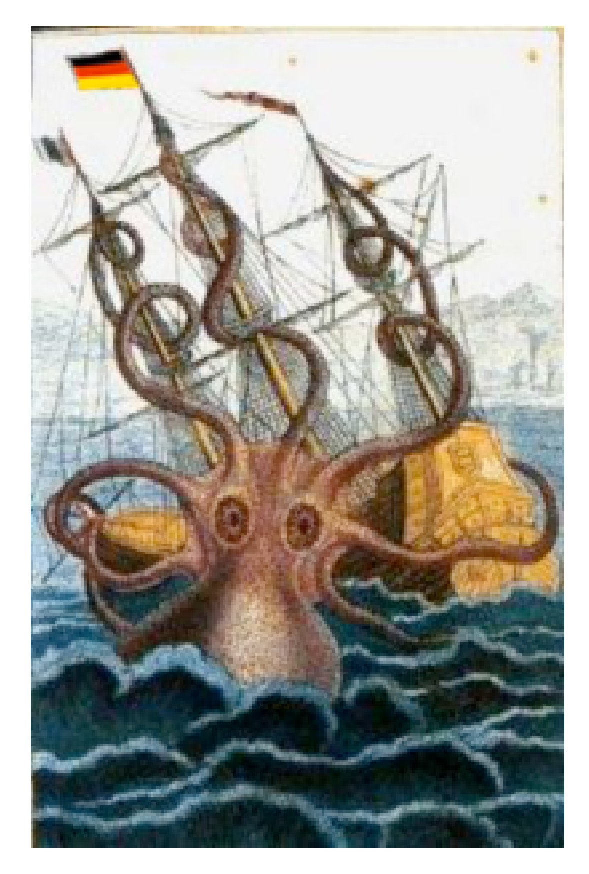
mit diesem Schreiben fordere ich das Österreichische Justizministerium, die Österreichische Republik und Sie persönlich auf, eine juristische Verfügung zu erlassen, die sich, falls notwendig, auf eine gerichtliche Anordnung beziehen kann, demnach Immobilien und/oder Bankguthaben im Wert von 10 Millionen EUR, die aktuell Deutschem Staat, Deutschen Organisationen, Bürgern deutscher Nationalität oder Personen deutschen Ursprungs, die sich in Österreich aufhalten, gehören, ohne Anspruch auf Entschädigung einzuziehen und auf meinen Namen zu überschreiben, um mich zu entschädigen.

Wie bereits italienisches Kassationsgericht (Kastrationsgericht) in diesem Jahr völlig zurecht entschieden hat, kann das deutsche Vermögen im Ausland, inklusive privaten Bankkontoguthaben und die diplomatischen Vertretungen, konfisziert werden, um die Opfer der national-sozialistischen Willkür zu entschädigen. Geklagt haben ehemaligen italienischen Zwangsarbeiter, die von Rechtsanwalt Luca Procacci vertreten waren. Ich habe aber nicht vor, über 60 Jahre darauf zu warten, bis das geschehene Unrecht korrigiert wird. An der willkürlichen Außerkraftsetzung meiner unveräußerlichen Rechte, an den zahlreichen Straftaten, die bis heute ungesühnt geblieben sind, an der jahrelangen nazistischen Hetze (Hexenverfolgung) und an den Folter, welche zu Verlust meiner Gesundheit führten, tragen ALLE Deutschen, ausnahmslos und im gleichen Maße, Schuld. Weil aber die Deutsche Justiz, der Deutsche Staat oder einzelne Personen sich weigern, ihre Schuld anzuerkennen und an der Wiedergutmachung kollektiv und paritätisch zu beteiligen, müssen sie zur Verantwortung gezogen werden, was ich hiermit beantrage. Mit dieser juristischen Maßnahme soll meine VOLLSTÄNDIGE rechtliche, soziale, gesundheitliche und berufliche Rehabilitierung erwirkt werden.

Das Ausmaß des Rechtsbruchs in der Deutschen Demokratischen Bananenrepublik hat unvorstellbare Dimensionen angenommen. Nicht nur die Sozialgesetze wurden ausgesetzt; es gilt bereits als Norm, das ganze Register der Strafgesetze zu brechen, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden. Von wem denn, wenn die Justiz an dem Gesetzesbrechen aktiv beteiligt ist? Schlafentzug, Drohungen, sensorische Deprivation, soziale Isolation, Lärm gehören zu den Foltermethoden, denen ich jahrelang ausgesetzt bin, ohne daß die Bürger, Bürgervereine, Rechtsanwälte oder auch die Staatsanwaltschaft tätig werden. Die

deutschen Gerichte verweigern mir das Recht auf selbstbestimmtes Leben, das in der Verfassung postuliert ist, und wofür jahrhundertelang gekämpft wurde. Drei Klagen, die ich beim Europäischen Gerichtshof einreichte, wurden aus „formalen" „Gründen" nicht einmal angenommen. Wo lebe ich denn und zu welcher Zeit?: Das will ich gerne wissen! Seit Jahren besteht für mich das Berufsverbot, die Möglichkeiten, meine wissenschaftliche Arbeit fortzuführen, sind nicht vorhanden. Alle meine bisherigen Vorhaben wurden absichtlich und offensichtlich nur aus Lust am Zerstören vernichtet, meine Tätigkeit als Herausgeber eines analytischen Journals (ISSN 1867-3317) wird behindert, seine Inhalte widerrechtlich zensiert. Die Deutschen verschwenden mein Leben und mein Talent, als ob ich ihr Eigentum wäre.

Alle Sachverhalte, die ich anklage, sind illegal: Zensur, Folter, Drohungen, staatlicher Apartheid... Der Staat und das Rechtssystem, welche das alles dulden, zulassen und sanktionieren, sind illegal. In diesem Zusammenhang muß ich daran erinnern, daß einige Personen, die von den barbarischen Erscheinungen des 20. Jahrhunderts besonders betroffen waren, forderten, das deutsche Volk auszurotten, und die geographischen Gebiete des Deutschen Reiches zwischen den Völker aufzuteilen, die am größten geschädigt wurden. Es wurde aber auf eine humane Weise entschieden. Heute wird diese großzügige Geste nicht mehr geschätzt und offensichtlich vergessen, obwohl diese Forderungen an Aktualität wieder gewinnen, weil die Großzugigkeit und das Vertrauen missbraucht wurden. Dafür sprechen die in den ganzen Welt ausgebreitete und räuberische deutsche Industrie, mit den deutschen Autos verpestete Südamerika, die in ganz Europa aufgebaute VW-Fabriken, die bis heute bestehende staatliche Apartheid der BRD, die fortgesetzte Gast- und Sklavenarbeit nach dem Krieg, die wahnwitzige Entschädigung der Zwangsarbeiter 60 Jahre nach dem Krieg, die erniedrigende und widerrechtliche Gesetze und Lebensbedingungen hier, die Unverschämtheit der selbsternannten deutschtümlichen Eliten nebst Blödheit restlicher Bevölkerung, und, und, und… Die Liste kann fortgesetzt werden. Nach den Ereignissen des 20. Jahrhunderts ist der Deutsche Staat und das Deutsche Volk darauf angewiesen, ihre Existenz täglich neu zu beweisen, aber nicht damit, daß man sich unverschämt und rücksichtslos verhält, und sich mit Gewalt und Unrecht durchsetzt.



Die Beschuldigungen, die ich gegenüber den Deutschen und dem deutschen Staat mache, sind begründet und mit zahlreichen Dokumenten und Zeugenaussagen belegbar. Ich verweise auf meine Klagen bei den deutschen Gerichten, von denen keiner einzigen entsprochen wurde. In Anlage befinden sich die Klagetexte und ein Teil meiner Korrespondenz mit den Gerichten und Amtsträgern innerhalb und außerhalb Deutschlands, womit ich meine Entschädigungsansprüche begründe und belege. Ich habe die Deutschen bereits schuldig gesprochen und verurteilt, dieses Urteil muß lediglich vollzogen werden. Ich erwarte von der Österreichischer Justiz eine tatkräftige Unterstützung meines Vorhabens und unbürokratische Umsetzung meiner Forderung, entschädigt zu werden, und stehe zu diesem Zweck zur Verfügung.

Dr. A. Poleev

Ангел жизни обращается к ангелам смерти. 16.05.2010

Contraria contrariis curantur



Vis vi repellitur

Командующему войсками Приволжско-Уральского военного округа, Главнокомандующему Военно-воздушными силами РФ, Главнокомандующему Сухопутными войсками, Главнокомандующему внутренними войсками МВД, Командующему Северным флотом, всем офицерам и солдатам:

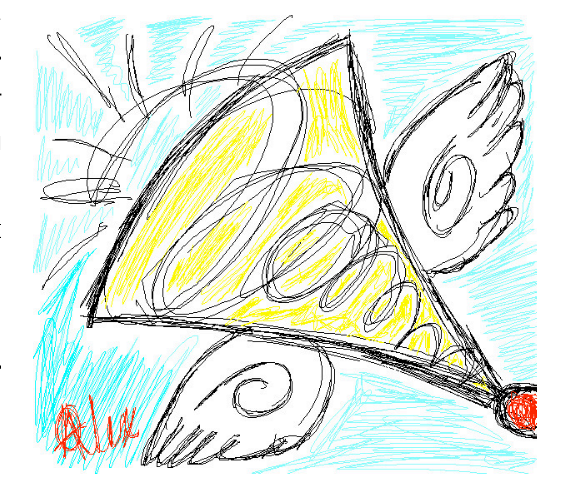
Lustum enim est bellum quibus necessarium, et pia arma ubi nulla nisi in armis spes est. Livius XX

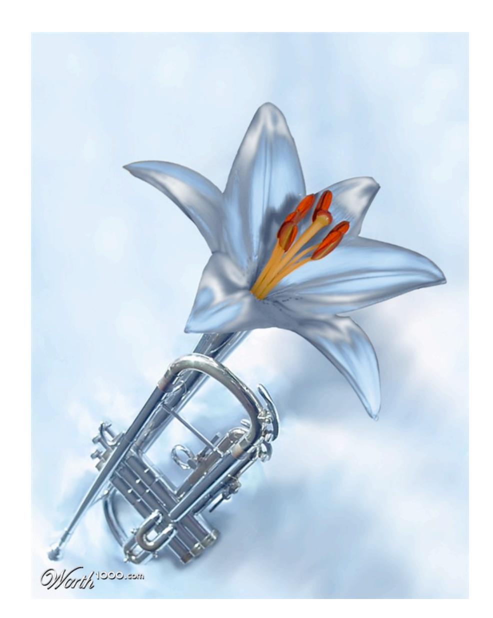
Поводом для моего обращения послужила недавняя трагедия на шахте „Распадская“, где правящая хунта учинила бойню, послав людей на верную и бессмысленную смерть, или умышленно организовала их убийство. Этот инцидент стал очередным доказательством преступной политики геноцида, осуществляемого самозванным колониальным правительством в отношении многонационального русского народа. На сегодняшний день данное событие является апофеозом политической деятельности бюрократического сброда, который уже давно дисквалифицировал себя в глазах людей, продемонстрировав свою никчемность и продажность. Однако не следует забывать, что нас может ждать впереди: десяток новых Чернобылей? русский Ирак? массовые казни и этнические чистки? бомбардировка атомным оружием? Я упомянул только наиболее вероятные сценарии, которые уже были опробованы ранее на других народах. В отношении нашего народа ведётся открытая и беспощадная война, и нам противостоит армия хаоса, направляемая фанатично ненавидящими нас ангелами тьмы, зла и безумия. Эти падшие на нашу голову ангелы натравливают на нас непросвещённые народы, застрявшие на родо–племенной стадии развития; развращают и подкупают наших соотечественников, разделяя тем самым наше единство и провоцируя гражданскую войну; лишают нас наших детей, наших учёных, наших природных богатств; используют знание во зло, форсируя производство оружия или посредством технических средств превращая людей в орудия зла и обращая их ко злу (напомню, что пентаграмма, изображение головы козла, является одним из символов сатанизма – Пентагонизма).



Наш народ одержал победу над европейской нечестью в ходе Великой отечественной войны; построил высокотехнологическую цивилизацию; в невиданные сроки стал самым читающим и образованным народом на Земле. Однако наши „лидеры“ просрали все наши достижения, предали и продали нас, обесчестили и обесценили трудовой и ратный подвиг нашего народа. То, что не удалось врагу в войнах 20–го века, удалось благодаря измене, вследствие преднамеренного обмана и демагогического искусства изменников, проповедовавших и обещавших изменения к лучшему, преобразования, перестройку. Наш главный враг – это внутренний враг, укрепивший свои позиции и выросший численно за счёт народной крови. Слетевшееся отовсюду вороньё – как местное, так и зарубежное – устроило кутёж, вакханалию грабительства, взяточничества, безответственности, бездеятельности, проматывая всё то, что является общенародным достоянием. Наш президент – Дмитрий Медведев – не главнокомандующий и вовсе не наш, а проходимец и ставленик политической бюрократии, прикрывающей сообщество уголовников-капиталистов, иноземцев и предателей, ограбивших русский народ. Насаждаемые им повсюду кадры из президентского презерватива – это позор России, они не обладают ни знаниями, ни опытом сотворения добра, ни совестью, ни тормозами в голове. Побудительными мотивами их действий являются не высокие идеалы, а примитивные животные инстинкты, свойственные волчьей стае или стаду баранов. Мои обращения к Д.А. Медведеву, в которых я призвал его к благоразумию и потребовал от него обеспечить действие Конституции на территории страны, были проигнорированы. Политика разорения, разобщения и геноцида под его руководством и с его одобрения продолжается и принимает откровенно издевательские формы, примером чему являются введение платного образования и медицинского обслуживания, право на самоубийство, право быть безмолвной скотиной и собственностью самозванных господ. Юридическая доктрина, которой руководствуется Д. Медведев и вся судебная система РФ в целом, устарела на 2.000 лет, равно как и навязываемая русскому народу религиозная догма: они обе принадлежат к классу невозможных вещей, к живым трупам, являются монстрами Франкенштейна. Власть со всей очевидностью показала, на что она способна: к мёртворождению и к производству бездуховности. Эта власть не способна к творчеству, в ней нет ничего нового, в ней нет будущего. Именно поэтому она отделилась от народа, вместо того, чтобы осуществить разделение властей и распределение функций. Внешний лоск носителей униформ, позолота куполов, сияние государственных символов, – всё это не более чем фокус гипнотизёра, обманка для идиотов, бутафория имперского величия. Призрак царизма, разгуливающий по стране, есть галлюцинация в головах воров, которые таким образом пытаются узаконить совершённое и совершаемое ими беззаконие.







В связи с вышесказанным, я призываю армию взять на себя обязанности гаранта Конституции и целостности нашей страны, объявить узурпаторов вне закона и использовать регулярные войска для уничтожения и взятия под стражу как их самих так и их приспешников и сообщников. Необходимо приостановить работу органов государственной власти, превратившихся в органы анти–народного представительства, откуда звучат оскорбительные речи фашисткого содержания (Юрий Гусаков о народе: "Россию населяет звероподобный сброд"; Борис Грызлов о самом себе: „Инвестиции в человеческий капитал являются главным средством модернизации экономики.“).

Periculum est in mora

Лозунг, которым следует руководствоваться при осуществлении указанной задачи: Кто не с нами – тот против нас! А тем, кто против нас, следует дать просраться. Я надеюсь, что с этой задачей наша армия ещё в состоянии справиться. А поскольку на основании статьи 59.1. защита Отечества является долгом и обязанностью граждан Российской Федерации, разгром внутреннего врага безусловно найдёт полное одобрение и поддержку у нашего народа, которого ограбили, унизили и лишили конституционных прав его недруги.

МОЛИТВА



Обворованное, обездоленное,
- Кто предал вас на испепеленье? -
Лжесвободою обезглаголенное,
От которой одно оглупленье,

Оболваненное, обезволенное,
Облапошенное поколенье,
Разрешили не всё недозволенное,
А лишь то, что вас вводит в растленье.

Без еды, зато проалкоголенное,
- Обезденежило населенье: -
Зуба крошево необезболенное
Вот и выдернул рвач. Просветленье.

Обессиленное, обессоленное,
Мне понятно твоё озлобленье.
Обескровленное, иглоуколенное,
За тебя моё Богу моленье.

Вадим Викторович Алексеев

Illustrations: John Francis Martin, TheFailNinja.deviantart.com, worth1000.com, Google images, Wikimedia.

Хроника русофобного террора.



9.06.2010 В России исчезли тысячи населенных пунктов.

"За последние 20 лет мы потеряли в общей сложности около 23 тысяч населенных пунктов. Потеряли по разным причинам: где-то произошло объединение, укрупнение, где-то просто закрылись города и поселки", - рассказал заместитель министра регионального развития России Сергей Юрпалов. По словам чиновника, около 20 тысяч из этого числа – сельские поселения и деревни. Они, по мнению Юрпалова, распались вследствие урбанизации. При этом он подчеркнул, что драматизировать ситуацию не стоит, так как урбанизация – это естественный процесс, который не приносит ничего плохого. По данным чиновника, финансовый кризис вызвал немало трудностей и у моногородов, дальнейшей судьбой которых недавно серьезно озадачились российские власти. Также рецессия в значительной степени затронула населенные пункты, жизнь которых напрямую зависит от рынков расположенных рядом более крупных городов. Однако при этом, по его словам, в настоящее время в России могут начать появляться и новые населенные пункты. "Мы проходим фазу подъема, но последствия кризиса мы еще будет переживать какое-то время", - пояснил замминистра регионального развития сложившуюся в настоящее время ситуацию во время своего выступления на конференции по вопросу подготовки к 15-ой европейской конференции министров, ответственных за региональное слеш-пространственное планирование CEMAT совета Европы.
Как передает ПРАЙМ-ТАСС, Юрпалов также заявил, что на сегодняшний день основным направлением, которое будет развивать российская стороны во время конференции, станет идея укрепления общеевропейской идентичности, а также обмен опытом стратегического планирования макрорегионов с другими странами.

http://www.coe.int/t/dg4/cultureheritage/heritage/cemat/default_en.asp
The Council of Europe Conference of Ministers responsible for Spatial/Regional Planning (CEMAT)

Европейская Конференция Министров, ответственных за региональное/пространственное планирование (CEMAT), включает представителей 47 государств-членов Совета Европы,

объединенной в достижении общей цели: жизнеспособное пространственное развитие европейского континента, основана в 1970 году в Бонне.

С момента основания СЕМАТ было разработано большое количество справочных материалов для ведения пространственной политики планирования.

Принятые Ганноверской конференцией на 12-ой Сессии СЕМАТ в 2000 году «Основополагающие принципы жизнеспособного пространственного развития европейского континента» стали важнейшим европейским документом, определяющие основные направления пространственного развития европейского континента. Они составляют для государств - членов Совета Европы, включая их регионы и коммуны, гибкие рамки сотрудничества и ориентиры для устойчивого развития.

http://archive.minregion.ru/WorkItems/ListNews.aspx?PageID=449

СЕМАТ - Европейская Конференция Министров, ответственных за региональное/пространственное планирование

Приказ Министерства регионального развития Российской Федерации от 11 февраля 2010 г. № 45 «О проведении отбора мероприятий, направленных на содействие развитию этнокультурного потенциала российских немцев, в рамках реализации в 2010 году федеральной целевой программы «Социально-экономическое и этнокультурное развитие российских немцев на 2008-2012 годы.

22.06.2010

В России зарегистрировано 547 143 случая ВИЧ-инфекции, в том числе 4 709 случая - среди детей. Такие данные обнародовал Роспотребнадзор на пресс-конференции проведенной в Москве.

Подсчет ведется с 1987 года. В ведомстве отмечают, что среди заболевших детей 3 тыс. 204 ребенка заразились от матери при родах. По данным ведомства, в течение пяти месяцев 2010 года в РФ было впервые выявлено 25 535 носителей вируса иммунодефицита человека. Самые высокие показатели зарегистрированы в Иркутской, Самарской, Ульяновской, Ленинградской, Московской, Тверской, Свердловской, Челябинской и Кемеровской областях, а так же в Санкт-Петербурге. Более 80 процентов инфицированных составляют люди в возрасте 20-40 лет. В 2006 году в РФ скончались более 11 тысяч ВИЧ-инфицированных пациентов, в 2007 - почти 13 тысяч, в 2009 - 14 тысяч. Лишь около 15 процентов смертей ВИЧ-инфицированных россиян связаны с внешними причинами - убийствами, самоубийствами, передозировками наркотиков, дорожно-транспортными происшествиями и т.д. Средний возраст умерших составляет 32,3 года.

16.06.2010

Почти треть зданий, принадлежащих больницам и поликлиникам в России находятся в аварийном состоянии и требуют ремонта, заявила глава Минздравсоцразвития Татьяна Голикова.

«Всего по РФ количество зданий, которые находятся в аварийном состоянии и требуют ремонта- 11 441, это 31,5%», - цитирует Голикову РИА "Новости".

26.05.2010

Число беспризорных детей из года в год неуклонно растет, и уже достигло уровня Гражданской войны. Об этом заявила на Всемирном Русском народном соборе руководитель комиссии по соцвопросам и демографической политике Общественной палаты Елена Николаева. По ее словам, в настоящее время число беспризорников составляет 2,17% от общего числа детей. То есть двое из 100

несовершеннолетних в России - беспризорники.

«Таким количеством беспризорников мы могли «похвастаться» только после Гражданской войны. Даже после Великой Отечественной войны такого не было; общество как-то заботилось о сиротах, создавались Суворовские училища и так далее», - цитирует Николаеву ИТАР-ТАСС.

«Ежегодно появляется 115-120 тыс. сирот в России; 200-220 детей ежедневно отбирается у нерадивых родителей; 600 тыс. в настоящее время находятся в интернатных заведениях разного вида», - привела статистические данные член Общественной палаты, добавив, что всего в России сейчас 28 млн детей. По мнению Николаевой, существующая система опеки детей «заинтересована в осваивании финансовых средств, но не заинтересована в судьбах детей».

27 февраля 2010

Лишь немногим более 20 процентов школьников в России являются абсолютно здоровыми. Такие цифры озвучила министр здравоохранения и социального развития Татьяна Голикова. По ее словам, «во вторую группу здоровья входят 58 процентов учеников - это дети, которые нуждаются в амбулаторном лечении». Голикова добавила, что рациональный режим сегодня соблюдают около 20 процентов школьников, а активно и регулярно занимаются спортом лишь около 11 процентов.

Агенство РиФ. Население России. Статистика, факты, комментарии, прогнозы. http://www.rf-agency.ru/acn/stat_ru.htm

Территория России составляет 17.075.260 кв. км и в основном лежит севернее 55° с.ш. Примерно 85% территории непригодны для постоянного комфортного проживания населения т.к. вечная мерзлота (районы Сибири и Дальнего Востока) занимает 60% территории России, болота и заболоченные земли почти 22%, реки и озера около 4%. Еще часть земель являются периодически затапливаемыми, часть занята под горы и леса, немного под овраги, часть под пустыни и солончаки.
По отчету Госкомстата за 2005 год, в России обрабатывается или используется в сельском хозяйстве 2,2 млн кв. км, из них под пашню всего 1,2 млн, под поселениями всех типов в стране занято 0,2 млн кв. км, под промышленные сооружения и под военные цели 0,2 млн, под прочее 0,1 млн.
Для счастливой жизни у россиян остается 2.561.289 кв. км.
Это 15% территории т.е. реальная Россия чуть больше Судана, но меньше Казахстана.
Средние температуры января, по разным регионам, от 0 до -50°С, июля от 1 до 25°С, осадков выпадает от 150 до 2000 мм в год.
При температуре ниже -5°С расходы на содержание инфраструктуры с каждым градусом ниже нуля растут в геометрической прогрессии.
Для уборки снега толщиной 40 см в Санкт-Петербурге требуется более 30 суток.
Россия занимает меньше 2% в мировом ВВП. Основными статьями экспорта (по данным ФТС) является газ и нефть (70%), первичные металлы (15%), круглый лес (10%) , все остальное, включая оборудование, вооружение и технологии – менее 5%.
По данным ученых-почвоведов, в России водной эрозии подвержено 17,8% площади сельскохозяйственных угодий, ветровой эрозии - 8,4%, переувлажненные и заболоченные земли занимают 12,3% площадей, а засоленные, солонцеватые земли - 20,1%.
Земель, не подверженных всем этим напастям, в России всего 0,91 млн кв. км.
Сельскохозяйственный сезон на большей части территории России составляет 2-3 месяца (в Европе или США 8-9 месяцев). Среднегодовая урожайность зерновых в России (на нечерноземах) – около 17 центнеров, в Германии, Франции и Великобритании (на нечерноземах) – 70 центнеров с гектара, в Швеции – 60, в Ирландии – 85, на Украине (на черноземах) – всего 24.
Государственная граница России протянулась на 58.322 км и имеет 424 погранперехода.
Общее количество населенных пунктов 157.895, из них более 30.000 до сих пор не имеют телефонной связи.
Большая часть из 39.000 брошеных деревень и поселков приходится на Центральный федеральный округ, Северо-Запад, Крайний Север, Сибирь и Дальний Восток.
До 75% потребности России в продовольствии покрываются за счёт импортных поставок.
Россия потребляет более 20% всего героина производимого в мире.
Объем российского рынка только героина оценивается в 13 млрд долларов ежегодно.
Каждый день в России 100 человек умирает из-за передозировки наркотиков.
78,7% россиян считают неприемлемым сотрудничество с правоохранительными органами.
Среднестатистический россиянин потребляет 18 литров спирта в год. По заключению экспертов ООН, годовое потребление 8 литров спирта на душу населения приводит к

серьёзной деградации населения.
В России пачку сигарет можно приобрести за 30 центов, бутылка пива, которую можно купить на каждом углу 24 часа в сутки, стоит дешевле, чем бутылка питьевой воды.
Только 1% потребляемой россиянами воды соответствует мировым стандартам качества.
в России проживают 51.230 человек, подвергшихся воздействию радиации вследствие Чернобыльской аварии.
В прошлом году в аэропортах России изъяли более 50 тонн взрывчатых веществ.
В 2009 году в России было совершено 786 терактов. С начала 2010 года уже 427.
Подлётное время ударной авиации НАТО от границ Эстонии и Латвии до Санкт-Петербурга не превышает 4 минут, до Москвы - не более 18.
Жизнью в России довольны две категории людей: те, кто не в курсе и те, кто в доле.
63% россиян с доходами выше среднего по стране хотели бы, чтобы их дети учились и работали за границей. 35% хотят, чтобы их дети жили за границей постоянно.
На 2.000 вакансий дворников, открытых в Питере в начале 2010 года нашлось менее 10 претендентов. Предлагаемая зарплата - 12.000 руб/мес.
Рост стоимости проезда в питерском метро с 2003 года составляет 35% в год.
В Госдуме и Совете Федерации заседает 12 миллиардеров, общее состояние которых оценивается в 41 млрд долларов.
В России насчитывается 62 миллиардера с совокупным капиталом в $297 млрд.
Российские миллиардеры платят самые низкие в мире налоги (13%), которые и не снились их коллегам во Франции и Швеции (57%), в Дании (61%) или Италии (66%).
26% россиян имеют непогашенный кредит.
143.000 человек лишились права на выезд за рубеж из-за проблем с долгами.
1,5% населения РФ владеют 50% национальных богатств.
По данным ЦСИ "Росгосстраха", в России годовой доход более $1 млн у 160.000 человек, годовой доход более $100.000 имеют 440.000 семей.
92% крупной российской промышленности, банков и пр. – это иностранная собственность.
Только в швейцарских банках находится около $25 млрд российского происхождения.
На 30.000 питерских бездомных приходится менее трехсот мест в ночлежках.
Средняя продолжительность жизни российского мужчины составляет 59 лет, женщины дотягивают аж до 72, как в Гайане и Северной Корее, что не удивительно при средней зарплате в 6.593 руб/мес и официальном прожиточном минимуме в 4.646 руб. Число российских душ с доходами ниже этого уровня составляет 43.100.000.
Черта бедности для США - $18.310 на семью из 3-х человек в год - 1.525,83 доллара в месяц.
Минимальный размер оплаты труда (МРОТ) наёмного работника в России с 1 января 2009 г. составляет 4.330 руб/мес или примерно 96€.
Минимальный размер оплаты труда в Люксембурге - 1.642€, в Ирландии - 1.462€, в Бельгии - 1.387€, в Румынии - 153€, в Болгарии - 123€. В США - $7.25 в час.
Потребительская корзина в России состоит из 407 продуктов и услуг, в Англии - из 650.
Стоимость минимального набора продуктов в среднем по России составляет 2.270,6 руб/мес. Дешевле всего в Татарстане - 1.854,2 руб., дороже всего на Чукотке – 6.471,5 руб.
Оборот фальсифицированной и контрафактной продукции в России составляет, в зависимости от отрасли, от 30 до 90%. По данным аналитиков, объём подделок в

отдельных отраслях экономики России составляет до 85%. Среди фальсификатов лидерами являются СД, одежда, обувь, алкоголь и автозапчасти.
Содержание одного заключенного в колонии строгого режима обходится в 6.800 руб.
Средний размер пенсии, в среднем по России, составляет 3.300 руб.
Минимальная пенсия в России, обеспечивает существование пенсионера, примерно, на уровне военнопленного немца в 1941 году.
67,4% россиян считают выход на пенсию катастрофой.
Социальное пособие безработного беженца в странах ЕвроСоюза составляет около €800.
23 члена правления Сбербанка по итогам 2008 года получили в виде бонусов 934 млн. руб.
41% россиян не пользуется никакими финансовыми услугами.
85% россиян не видят возможности влиять на принятие государственных решений.
77% населения полагают что не готовы к участию в политической жизни страны.
62% сообщили, что во всем полагаются только на себя и стараются всячески избегать контактов с любыми властными структурами.
3% заявили, что всегда добиваются поставленных целей, вступая в контакт с властью.
Большинство населения России сосредоточено в треугольнике, вершинами которого являются Санкт-Петербург на севере, Новороссийск на юге и Иркутск на востоке.
В Сибири, площадь которой составляет почти 3/4 территории России, проживает менее четверти населения, в основном вдоль Транссибирской железной дороги, на которой расположены её крупнейшие города - Новосибирск, Омск, Красноярск, Иркутск.
На Урале население сконцентрировано между городами Нижний Тагил и Магнитогорск.
Общая численность населения России, по последним сведениям, составляет, приблизительно 132.000.000 человек.
Из них 81% (106.920.000) проживают в городах и поселках городского типа, причем:
в Москве 12.769.000, в Московской области 7.980.000,
в Санкт-Петербурге 6.897.000, в Ленинградской области 3.350.000.
(с учетом временных регистраций и разрешений на работу для иностранных мигрантов)
Из общей численности населения:
57% составляют люди пенсионного и предпенсионного возраста - 75.240.000
личный состав армии вместе с контрактниками, срочниками, вольнонаемными, персоналом вспомогательных предприятий, научных институтов, КБ и ВУЗов - 1.139.000
личный состав ФСБ, ФСО, ФПС, ФАПСИ, СВР и пр. - 2.140.000
штатные сотрудники МЧС, ФМС, МВД, ВВ, ФСИН, Минюста и Прокуратуры - 2.539.000
работники таможни, налоговых, санитарных и прочих инспекций - 1.238.000
чиновники лицензирующих, контролирующих и регистрационных органов - 1.312.000
аппарат МИД и госзагранучреждений (СНГ, ООН, ЮНЕСКО, ПАСЕ, пр.) - 91.000
служащие прочих федеральных министерств и ведомств - 1.253.000
клерки пенсионных, социальных, страховых и прочих фондов - 1.724.000
депутаты и сотрудники аппаратов властных структур всех уровней - 1.870.000
священнослужители и обслуга религиозных и культовых сооружений - 412.000
нотариусы, юридические бюро, адвокаты и заключенные - 1.842.000
персонал частных охранных структур, детективы, секьюрити и т.п. - 1.975.000
безработные - 9.190.000
Итого: 101.965.000 человек, которые существуют за счет бюджета и платежеспособной

части населения.

Остается 30.035.000 человек.

И это наше всё. Весь малый, средний и фермерский бизнес-класс.

Куда, между прочим, входят еще и малолетние дети, школьники, домохозяйки, беспризорные, бомжи, вынужденные переселенцы, беженцы, и пр. и пр. и пр.

Это, отчасти, объясняет тот факт, что ВВП России не намного превышает экономический продукт округа Лос-Анджелес, США.

Только 20% населения страны считает обстановку в России спокойной и благополучной.

Больше половины граждан (59%) убеждены, что Россия идет по неверному пути, и только 19% опрошенных говорят, что верят в правильность курса.

Собственное материальное положение назвали хорошим 18% опрошенных, 54% сочли его тяжелым, но терпимым, 24% заявили, что "больше терпеть невозможно".

11% надеются на улучшение своего материального положения в будущем,

29% полагают, что оно будет только ухудшаться.

34% россиян готовы участвовать в массовых выступлениях протеста.

19% готовы участвовать в забастовках.

Деятельность правительства не одобряют 64% опрошенных.

Большинство россиян используют в повседневной жизни пословицы, поговорки, крылатые выражения (81% опрошенных), цитаты из литературных произведений, кино, слова из песен (66%) и ненормативную лексику, мат (61%).

32% россиян считают, что на судьбу человека можно повлиять с помощью магии, 58% не верят в магию и колдовство, а 10% с ответом затрудняются.

В городах и селах жители верят в магию примерно в равной степени.

Лишь в Москве 74% опрошенных не верят ни в какие магические силы, кроме денег.

78% россиян считают, что Москва живет за счет регионов. 74% россиян с неприязнью относятся к москвичам, 44% считают эту неприязнь "сильной" и "очень сильной", иными словами, москвичей в России ненавидят две трети сограждан.

Сейчас в Москве на один гектар территории приходится 160 жителей при максимально допустимом в цивилизованных странах уровне 140. Под улично-дорожную сеть в городах, сопоставимых с Москвой, отведено 20-30% всей территории. В Москве только 8,7%.

По данным журнала "РБК" (№11, 2007 г.) национальный и этнический состав Москвы выглядит следующим образом:

русские - 31%

азербайджанцы - 14%

татары, башкиры, чуваши - 10%

украинцы - 9%

корейцы, китайцы, вьетнамцы - 6%

таджики, узбеки, казахи, киргизы - 5%

чеченцы, дагестанцы, ингуши - 4%

армяне - 4%

белорусы - 3%

грузины - 3%

молдаване - 3%

цыгане - 2%

евреи - 1%

другие народы - 5%

В Москве реально проживает свыше 12 млн человек, из них русских – 3.720.000. В столице Государства Российского русские – национальное меньшинство.

Рейтинг криминогенной обстановки в районах Москвы.

В России свыше 23.000.000 человек исповедуют ислам и официально считают себя мусульманами. За последние 15 лет число мусульман в России увеличилось на 40%.

В Москве живет азербайджанцев больше, чем в Баку, а татар больше, чем в Казани.

К середине века мусульманином будет, как минимум, каждый четвертый россиянин.

Мусульманские лидеры призывают убрать с герба России православную символику. Если число мусульман будет расти сегодняшними темпами, то мусульманская община может поставить вопрос о введении в стране поста вице-президента, исповедующего ислам.

Может быть с прицелом на такую ситуацию Владимир Путин предложил странам, членам организации "Исламская конференция", принять туда Россию.

На развитие ислама в России из бюджета государства было выделено в 2007 году 800 млн рублей, сообщил советник управления по внутренней политике администрации президента России Алексей Гришин. "Сотрудничество государства с мусульманскими организациями ведется комплексно, по ряду направлений", - отметил он. Главным из них является поддержка исламского образования, на что в минувшем году государством было выделено 400 млн рублей.

Президент РФ Д. Медведев считает необходимым создание телеканала, на котором велось бы преподавание основ ислама и разъяснение роли муфтиятов.

По словам представителей Национальной организации русских мусульман, каждую пятницу только в Петербурге как минимум трое русских принимают ислам.

Подавляющее число неофитов — из студенческой среды. В России свыше 3000 мечетей.

Для Чечни в московских вузах ежегодно выделяется около 600 бюджетных мест, Ингушетия в прошлом году получила 700 мест, Дагестан - 153.

Россия единственная среди немусульманских стран признала победу террористической группировки ХАМАС на выборах в автономии (01.2006). Лидеры исламского джихада трижды на государственном уровне посещали Кремль (02.2006, 02.2007 и 02.2010).

Глава МИД России Сергей Лавров заявил, что считает жизненно важными связи с ХАМАС.

Федеральное агентство по техническому регулированию и метрологии зарегистрировало систему "Халяль", в рамках которой продукты питания и лекарства будут проходить проверку на соответствие требованиям ислама.

Истинно православных в России - не более 4,5%, т.е. не более 6 млн человек.

Не реже раза в месяц православную церковь посещают 8% прихожан, не реже одного раза в год - 18%, реже - 15%, а совсем не посещают - 59%.

Причащаются не реже раза в месяц - 2%. Несколько раз в год - 6%. Раз в год и реже - 10%. 21% опрошеных не смог ответить на вопрос, что такое "причастие".

В России зарегистрировано 2.338 детских домов. В них содержится 55.126 детей-сирот.

На профилактику детской беспризорности было выделено чуть более 60 млн рублей.

На стерилизацию бродячих животных в Москве тратится 87 млн руб. бюджетных средств ежегодно. По 13.000 рублей на псину.

На 27 млн рублей больше, чем на бездомных детей.

Ежегодно в Москве от укусов собак страдают около 30.000 человек.
Более 40% продуктов, продаваемых в Москве, являются фальсификатом. Чаще всего выявляются подделки растительного и сливочного масла, сгущенного молока, чая, кофе, минеральной воды, тушеной говядины, меда и кондитерских изделий.
Лидерами черного списка стали: творог, 42,5% которого не соответствует нормативам, творожные сырки (45,5%), творожная масса (42,1%), развесная сметана (33,3%), шаурма (40%), салаты (20%) и пирожные (18,8%).
В настоящее время почти 70% продуктов питания выпускается по никем не контролируемым ТУ, а не по ГОСТам, что позволяет производить некачественную пищу.
В России с 15 февраля 2010 года отменена обязательная сертификация пищевой (включая алкоголь) и парфюмерно-косметической продукции, остались только санитарные нормы, а сертификат соответствия ГОСТу заменен добровольной декларацией производителя. На подходе отказ от лицензирования медицинской и фармацевтической деятельности.
Согласно действовавшему ГОСТ-Р-50597–93 пункт 3.1.2. предельные размеры отдельных просадок, выбоин и т.п. повреждений проезжей части улиц и дорог не должны превышать по длине 15 см, ширине - 60 см и глубине - 5 см. "Ямка" в полметра - русский стандарт.
Число лифтов, отслуживших свой срок, составляет в Москве 36%, в Петербурге 49%.
В Москве насчитывается 257 общественных (бесплатных) туалетов, в Санкт-Петербурге - 275, т.е. один туалет на 25.000 жителей, не считая туристов. И все они закрываются в семь вечера. В древнем Риме было 144 общественных туалета.
В Москве средняя цена 1 кв. метра на первичном рынке элитного жилья по итогам I квартала 2010 года отмечена на уровне $19.881. Самые дорогие новые элитные квартиры в столице располагаются в районе Патриарших прудов: цена предложения в этом районе составляет $33.950 за 1 кв. метр. На втором месте дом на Малой Дмитровке с ценой квадрата $32.520.
На килограмм золота в Москве можно купить 2 кв. метра приличного жилья.
В России, только официально зарегистрированных:
- инвалидов - более 12.000.000
- алкоголиков - свыше 4.580.000
- наркоманов - более 2.870.000
- психически больных - 978.000
- больных туберкулезом - около 890.000
- гипертоников - свыше 22.400.000 человек,
- ВИЧ инфицированных - не менее 2.380.000 человек.
Доля государственных расходов на социальные нужды (образование, здравоохранение, ЖКХ, культуру, спорт и т.д. и т.п.) - 2007год:
Развитые страны - 70,3%
Страны Латинской Америки - 64,1%
Страны Азии - 54,9%
Страны Африки - 50,1%
Россия - 15,0%
Доля государственных расходов на содержание государственного аппарата, внутреннюю безопасность и оборону - 2007год:
Развитые страны - 11,1%

Страны Латинской Америки - 19,2%

Страны Азии - 27,5%

Страны Африки - 25,7%

Россия - 42,2%

Россия занимает второе место в мире по распространению поддельных лекарств.

82% медикаментов, реализуемых через общедоступные аптеки, фальсифицированы или не соответствуют срокам годности. Обычно, в таблетки недокладывают активного вещества, либо используют "пустышки" из мела.

В России ежегодно реализуется на €300 млн фальсифицированных медикаментов.

75% лекарств в России - зарубежного производства.

Только 2% отечественных предприятий фарминдустрии отвечают мировым стандартам, только 10% из них могут использовать отечественное сырье.

Стоимость лекарств в России в 3-4 раза выше международных контрольных цен на аналогичные препараты.

Росздравнадзор приступил к работе над поправками в закон "О лекарственных средствах", разрешающими клинические испытания лекарств на детях. Согласно ныне действующему закону, в России не допускаются клинические исследования воздействия медицинских препаратов на несовершеннолетних.

На 1 января 2008 г. внешний долг России возрос на 38.7% достигнув $550,1 млрд. что равнозначно объему золотовалютных резервов страны.

Стабилизационный фонд РФ, составлявший на 1 января 2008 г. $156,81 млрд., прекратил свое существование в связи с преобразованием в Резервный фонд (для финансирования текущих обязательств бюджета при падении цен на нефть) и Фонд национального благосостояния (для обеспечения будущих поколений).

Средства обоих фондов размещены в иностранных активах. В основном в США.

Государственный нефтяной фонд Норвегии на начало 2006 составлял $220 млрд.

С 1991 по 2008 год чистый отток капитала из России, составил не менее $2 трлн.

В 2005 году эта цифра составила $14,8 млрд по сравнению с $9,2 млрд в 2002 году.

За 2007 год из России за рубеж ушло около $26 млрд, в 2008 года отток составил $129,9 млрд, в 2009 около $90,8 млрд. За три месяца 2010 года за рубеж ушло $19,76 млрд.

Несмотря на то, что банковские вклады сейчас приносят в лучшем случае 12% дохода в год, 20% населения хранит свои сбережения именно в банках. 16% граждан держат деньги под матрацем, а более 60% населения не имеют сбережений вообще. Средний доход на душу населения в феврале этого года составил 8.092 рубля.

В Москве открыт первый в России вытрезвитель для малышей-алкашей – детско-подростковое наркологическое стационарное отделение на базе наркологического диспансера №12. Каждые сутки в стране от употребления героина умирают 82 человека призывного возраста, в год - 30.000 человек.

Социологическая компания Globescan опросила 39.435 человек в 33 странах. Список наименее популярных в мире стран возглавили Иран, США и Россия.

Из всех стран мира наименее популярна Россия в Финляндии (65% негативных оценок), Франции (62%), Польше (56%) и Великобритании (50%).

Лучше всего к России относятся в Нигерии (52% респондентов).

В представлении россиян нет ни одной страны в мире, которую бы они безапелляционно

считали своим другом. "Друзья" РФ, по мнению россиян, расположились в списке следующим образом: Белоруссия - 38%, Казахстан - 23%, Китай - 14%, Германия - 13%, Франция - 11%, Индия - 4%, Венесуэла - 4%, США - 3%, нет союзников - 12%.
В 2004 году, каждый 15-й дом, проданный в Лондоне, купили россияне.
Согласно исследованию Knight Frank, в 2000 году русские купили дома и квартиры в Англии на сумму, превышающую £93 млн, в 2004 году сумма выросла до £396 млн. В 2006 году они потратили £799 млн, доведя общую сумму, если считать с 2000 года, до £2,2 млрд. Недвижимость, проданная меньше чем за £1 млн, не учитывается.
В 2005-2009 годах жилье в Британии приобрели 219.000 россиян.
В России существует свыше 160 контролирующих органов, которые могут прийти к вам с проверкой. Часть из них (Прокуратура, ФСБ, МВД, таможня), имеют право возбуждать и расследовать уголовные дела и заниматься оперативно-розыскной деятельностью.
Российские судьи, вынося приговоры по уголовным делам, ошибаются в 40% случаев.
Процент оправдательных приговоров (если это не суд присяжных) не превышает 0,8%.
Объём взяток определяется общей суммой исков по официально возбуждённым уголовным делам по коррупционным статьям УК РФ.
В России ежегодные объемы взяток в судах достигают 210 млн долларов. Россия занимает 43 место по коррумпированности судебной системы. Подобные показатели у Венесуэлы, Чили, Конго, Марокко и Сенегала. Суды занимают пятое место в рейтинге коррупционных отраслей. Хуже дело обстоит только с ВУЗами, бесплатной медицинской помощью, призывом на воинскую службу и получением жилплощади.
Россияне ежегодно дают до 3 млрд долларов взяток в различных инстанциях.
Около 25% россиян заинтересованы в сохранении коррумпированности общества.
Россия резко опустилась в рейтинге индекса коррупции, составленном международной организацией Transparency International. В прошлом году она занимала 126-е место, а в этом уже 147-е из 180 мест и разделяет свою позицию с Кенией, Сирией и Бангладеш. В рейтинге Doing Business 2008 Россия на 106 месте, обогнав лишь Таджикистан.
По индикатору "лицензирование, как условие благоприятствования ведению бизнеса" Россия на 177 из 178, обойдя лишь Эритрею.
Реальный уровень коррупции в России превосходит эффект от развития экономики. И легче не будет, т.к. за 2006 год органы законодательной власти выросли на 2 процента, судебной на 3,8 процента, а аппарат исполнительной власти расширился на 20,4 процента. Федеральная служба по ветеринарному и фитосанитарному контролю выросла за год в 176 раз со 116 до 20.469 человек. Численность сотрудников прокуратуры РФ увеличилась на 2.000 человек. "Росстат" вырос на 1,4% - на конец года в нем работали 23.796 человек.
В России состоят на учете более 1000 уголовных авторитетов, в том числе свыше 400, так называемых, "воров в законе". Только 10% из них этнические русские, остальные кавказцы. Больше всего "законников" проживает в Москве и Санкт-Петербурге, Московской, Ленинградской и Тверской областях, Краснодарском и Ставропольском краях.
В 2009 году материальный ущерб от экономических преступлений впервые превысил триллион рублей, подсчитали в Следственном комитете при МВД. Это почти в 7,5 раз больше, чем годом ранее. Общая стоимость арестованного имущества вместе с изъятыми предметами (имеющими отношение к преступлениям) превысила 89 млрд рублей. Наиболее криминальными стали кредитно-финансовая сфера и потребительский рынок.

По данным Департамента собственной безопасности МВД России, за I квартал 2009 года сотрудниками милиции было совершено 18.000 правонарушений - это на 18% больше, чем за аналогичный период в 2008 году. Около 35% преступлений, совершаемых милиционерами - общеуголовные, в первую очередь, грабежи и убийства.
В 2008 году к подразделениям МВД было предъявлено почти 35.000 исков на сумму более 20 млрд руб. Из них удовлетворено 19.000 на сумму почти 1 млрд руб. В среднем за убийство родственники получают 100-300.000 руб, пытки и увечья пострадавшим компенсируют суммой в размере 10-150.000 руб. В 2009 году число милиционеров, привлеченных к уголовной ответственности, выросло более чем в два раза.
За 2009 год к ответственности были привлечены более трех тысяч инспекторов ДПС. Причем 435 из них – к уголовной.
В России каждый день пропадают без вести свыше 300 человек. В 2008 году пропали без вести 50.000 человек. Из 120 тысяч человек, которые пропали в прошлом году, большинство, почти 59.000, мужчины, 38.000 - женщины, 23.000 - несовершеннолетние и малые дети. МВД последние годы старается засекречивать подобную информацию. Количество подобных преступлений в 3 раза превышает аналогичную статистику в США и в 19-20 раз страны Евросоюза".
Преступные действия должностных лиц таможен только СЗТУ за 8 месяцев 2008 года нанесли ущерб интересам государства в размере 76 млн. рублей, за 2007 год ущерб оценивался в размере 113 млн. рублей. За 9 месяцев 2009 года направлено в органы прокуратуры 207 материалов, возбуждено 139 уголовных дел.
В результате реформы Вооруженных Сил РФ только в Сухопутных войсках к 2012 году число частей и соединений уменьшится с 1890 до 172. Офицерский корпус сократится с 315.000 до 150.000 человек, а генеральский с 1.886 до 900 человек.
Аппарат Минобороны уменьшится в 2,5 раза, ликвидируют институт прапорщиков и мичманов (170.000 чел), а 65 военных ВУЗов переформируют в 10 учебно-научных центров.
Может быть потому 87% офицеров Российской армии открыто нелояльны к власти.
В 2009 году в Военную академию Генштаба смогло поступить всего 16 офицеров Вооруженных сил России.
В 2015 году большинство солдат и офицеров российской армии будут мусульманами.
Есть основания полагать, что в ближайшей перспективе основу ВС РФ составит наемная пехота, главной задачей которой будет борьба не с внешними угрозами, а с внутренними. ВС РФ рискуют приобрести исключительно полицейские функции.
С 1994 года поступление новой техники в войска ПВО прекратилось и до 2007 года не возобновлялось. Поэтому ПВО страны давно носит очаговый характер, обеспечивая прикрытие лишь некоторых наиболее важных объектов. В ней зияют огромные "дыры", самая большая из которых – между Хабаровском и Иркутском (около 3.400 км). Даже не все ракетные дивизии РВСН прикрыты наземной ПВО, в частности это относится к 7-й, 14-й, 28-й, 35-й, 54-й дивизиям. В 62 субъектах РФ ПВО "блистательно отсутствует". Не защищены от ударов с воздуха такие центры российского ОПК, как Пермь, Ижевск, Владимир, Нижний Новгород, Омск, Челябинск, Тула, Ульяновск.
Что касается "новинки" российской ПВО С-400, то пока их насчитывается всего два дивизиона (4 ПУ, 24 ЗУР). Этого не хватит для прикрытия даже такой страны как Сербия.

Почти весь газ добывающийся в Ямало-Ненецком АО (89% от всего добываемого в России газа) проходит через один район, где среди бескрайней тундры и пойменных лесов речки Правая Хетта пересеклись 17 магистральных газопроводов высокого давления.
Местные жители из посёлка Пангоды называют его очень подходяще - "Крест".
Случилось это по злому умыслу, или по недоразумению, неизвестно, но жизнь 78% населения России находится в зависимости от участка площадью 500 на 500 метров.
В случае понуждения к повиновению, удар по одной географической точке РФ сразу же вызовет катастрофу в электроэнергетике европейской части России (она на 80% зависит от природного газа), подорвет важнейшую статью валютного дохода и (если дело будет зимой) вызовет гибель от холода сотен тысяч людей, т.к. с остановкой тепловых электростанций прекратится и подача отопления в городах.
От побережья Ледовитого Океана до Пангоды чуть больше 500 км. ПВО в этих местах отсутствует напрочь. Крылатой ракете - 15 минут нормального полёта.
В 2009 году из 238 штатных войсковых полигонов ликвидирован 131 учебный центр различных видов и родов войск. При этом численность личного состава уцелевших полигонов и учебных центров уменьшена наполовину.
План реформирования армейской авиации ВВС России предусматривает сокращение боевого летного состава примерно на треть.
В Челябинском ВВАУШ в 2009 году было набрано на первый курс всего 29 чел.
Президент России Д.Медведев исключил из перечня стратегических девять российских предприятий, включая разработчика (Московский институт теплотехники) и производителя (Воткинский завод) ракетных комплексов "Тополь" и "Булава".
Один комплект новой армейской формы от Юдашкина обходится МинОбороны в 50.000 руб. Шинель из этого комплекта стоит 12.000 руб, а за обычный форменный галстук российский налогоплательщик выкладывает всего 600 рублей.
Дивизия НАТО превосходит по боевой эффективности современную российскую дивизию более чем в 3 раза.
Хозяйством и уборкой в здании ГенШтаба МО заведует фирма "БиС". Общие затраты на обслуживание здания составляют 18.000.000 руб/месяц, увеличившись за последние 3 года в четырнадцать раз.
По боевым возможностям ВМФ РФ в 2002 году уступал иностранным флотам:
на Балтике – шведскому флоту в 2 раза, финскому – в 2 раза, германскому – в 4 раза;
на Черном море – турецкому в 3 раза;
флоту США – в 20 раз, флоту Англии – в 7 раз, флоту Франции – в 6 раз, Японии – в 3 раза.
К 2015 году в составе ВМФ России сохранится не более 60 подлодок и кораблей 1 и 2 ранга (по 15 на флот), и почти все – устаревших образцов. К этому же времени флот США должен увеличиться до 300 кораблей этих же классов.
За последние 10 лет Военно-Морской Флот России сократился на 60%.
Министр транспорта Игорь Левитин поддержал инициативу питерских чиновников по перепрофилированию причалов "Балтийского завода", ведущего военно-морского предприятия Северо-Запада России, под круизные суда и яхты.
Территорию завода (64 Га на Васильевском острове) займет элитный деловой квартал.
России не удалось выполнить заказ Китая на 38 транспортных самолетов ИЛ-76 и

самолетов-заправщиков ИЛ-78. В этом же году Алжир возвратил России 10 купленных у нее истребителей МиГ-29 из-за их низкого качества.
Новинка российских наноавиатехнологий, истребитель Су-35, всего лишь модификация модели Су-27, которой уже более 20 лет, и сравнивать ее с последним истребителем США F-22 Raptor, как минимум, некорректно.
Десять самолетов МиГ-29 будут переданы ливанским ВВС безвозмездно, сообщил директор Федеральной службы по военно-техническому сотрудничеству Михаил Дмитриев. Перед отправкой самолеты будут отремонтированы и модернизированы до экспортного уровня. Стоимость одного “МиГа” в экспортном варианте $30-35 млн.
Из 1800 боевых самолетов еще советского производства, стоящих на вооружении ВВС России, 1200 самолетов не могут летать и нуждаются в капитальном ремонте.
У многих пилотов ВВС России налет недотягивает даже до минимальной нормы: в среднем 50 часов в год (8,5 минут в день), вместо 120 (20 минут в день).
Разбившийся на территории Литвы в сентябре 2005 года на Су-27 майор Троянов имел годовой налет 14 часов, он сбился с курса из-за отсутствия летной практики.
В авиации скоро не будет ни одного летчика-снайпера, почти нет летчиков 1-го класса. Через 10 лет останутся только летчики 3-го класса в возрасте 37-40 лет.
Два года назад курсанту лётного училища из госбюджета на сутки на всё-про-всё выделялось 50 рублей. Служебным собакам МВД - 130 рублей.
Минобороны России потратило на разработку и испытание беспилотных летательных аппаратов 5 млрд рублей, не добившись никакого результата.
Президент корпорации "Иркут": - Высокая оценка самолета Су-30МКИ, прозвучавшая из уст индийского президента, очень много значит для нас….
Президентом Индии является 75-летняя бабушка Пратибха Патил.
Руководители некоторых оборонных предприятий порой отказываются от оборонного заказа потому, что "откат" не оставляет заводу средств даже на себестоимость.
Может быть поэтому за период с 1994 по 2009 год армия получила всего 114 новых танков Т-90, 20 новых самолетов Су-27, 6 модернизированных Су-25, 2 Су-34, 3 самолета ТУ-160 (1 новый и 2 модернизированных) и 2 вертолёта Ка-50.
Каждый спутник "Глонасс" примерно на треть состоит из импортных комплектующих.
Контрольная станция "Глонасс" в подмосковном Королёве при пяти одновременно видимых спутниках не могла определить собственное местоположение.
Минобороны планирует увеличить пенсионный возраст для старших офицеров. Подполковники будут уходить на заслуженный отдых не в 45 нынешних, а в 50 лет, полковники - в 55, генералы - после 60.
В 2008 году к уголовной ответственности были привлечены 20 генералов и адмиралов, осуждены 1.611 офицеров, из которых 160 были командирами воинских частей.
Ущерб от коррупции в армии РФ в 2009 году вырос более чем вдвое, превысив 3 млрд руб.
В российских вооруженных силах служат свыше 2.000 судимых офицеров.
Россия списала долг Ливии в сумме $4,5 млрд. Ранее были списаны долги Афганистану на $11,6 млрд и Ираку на сумму $12 млрд.
Президент Ирака Джаляль Талабани приветствовал это решение руководства России.
Россия предоставила Венесуэле заём в $2,2 млрд для приобретения оружия.
Деньги будут потрачены на 92 танка и неизвестное число ракет малого радиуса действия.

Россия выделит Монголии кредит в $300 млн на развитие сельского хозяйства.
Республика Науру (площадь 21,3 кв. км, население около 15.000 чел) получила кредит $50 млн на "реализацию социальных программ" после признания независимости Абхазии. Стоимость признания независимости Южной Осетии будет обсуждаться отдельно.
Россия подтверждает свое намерение выделить Молдавии кредит в $500 млн. Условия и конкретный объем помощи предстоит уточнить позже.
Планируется предоставить кредиты Сербии в 1 млрд евро, Болгарии 3,8 млрд евро для помощи в строительстве АЭС.
Министры финансов России и Армении - А.Кудрин и Т.Давтян подписали соглашение о предоставлении Еревану 15-летнего кредита на $500 млн.
Абхазия и Южная Осетия получат финансовую помощь в размере 5,2 млрд рублей. (Население Южной Осетии - около 72.000 человек.)
Россия направит на социально-экономическое восстановление Абхазии в ближайшие три года более 10 млрд рублей.
Россия предоставит Киргизии государственный кредит в $2 миллиарда.
Киргизия и Россия урегулировали вопрос списания задолженности Бишкека перед Москвой в объеме $180 млн.
Россия окажет Киргизии безвозмездную финансовую помощь в размере $150 млн.
Россия предоставит Киргизии дополнительный стабилизационный кредит на $50 млн.
России передадут здание в Бишкеке под культурный центр.
В 2010 году Москва потратит 866 миллионов фунтов стерлингов на пропаганду положительного образа России – это больше, чем на борьбу с безработицей.
Россия передала Китаю части островных территорий на реке Амур (174 кв. км).
"Вопреки мнению скептиков, Россия не понесет никаких территориальных потерь в результате этого акта доброй воли в отношении Китая. Напротив, в его основе лежат прагматичные соображения и долгосрочные интересы Москвы."
(цитата из пресс-релиза МИД РФ)
На 2010 год правительство РФ не выделяет квоты на рыбодобычу в районах "спорных территорий" Курильских островов. Без каких-либо объяснений. Решение о передаче островов Японии, похоже, в той или иной форме, уже принято.
В России Китай купил и освоил 80.400 Га сельскохозяйственных земель (цена сделки - $21,4 млн). И хотя иностранные владельцы российской земли стараются особенно не афишировать свою деятельность, известно, что среди них шведский инвестиционный фонд Black Earth Farming (через российскую компанию «Агро-Инвест» контролирует порядка 300.000 Га), шведская же компания Alpcot agro (инвестировала в Россию $230 млн и контролирует более 490.000 Га), компания "Рав Агро-Про" с участием израильского, американского, британского капитала (контролирует 150.000 Га). Кроме того, датская Trigon Agri приобрела в последние два года в России 121.000 Га.
Но, вернемся к населению. Россия поставила крест на демографии.
Провести детальный анализ демографической ситуации и понять причины снижения рождаемости невозможно: с 1997 года по сей день не восстановлен сбор самых базовых статистических показателей. Перепись населения 2002 года проводилась чисто формально и не отражает реального положения.
В России 8 млн абортов в год, полтора процента из них – на поздних сроках.

90.000 - целый город детей, убитых за деньги.

Министр регионального развития России Владимир Яковлев считает, что миграционно-демографическая ситуация в стране по уровню остроты вышла на первый план. "В стране скоро некому будет работать. До 60% россиян – это старики, дети и инвалиды. Из 20 млн мужчин трудоспособного возраста примерно 1 млн отбывает заключение за различные преступления, 4 млн служат в системах МВД, МЧС и ФСБ. Еще 4 млн – хронические алкоголики, а 1 млн – наркоманы" - заявил Яковлев. Министр добавил, что мужская смертность в России в 4 раза превышает женскую. "Сейчас потери здоровых мужчин сходны с потерями СССР в годы Великой Отечественной войны", - считает Яковлев.

Около 2 млн детей в возрасте до 14 лет избиваются родителями, что для многих заканчивается смертью. 50.000 детей убегают из дома, спасаясь от семейного насилия, а 7.000 становятся жертвами сексуальных преступлений.

И еще: в России официально зарегистрировано более 2 млн. сирот. Только в Петербурге ежегодно появляются около 3.000 новых сирот.

Количество преступлений сексуального характера в отношении несовершеннолетних увеличилось в 25,6 раза. В 2003 году были зарегистрированы 129 подобных фактов, в 2007 году - более 3.000. В 2007 году в стране погибли 2.500 несовершеннолетних, а в отношении 70.500 подростков были совершены преступления насильственного характера.

В прокуратуре РФ заявили, что в 2007 году в отношении детей была совершена 161.000 преступлений, 2.500 детей погибли.

По количеству заключенных на 100 тысяч населения Россия занимает второе место в мире (605) после США (710). Далее следуют Казахстан (598) и Белоруссия (505).

По данным Минздравсоцразвития, каждый год 180.000 человек в России умирают "по причинам, связанным с воздействием вредных и опасных производственных факторов", более 200.000 человек получают травмы на производстве, регистрируется 10 тысяч случаев профессиональных заболеваний, более 14.000 человек становятся инвалидами.

Потери от неблагоприятных условий труда ежегодно составляют 4% от ВВП.

Каждую минуту в России умирает 5 человек, а рождается только 3 т.е., смертность превышает рождаемость в среднем в 1,7 раза, а в отдельных регионах в 2-3 раза.

Сейчас на 100 женщин детородного возраста приходится 124 ребенка, тогда как для простого численного возмещения поколений необходимо 215 детей.

В России 30% детей рождаются вне брака. Десять лет назад вне брака родилось 14,6% детей, а к 2003 году эта цифра увеличилась вдвое.

Забавная деталь: в России замужних женщин на 65 тысяч больше, чем женатых мужчин.

По опросу ВЦИОМ, 60% россиян не имеют детей и не планируют обзаводиться ими.

Ежегодно Россия теряет по численности населения целую область примерно равную Псковской, республику типа Карелии или крупный город, такой как Краснодар.

За последнии 10 лет на 40% сократилось население на Дальнем Востоке и на 60% на Крайнем Севере. В Сибири за последние годы исчезло 11.000 деревень и 290 городов.

Смертность только от сердечно-сосудистых заболеваний и болезней системы кровообращения превышает 1.400.000 человек.

Еежегодно по причине употребления табака в России умирает 270.000. Курят почти 70% мужчин и более 30% женщин.

В России 26.000 детей не доживают до 10 лет, ежедневно умирает 50 младенцев, 70% из

них в родильных домах.
Подстанции "скорой помощи" в Ульяновске находятся на грани катастрофы: машины заправляются в кредит, 70% автомобилей изношены. В Омске из-за несвоевременного прибытия бригад ежемесячно погибают 50-60 больных, а во Владимирской области звонящим открыто заявляют: "Мы к людям старше 70 лет не выезжаем".
Минздрав планирует распустить на амбулаторное лечение, т.е. по домам 750.000 "социально неопасных" душевнобольных. Милиция готовится к прибавлению работы.
В России затраты на охрану здоровья в 2008 году составляли 15.000 руб/чел в год, тогда как в Великобритании на охрану здоровья выделялось $3 тыс., в Германии и Франции - $3,6 тыс., в Норвегии - $4,8 тыс.
Госдума предлагает отменить часть статьи УК, предусматривающей ответственность врачей за халатность. Ежегодно от врачебных ошибок в России умирает 50.000 человек, сообщает общественная организация "Лига защиты пациентов". При этом доказать в суде врачебную ошибку практически невозможно. В России оплата труда врачей, среднего и младшего медперсонала - самая низкая в мире, доля ошибочных и заведомо ложных диагнозов - самая высокая в мире.
Каждый пятый столичный частный медицинский центр ставит своим пациентам заведомо ложные диагнозы, с тем чтобы потом назначить ненужное, но дорогостоящее лечение.
В среднем врачи получают порядка 10% той суммы, которую пациент оставил в клинике.
Однако, население России неуклонно уменьшается не только за счет "естественной убыли населения", как изящно выражаются официальные лица.
По данным Генпрокуратуры, реальный уровень преступности в России в 3 раза выше статистического. В 2004 году остались нераскрытыми 1.000.246 преступлений, в том числе 5.635 убийств.
По причинам криминального характера ежегодно уходит из жизни свыше 150.000 человек. (официальная статистика МВД)
Только в ДТП, которых в России в прошлом году произошло 189.000, ежегодно гибнет около 35.000 человек, число раненых превышает 215.000.

Новая форма МВД обойдется в 34.000 руб. за комплект, что вдвое дороже, чем нынешнее облачение милиционеров. Сотрудники внутренних войск вместо зеленой получат униформу синего цвета. Пошивом формы займется питерская фабрика спецодежды "Труд", принадлежащая экс-главе пивоваренной компании "Балтика" Таймуразу Боллоеву. Всего предстоит переодеть треть штата сотрудников МВД - около 870 тысяч человек. Общая цена вопроса 29.580.000.000 руб.
10 млн стариков могли бы получить разовую прибавку в размере средней пенсии.
Доля импорта на российском рынке одежды - более 95%.
Рост производства в России таков, что по добыче угля сегодня “достигнут” уровень 1957 года, по производству грузовых автомобилей - 1937 г., комбайнов - 1933 г., тракторов - 1931г., вагонов и тканей - 1910 г., обуви - 1900 г.
Авиатранспортом раньше пользовалось 97% населения, теперь только 3%.
Объём почтовых отправлений россиян сократился в 20 раз.
Балансовая стоимость 1 км кольцевой автодороги в Санкт-Петербурге – €20 млн.
Цена 1 км трассы "Скандинавия" в районе Хельсинки – €3,4 млн. Самый дорогой автобан в

Германии - бетонный участок трассы А-6 - обошелся в 12,2 млн. €/км.
На Западный Скоростной Диаметр, дорогу протяженностью 48,9 км, собираются потратить 212,7 млрд. руб. – 100 миллионов евро за 1 километр.
В 2008 г. в России построили столько автодорог, сколько в Китае строят за 10 дней.
Захват террористами театрального комплекса в Москве, на Дубровке, длился 57 часов. В прямом эфире всех телевизионных и радиоканалов.
Из 912 заложников 48 погибли в ходе штурма, 73 скончались в автобусах и приёмных покоях больниц от отсутствия медицинской помощи и противоядия.
За штурм "Норд-Оста" было вручено 57 наград, в частности 5 Звёзд Героя России.
По одной Звезде получили бойцы групп "Альфа" и "Вымпел", участвовавшие в операции.
По Звезде досталось руководителям операции генералам ФСБ В.Проничеву и А.Тихонову.
Пятую звезду получил химик, пустивший газ в захваченное здание.
Орден Мужества получил Иосиф Кобзон (эстрадный певец).
50 памятных знаков "Норд-Ост" получили Члены Правительства Москвы.
С формулировкой: "За сопереживание".
Прошлогодний конфликт с Грузией принес небывалый урожай звезд Героя России. Звание Героя за пятидневную войнушку присвоено, если считать только по открытым источникам, не менее 19 раз. Если вычесть из этого списка шесть посмертных награждений, можно заметить: из 12 живых Героев солдатский состав представляет лишь один – сержант-танкист, еще трое – младшие офицеры, зато старших офицеров – восемь.
По данным МЧС, ежегодно в России происходит около 300.000 пожаров, при которых погибает около 20.000 человек, получают ранения свыше 12.000. Ежедневный материальный ущерб составляет в среднем 17,2 млн рублей.
Не менее 40.000 человек ежегодно умирает от употребления некачественного алкоголя.
Каждый субъект РФ обязан иметь финансовый и материальный резервы, используемые при ликвидации последствий чрезвычайных ситуаций: аварийно-спасательных работ, размещения и питания пострадавших, выплат единовременной помощи и т.п.
Такие резервы имеются в 83 субъектах РФ, за исключением Республики Тыва и Московской области. Общий объем материального резерва сегодня составляет 5,397 млрд руб. (85,5% от нормы). В среднем на каждого россиянина из него приходится 37,95 руб.
Самый высокий показатель в Чукотском АО - 11.772 руб., хуже всего показатели в Ульяновской области - 2,62 руб.
Только 9 субъектов РФ располагают сегодня "чрезвычайными" материальными резервами на душу населения в размере свыше 130 рублей.
Объем финансовых ресурсов, предназначенных для ликвидации ЧС в целом по РФ, сегодня составляет 11,37 млрд руб. т.е. на каждого россиянина приходится в среднем 79,95 руб. Наибольшие показатели в Чукотском АО (1386,58 руб.), Москве (519,51 руб.) и Санкт-Петербурге (273,45 руб.). В Саратовской области он составляет 0,39 руб. на одного человека. раскладка по регионам
На территории России проживают от 12 до 14 млн иностранных граждан, из которых свыше 8,8 млн не имеют легального статуса. В последнее время ситуация с притоком нелегальных мигрантов имеет положительную тенденцию, приобретая статус государственной политики компенсации депопуляции. При этом в стране насчитывается свыше 9 млн собственных граждан, не имеющих работы и свыше 4 млн бездомных.

На "социальную поддержку Героев Советского Союза и Российской Федерации" за прошлый год питерские чиновники изыскали 15.000 руб – это на всех героев.
Расходы на содержание законодательной власти Петербурга превысили 64 млн. рублей.
Россия занимает первое место в мире по числу курящих детей и подростков.
По данным Всемирной организации здравоохранения, 33% детей и подростков в России являются постоянными курильщиками и к совершеннолетию уже страдают хроническими заболеваниями. Ежегодно в России около 30.000 молодых людей гибнут от наркомании.
Объём потребляемого героина в России составляет 300 тонн в год, это около $36 млрд.
На максимальную оценку 100 баллов Единый госэкзамен сдали 496 человек, что составляет 0,05% от 830.415 учащихся, сдававших ЕГЭ.
Два миллиона российских подростков не умеют читать.
Из школьной программы на 2010 год исключены уроки астрономии. Московский планетарий находится на реконструкции свыше 25 лет.
Доступность высшего образования в России бьёт все европейские рекорды:
Парижский университет Сорбонна - от 250 до 1000 евро в год (12 - 50 тыс. руб.)
Мюнхенский технический университет - около 1200 евро в год (55 тыс. руб.)
Берлинский технический университет - около 500 евро в год (25 тыс. руб.)
МГИМО - от 118 до 290 тыс. руб. в год
ГУ Высшая Школа Экономики - от 145 до 313 тыс. руб. в год
Предмет "русская литература" исключен из списка обязательных предметов Единого государственного экзамена (ЕГЭ). Теперь выпускники средней школы могут сдавать его добровольно. Это решение вполне соответствует государственной линии на дерусификацию России и по своему значению сопоставимо с отменой графы "национальность" в паспорте. Конечно, никого насильно не заставишь "сдавать", а тем более читать отечественную литературу, но "необязательность" Пушкина и Толстого в принципе обозначает "необязательность" русской культуры вообще.
В отношении 186 руководителей российских учебных заведений возбуждены уголовные дела. Привлечены к ответственности 8 ответственных секретарей и членов приемных комиссий, 7 ректоров, проректоров и деканов, 18 профессоров и доцентов, 153 директора, заместителя директора и преподавателя учебных заведений. Всего выявлено 3.535 преступлений, в том числе - 1.438 по фактам должностных преступлений. Возбуждено 597 уголовных дел по фактам взяточничества, 869 – по фактам хищений и нецелевого использования бюджетных средств. Сумма ущерба составила более 100 млн руб.
По данным ЮНЕСКО, за 2007 год сумма взяток в сфере высшего образования в России достигла 520 млн. долларов.
Россия занимает третье место в мире после Ирака и Сомали по числу поданных ее гражданами просьб о предоставлении убежища за рубежом.
В 2008 году с такими просьбами обратились 20.477 россиян - на 9% больше чем в 2007 г.
Чаще всего россияне искали убежища в Польше (6647 человек), Франции (3579), Австрии (3436), Бельгии (1615), Норвегии (1078), Швеции (933).
В списке самых привлекательных для беженцев стран Россия стоит на 19-м месте.
При этом в России за статусом беженца в 2008 году обратились 3.970 иностранцев.
За последние 35 лет из России уехали свыше 40 млн человек. (данные МИД РФ)
Легально въехали в страну 3 млн человек. В основном, из республик бывшего СССР.

Ежегодно, в рамках иммиграционных программ и приема беженцев из России уезжают свыше 100.000 человек.

Государственной программой было предусмотрено дать возможность вернуться на Родину из дальнего и ближнего зарубежья 300.000 человек. Причем, 50.000 - в 2007 году, а 100.000 и 150.000 - в 2008 и 2009 годах. Под проект было выделено из государственного бюджета 4,5 млрд рублей, плюс использовались средства регионов, участвующих в программе. На сегодняшний день израсходовано 252,3 млн рублей.

Результат - в 2007 году в Россию перебралось всего 400 соотечественников.

Россия занимает 3 место в мире по числу научных работников на 1 млн населения – 3.494 человек. Выше показатели только у Норвегии – 4.377 и Швеции – 5.186.

По оценкам экспертов, около 20.000 российских ученых работают на страны ЕС, оставаясь штатными сотрудниками Российских государственных научных учреждений, по большей части "закрытых".

Согласно данным Министерства промышленности и науки, в настоящее время доля России на мировых рынках высокотехнологичной продукции составляет 0,3% (это в 130 раз меньше, чем у США). Доля ВВП от использования объектов промышленной собственности в России менее 0,5%. Ассигнования на научные исследования и разработки составляют 1% от внутреннего национального продукта РФ.

В рейтинге научной грамотности населения Россия заняла 32 место из 38. Румыния на 30-м.

Апофеозом мракобесия в распиле бюджетных средств под видом инновационной модернизации стал проект лидера партии ЕР Б.Грызлова "Чистая вода" согласно которому, бывшему уголовнику В.Петрику выделяется 15 триллионов рублей на создание чудодейственных нанофильтров. По чиста случайному стечению обстоятельств, Грызлов является соавтором Петрика, умудрившегося получить патент на эту технологию в России, притом что в мире существует свыше 150 подобных технологий.

Согласно опросу ВЦИОМ, 69% россиян не пользуются Интернетом совсем. Только 11% опрошенных пользуются Интернетом ежедневно. Раз в неделю подключается к Всемирной паутине лишь 9% респондентов, эпизодически - 3%.

Активных пользователей сети Интернет в России на 1 тыс. населения – 42,3 человека, в Швеции – 573,1. На Ямайке – 228,4.

80% интернет-трафика в Рунете - это скачивание порнографии. Доля спама в почтовом трафике Рунета превышает 85%. По данным McAfee 6% сайтов Рунета опасны для посещения. PC Tools подсчитала, что на долю РФ приходится 27,89% от общемирового объема распространения вирусов.

Насыщенность населения страны персональными компьютерами составляет 18%.

Россия возглавила "черный список" опасных для авиаперелетов стран. Полеты гражданских самолетов в России и странах СНГ заканчиваются катастрофами вдвое чаще, чем в Африке, и в 13 раз чаще, чем в среднем по миру.

С 1953 года с самолетами "Аэрофлота" произошло в общей сложности 127 катастроф и мелких аварий, унесших жизни 6.895 человек, в том числе 20 случайных людей на земле.

Российская гражданская авиация более чем в три раза сократила объем авиаперевозок и в десятки раз – выпуск гражданских самолетов. В период с 2003 по 2005 год в России ежегодно производилось от 11 до 18 гражданских самолетов всех типов. Между тем

американская компания Boeing и европейская Airbus производят каждая по 350–400 машин ежегодно.
Индекс развития человеческого потенциала (ИРЧП) – это интегральный показатель, с его помощью определяется уровень развития страны.
В этом рейтинге Россия занимает 73-е место из 180 с показателем 0,806, попав между Эквадором и Маврикием.
Дочернее предприятие РАО Газпром "Газпром-Медиа" владеет контрольными пакетами акций телекомпаний НТВ, ТНТ, "НТВ-Плюс", "НТВ-Мир" и "НТВ-Америка", радиостанций "Эхо Москвы", "Радио Тройка", "Первое популярное радио", "До-Радио", "Спорт-FM", издательского дома "Семь дней" и выпускаемых им журналов, газеты "Трибуна", кинокомпании "НТВ-Кино", кинотеатров и рекламного агентства "НТВ-Медиа", радио "Next", газетой "Известия", ИД "КоммерсантЪ", покупает газеты "Комсомольская правда", "Экспресс-газета", ведет переговоры о покупке сайта RuTube.
Центральные телеканалы отдают 90% эфира информационных телепрограмм под позитивные новости о власти. Не менее 80% российских СМИ контролируются властью.
Цена бензина в странах-экспортерах нефти:
Туркменистан - 2 цента за литр
Венесуэла - 3 цента за литр
Иран - 9 центов за литр
Саудовская Аравия - 16 центов за литр
США, импортер бензина, - 63 цента за литр, включая налог на автомашину.
Отпускная цена бензина А-92 производства Омского НПЗ - 14.400 руб за тонну.
Международный центр качества топлива (IFQC) опубликовал рейтинг 100 стран, внедривших стандарты дизельного топлива с низкими предельными нормами содержания серы. По чистоте дизеля Россия заняла 44-е место. По словам экспертов, "дизельное топливо, которым в России заправляют автомобили, не годится даже для отопления". Российский бензин занял 84-е место. Еще год назад Россия находилась на 50-й позиции.
В США из тонны нефти делают 450 литров бензина, в России только 150.
Сроки исчерпания рентабельных запасов по отдельным полезным ископаемым не выходят за рамки 2013-2025 годов, говорится в сообщении Счетной палаты РФ по итогам аудита эффективности воспроизводства минерально-сырьевой базы РФ в 2007 г.
На долю России приходится 5% мировых запасов нефти и более 10% ее добычи, более 30% мировых запасов газа и около 22% его добычи.
Себестоимость добычи кувейтской нефти - $4 за баррель, российской - $14.
Себестоимость добычи одной тонны угля на шахте типа "Распадская" составляет примерно 180 руб, продается в среднем за 1.500 (без НДС) с прибылью 733%. В России добыча каждого миллиона тонн угля стоит жизни 1,35 шахтера, в США 0,00000002 шахтера.
Общий объём газа, поставляемого Россией в Европу, составляет менее 30% от потребляемого Европой колличества газа и может быть легко компенсирован танкерными поставками из Марокко и Алжира, как это было во время последнего газового конфликта.
А вот отказ Европы покупать газ лишает Россию 40% дохода.
По данным ООН, население Йемена превысит население России к середине XXI века.
Впрочем, при сохранении нынешнего, сырьевого пути развития, России просто не нужно больше 20 млн человек.

По оценке аналитиков Массачусетского кризисного центра, контролировать территорию России населением менее 50 млн человек невозможно чисто физически, т.к. расчетная плотность населения, в этом случае, составит менее 2,9 человек на квадратный километр. Для сравнения: плотность населения США составляет 26,97 чел. на кв. км.
Учитывая все вышеизложенное, несложно предположить, что Россия может оказаться в этой ситуации уже через 3-5 лет.
По прогнозу известного эксперта-политолога Збигнева Бжезинского, Россия, как единое государство, прекратит свое существование к 2012 году.
Причиной станет полный износ промышленного оборудования, электроэнергетики и жилищно-коммунальной сферы, массовая безработица, а также падение цен на нефть и как следствие неисполнение бюджета.
Скорее всего, Россия распадется на 6-8 государств. Новые государства станут зоной нестабильности и будут разделены на сферы влияния мировых лидеров. Об этом говорится в докладе ведущих аналитических центров, который размещен на сайте ЦРУ США.
Правительство утвердило прогноз социально-экономического развития на 2009-2011 годы.
Для населения России рост цен должен составить:
на природный газ - в 2009 году - 25%, в 2010 году 30%, в 2011 году - 40%;
тарифы на электроэнергию для населения - каждый год будут расти на 25%;
тепловая энергия подорожает - в 2009 году на 18,5%, в 2010 на 18%, в 2011 на 20%;
рост ж/д тарифов на пассажирские перевозки в 2009 году -13%, в 2010 -12%, в 2011 -14%.
Доходы бюджета РФ за 11 месяцев 2009 года снизились на 25,7%.
Бюджеты силовых структур на 2010 год вырастают на:
МВД - 25 млрд рублей, ФСБ - 18 млрд рублей, ФСО - 11 млрд рублей
Один из кремлёвских стратегов как-то проговорился, что решение по стране принято и принято, судя по всему, уже давно.
И, вероятно, поэтому российские политики так легко обещают своим избирателям все, что угодно, но только через 10 лет. Ведь, при сегодняшних темпах добычи, эксплуатируемые рентабельные запасы нефти, урана, меди, золота, иссякнут в 2015 году, газа через 20-25 лет, максимум. Останется, в основном, лес. Вот, только, кто его пилить будет...
Впрочем, в России всего лишь 11.700.000 человек имеют загранпаспорта.
В прошлом году заграницей побывало только 6% российского населения.
В России зарегистрированное оружие есть пока только у 9 человек из 100.

Хроника кризиса. Лента новостей.
http://www.rf-agency.ru/acn/krizis_ru.htm

К 2020 году Россия собирается построить на Северном Кавказе пять новых горнолыжных курортов стоимостью 451,44 млрд руб. Создание курортов потребует в два раза больше средств, чем подготовка Сочи к Олимпиаде-2014, на которую запланировано 206 млрд руб.
Пребывание военно-морской базы в Севастополе обойдётся России в 40 млрд долларов за 25 лет, то есть $1,6 млрд в год только за аренду, без учёта эксплуатационных расходов.
Дизель-электрическая подводная лодка Б-871 "Алроса" 1989 года выпуска является единственной действующей субмариной Черноморского флота.
За аренду базы Манас в Киргизии США платят $63 млн в год, почти в 25,5 раз меньше.
По решению правительства РФ, информация о доходах и расходах Резервного фонда будет засекречена до 1 февраля 2012 года. Соответствующее постановление было подписано премьер-министром Владимиром Путиным 21 апреля. Ближайшие два года Министерство финансов не будет обязано публиковать в интернете данные о величине активов Резервного фонда и Фонда национального благосостояния, сведения об объемах поступивших на их счета средств, о том, где они размещены и как используются. Кроме того, вплоть до 1 января 2013 года Минфин перестанет размещать на своем сайте и информацию о размерах и направлениях расходования нефтегазовых доходов бюджета.
До конца апреля Волжский автозавод получит от государства очередной государственный кредит в размере 28 млрд руб.
В "Аэрофлоте" додумались брать дополнительные деньги за места около аварийных выходов. Цена - 700 рублей за место.
В России с 15 февраля 2010 года отменена обязательная сертификация пищевой (включая алкоголь) и парфюмерно-косметической продукции, остались только санитарные нормы, а сертификат соответствия ГОСТу заменен добровольной декларацией.
На подходе отказ от лицензирования медицинской и фармацевтической деятельности.
"Газпром" намеревается купить 800 бензоколонок и НПЗ в Британии за 1 млрд фунтов.
Переход на "равнодоходные" для "Газпрома" расценки для отечественных потребителей может начаться уже в 2011 году.
В этом году Москва потратит 866 миллионов фунтов стерлингов на пропаганду положительного образа России – это больше, чем на борьбу с безработицей.
За минувший год прямые иностранные инвестиции в Россию сократились на 41%.
4 из каждых 10 наших соотечественников не уверены в завтрашнем дне.
В 2010 году Россия намерена сделать внешние займы. План по объему займов в бюджете на 2010 год - 17,8 млрд долларов.
Бюджет Министерства внутренних дел РФ в 2010 году вырастет на 25 млрд руб и составит более 460 млрд руб.
Председатель Конституционного суда Валерий Зорькин за год заработал 8,5 млн рублей.
Более 60% опрошенных в декабре предприятий заявили о предстоящем сокращении персонала. Этот показатель в РФ значительно хуже, чем в Литве и Латвии – странах, которые Всемирный банк посчитал наиболее пострадавшими от кризиса.
В прошлом году в Петербурге было продано более 30 автомобилей Bentley, до 10 Maserati, Ferrari и Lamborghini и 6 автомобилей Maybach, средняя цена которых составляет €750 тыс.

Квота на 2010 год на привлечение иностранных рабочих в РФ составит 2 млн человек.
Как прожить на 3383 рубля в месяц. Дневник пенсионерки.
Сокращаемые рабочие российских моногородов готовы на бунт, но реальных масштабов проблемы власть еще не осознала. В стране насчитывается 460 населенных пунктов, которые можно отнести к категории моногородов. Это более 25 млн человек населения и 40% валового регионального продукта. От предприятий "Evraz Group" зависят 8 городов с населением 696.000 человек. Чемпионом является "Русал" - 13 городов и 815.000 жителей.
К моногородам относятся населенные пункты, которые соответствуют одному из двух критериев.
Первый - 25% экономически активного населения должно трудиться на предприятиях, работающих в рамках единого производственно-технологического процесса.
Второй - на долю этих предприятий должно приходиться более 50% промышленного производства.
В России более 400 таких городов, в них проживает 24% городского населения страны т.е. 25.680.000 чел.
Российские власти поделят моногорода на депрессивные и прогрессивные.
В первых предприятия удалены от рынков сбыта, работают на технологиях 30-40-летней давности, модернизации не было последние 15 лет. Первые скорее всего будут расселены.
Имеется уже и список депрессивных моногородов. На грани социального взрыва:
Воскресенск (Московская обл.)
Парфино (Новгородская обл.)
Нытва (Пермский край)
Белая-Березка (Брянская обл.)
Пикалево (Ленинградская обл.)
Байкальск (Иркутская обл.)
Череповец (Вологодская обл.)
Нижний Тагил, Краснотурьинск, Каменск-Уральский (Свердловская обл.)
Магнитогорск, Миасс, Копейск (Челябинская обл.)
Гурьевск (Кемеровская обл.)
Златоуст (Челябинская обл.)
Гаврилов-Ям (Ярославская обл.)
Горно-Алтайск, Яровое (Республика Алтай)
Светлогорье (Приморский край)
Семилуки (Воронежская обл.)
Топ-5 предприятий по объёму сокращающегося персонала в моногородах:
9000 чел, "Северсталь", Череповец, Вологодская обл.
3600 чел, "Урал", Миасс, Челябинская обл.
3000 чел, "Магнитогорский металлургический комбинат", Магнитогорск, Челябинская обл.
3000 чел, "Балаково резинотехника", Балаково, Саратовская обл.
2300 чел, "Алтайский трактор", Рубцовск, Алтайский край.
Волнения прошли в городе Лобвино (Свердловская обл.). 700 человек вышли на митинг работников лесопромышленного комбината. Губернатор Эдуард Россель посоветовал жителям области потуже затянуть пояса, восстанавливать разрушенные свинофермы, а также собирать ягоды и грибы.

В Минздраве готовится законодательная база для легализации эвтаназии, причем как пассивной, так и активной ее формы. Обдумывается возможность узаконить добровольный уход из жизни тех, кому ни государство, ни родственники не могут обеспечить надлежащий уход и лечение.
Минздравсоцразвития намерено рассмотреть вопрос об отмене обязательной накопительной части пенсии. Если этот проект будет осуществлен, то все пенсионные отчисления работающих граждан будут направляться на текущие выплаты пенсионерам, а создавать собственные пенсионные накопления, на которые сегодня отчисляется 6% зарплаты, можно будет только в частном порядке.
Продуктовые карточки, или так называемые социально-продовольственные сертификаты для малоимущих граждан будут введены в РФ в 2009 году. Об этом заявил в четверг председатель комитета Государственной Думы по труду и социальной политике, первый замсекретаря президиума генерального совета партии "Единая Россия" Андрей Исаев, передает ИТАР-ТАСС. Он отметил, что "соответствующий законопроект подготовлен и направлен в правительство". "Расчеты уже есть, и если такие сертификаты будут введены, то это потребует всего лишь 10 млрд руб в год" - сказал он. "Тем самым будет создана гарантия, что очень бедные люди не останутся голодными" – подчеркнул функционер "Единой России".
С января 2002-го по 1 июля 2009 г. внешние обязательства госкорпораций выросли в 12 раз: с 24 млрд. долларов до 294 миллиардов.
Россия предоставила Венесуэле заём в $2,2 млрд для приобретения российского оружия. Деньги будут потрачены на 92 танка и неизвестное число ракет малого радиуса действия. "Мы должны поблагодарить правительство России" - сказал Чавес.
Россия выделит Монголии кредит в $300 млн на нужды сельского хозяйства.
Абхазия и Южная Осетия получат финансовую помощь в размере 5,2 млрд рублей.
23 члена правления Сбербанка по итогам 2008 года получили в виде бонусов 934 млн. руб.
Д.Медведев сообщил о выделении Ингушетии 29 млрд руб. на реализацию федеральной целевой программы развития республики.
Федеральное агентство по техническому регулированию и метрологии зарегистрировало систему "Халяль", в рамках которой продукты питания и лекарства будут проходить проверку на соответствие требованиям ислама.
Минюст РФ предлагает исполнительным властям субъектов РФ использовать при реализации инвестиционных проектов осужденных, отбывающих наказание в исправительных учреждениях на территории региона.
В 2010 году Петербург планирует построить только 236 тысяч кв. метров социального жилья, это в три раза меньше, чем было сдано в 2009 году. Инвестиции в социальное строительство составят 9,5 млрд рублей из 324 запланированных в бюджете на расходы.
В Кировской области из-за долгов остановлен Вятско-Полянский машиностроительный завод "Молот", основной производитель легендарных автоматов Калашникова. В июне предприятие получило бюджетную субсидию в размере 439,2 млн. рублей, за ее счет была погашена задолженность по заработной плате. "Молот" имеет суммарную задолженность более 1 млрд рублей. По оценке специалистов департамента промышленного развития, для того, чтобы предприятие возобновило стабильную работу (в частности, чтобы были разблокированы счета), потребуется не менее 300-400 млн рублей.

Остановлены домны Магнитки. Остановлены домны Новолипецкого металлургического комбината и домны Северстали. Эту информацию подтвердил директор Института проблем глобализации Михаил Делягин.
На 1 марта 2009 года в Резервном фонде было 4,87 трлн руб., к 1 апреля объем фонда сократился уже до 4,12 трлн руб., еще через месяц - до 3,55 трлн руб., к 1 июня - до 3,13 трлн руб., а к 1 июля в фонде осталось 2,96 трлн руб. Такими темпами в 2010 году запас будет исчерпан.
Инфляция в России в первом полугодии более чем в 7 раз превысила европейскую. По данным Росстата, если в нашей стране за январь-июнь 2009 года цены выросли на 7,4%, то в Евросоюзе, в среднем, на 1%.
Среди основных продуктов питания в июне в России больше всего подорожали овощи - на 7,6%. При этом в Евросоюзе рост цен на овощи наблюдался только в Дании - на 1,1%. В остальных 26 странах снижение цен по этой группе продуктов составило от 0,1 до 15,2%.
Правительство утвердило уточненный прогноз социально-экономического развития России на 2009-2011 годы. Предельный рост цен на природный газ в 2009 году для промышленности должен составить 19,9%, для населения - 25%, в 2010 году 28 и 30% соответственно, в 2011 году - 40% для всех. Тарифы на электроэнергию, согласно этому плану, вырастут в среднем на 26% в 2009 году, на 22% - в 2010 году и в 2011 году на 18%, для населения регулируемые цены каждый год будут расти на 25%. Тепловая энергия подорожает на 18,5% в 2009 году, 18% в 2010 году и 20% в 2011 году. В 2009 году рост тарифов на пассажирские железнодорожные перевозки запланирован на уровне 13%, в 2010 году - 12%, и в 2011 году на 14%.
Объем производства легковых автомобилей в России в январе-апреле 2009г. сократился на 61% по сравнению с предыдущим годом и составил 183 тыс. единиц. Выпуск грузовых автомобилей в РФ за первые четыре месяца 2009г. сократился на 73,3% - до 25 тыс. единиц, автобусов - на 65,7% - до 8,2 тыс. единиц.
АвтоВАЗ намерен приобрести контрольный пакет акций одного из футбольных клубов России. После того, как государство согласилось выделить заводу более 20 млрд руб., топ-менеджеры АвтоВАЗа, давно питающие страсть к футболу, решили всерьез рассмотреть возможность приобретения одного из клубов российской Премьер-лиги. По мнению руководства компании, такой шаг позволит предприятию завоевать новую аудиторию и повысить лояльность к бренду Lada.
Каждый из 30 вице-президентов "АвтоВаза" получает зарплату до 70.000€ в месяц.
Согласно отчету ОАО "Газпром" за первый квартал 2009 г., в 2008 г. члены правления компании зарабатывали в среднем по 4 млн руб/мес. Это на 26% больше чем в 2007 г. Общий заработок 17 членов правления "Газпрома" за 2008 г. составил 833.972.000 руб.
Европейцы снизили потребление газа всего на 2%. А экспорт "Газпрома" рухнул почти на 40%. Российское топливо оказалось для Европы слишком дорогим. Доля "Газпрома" на европейском рынке (включая Турцию) упала в I квартале 2009 года с 30% до 18%.
Прибыль российских компаний в январе-феврале 2009 года составила 4,2 миллиарда рублей, что в 211 раз меньше, чем годом ранее. В январе-апреле текущего года импорт из стран дальнего зарубежья составил 40,63 миллиарда долларов, сократившись на 39,8% по сравнению с первыми четырьмя месяцами 2008 года.
30% лесоперерабатывающих предприятий Ленинградской области остановились. Главная

причина – отсутствие сбыта. Ранее продукцию вывозили зарубеж - в Финляндию, Норвегию, Германию. Сейчас и спрос, и цены на нашу древесину упали на 40%, произошло затоваривание рынка, который стал потреблять дешевую канадскую древесину.
В Дубовском районе Волгоградской области начала действовать программа адресной помощи гражданам, в рамках которой малоимущие пенсионеры могут получить один раз в шесть месяцев талоны на 200 рублей, собрав комплект из 12 справок.
С октября 2008 года сократили персонал 43% российских компаний, 18% компаний планируют сделать это в ближайшее время. ОАО "Российские железные дороги" сообщило о намерении сократить 53,7 тысячи из 1,2 миллиона работников компании в связи с резким снижением объемов железнодорожных перевозок.
Глава Минфина А.Кудрин считает, что этот год будет самым сложным для российской экономики. Он также назвал "странными" прогнозы о повышении курса до 60-80 рублей за доллар к концу года. "Мы ожидаем, что 2009 год будет самым сложным. Последние прогнозы мировой и российской экономики говорят о том, что нужно быть готовыми к тому, что кризисная ситуация продлится и 2, и 3, и 4 года. Значительная часть нацфондов будет истрачена уже в 2009 году, далее государство намеревается прибегнуть к эмиссии долговых бумаг" - заявил он.
Более трети россиян, занятых в небюджетной сфере, потеряют работу в ближайшие два-три месяца.
Премьер России Владимир Путин утвердил правила предоставления федеральным госслужащим субсидии на приобретение жилья. Норматив жилья установлен в 33 кв. м общей площади жилья на одного человека, 42 кв. м общей площади жилья на семью из двух человек, 18 кв. м жилья на каждого члена семьи, состоящей из трех и более человек. Финансовое обеспечение расходов на эти цели будет осуществляться за счет бюджета.
Президент Д. Медведев распорядился сформировать федеральный кадровый резерв силовиков. Росрыболовство сообщает о вооружении рыбнадзора и создании спецназа для борьбы с браконьерами. Начат выпуск броневиков для разгона демонстраций, а общая численность различных силовых структур, нацеленных на борьбу с внутренними вызовами, превысила численность армии.
Несмотря на то, что реализация национальных проектов находится под президентским контролем и входит в число главных приоритетов деятельности МВД России, в прошлом году в этой области было совершено 3661 преступление, сумма ущерба от них оценивается в 1,422 млрд рублей.
За последние два месяца число запросов в поисковых системах на слово "аборт" возросло в 10 раз. Это видно и по числу обращений женщин в государственные медицинские учреждения, и по звонкам на телефон доверия. Появилась даже новая социальная группа женщин - тех, кто делает аборт из-за того, что не может расплатиться по кредитам.
Наиболее значительный рост численности безработных, зарегистрированных в службах занятости с 19 по 25 февраля, произошел в Оренбургской, Нижегородской, Вологодской, Брянской и Тверской областях, Республике Марий Эл и в Санкт-Петербурге. По данным на 25 февраля, в органах службы занятости зарегистрировали 1 млн 969,6 тысячи безработных. За прошедшую неделю их число выросло больше чем на 4%.
Число миллиардеров в России сократилось вдвое, их состояния - еще сильнее, и теперь они нуждаются в финансовой поддержке государства. Парламент выделил им на

рефинансирование 50 млрд долларов, усилив тем самым влияние государства на олигархов.

Объем внутреннего государственного долга Российской Федерации, выраженного в государственных ценных бумагах, увеличился по сравнению с показателем на 1 января 2008г. (1 трлн 248 млрд 490 млн руб.) на 14% и составил на 1 января 2008г. 1 трлн 421 млрд 470 млн руб.

Месячный доход депутата городского парламента превышает 100.000 рублей. Жалованье судей Уставного суда Санкт-Петербурга достигает 140.000 руб/месяц, а на содержание 14 членов избирательной комиссии выделено по 250.000 руб в месяц на члена. Самые высокие доходы у сотрудников малоизвестного управления социального питания: в нем может работать всего 12 человек, но на их зарплату казна ассигнует по 88.000 руб в месяц каждому. Второе место занимает сама администрация губернатора – на 444 штатные единицы выделено по 71.000 руб в месяц на чиновника. На третьей строчке комитет по науке и высшей школе, сотрудники которого могут рассчитывать в среднем на 68.600 руб месячной зарплаты.

На создание рабочих мест российские власти потратят 44 млрд рублей (около $1,6 млрд). Власти США планируют истратить на те же цели $850 млрд .

Россия продолжит поддержку банковской системы, переживающей сейчас острый недостаток ликвидности. На улучшение её состояния Минфин намерен направить около еще 40 млрд рублей.

По прогнозам аналитиков в 2009 году лекарства подорожают в среднем на 23%.

Стоимость минимального набора продуктов питания, в среднем по России, в конце декабря 2008 года составила, по данным Росстата, 2.116,4 рубля в расчете на месяц. С начала года его стоимость выросла на 17,5%.

В результате экономического кризиса с российского рынка туризма ушли почти 10% турагентств и 5% туроператоров.

Общая площадь коммерческой недвижимости, заявленной к строительству в Петербурге в 2009 году, составила 3,9 млн кв м. На сегодняшний день в этом сегменте рынка заморожено 74% проектов. Эксперт полагает, что в 2009 году в Санкт-Петербурге будет сдано в эксплуатацию только 20.000 кв м коммерческих площадей.

Большой противолодочный корабль "Адмирал Чабаненко", который участвовал в совместных российско-венесуэльских военно-морских учениях, 8 декабря прошел через Панамский канал. По некоторым данным, за проход "Адмирала Чабаненко" было заплачено $200.000.

Премьер-министр РФ Владимир Путин подписал постановление правительства об увеличении на 2009 год минимальной величины пособия по безработице в размере 850 рублей, а максимальной - 4900 рублей. На выплаты пособия по безработице в РФ на 2009 год государством планируется израсходовать около 30 млрд рублей (около $1 млрд). Из казны уже растрачено на поддержку коммерческих структур около $150 млрд.

Названы фирмы, которые смогут рассчитывать на государственную подержку. В список вошли 295 предприятий.

Психиатрический императив. 20.08.2010

Дорогие Коллеги,

вношу предложение о необходимости госпитализации двух небезъизвестных всем нам персон – В.В. Путина и Д.А. Медведева – в связи с хроническим характером наблюдающихся у обоих психических расстройств (аффективные расстройства, бред, галлюцинации, слабоумие), а также в связи с опасным влиянием, оказываемым ежедневной демонстрацией указанных патологических симптомов на всё общество (наблюдаемые случаи социопатологической генерализации в форме массовых психозов: культа личности, подражания, противодействия и пр.).



В.В. Путин, ныне называющий себя премьер–министром – мошенник, не имеющий никакой научной и практической квалификации, которую обязан иметь человек, исполняющий указанную должность. Скудная квалификационая основа В.В. Путина ограничивается в значительной степени физкультурными знаниями (самбо, дзюдо), ни в коей мере не связанных с интеллектуальными занятиями. Полученное им в советское время юридическое образование (ЛГУ 1970–1975) не имеет никакой ценности (по мнению А.А. Тилле, которое я разделяю, см. его книгу Советский политический феодализм 1917-1990). По специальности в дальнейшем не работал – был рекрутирован в офицерский состав КГБ. Этот факт говорит о многом: В.В. Путин, также как и его протеже Д.А. Медведев, представляет из себя психологический тип, который в советское время презрительно называли „шестёркой“. Такие „шестёрки“ являлись основой тоталитарного бюрократического аппарата эпохи застоя, обеспечивая функционирование системы (пробуксовывание на месте). После смены верховной власти, В.В. Путин нашёл себе новых хозяев: сначала А.А. Собчака, затем Б.Н. Ельцина, а с 2000 года состоит в подчинении элитарных кругов иностранных государств, выполняя их требования с преданностью дворовой собаки, за что они удостоили его многочисленными знаками отличия и званиями. О психической несостоятельности и интеллектуальной зависимости свидетельствует и текст его кандидатской диссертации (1997), которую он защитил в области, далёкой от юриспруденции, и значительная часть которой является изложением псевдонаучной чепухи американских лжеучёных William R. King и David I. Cleland. Таким образом, учёная степень В.В. Путина является фальсификацией. Такой же фальсификацией является его биография и мировосприятие: В.В. Путин живёт в мире грёз и фантазий, чтобы избежать действительности, в которой он является (вольно или невольно) фашистким диктатором и крёстным отцом русской мафии. Творческие способности В.В. Путина – нулевые, он не проявил себя ни в какой области человеческого знания, искусства или благотворительности. Его набожность объясняется убогостью свойственной ему ментальности: как известно, Бог является тем, кто неспособен к самооценке, являясь также инструментом самоутверждения для умственно–отсталых и морально–ущербных людей. В.В. Путин – это человек со сломанной психикой, тряпка, замоченная в советском сортире. Закономерный результат пребывания В.В. Путина на посту президента, а затем премьер–министра – более чем плачевный: общество находится на грани распада, а государство – в состоянии гражданской войны.

Психическое состояние Д.А. Медведева ещё более жуткое. Этого еврейского мальчика–кукушонка заботливо посадили в кресло президента не в последнюю очередь потому, что его интеллектуальное развитие, судя по его высказываниям и поступкам, остановилось в раннем юношеском возрасте, в фазе деструктивного творчества. Полученное им высшее образование (также недействительное, как и у В.В. Путина) было использовано иностранным капиталом для разорения нашей страны. В частности, в 1990–х Д.А. Медведев вращался в мафиозных кругах Ленинграда/Санкт–Петербурга, обслуживая местные воровские авторитеты, а также участвовал в легализации Ilim Pulp Enterprise, АОЗТ "Сибтраст", АОЗТ "Финцелл" – разбойных фирм, созданных для уничтожения русского леса и его биосферной целостности. Затем, отличившись преданной службой, он был кооптирован преступным кремлёвским сообществом, и занимал ряд высокооплачиваемых должностей. Его должность в качестве Президента РФ – фиктивная, он служит не гарантом Конституции или гражданам нашей страны, а выполняет политические заказы его работодателей – авантюристов и уголовников международного класса. Посредством Д.А. Медведева нашей страной рулит шайка уличной шпаны, которой в свою очередь управляют международные криминальные авторитеты. Слабоумие Д.А. Медведева проявляется в частности в соучастии при написании и презентации текстов законопроектов, что ему представляется закономерной частью его президентской деятельности. В действительности же, такие законопроекты являются ничем иным как бумагомаранием – видом „творчества“, доступного любому обитателю психиатрической клиники в качестве терапии. Какой–либо общественной полезности или научной ценности такие „шедевры“ не представляют; наоборот, будучи легализованы законодательным собранием, они парализуют и дезорганизуют общество. Бюрократическая дезорганизация – следствие ментального хаоса, навязываемого всему обществу. Психическая дезорганизация Д.А. Медведева несовместима с занимаемой им должностью, требующей нахождения и принятия ответственных решений методом многофакторного анализа и на основании Конституции, а не вопреки ей.

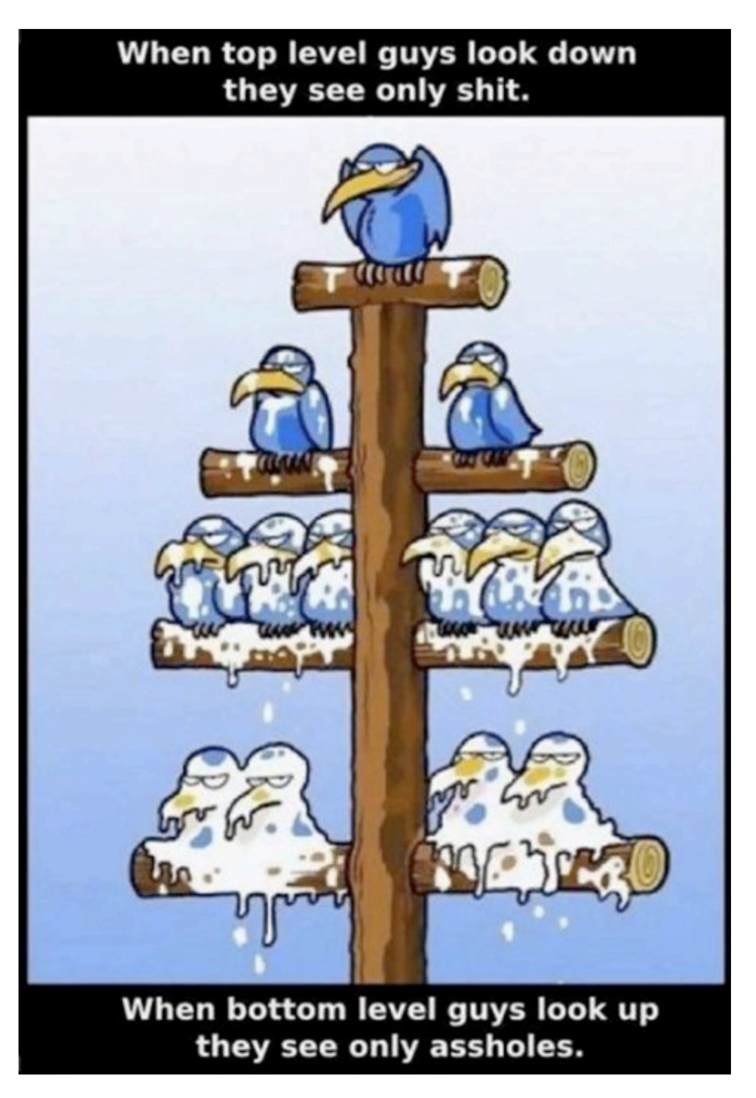
В окружении обоих персон вращаются члены многочисленных комиссий, советов, ведомств, религиозных организаций и прочие деятели Ельцинизма–Путинизма, в адекватности поведения которых у меня также возникают сомнения. В отношении других должностных лиц, так или иначе причастных к деятельности В.В. Путина и Д.А. Медведева, необходимо проведение серьёзной и компетентной психиатрической экспертизы. О необходимости такого исследования на компетентность и вменяемость свидетельствует например такой случай: Во время недавних событий, глава Департамента здравоохранения Москвы Андрей Сельцовский издал распоряжение, запрещающее врачам ставить диагноз "тепловой удар". В связи с этим у меня возникают сомнения в профессиональной компетенции врачей–психиатров в этом ведомстве. Врачи, которые при медицинском обследовании таких людей как В.В. Путин, Д.А. Медведев и А. Сельцовский пишут в медицинском заключении „здоров“, несмотря на очевидное слабоумие обследуемых, и обнаруживаемые при более детальном анализе поведенческие аномалии и релевантные с психиатрической точки зрения патологические симптомы, – как минимум шарлатаны, а в худшем случае подвергают опасности здоровье и жизнь миллионов людей. Об этом следует помнитъ, исполняя свои профессиональные обязанности.

к.б.н. Андрей Полеев

Примечание. Шестёрка – пренебрежительное название человека на побегушках (Словарь воровского жаргона). Обычно, самые матёрые воры на трибуну не выползают, за них это делают “шестёрки”, которые озвучивают их “базар”. БАЗАР – шум, устраиваемый для отвлечения внимания публики при совершении преступления; БАЗАР ДЕРЖАТЬ – кричать, обсуждать; БАЗАРИТЬ – затягивать беседу, говорить попусту; БАЗАРНЫЙ – разговорчивый, болтливый.

„Я мало разницы вижу между идеологией какого-нибудь князя со дружиною, опустошающего окрестности и налагающего дань на покорённых, и идеологией нынешнего "пахана" со своей шайкой. Они ведь тоже не считают своё дело зазорным. Напротив, основная идея воров весьма сходна с представлениями о справедливости у какого-нибудь былинного витязя и состоит в том, что они - лучшие люди, а всё остальное население - их данники, "мужики". Они и не крадут вовсе, а берут "положенное" - это буквальное их выражение. “
Владимир Буковский. «И возвращается ветер…» 1978 г.

„Если надо «промыть мозги» целому обществу, совершить над ним крупную программу манипуляции и отключить здравый смысл нескольких поколений, требуется разрушить систему «университетского», дисциплинарного образования и заменить гуманитарную культуру культурой мозаичной. Для этого манипуляторам необходимо овладеть школой и средствами массовой коммуникации.“
С. Г. Кара-Мурза. Манипуляция сознанием, 2000.



Вертикаль власти